

Ulrike Hörster-Philipps

IM SCHATTEN DES GROSSEN GELDES



Flick-Konzern und Politik
Weimarer Republik, 3. Reich,
Bundesrepublik.

Pahl-Rugenstein

Ulrike Hörster-Philipps:
Im Schatten des großen Geldes

Flick-Konzern und Politik: Weimarer Republik, Drittes Reich, Bundesrepublik

Pahl-Rugenstein Köln 1985

Einleitung: Flick und der Parteispendenskandal

Als den „spektakulärste(n) Polit- und Wirtschaftsskandal der deutschen Nachkriegszeit“¹ und als „Belegstück für eine beispiellose Verfilzung wirtschaftlicher und politischer Macht in der Bundesrepublik Deutschland“² bezeichnete der „Spiegel“ jene Affäre, in deren Verlauf die tatsächlichen politischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik zu Beginn der achtziger Jahre offenbar wurden. Die unmittelbare Einflußnahme von Großkonzernen und Banken auf Politik, Parteien und Regierungen durch finanzielle Zuwendungen und durch persönliche Bestechung ist anhand von Kassenbüchern und Notizen für eine breite Öffentlichkeit nachvollziehbar. Dieser Tatbestand hat viele Fragen nach der Moral jener Politiker aufkommen lassen, die im Zeichen der „geistig-moralischen Wende“ den Verzicht als „Sinn-Gewinn“ predigen und selbst in die Flick-Affäre verstrickt sind. Darüber hinaus ist grundsätzlich die Frage nach der Abhängigkeit der Politik vom großen Geld und nach den diesbezüglichen spezifischen Traditionen des Hauses Flick neu aufgeworfen.

Begriffe wie „Parteispendenaffäre“ und „Flick-Skandal“ umschreiben den eigentlichen Charakter der Vorfälle nur unzureichend, geht es doch um weit mehr als um Millionen-Spenden an Parteien, um Bestechlichkeit von Politikern und die skrupellosen Geschäftspraktiken eines Großkonzerns. Es geht vielmehr um die Entwicklungsrichtung unserer Gesellschaft insgesamt. Es geht um höchst konkrete Belange, die für das Heute und für die Zukunftsperspektiven breiter Bevölkerungsschichten von lebenswichtiger Bedeutung sind. Es geht um die Frage nach Krieg oder Frieden, um Rüstungsproduktion und Arbeitsplätze, Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe und Sozialabbau, es geht um die Durchsetzung von Konzerninteressen gegen den Widerstand der betroffenen Bevölkerung und damit auch um politische Mitbestimmung und die Wahrung demokratischer Rechte. Wo Konzerne und Konzernherren, Banken und Bankiers die Richtlinien der Politik bestimmen, müssen die Lebensbedürfnisse der Mehrheit ins Hintertreffen geraten. Wo das große Geld in die Politik eingreift, werden Weichen gestellt für die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Nicht immer vollzieht sich diese Weichenstellung unbemerkt von der demokratischen Öffentlichkeit, nicht immer ist sie widerspruchslös und [8:] widerstandslos durchzusetzen. Das Entstehen breiter Bürgerbewegungen im letzten Jahrzehnt und die Zunahme gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen weisen den Weg, wie der ungehemmten Einflußnahme der Konzernherren und Bankiers auf die Politik entgegengewirkt werden kann. Der „Fall Flick“ kann dabei Einsichten in die Abhängigkeit politischer Entscheidungen von Konzerninteressen vermitteln und sollte bewußt – bewußter als bisher! – von der demokratischen Öffentlichkeit genutzt werden, um in Abgrenzung davon unsere eigenen Lebensinteressen zu vertreten.

Weit mehr als 1000 Ermittlungsverfahren sind derzeit gegen Wirtschaftsmanager, Parteifunktionäre und Minister wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung, Vorteilsannahme im Amt, Bestechlichkeit, Betrug, Untreue und Urkundenfälschung anhängig. Nach Mitteilungen des Bonner Staatsanwalts Franzbruno Eulenkamp sind davon die F.D.P. in 510 Fällen, die CDU in 170 Fällen und die SPD in 22 Fällen betroffen.³ Der Parteispenden- und der Flick-Skandal, ohnehin nur die Spitze eines Eisberges, verdienen, in den wesentlichen Grundzügen noch einmal nachgezeichnet zu werden.⁴

Im Herbst 1975 kamen Steuerfahndet der Dienststelle Sankt Augustin bei Bonn eher durch Zufall einem Unternehmen auf die Spur, das der illegalen Spendenbeschaffung für die CDU diene. Die „Europäische Unternehmensberatungsstelle“ (EU) in Vaduz/Liechtenstein, zu deren Initiatoren der ehemalige CDU-Schatzmeister Kurt Schmücker und sein Nachfolger Walther Leisler Kiep, zugleich Finanzminister in Niedersachsen, zählten, hatte getarnte Spenden bundesdeutscher Großunternehmungen für „Gutachten“ und Beratungen kassiert. Allein von 1972 bis 1974 waren 1,6 Millionen DM eingenommen worden. Der Vorteil lag auf beiden Seiten: die Firmen konnten die Beträge

¹ Hans Werner Kilz, Joachim Preuß, Flick. Die gekaufte Republik, Reinbek bei Hamburg 21984, Klappentext (Spiegel-Buch).

² ebd., S. 100.

³ ebd., S. 260.

⁴ Die folgende Zusammenstellung fußt auf der umfangreichen Darstellung des Spiegel-Buches.

für „Gutachten“ in voller Höhe von der Steuer absetzen, die EU leitete die Gelder in die Parteikassen der CDU. Zwischen 5000 und 50.000 DM zahlten Unternehmen wie Mannesmann, Siemens, VW, Karstadt, Daimler, die Dortmunder Aktienbrauerei, die Demag, Edeka, Underberg, Melitta, Hettlage, Blendax und die Küchenfirma Poggenpohl für Expertisen zu häufig wiederkehrenden Themen wie „Die Wirkung von Farben“ oder „Die Situation ausländischer Arbeitnehmer“.

Die Steuerfahnder, unter ihnen Klaus Förster, die den Zipfel einer Parteispendenaffäre gigantischen Ausmaßes erfaßt hatten, sahen sich unverzüglich dem Druck der Spitzen der nordrhein-westfälischen Finanzbürokratie ausgesetzt. Förster erhielt im März 1976 die schriftliche Anweisung, keine weiteren Fahndungsmaßnahmen mehr zu [9:] ergreifen. Vor den Bundestagswahlen im Oktober 1976 sollten die trüben Quellen der CDU-Finanzierung unerkannt bleiben. Um die Steuerfahnder zu beschwichtigen, sollte die EU ihre Einkünfte nachträglich versteuern.

Im Unterschied zu anderen gab Förster, ein Sympathisant der CDU, wie der „Spiegel“ zu berichten weiß, nicht nach. Im November 1976, nachdem die Affäre monatelang von der Spitze der Finanzverwaltung auf Eis gehalten worden war, durchsuchte er weitere Spendenfirmen und fand weitere Belege. Bei der Zigarettenfabrik Brinkmann in Bremen stieß er auf Unterlagen über Spenden des Konzerns an die F.D.P., die CDU, die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD und an die CSU, eingesammelt vom damaligen CSU-Schatzmeister, Flick-Gesellschafter und ehemaligen Mit-Verteidiger Flicks im Nürnberger Prozeß, Dr. Wolfgang Pohle. Die seinerzeit zuständigen Staatsanwälte setzten alles daran, um eine zentrale Erfassung und strafrechtliche Verfolgung der Parteispendenvorgänge zu verhindern. Sie verwiesen die weiteren Nachforschungen an die örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften. Im Mai 1977 war bereits ein Drittel der Verfahren dezentralisiert.

Klaus Förster, der diesen Verfahrensmodus nicht billigte, wurde Anfang 1980 an das Finanzamt Köln-Ost versetzt. Einige Zeit später schied er, verärgert über den Gang der Dinge, aus dem Staatsdienst aus und ließ sich als selbständiger Steuerberater nieder. Nach seinem Ausscheiden wurde Förster von einem Bundesbürger für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen. Die politische Brisanz dieses Vorschlages wird noch offenkundiger, wenn man weiß, daß Eberhard von Brauchitsch, Flick-Manager und Drahtzieher der Spendenvergabe des Konzerns, bereits mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde. Der Vorschlag, zu dem die zuständige Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eine Stellungnahme abgeben mußte, wurde vom damaligen Bundespräsidenten Karl Carstens abgelehnt – ein Vorgang, der ein bezeichnendes Licht auf die politische Kultur und das politische Klima in der Bundesrepublik wirft. Der Münchner SPD-Bundestagsabgeordnete Schöffberger hat den Vorschlag erneut aufgegriffen und eingebracht. Er steht demnächst zur Neuentscheidung durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker an.

Im Verlauf weiterer Ermittlungen stieß die Steuerfahndung im Sommer 1980 auf Gertrud Rech, eine Mitarbeiterin des F.D.P.-Schatzmeisters von NRW, Hans Gattermann. Sie hatte durch die Vermittlung eines Vertrages über den Bau von NATO-Wohnungen von einem Bauunternehmer 350.000 DM erhalten und nicht versteuert. [10:] Unter anderem durch ihre Aussagen eröffnete sich ein weiteres Feld der Parteienfinanzierung. Die F.D.P. hatte sich ein ganzes Netz von Vereinen geschaffen, um Gelder einzutreiben. Da Spenden an gemeinnützige Vereine im Unterschied zu Parteispenden in voller Höhe beim Finanzamt als steuermindernd geltend gemacht werden können, konnten sechs F.D.P.-nahe Vereine unter der Leitung von Dr. Friedrich Karl Patterson und Joachim „Friedrich von Stojentin umfangreiche Beträge der Konzerne Steag, Unilever, Stollwerck, Rheinmetall, Hoesch, Daimler und Flick einholen. Von diesen Vereinen floß das Geld in einen „weltweit verflochtenen F.D.P.-Spendenverbund“⁵ mit Niederlassungen in London, Brüssel, Miami/Florida, nach Liechtenstein und in die Türkei. Von dort gelangte das Geld, dessen Herkunft auf den ersten Blick nicht zu erkennen war, zurück in die F.D.P.-Parteikassen. Als zentrale Sammel- und Verteilungsstelle der F.D.P.-Gelder fungierten die F.D.P.-Schatzmeister von Nordrhein-Westfalen, zwischen 1967 und 1977 Otto Graf Lambsdorff, seit dessen Ernennung zum Bundeswirtschaftsminister im Oktober 1977 Hans Gattermann; gegen beide wurde im Mai 1981 das Ermittlungsverfahren eingeleitet.

⁵ Spiegel-Buch, S. 68.

Eine der Organisationen, die Geldmittel in Millionenhöhe an die F.D.P.-Vereine überwiesen, allein zwischen 1976 und 1980 1,2 Millionen DM, war die „Staatsbürgerliche Vereinigung“ (SV), die „größte illegale Geldbeschaffungsstelle überhaupt“.⁶ Die politische Zielsetzung der SV war es, „mit Industrie-Millionen jahrzehntelang Politik gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaften gemacht und alle nichtsozialistischen Parteien mit Bargeld überschüttet“ zu haben.⁷ In den elf Jahren von 1969 bis 1980 flossen 214 Millionen DM in die Parteikassen von CDU/CSU und F.D.P. Zu den Gründern der SV zählten der seinerzeitige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, Hans-Constantin Paulssen von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Generaldirektor der AEG, Friedrich Spennrath, und der Kölner Bankier Robert Pferdenges, ein enger Vertrauter Adenauers und Freund des alten Friedrich Flick, für dessen Konzern er nach 1945 gegenüber den Alliierten die Treuhänderschaft übernommen hatte. Die Deutsche Bank und die Dresdner Bank, Unilever, Henkel, die Veba, Reemtsma sowie die Marmeladenfabrik Zentis standen auf den Spenderlisten der SV.

Im August 1981 begann die Steuerfahndung bei der SPD. Im „Verlag Neuer Vorwärts“ wurden verschiedene Varianten der Spendenbeschaffung durch Blindanzeigen, also nicht erschienene Anzeigen, fiktive „Patenschaftsabonnements“ und Zuwendungen an den [11:] „Arbeitskreis für kommunalpolitische Bildung“ aufgedeckt, wenn auch in weitaus geringerer Höhe als bei CDU und F.D.P.

Die dubiosen Geschäfte der katholischen Ordensgemeinschaft „Steyler Missionsgesellschaft“ in Sankt Augustin schließlich brachten – nach den ersten Ermittlungen in Sachen Parteienfinanzierung – das eigentliche Ausmaß der Verfilzung von Politik und Geschäft ans Tageslicht und gaben der Affäre eine neue Wende: von der Parteispendenaffäre zum Flick-Skandal. Der Steyler Missionsgesellschaft zugehörig war die „Soverdia Gesellschaft für Gemeinwohl“. Als Geschäftsführer der Soverdia fungierte Pater Josef Schröder, Hauptprokurator der Steyler Missionsgesellschaft und verantwortlich für das Gesamtvermögen des Ordens. Er fand sich mit führenden Industriellen und Bankiers zu einem einträglichem Geschäft zusammen. Spenden an die Soverdia wurden mit einer Quittung, die das bis zu Fünffache der tatsächlichen Spendensumme auswies, belohnt; für den Spender ein steuerlicher Vorteil, für die Soverdia bares Geld.

Aufmerksam geworden durch eine Spendenquittung für Flick in der ungewöhnlichen Höhe von 3,5 Millionen DM für drei Jahre, fanden die Steuerfahnder bei einer Hausdurchsuchung in der Flick-Zentrale in Düsseldorf-Oberkassel im Januar 1981 eindeutige Unterlagen. In Absprache mit Pater Schröder hatte Flick der Soverdia in zehn Jahren 10 Mio. DM gespendet, pro Jahr etwa eine Million DM. 80% dieser Summe, insgesamt also 8 Mio. DM, waren zunächst ins Ausland überwiesen worden und flossen von dort an Flick zurück. Das Geld war „gewaschen“ worden, seine Herkunft unklar. 10%, also 1 Mio. DM, blieben der Soverdia als Reingewinn, die restlichen 10% kassierte der CDU-Abgeordnete Dr. Walter Löhr, bis 1967 Landesschatzmeister der CDU-Hessen, Honorarprofessor an der Universität Mainz. Flick konnte durch die Spende einen Steuernachlaß von 5 Mio. DM erzielen. 2 Mio. DM hatte er tatsächlich „gespendet“, 5 Mio. DM schenkte ihm die Steuer, das bedeutet 3 Mio. DM Reingewinn zu Lasten der kleinen Steuerzahler. Pater Schröder, der ein umfassendes Geständnis ablegte, wurde zu der lächerlich geringen Geldbuße von 36.000 DM verurteilt.

Die Soverdia-Affäre war für Flick der Beginn einer Ermittlungswave, die die Geschäftspraktiken und Bestechungsversuche seines Konzerns faktenreich und schonungslos ans Licht der Öffentlichkeit brachte. Aus dem Kassenbuch von Rudolf Diehl, dem Leiter der Finanzabteilung und Chefbuchhalter des Konzerns, und aus den „Tageskopien“ des Flick-Managers Eberhard von Brauchitsch wissen wir, wie sich die Einflußnahme des Konzerns auf die Politik vollzog. [12:] Immer waren es finanzielle Zuwendungen an Parteipolitiker und Regierungsvertreter, die eine den Konzern betreffende Entscheidung vorbereiteten oder nachträglich honorierten.

⁶ ebd., S. 79.

⁷ ebd.

Hans Friderichs (F.D.P.), von 1972 bis 1977 Bundeswirtschaftsminister, seit 1977 Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Heinz Herbert Karry, hessischer Wirtschaftsminister und Bundesschatzmeister der F.D.P., im Mai 1981 unter mysteriösen Umständen angeblich von Terroristen ermordet, Manfred Lahnstein (SPD), 1977-1980 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, 1980-1982 Chef des Bundeskanzleramtes und danach bis zum Sturz der Bonner Koalition im Herbst 1982 Bundesfinanzminister, danach Vorstandsmitglied bei Bertelsmann, Otto Graf Lambsdorff (F.D.P.), 1977-1983 Bundeswirtschaftsminister, Walther Leisler Kiep, Schatzmeister der CDU seit 1971, Hans Matthöfer (SPD), zwischen 1978 und 1982 Bundesminister der Finanzen, Jürgen Möllemann (F.D.P.), seit 1982 Staatsminister, parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Mitglied des Verteidigungsausschusses, Alfred Nau, der 1983 verstorbene Schatzmeister der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Horst Ludwig Riemer (F.D.P.), 1970-1979 nordrhein-westfälischer Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr und 1972-1979 F.D.P.-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen, und Franz Josef Strauß, bayrischer Ministerpräsident und Parteivorsitzender der CSU, stehen im Kassenbuch des Flickbuchhalters Diehl als Empfänger von Spenden. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger taucht ebenso auf wie Bundeskanzler Helmut Kohl; auch sie sollen Gelder für die CDU entgegengenommen haben.

Der „Fall“, um den es bei diesem Skandal geht, ist ein exemplarischer Vorgang, keineswegs ein Einzelfall. Es geht um die Steuerbefreiung des Flick-Konzerns für ein Milliardengeschäft: für den Verkauf von Daimler-Benz-Aktien an die Deutsche Bank hat Flick eine Summe von 840 Mio. DM an Steuern gespart.

Um die Jahreswende 1974/75 hatte Flick den Chef der Deutschen Bank, Franz Heinrich Ulrich, wissen lassen, daß er die 39%ige Beteiligung an Daimler-Benz – Anfang der fünfziger Jahre von seinem Vater günstig erworben⁸ – zu verkaufen gedachte. Als möglicher Interessent war der Schah von Persien im Gespräch. Er hatte einen Kaufpreis geboten, der um 20% über dem Börsenwert der Daimler-Aktien von 2,5 Mrd. DM lag. Mit diesem Verhandlungsangebot Persiens konnte Flick Druck ausüben, um das Geschäft schnell und zu seinen Gunsten zum Abschluß zu bringen. Neben ihm waren die Deutsche Bank mit 28,5% und die Witwe des Rüstungsindustriellen [13:] Quandt Hauptaktionäre von Daimler. Frau Quandt wiederum hatte kurze Zeit zuvor ihre 14%ige Beteiligung für 1 Mrd. DM an Kuwait verkauft.⁹ Bei einem Verkauf der Flick-Aktien an das Ausland wäre die Aktien-Mehrheit von 53% nicht mehr in deutscher Hand gewesen. Damit war in der Öffentlichkeit ein Klima geschaffen, in dem die Forderung nach Erwerb der Flick-Aktien durch ein deutsches Unternehmen als geradezu im nationalen Interesse stehend geboten schien. Vor diesem Hintergrund nahmen die Dinge ungewöhnlich schnell ihren Lauf. Bereits knapp zwei Wochen nach der Kontaktaufnahme Flicks mit Ulrich wurde der Vertrag mit der Deutschen Bank unterzeichnet. Die Deutsche Bank übernahm einen Teil des Flickschen Daimler-Aktienpaketes, nämlich 29% der 39%igen Flick-Beteiligung an Daimler, für einen weit überhöhten Preis von mehr als 2 Mrd. DM (2.031.238.725 DM). Der Kaufpreis lag um mehr als 20% über dem Börsenwert und betrug das sechsfache des Nominalwerts. Für den 2-Milliarden-Erlös hätten eigentlich 986 Mio. DM an die Körperschaftsteuer abgeführt werden müssen. Eine Steuerbefreiung war nur dann zu erreichen, wenn es gelang, den § 6 b des Einkommensteuergesetzes in Anspruch zu nehmen. Dieser 1964 von Ludwig Erhard eingeführte Paragraph sieht vor, daß Gewinne dann nicht versteuert werden müssen, wenn der Erwerb neuer Firmenbeteiligungen „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig und geeignet ist, die Unternehmensstruktur eines Wirtschaftszweiges zu verbessern oder einer breiten Eigentumsstreuung zu dienen.“¹⁰ Eine entsprechende Bescheinigung darüber muß das Bonner Wirtschaftsministerium ausstellen.

In drei Etappen (konzernintern „Geleitzüge“ genannt) gingen Flick und sein Manager Eberhard von Brauchitsch an die Verwirklichung des Plans. Im Februar 1976 wurde Steuerbefreiung nach § 6 b Einkommensteuergesetz beantragt für eine Kapitalzuführung bei den Firmen Dynamit Nobel (über

⁸ Vgl. Kap. VI. 2.

⁹ Spiegel-Buch, S. 117-119.

¹⁰ Zit. nach ebd., S. 121.

100 Mio. DM), bei ihrer Tochtergesellschaft Thesaurus über 80 Mio. DM und bei Buderus über 50 Mio. DM sowie für den Erwerb von Aktien des amerikanischen Grace-Mischkonzerns in Höhe von umgerechnet 290 Mio. DM. Zu Peter Grace, einem Berater des OS-Präsidenten Reagan, hatte Friedeich Karl Flick noch zu Lebzeiten seines Vaters während eines längeren Amerikaaufenthaltes freundschaftliche Beziehungen entwickelt.¹¹

Für die Zeit der Beratung und Entscheidung über den Steuerbefreiungsantrag Ende 1975/Anfang 1976 weist das Kassenbuch des Flickbuchhalters Diehl Geldbeträge für den damaligen Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs über 200.000 DM für die F.D.P.¹² und [14:] weitere 75.000 DM¹³, für den damaligen Landesschatzmeister der F.D.P. in Nordrhein-Westfalen, Otto Graf Lambsdorff, über 25.000 DM aus. Helmut Kohl, der nach Diehl's Unterlagen zwischen 1974 und 1980 insgesamt 565000 DM erhalten haben soll¹⁴, erinnerte sich bei seiner Vernehmung im Untersuchungsausschuß daran, in dieser Zeit zwei- bis dreimal Geldsummen von 20.000 oder 30 bis 35.000 DM erhalten zu haben.¹⁵ In den Tagesnotizen des Eberhard von Brauchitsch über ein Gespräch mit Kohl heißt es: „Kohl schlägt vor, daß er für die Partei und Carstens/Stücklen für die Fraktion sicherstellt, daß nicht von links – CDU/CSU-Seite – das 6b-Thema politisch für uns negativ emotionalisiert wird. Im übrigen schlägt Kohl vor, eine Auswahl interessierter und gefährlicher CDU/CSU-Abgeordneter zu einem parlamentarischen Abend nach Bonn einzuladen und ihnen über die Überlegungen des Hauses Flick – im besonderen in der Angelegenheit 6b – Bericht zu erstatten.“¹⁶

Alfred Dregger, derzeit Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, soll nach den Unterlagen Diehls 20.000 DM für die CDU erhalten haben, Alfred Nau, Bundesschatzmeister der SPD, 100.000 DM.¹⁷ Für die F.D.P. schließlich sind bis 1978 insgesamt 3 Mio. DM vermerkt.¹⁸

Am 8. September 1976 erteilte das Bundeswirtschaftsministerium unter Hans Friderichs mit Zustimmung des Finanzministers Hans Apel (SPD) die Zustimmung zur Steuerbefreiung¹⁹; lediglich die relativ geringe Steuerbefreiung für die Kapitalerhöhung bei Thesaurus wurde abgelehnt. Flick hatte bei diesem Stand der Dinge gut 200 Mio. DM an Steuern gespart. Doch damit nicht genug.

In der zweiten Etappe beantragte der Flick-Konzern 1977 Steuerbefreiung für die Anlage von insgesamt 785 Mio. DM, davon 85 Mio. DM für Kapitalerhöhungen bei zwei Buderus-Firmen, 200 Mio. DM bei der Feldmühle sowie 500 Mio. DM für den Kauf weiterer Grace-Aktien. Neben Friderichs (70.000 und 40.000 DM), Lambsdorff (seit dem 7.10.1977 Bundeswirtschaftsminister, 25.000 und 30.000 DM) und Kohl (50.000 DM zur Weiterleitung an Leisler Kiep) steht der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Horst Ludwig Riemer (F.D.P.) mit 10.000 DM im Kassenbuch Diehls für 1977.²⁰

Im Juli 1978 erteilte Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff mit Zustimmung des Bundesfinanzministers Hans Matthöfer (seit der Kabinettsumbildung im Februar 1978 Nachfolger Apels) die Zustimmung zur Steuerbefreiung.

In der dritten Etappe von 1978 bis 1980 gelang Flick die Steuerbefreiung für den Ankauf von Aktien des Gerling-Versicherungskon-[15:]zerns in Höhe von 208 Mio. DM. Der hessische Wirtschaftsminister und Bundesschatzmeister der F.D.P., Heinz Herbert Karry (35.000 DM), der baden-württembergische Finanzminister Rudolf Eberle (35.000 DM), der damalige nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Riemer (30.000 DM), Helmut Kohl (55.000 DM), Lambsdorff (40.000 DM), Matthöfer (40.000 DM) und sein Staatssekretär Manfred Lahnstein (35.000 DM) tauchen in den

¹¹ ebd., S. 240 und S. 248.

¹² ebd., S. 134.

¹³ ebd., S. 137.

¹⁴ ebd., S. 208.

¹⁵ Protokoll der Vernehmung Helmut Kohls, ebd., S. 374; die Gesamtsumme war ihm „völlig unbekannt“.

¹⁶ Zitat aus den Vorhaltungen des Staatsanwalts, ebd., S. 377.

¹⁷ ebd., S. 133.

¹⁸ ebd.

¹⁹ ebd., S. 141.

²⁰ ebd., S. 147-153.

Unterlagen Diehls von 1978 bis 1980 auf²¹; der 1983 verstorbene SPD-Bundesschatzmeister Alfred Nau soll für die Friedrich-Ebert-Stiftung 500.000 DM erhalten haben.²²

Mehr als zwei Drittel des 2-Milliarden-Gewinns hatte Flick bis 1980 angelegt, ohne eine Mark Steuern abgeführt zu haben. Damit waren ihm alles in allem 840 Mio. DM Steuernachlaß gewährt worden.

Als zu Beginn der achtziger Jahre immer mehr Einzelheiten an die Öffentlichkeit gelangten, machten sich Spitzenpolitiker aller Parteien in Bonn – sicherlich auch hierbei in Abstimmung mit Vertretern des Kapitals – Gedanken über eine Amnestie aller Betroffenen, der Politiker, die Geld genommen, und der Konzernherren, die Steuern hinterzogen hatten. Allein den Protesten gegen dieses in der Geschichte wohl beispiellosen Amnestievorhabens ist es zu verdanken, daß alle Pläne zur rechtlichen Reinwaschung der Beklagten zurückgestellt werden mußten. Gegen Eberhard von Brauchitsch (inzwischen von Flick natürlich „entlassen“), Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs – die drei prominentesten von mehr als 1000 Fällen – stehen Verfahren an. Lambsdorff, der zwar den Regierungswechsel im Herbst 1982 noch maßgeblich mit plante und durchführte, mußte zurücktreten. Die Bonner Regierung allerdings steht nach wie vor fest an seiner Seite und bewilligte ein Darlehen von 141.000 DM für seine Verteidigung.²³ Hans Friderichs, der ungeachtet aller gegen ihn erhobenen Vorwürfe Vorstandssprecher der Dresdner Bank blieb, mußte schließlich aus dieser Funktion ausscheiden. Das Landgericht Bonn wirft ihm vor, von Eberhard von Brauchitsch 375.000 DM für die F.D.P. als Gegenleistung für die Steuerbefreiung bekommen zu haben.²⁴ Ferner wird ihm vorgehalten, nach seinem Wechsel zur Dresdner Bank 1,7 Mio. DM an Steuern im Zusammenhang mit Spendenzahlungen der Dresdner Bank hinterzogen zu haben.²⁵

Als „Spitze eines Eisberges“ sind Flick- und Parteispendenskandal in den Medien zu Recht bezeichnet worden. In der Tat läßt die hierbei an Einzelfällen sichtbar gewordene Indienstnahme der Politik [16:] durch die wirtschaftlich Mächtigen, die Verfilzung von bürgerlichen Parteien und staatlichen Institutionen mit Konzernen und Bankkapital Rückschlüsse zu auf die Gesamtverfassung der Gesellschaft.

Die historischen Parallelen liegen deutlich auf der Hand. Sie betreffen die Wege und Mittel der Einflußnahme des Großkapitals auf die Politik, sei es in Einzelproblemen oder in grundsätzlichen Entscheidungen, die die gesamte Gesellschaft und lebenswichtige Fragen wie Krieg und Frieden betreffen. Die Geschichte des Flick-Konzerns ist ein besonders prägnantes Beispiel hierfür.

Aus diesen historischen Erfahrungen heraus sollte nach 1945 nach dem Willen aller demokratischen Kräfte und Parteien die wirtschaftliche Macht der Großkonzerne und Großbanken gebrochen, ihr Einfluß auf Politik und Gesellschaft ein für allemal zurückgedrängt werden. Doch auf die im „Ahlener Programm“ der CDU von 1947 formulierte Einsicht, daß „das kapitalistische Wirtschaftssystem den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“ sei, und auf die von der Christlich Demokratischen Partei in Rheinland und Westfalen aufgestellte Forderung, „die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne“ zu beseitigen, folgte schon bald die Restauration der alten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Sie ermöglichte erst den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der alten Konzernherren und eröffnete ihnen erneut den Zugang zu den Schalthebeln der politischen Macht. Die Kenntnisse aus der Geschichte, die Erfahrungen mit einem Konzern wie Flick wurden nicht umgesetzt und fruchtbar gemacht für eine grundsätzliche gesellschaftliche Erneuerung. Dies ist der Hintergrund für die Spendenaffäre der Gegenwart. Dies sollte aber auch ermuntern zur Aufarbeitung der Geschichte der Weimarer Zeit und des Faschismus.

²¹ ebd., S. 156-174.

²² ebd., S. 183.

²³ Spiegel vom 11.2.1985, S. 27.

²⁴ ebd., S. 106.

²⁵ ebd., S. 107.

I. Schrott als Geburtshelfer

Flicks Aufstieg im 1. Weltkrieg

Als Friedeich Flick am 20. Juli 1972 starb, galt er als der reichste Mann Deutschlands und der fünft-reichste der Welt. Seine persönliche Karriere und der Aufstieg seines Konzerns zu einem Unter-nehmen von Weltrang haben immer wieder das berühmte Märchen „vom Tellerwäscher zum Milli-onär“ reproduziert. Dem ist nicht so.

Friedrich Flick wurde am 10. Juli 1883 im siegerländischen Ernsdorf geboren. Er war kein Bau-ernsohn, wie die Presse auch heute noch gelegentlich berichtet, sondern der Sohn eines gutsituierten Landwirts und Holzhändlers, der mit dem Verkauf von Grubenholz an die Zechen des nahe gelege-nen Ruhrgebiets sein Geschäft machte. 1902 begann er eine Lehre als kaufmännischer Angestellter bei der Bremer Hütte in Weidenau, einem Eisenbetrieb mit Hochofen und kleinem Walzwerk.¹ Der Lehre folgte ein zweijähriges Studium an der Handelshochschule in Köln, die Flick 1906 als Dip-loomkaufmann verließ. Er kehrte nach Weidenau zurück und stieg bei seiner alten Firma, der Bremer Hütte, zum Prokuristen auf.

1913 heiratete er Marie Schuß, die Tochter eines Siegener Textilkaufmanns und Ratsherrn. Im glei-chen Jahr avancierte er zum Vorstandsmitglied der Eisenfirma Menden und Schwerte AG.

1915 wurde Flick Vorstandsmitglied der Charlottenhütte in Niederscheiden an der Sieg. Mit eige-nen finanziellen Rücklagen und mit der Mitgift seiner Ehefrau Marie in Höhe von 30.000 Reichs-mark kaufte sich der 32jährige ein erstes Aktienpaket der Firma. Durch weitere Aktienkäufe wurde er schon bald Großaktionär, verfügte aber noch nicht über die Mehrheit der Aktien.

Der Einstieg in die Charlottenhütte war von großer Bedeutung für den weiteren Unternehmerischen Werdegang Friedeich Flicks. Die Charlottenhütte wurde zum Ausgangspunkt seiner eigenen Kon-zernbildung. Sie war „das Unternehmen ... von dem aus er jahrzehntelang seine Feldzüge auf dem Aktienmarkt unternahm ...“²

Die Profit- und Erfolgsbilanz der Charlottenhütte im 1. Weltkrieg war beachtlich. Von 1915 bis 1917 konnte sie aufgrund der fachkundigen Mitarbeit Flicks ihr Nominalkapital nahezu verdoppeln, nämlich von 5 Millionen auf 9,5 Millionen Reichsmark.³ Die Fusion der Char-[18:]lottenhütte mit dem Köln-Müsener-Bergwerks-Aktienverein, einem Hochofenwerk in Kreuztal, 1916, und die An-gliederung bzw. Übernahme der gesamten Aktien verschiedener Firmen wie der Siegener Eisenin-dustrie AG, der Waggonfabrik Siegener Eisenbahnbedarf AG und der Firma Ax, Schleifbaum und Mattner sowie verschiedener Walzwerke sind Kennzeichen der ökonomischen Stabilität und Expan-sion der Charlottenhütte. Bei Kriegsende, 1918, zählte sie zu denjenigen Unternehmen der Montan-industrie, die als ausgesprochen liquide galten.⁴

Das Geheimnis des Erfolges ist leicht zu lüften. Bereits im 1. Weltkrieg waren es die Kriegsgewin-ne, die dem ursprünglich eher bescheidenen Unternehmen zur ökonomischen Expansion verhalfen. Während Millionen Soldaten an den Fronten des Krieges fielen und die Bevölkerung in Deutsch-land und in den besetzten Gebieten hungerte und fror, stiegen die Bilanzen des Unternehmens Flick. Eine optimale Zusammenarbeit mit den Behörden des Wilhelminischen Kaiserreiches sicher-te ein gutes Geschäft mit den kriegswichtigen Erzen, die in den Manganerzgruben der Charlotten-

¹ Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses mit einer Studie über die „Arisie-rungen“ des Flick-Konzerns. Herausgegeben vom Autor der Studie Karl-Heinz Thieleke, eingeleitet von Klaus Drobisch, Berlin (DDR) 1965, hier insbes. S. 353-354; Kurt Pritzkolet, Das private Imperium des Dr. h.c. Dr. Ing. e. H. Friedrich Flick, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Köln) 7/1960, S. 686-698 und 8/1960, S. 801-813, hier insbes. S. 688; Flick. Der Eisenmann, in: „Der Spiegel“ vom 17.9.1958, S. 22-33, hier insbes. S. 27.

² Spiegel, S. 27.

³ Fall 5, S. 353.

⁴ ebd.

hütte gefördert wurden.⁵ In einem Vertrag mit dem Reich war ein Austausch der Erze gegen große Mengen Eisen- und Stahlspäne festgelegt worden. Diese wurden – eine „revolutionierende“ Neuerung des Produktionsprozesses – zur Verbesserung der Verhüttung, also der Metallgewinnung aus Erz, in der Charlottenhütte verwandt⁶ oder im Hochofen zu Roheisen verarbeitet.⁷

Geschäfte mit Schrott waren ein weiteres ökonomisches Standbein, das Flick persönlich und der Charlottenhütte insgesamt wirtschaftliche Gewinne brachte. Durch Schrottgeschäfte verdiente sich Flick die Mittel, um zum Großaktionär der Charlottenhütte aufzusteigen. Er selbst hat im Nürnberger Prozeß die rasante Entwicklung der Charlottenhütte darauf zurückgeführt, daß er „die Bedeutung des Schrottes richtig erkannte“.⁸ „Auf seine Anregung waren in Niederscheiden für billiges Geld riesige Mengen Schrott gelagert worden. Sie brachten nach Kriegsende bares Geld,“⁹ vermutlich größtenteils durch die Rückschmelzung in Roheisen.

Basierend auf staatlichen Rüstungsaufträgen und – ganz unmittelbar und konkret – auf den Ergebnissen der Zerstörung des 1. Weltkrieges entfaltete sich die Charlottenhütte nach 1918 rasch zu einem bedeutenden und expandierenden Unternehmen der Schwerindustrie. Der Schrott, Sinnbild der Zerstörung, war der Geburtshelfer eines der mächtigsten Konzerne der Weimarer Zeit.

⁵ ebd., S. 354.

⁶ Spiegel, S. 27.

⁷ Fall 5, S. 354.

⁸ Aus einer Rede Flicks vom 1.4.1940, Dokument NI-3345, zit. nach: Fall 5, S. 354.

⁹ Spiegel, S. 28.

II. Auf dem Wege zum Großkonzern

1. Kriegs- und Inflationsgewinne als Startkapital

Das stabile wirtschaftliche Fundament und das gewachsene Selbstbewußtsein des Charlottenhütten-Aktionärs Flick führten schon bald nach dem Krieg zu einem ersten Konflikt mit den Magnaten der „alteingesessenen“ Ruhrschwerindustrie. Die Eisen- und Stahlindustrie des Siegerlandes verfügte über keine eigene Kohlebasis und war von den Kohlenzechen des Ruhrgebiets abhängig. Vor dem Kriege hatten die Siegerländer Industriellen, zumeist Besitzer von relativ kleinen Eisenwerken, von der staatlichen Eisenbahnverwaltung Sondertarife erhalten, um den Transport der Kohle aus dem Ruhrgebiet zu ihren Hüttenwerken auf dem Schienenwege mit möglichst geringen Kosten vornehmen zu können.¹ Bedingt durch neue alliierte Bestimmungen für das Transportwesen entfielen diese Vergünstigungen nach 1918; dies sowie die schärfere Konkurrenz zu den wirtschaftlich stärkeren Stahlmonopolen der Ruhr verstärkte den Drang der kohleabhängigen Siegerländer Verhüttungsindustrie, sich andere, eigenständige Zugänge zur Kohle zu eröffnen. Friedrich Flick war es, der in dieser Situation den Versuch unternahm, die Siegerländer Schwerindustriellen zum gemeinsamen Vorgehen gegenüber den Kohlebaronen des Ruhrgebietes zu bewegen², und der darüber hinaus, durchaus eigenständig und eigennützig, einen Weg zur Kohle für seine Charlottenhütte suchte.

Der erste Versuch, wenngleich geschickt eingefädelt, war noch nicht von Erfolg gekrönt. Unmittelbar nach Kriegsende begann Flick, Aktien der Hüttenwerke Geisweid und der Zeche Königsborn aufzukaufen, um einen ersten Einbruch in die Ruhrmontanindustrie zu erzielen.³ Die Montanmagnaten des Reviers, allen voran August Thyssen, Peter Klöckner und Otto Wolff⁴, erkannten in dem Emporkömmling aus dem Siegerland einen möglichen Konkurrenten. Sie setzten sich mit den ihnen eigenen Mitteln zur Wehr: sie erwarben ihrerseits Aktien der Charlottenhütte mit dem Ziel, sich die Mehrheit der Aktien und damit den bestimmenden Einfluß in Flicks „Hausmacht“ zu sichern.

Flick war wohl oder übel zum Nachgeben gezwungen, verstand es [20:] aber, aus dieser Situation den für ihn größtmöglichen Vorteil zu ziehen. Er gab die Aktien der Eisenwerke Geisweid und der Zeche Königsborn an die Ruhrindustrie zurück und erhielt im Tauschverfahren Aktien der Charlottenhütte, die ihn nun zum Mehrheitsaktionär des Unternehmens machten. Seine wirtschaftliche Machtgrundlage hatte sich damit erheblich stabilisiert und ausgeweitet.

Der zweite Versuch, möglichst kostengünstige Zugänge zur Kohle zu erschließen, gestaltete sich komplizierter und verlief in mehreren Etappen. Gestützt auf die finanzielle Basis der Charlottenhütte begann Flick seit 1920, sich in die Schwerindustrie des oberschlesischen Industriegebiets einzukaufen. 1920/21 erwarb er die Aktienmehrheit der Bismarckhütte, 1921 der Kattowitzer AG für Bergbau und Hüttenbetrieb und wenig später der Oberschlesischen Eisenindustrie AG.⁵

Hjalmar Schacht, zu dieser Zeit persönlich haftender Gesellschafter und Direktor der Nationalbank für Deutschland AG, der späteren Darmstädter und Nationalbank (Danatbank), spielte bei der Vorbereitung und Abwicklung dieser Geschäfte eine wichtige Rolle. Schacht, der im Verlauf der Weimarer Republik zum Reichsbankpräsidenten aufstieg, die Machtübertragung an die NSDAP maßgeblich mit vorbereitete und in der ersten Phase faschistischer Herrschaft bis 1936 als Reichswirtschaftsminister fungierte, traf im Sommer 1920 mit Flick zusammen, um über die Bismarckhütte zu verhandeln. Die oberschlesischen Großindustriellen hatten inzwischen versucht, Flicks Eindringen in ihren Bereich durch entsprechende Gegenkäufe zu stoppen.⁶ In dieser Situation war es offenbar Schacht, der das Ergebnis des Konkurrenzkampfes entscheidend beeinflusste. Seine Nationalbank

¹ Fall 5, S. 354.

² Spiegel, S. 27.

³ Pritzkolet, S. 688.

⁴ Spiegel, S. 27; Fall 5, S. 355.

⁵ Pritzkolet, S. 688.

⁶ Spiegel, S. 28.

trat im Frühjahr 1921 ihr Minderheitspaket an Flick ab, wodurch dieser zum Mehrheitsaktionär wurde.⁷

Ähnlich gestaltete sich der Erwerb der Kattowitzer AG für Bergbau und Hüttenbetrieb. Einem Angebot Schachts verdankte Flick den Erwerb der Mehrheitsaktien dieses Unternehmens Ende 1921.⁸ Dieses Geschäft war für Flick deshalb besonders bedeutend, weil es sich bei der Kattowitzer AG um eine Zechengesellschaft mit eigener Kohlegrube handelte, wohingegen die Bismarckhütte über keine eigene Kohlebasis verfügte.

Diese Kohlebasis der Kattowitzer AG, das Kohlebergwerk Preussengrube, wurde im Frühjahr 1922 (im Zusammenhang mit der vom Völkerbund beschlossenen Übergabe Oberschlesiens an Polen) in eine eigenständige Aktiengesellschaft umgewandelt.⁹ Flick bot die Preussengrube der Oberschlesischen Eisenindustrie AG an, die ihrerseits an einer eigenen Kohlebasis interessiert war.

[21:] Das angestrebte Geschäft brachte für Flick neue Vorteile. Die Oberschlesische Eisenindustrie AG, von der Flick zu diesem Zeitpunkt bereits Aktien besaß, übernahm die Preußengrube zuzüglich eines Betrages von 200 Millionen Reichsmark von Flick und übergab diesem als Gegenleistung ein Aktienpaket von nominal 60 Millionen Reichsmark, durch das Flick – auch hier wieder – zum Mehrheitsaktionär des Unternehmens wurde. Als solcher verfügte er nach wie vor über die Preußengrube und blieb „im Besitz des Preises ..., den er für die Erlangung der Majorität gezahlt hatte“.¹⁰

Gestärkt durch diese Transaktion bereitete Flick die nächste Etappe der Expansion vor. Seine ökonomische Position in der ober-schlesischen Schwerindustrie war nun gefestigt. Er nutzte dies in geradezu klassischer Weise, um seinem ursprünglichen, langfristig vielversprechenderen Ziel, dem Eindringen in die Ruhrindustrie, näher zu kommen.

Auf dem Wege des Aktientausches gelang die Verwirklichung dieses Ziels. Bei einer ersten Zusammenkunft mit Albert Vögler, Hugo Stinnes und Emil Kirdorf, den führenden Industriellen der Rhein-Elbe-Union, im November und Dezember 1922 zeigten die Ruhrmagnaten offenbar ihre grundsätzliche Bereitschaft zur wechselseitigen aktienmäßigen Beteiligung und Verflechtung.¹¹ Stinnes übernahm bis 1924 alle Aktien der inzwischen zusammengeschlossenen Bismarckhütte-Kattowitzer AG und zog gemeinsam mit seinem Generaldirektor Vögler in den Aufsichtsrat der Charlottenhütte ein. Im Gegenzug übernahm Flick Aktien des von Hugo Stinnes zusammengeführten großen deutschen Elektromontantrusts, der Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union, in dessen Aufsichtsrat er ebenfalls 1924 einzog.

Ähnlich verlief die Veräußerung des zweiten ober-schlesischen Werkes. Die Oberschlesische Eisenindustrie AG wurde von den Linke-Hofmann-Lauchhammer-Werken, einem führenden Waggonbau-Unternehmen in Sachsen, übernommen. Als Gegenleistung erhielt Flick seinerseits Aktien dieses Unternehmens.¹²

Mit der Übernahme von Aktien der Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union war Flicks Einstieg in die Ruhrindustrie perfekt. „Auf diesem Umwege über Oberschlesien,“ so erläuterte Flick 1947 beim Prozeß-Verhör, hatte er „schließlich das Ziel, ... (seinem) Siegerländer Stammwerk eine eigene Kohleversorgung an der Ruhr zur Verfügung gestellt zu haben“, erreicht.¹³

Die erste Etappe der Expansion seines Konzerns war damit erfolgreich beendet. So wie die Charlottenhütte in und nach dem 1. Weltkrieg zum Fundament seines Konzerns und seiner weiteren Machtaus-[22:]dehnung wurde, so war nun sein Einkauf in ein führendes Monopolunternehmen des

⁷ Fall 5, S. 355-356.

⁸ ebd., S. 356; Spiegel, S. 29.

⁹ Fall 5, S. 356.

¹⁰ Pritzkolet, S. 688.

¹¹ Fall 5, S. 356-357.

¹² Pritzkolet, S. 689.

¹³ Zit. nach Fall 5, S. 357.

Reviere die Grundlage für die folgende Ausweitung des Konzerns und für seinen Aufstieg zu einem der führenden Monopole an Rhein und Ruhr.

So wie die Kriegsgewinne der Jahre 1914 bis 1918 den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmers Flick erst ermöglichten, waren es in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre die Inflationsgewinne, die seinen rasanten Aufstieg beförderten. Für breite Schichten der Bevölkerung brachte die Inflation Not und Verelendung mit sich. Der Gegenwert des Geldes sank rapide. Löhne und Renten waren meist wenige Stunden nach der Auszahlung nur noch einen Bruchteil der ursprünglichen Summe wert. Viele Kleinsparer verloren ihr gesamtes Vermögen. Kleine Handwerksbetriebe, Einzelhandelsgeschäfte und mittelständische Unternehmen wurden zu Tausenden in den wirtschaftlichen Ruin getrieben.

Von der Inflation profitierten allein die Großkonzerne. Mit Krediten konnten sich Industriekapitäne wie Flick in andere Unternehmen einkaufen. Ihr Gewinn war ein doppelter: Sie erwarben mit wertlosem Geld stabile Sachwerte, die die Inflation überdauerten, und sie brauchten angesichts der rasanten Inflationsraten nur einen geringen Teil der Kredite und Zinsen zurückzubezahlen.

„Flick erwies sich als der geschickteste Finanzoperator. Das waren die gleichen Methoden, mit denen auch Stinnes, Jacob Michael und Otto Wolff arbeiteten und dabei in die größten und umworbensten Werke eindringen – man kaufte einfach mit geborgtem Geld, zahlte die Schuld mit Assignaten (Papiergeldscheinen) zurück und wurde dabei immer reicher“, urteilte in jenen Jahren der „Hamburgische Wirtschafts-Korrespondent“. ¹⁴ Der „Spiegel“ weiß zu berichten: „Richtig ist ..., daß er (Flick) seine immensen Besitztümer vornehmlich in den turbulenten Jahren nach dem ersten Weltkrieg ansammelte ... Im Hause Flick wird nicht bestritten, daß die Rückzahlung großer Kredite in rasch verfallender Reichsmark Flicks Aufstieg während der Inflation beschleunigt hat.“ ¹⁵

Kriegs- und Inflationsgewinne und der durch sie finanzierte Ausbau unternehmerischer Macht sicherten Flick eine führende Beteiligung an den drei 1926 fusionierten Monopolen der Schwerindustrie, nämlich den Vereinigten Stahlwerken, den Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerken und den Mitteldeutschen Stahlwerken.

Die internationale Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die Rohstoffabhängigkeit vom Ausland, eine gravierende Absatzkrise, aber auch die gewachsene ökonomische Stärke der deutschen Montanindustrie führten 1926 zu einer Reihe bedeutender Fusionen.

[23:] Im Mai 1926 schlossen sich die Rhein-Eibe-Union (Kirdorf, Stinnes, Vögler), der Thyssen-Konzern, Phoenix (Otto Wolff, Ernst Poensgen und Haniel) und Rheinstahl (IG Farben-Industrie AG) zu den Vereinigten Stahlwerken (Stahlverein, Vestag) zusammen. ¹⁶ Der Stahlverein war mit 50% der Stahl- und 20% der Kohleproduktion der größte Montantrust Deutschlands und Europas. Flick war als Großaktionär der inzwischen vom Siemens-Konzern getrennten Rhein-Elbe-Union führend an dieser monopolistischen Neuschöpfung beteiligt. ¹⁷

Knapp zwei Monate nach der Fusion der schwerindustriellen Giganten brachte Flick seine Charlottenhütte und eine Reihe weiterer Betriebe des Siegerlandes und später auch die Linke-Hofmann-Werke in die Vestag ein. Sein Anteil am Grundkapital wurde auf 160 Millionen RM und damit auf etwa 20% geschätzt. ¹⁸

Bereits kurze Zeit später, im Juni 1926, bildete sich „das obereschlesische Gegenstück zum westdeutschen Stahltrust“, die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke AG, kurz „Oberhütten“ oder „Oberost“ genannt. ¹⁹ Die sächsische Linke-Hofmann-Lauchhammer-Gruppe, deren Großaktionär Flick seit der Aktien-Transaktion Oberschlesische Eisenindustrie gegen Linke-Aktien war, übernahm

¹⁴ Zit. nach Spiegel, S. 26.

¹⁵ ebd.

¹⁶ Fall 5, S. 359; Spiegel, S. 29.

¹⁷ Pritzkolet, S. 689.

¹⁸ Fall 5, S. 359.

¹⁹ Pritzkolet, S. 689.

50% der Oberost-Aktien, womit Flick wiederum zum Großaktionär von Oberost wurde. Neben der Donnersmarkhütte war die Oberschlesische Eisenbahnbedarf AG Gleiwitz (Oberbedarf) der dritte Fusionsbetrieb; die Aktienmajorität von Oberbedarf wiederum hielt ebenfalls Friedrich Flick.²⁰

Auch bei den Mitteldeutschen Stahlwerken (Mittelstahl), die im November 1926 fusionierten, war Flick Großaktionär. Er brachte die Lauchhammerwerke von Oberhütten ein; der Stahlverein (in dem Flick wiederum 20% der Aktien hielt), brachte das Stahl- und Walzwerk Weber aus Brandenburg, ein führendes deutsches Grobwalzwerk, ein, in dem ebenfalls Flick als Großaktionär fungierte.²¹

Die Verschachtelung des Flick-Konzerns, seine aktienmäßige Verflechtung mit zahlreichen anderen Konzernen – hier nur in groben Umrissen dargestellt – ist für den Laien nur schwer durchschaubar. Für Flick war diese Taktik Ausgangspunkt seiner Konzernexplosion und Grundlage weiterer wirtschaftlicher Machtzusammenballung. Für Uneingeweihte kaum durchschaubar, hatte die innere Struktur seines Imperiums System: „Flick hatte wie Hugo Stinnes und einige andere frühzeitig erkannt, daß die schlichte Kapitalspekulation der Gründerjahre in einer hochindustrialisierten Wirtschaft überholt ist. Ihnen kam es nicht mehr darauf an, durch geschickte Kapitalanlage unmittelbar [24:] hohe Renditen zu erzielen, sondern durch Kapitalbeteiligungs-Kombinationen einander ergänzende Unternehmen zusammenzuführen und so die Voraussetzungen für eine rationelle – und gewinnträchtige – Verbundwirtschaft zu schaffen.“²²

Flick war, wie kaum ein anderer, ein Meister der Verschachtelungs-Strategie. Sie war das Erfolgsrezept seines Konzerns und blieb es bis heute. Unterstützung fand er dabei stets bei den Banken und bei den zuständigen staatlichen Behörden. Ohne sie wäre vermutlich auch seine Verschachtelungskunst wenig erfolgreich gewesen.

2. Sanierung auf Staatskosten: Die Gelsenkirchen-Affäre 1932

Ein besonders spektakulärer Fall der Sanierung eines Konzerns auf Staatskosten ist die sogenannte Gelsenkirchen-Affäre des Jahres 1932, die Flick bereits damals in die Schlagzeilen der Medien rückte.²³

Von den Folgen der Weltwirtschaftskrise nach 1929 war die deutsche Schwerindustrie in besonderem Maße betroffen. Der größte deutsche Montankonzern, die Vereinigten Stahlwerke (Stahlverein; Vestag), standen Ende 1931 vor dem finanziellen Zusammenbruch. Die Kurse für Vestag-Aktien waren auf 10 bis 15% gesunken. Vom drohenden Ruin des Konzerns war insbesondere Friedrich Flick betroffen.²⁴ Er hatte sich in den Jahren 1926 bis 1930 eine dominierende Stellung im Stahlverein erworben. Flicks Aufstieg zum Mehrheitsaktionär des Stahltrustes war eines der Meisterstücke seiner Finanzmanipulationen gewesen.

1926 hatte Flick einen großen Teil seines ostoberschlesischen Besitzes an die Rhein-Elbe-Union verkauft und im Gegenzug Aktienpakete der Gelsenkirchener Bergwerks AG (Gelsenberg; GBAG) und des Bochumer Vereins erworben.²⁵ Durch Strohmänner ließ er an der Börse weitere Gelsenberg-Aktien aufkaufen, bis er über eine Mehrheit von 51% bei Gelsenberg verfügte. Dies war deshalb besonders bedeutsam, weil die GBAG, die die Hauptkohlebasis der Vereinigten Stahlwerke

²⁰ ebd. und Fall 5, S. 359.

²¹ Pritzkolet, S. 689-690.

²² Spiegel, S. 29.

²³ Vgl. zum Gesamtzusammenhang die Spezialuntersuchungen: Kurt Gossweiler, Die Vereinigten Stahlwerke und die Großbanken. Eine Studie über das Verhältnis von Bank- und Industriekapital in der Weimarer Republik und unter der faschistischen Diktatur (1926-1936), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 4, S. 11-53; ders., Die Röhm-Affäre. Hintergründe – Zusammenhänge – Auswirkungen, Diss. Köln 1983, S. 203-242; Gerhard Volkland, Hintergründe und politische Auswirkungen der Gelsenkirchen-Affäre im Jahre 1932, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 11 (1963) S. 289-318; George F. W. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918-1933, Frankfurt/M. 1955.

²⁴ Pritzkolet, S. 686; Fall 5, S. 362.

²⁵ Henning Köhler, Zum Verhältnis Friedrich Flicks zur Reichsregierung am Ende der Weimarer Republik, in: Hans Mommsen, Dieter Petzina, Bernd Weisbrod, Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 878-883, hier S. 880.

stellte, ihrerseits 51% der Aktien des Stahlvereins hielt. Mit dem Ankauf der Gelsenberg-Aktien war Flick also faktisch zum Mehrheitsaktionär des Stahlvereins geworden.

Etwa zur gleichen Zeit, in der er die Gelsenberg-Mehrheit erworben hatte, kaufte Flick von dem Schwerindustriellen Otto Wolff, der gemeinsam mit dem Hanielkonzern und einer holländischen Finanzgruppe 64% der Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb (einer [25:] der Gründerkonzerne der Vestag) besaß, zwei Drittel des Wolff'schen Aktienpakets.²⁶ Ein weiterer Zukauf von Phoenix-Aktien sorgte für den Ausbau seiner Position. Mit seinen Gelsenberg- und Phoenix-Aktien war Flick vollends zum beherrschenden Mann im Stahlverein geworden.

Doch was vor der Weltwirtschaftskrise als raffinierter Schachzug galt, wurde für Flick schon bald zum Bumerang. Die Krise des Stahlgiganten bedrohte den gesamten Flick-Konzern in seiner Existenz.

Zwei Institutionen waren maßgeblich daran beteiligt, den Stahlverein insgesamt und den Flick-Konzern im besonderen vor dem Totalbankrott zu retten: die Deutsche Bank und die Reichsregierung.

Offenbar aus dem Hause Flick wurden Gerüchte lanciert, daß die französische Kreditbank Credit Lyonnais am Kauf der im Besitz Flicks befindlichen Aktien interessiert sei. Die Drohung mit dem „Schattenkonkurrenten Frankreich“²⁷ sollte wohl in der Öffentlichkeit ein Klima für den Ankauf der Aktien durch das Reich schaffen.

Die Rechnung ging auf. Die Regierung Brüning (Zentrum) veranlaßte als eine ihrer letzten Amtshandlungen Ende Mai 1932 den Ankauf der Gelsenkirchen-Aktien zu einem Preis, der um das Drei- bis Vierfache überhöht war. Das Reich übernahm die Aktien, deren Kurs auf 20-30% gefallen war, in der Gesamthöhe von 110 Mio. RM; davon 100 Millionen Aktien zum Kurse von 90% und 10 Millionen Aktien zum Kurse von 60%.²⁸

Damit hatte sich der Flick-Konzern auf Kosten der Steuerzahler saniert. Den Bestand und den weiteren Ausbau des Unternehmens finanzierten die Ärmsten der Weimarer Republik. Bereits mehr als fünf Millionen-Arbeitslose lebten zu dieser Zeit am Rande des Existenzminimums oder darunter. Arbeiter und Angestellte wurden durch den rigorosen Lohn- und Sozialabbau der Brüning'schen Notverordnungen ins soziale Elend getrieben. Beamte und Mittelständler verarmten, kleine und mittlere Betriebe gingen zu Tausenden in Konkurs. Doch während das wirtschaftliche Elend breiter Bevölkerungsschichten immer größer wurde, sanierte sich der Flick-Konzern in bisher nicht gekanntem Ausmaß.

Ohne die Zustimmung und Mithilfe der Deutschen Bank und der Reichsregierung wäre dies nicht möglich gewesen. Deren aktive Rolle beim Abschluß des Geschäftes läßt zu Recht darauf schließen, daß von dieser Seite wichtige Interessen im Spiel waren, die einen dermaßen überhöhten Kaufpreis rechtfertigten.

Die Regierung Brüning wurde maßgeblich von den Finanzkreisen [26:] um die IG Farben und die Deutsche Bank getragen. Seit Beginn der zwanziger Jahre war die Deutsche Bank – im Gegensatz zu ihren Hauptkonkurrentinnen, der Dresdner- und der Danatbank – bemüht, das Eindringen des amerikanischen Kapitals in die deutsche Wirtschaft aufzuhalten bzw. zurückzudrängen.²⁹ Fritz Thyssen, einer der Mitbegründer der Vereinigten Stahlwerke, hatte zu denjenigen Großindustriellen gehört, die durch Kreditnahme und enge wirtschaftliche Kooperation mit dem US-Kapital diesem ein Eindringen in die deutsche Wirtschaft ermöglichten. Die Deutsche Bank, die IG Farben und die Reichsregierung waren gleichermaßen interessiert daran, den Einfluß Thyssens und damit denjenigen des US-Kapitals im Stahlverein zurückzudrängen.

²⁶ Gossweiler, Röhm, S. 215-216.

²⁷ Pritzkolet, S. 686.

²⁸ Kabinettsprotokoll vom 21.6.1932, Bundesarchiv (BA) Koblenz, R 43 I, Bd. 1456, Bl. 528.

²⁹ Kurt Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914 bis 1932, Berlin (DDR) 1971, S. 314-320 und 386-387.

Erst auf diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb dieses Geschäft zur Sanierung des Flick-Konzerns und der Vereinigten Stahlwerke zustande kam. Durch die Übernahme der Gelsenkirchen-Aktien durch das Reich wurde die Position Thyssens im Stahlverein geschwächt. Durch weitere Aktienkäufe sicherte sich die Reichsregierung schließlich die Mehrheit im Stahlverein.

Interessant beim Gelsenkirchen-Geschäft ist auch die Beziehung Flicks zur Deutschen Bank. Obwohl seine Kreditbank die Dresdner Bank war, in deren Aufsichtsrat er saß, verfügte er schon in der Weimarer Zeit über gute Kontakte zur Deutschen Bank, ohne die das Gelsenkirchen-Geschäft nicht zustande gekommen wäre. Diese Beziehungen setzten sich übrigens nach 1945 fort und bestimmten seither maßgeblich die Konzernpolitik. Die auf Flicks Wunsch erfolgte Ernennung der Bankiers Hermann Josef Abs (Deutsche Bank) und Robert Pferdmenges zu seinen Treuhändern nach 1945³⁰ deuten darauf ebenso hin wie das profitträchtige Geschäft mit den Daimler-Benz-Aktien 1975.³¹

Ein weiterer bemerkenswerter Aspekt der Gelsenkirchen-Affäre ist die Rolle, die Flick zur gleichen Zeit als Strohhalm der Reichsregierung in Oberschlesien spielte. Oberschlesien war als Folge des 1. Weltkrieges 1922 an Polen gefallen. Unter dem Reichskanzler Marx und dem Außenminister Stresemann begann die Reichsregierung seit 1927, Industriewerke in Polnisch-Oberschlesien in Reichsbesitz zu bringen.³² Ganz offensichtlich sollte Polen durch die kapitalmäßige Durchdringung in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit zu Deutschland gebracht und langfristig der Boden für eine „Rückführung“ des polnischen Gebiets an das Deutsche Reich bereitet werden.

Um das Eindringen deutschen Kapitals zu verschleiern, gründeten das Reich, der Stahlverein, der Thyssen-Konzern und Flicks Charlot-[27:]tenhütte im Sommer 1927 eine Tarnfirma in der Schweiz. Als „Treuhandgesellschaft“ gruppierte diese zahlreiche weitere Scheinfirmen um sich, die als Aufkäufer an der Börse auftreten konnten. Über diesen Weg gelang es, die Aktienmehrheit der polnischen Kattowitzer AG, die ja schon einmal in Flicks Besitz gewesen war³³, und der Laurahütte zu erwerben. Dadurch kontrollierte das Deutsche Reich, nach außen nicht erkennbar, den größten polnischen Konzern.

Kein anderer als der Oberschlesien-Kenner Friedrich Flick übernahm den Aufsichtsratsvorsitz der verschachtelten Treuhandgesellschaft und hatte damit maßgeblichen Einfluß auf den Konzern.

Diese geheime Funktion war möglicherweise ein weiterer Grund, der die Reichsregierung zu ihrem außerordentlich großzügigem Angebot bewog, und Thyssen, den Konkurrenten Flicks im Stahlverein, zum Stillhalten veranlaßte.

Diese Zusammenhänge können auch eine Erklärung dafür sein, weshalb die auf Brüning folgende Regierung Papen die Transaktion ausdrücklich billigte, nachdem noch am 25. Juni im Kabinett die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert worden war.³⁴

Auch die NSDAP unterließ 1932 alle agitatorischen Scheinangriffe auf das Gelsenkirchen-Geschäft; Göring und Hitler billigten es vielmehr ausdrücklich.³⁵

Proteste gegen das Gelsenkirchen-Geschäft wurden schon damals mit Geld erstickt. Die Reichsregierung, der Reichspräsident Hindenburg, Papen und Reichswehrminister Schleicher, die SPD und die NSDAP wurden mit „Spenden“ bedacht.³⁶

Für Flick brachte das Gelsenkirchen-Geschäft eine Sanierung seines Konzerns auf Staatskosten. Es lieferte ihm die finanzielle Grundlage für einen weiteren Ausbau seines Konzerns, der 1933 durch einen wahren Rüstungsboom noch mehr beschleunigt wurde.

³⁰ Vgl. Kap. VI.

³¹ Vgl. die Einleitung „Flick und der Parteispenden-Skandal“

³² Köhler, S. 880-881, fußend auf Akten des Bundesarchivs Koblenz.

³³ Vgl. Kap. II. 1.

³⁴ Köhler, S. 880.

³⁵ Brief des Flick-Managers Odilo Burkart an Gillitzer vom 17.9.1940, Dok. NI-5432, zit. nach: Klaus Drobisch, Flick und die Nazis, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 14 (1966) S. 380.

³⁶ Vgl. den folgenden Abschnitt.

[28:]

III. Flick-Konzern und Faschismus

1. Politische Flexibilität als Erfolgsstrategie

Im Unterschied zu anderen Schwerindustriellen zählte Flick seit Beginn der Weimarer Zeit zu denjenigen „modernen“ und politisch flexiblen Großunternehmern, die zur Sicherung ihrer Interessen und ihres Einflusses mehr oder weniger alle bürgerlichen Parteien, ja sogar die SPD finanzierten.

Seit dem Ende des 1. Weltkrieges war es das Bemühen aller führenden Kreise des Industrie- und Bankkapitals, die im Versailler Vertrag festgelegte Nachkriegsordnung zu revidieren, die demokratischen Garantien der Weimarer Verfassung zurückzuschrauben oder gänzlich aufzuheben und – vor allem unmittelbar nach der Novemberrevolution und in den ersten Nachkriegsjahren – den sozialistischen Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft entgegenzuwirken. Dies war der Grund, weshalb zahlreiche Magnaten des Reviers die Freikorps und Zeitfreiwilligenverbände oder die „Antibolschewistische Liga“ Eduard Stadtlers zur militärischen wie zur ideologischen Bekämpfung sozialistischer Bestrebungen politisch und finanziell unterstützten.¹ Im Januar 1919 zahlten Ruhrindustrielle und Bankiers 500 Millionen Reichsmark als „Versicherungsprämie“ gegen den „Bolschewismus als Weltgefahr“.²

Hugo Stinnes, August Thyssen und Emil Kirdorf waren die bekanntesten Exponenten des extrem rechten Flügels der Ruhrschwerindustrie, die sich von vornherein auf rechtsradikale, extrem antisozialistische und chauvinistische politische Gruppierungen und Parteien orientierten. Im Verein mit verschiedenen Banken, unter anderem der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft, unterstützten sie den ersten Versuch einer gewaltsamen Beseitigung der Republik, den Kapp-Putsch von 1920.³

Fritz Thyssen, Hugo Stinnes und später auch Emil Kirdorf sind als die frühesten großindustriellen Förderer der NSDAP bekannt. Den Hitler-Putsch 1923 finanzierte Thyssen mit 100.000 Goldmark⁴; später ermöglichte er der NSDAP den Ankauf ihrer Parteizentrale, des „Braunen Hauses“ in München.⁵ Schon 1930 plädierte er offen für eine Regierungsbeteiligung der NSDAP.⁶

[29:] Emil Kirdorf, obwohl wie Thyssen jahrelang Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), machte Hitler 1927 in schwerindustriellen Kreisen durch Verbreitung einer von diesem verfaßten Broschüre hoffähig.⁷

Die genannten Industriellen waren bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise jedoch in gewisser Weise Ausnahmen. So eindeutig wie sie wollten sich die wenigsten Vertreter von Industrie und Banken festlegen. Die Repräsentanten der Chemie- und Elektroindustrie stützten weitgehend die bürgerlichen Parteien, die die jeweiligen Regierungen der Weimarer Zeit stellten, nämlich die Deutsche Volkspartei (DVP), die Deutsche Demokratische Partei (DDP), das Zentrum und die DNVP.

¹ Ausführlicher dazu: Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978, S. 52-60; Ulrike Hörster-Philipps, Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen, Diss. Köln 1982, S. 31-44; Dokumente zur deutschen Geschichte 1917-1919, hrsg. von Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann, Berlin (DDR) 1975, S. 105-107.

² Aus den Erinnerungen von: Eduard Stadtler, Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935, zit. nach: Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 57-58.

³ Dokumente zur deutschen Geschichte 1919-1923, S. 28-31.

⁴ Fritz Thyssen, I paid Hitler, New York 1941, S. 80.

⁵ Hallgarten, S. 100.

⁶ Thyssen auf der Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie am 27. 11. 1930, vgl. Dirk Stegmann, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934. Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft. Beiträge zur marxistischen Theorie 6, Frankfurt 1976, S. 32.

⁷ Titel der Broschüre: „Der Weg zum Wiederaufstieg“, abgedruckt in: Henry Ashby Turner, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 41-59.

Die Schwerindustrie sah ihre Interessen vor allem durch die DNVP und die DVP vertreten. Zu den Förderern der DNVP zählten neben Vertretern der Großlandwirtschaft, des Offizierskorps und der höheren Beamtenschaft aus den Reihen der Schwerindustrie u. a. Friedrich Springorum (Hoesch), Karl Haniel (Haniel Konzern), Jacob Reichert (Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Eisen- und Stahlindustriellen – VdESTI), Ernst Poensgen (Vereinigte Stahlwerke) und Ernst von Borsig (Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände) sowie Fritz Thyssen und Emil Kirdorf.

Flick sympathisierte, wie sein Generalbevollmächtigter Otto Steinbrinck im Nürnberger Prozeß ausführte, mit der DVP bzw. war, wie er selbst zu Protokoll gab, deren Mitglied⁸. In der DVP fanden sich maßgebliche Teile der Schwerindustrie und des Bankkapitals zusammen, u. a. Emil Georg von Stauff von der Deutschen Bank, Hermann Röchling vom Röchling-Konzern, Paul Silverberg von den Rheinischen Braunkohlenwerken (Rheinbraun), Kurt Sorge, Generaldirektor bei Krupp, Albert Vögler, Generaldirektor bei Stinnes und Hugo Stinnes selbst. Zu Recht galt die DVP in der Weimarer Zeit als „Partei der Schlotbarone“.⁹ Überrepräsentativ war der direkte Einfluß der Großindustrie und des Bankkapitals auf die Reichstagsfraktion der DVP; 1925 gehörten der 51 Mitglieder zählenden Fraktion 16 Großindustrielle und Bankiers an.¹⁰

Trotz seiner engen Kontakte zur DVP legte Flick sich im Unterschied zu anderen Großindustriellen bis zum Beginn der 30er Jahre politisch nicht fest, und das aus handfesten Gründen. Seine extravaganten Aktien-Transaktionen geboten geradezu, sich die jeweiligen oder die möglicherweise zukünftigen Repräsentanten politischer Macht gewogen zu halten. Insbesondere in den Jahren 1931/32, vor und nach dem Gelsenkirchen-Geschäft, bedachte er mit seinen Spenden alle für ihn wichtigen politischen Richtungen.

[30:] Das Bild seiner Spendentätigkeit, das sich aus der Rückschau ergibt, ist mit größter Wahrscheinlichkeit höchst unvollständig. Im Unterschied zur Spendenaffäre der achtziger Jahre, die durch die akribische Buchführung des Flick-Buchhalters Diehl immer neue Nahrung erhielt und in deren Verlauf immer neue Informationen über Bestechungsgelder an Politiker und Parteien an die Öffentlichkeit drangen, hatte Flick vor dem Ende des 2. Weltkrieges ausreichend Zeit und Gelegenheit, seine Buchführung auf ein politisch vertretbares Maß zurechtzustutzen. Seit dem Herbst 1944 begannen seine Mitarbeiter im Zusammenhang mit einer umfangreichen Neuorganisation des Konzerns, die Spenden-Buchführung aus der Weimarer Zeit neu zu ordnen.¹¹ Belastende Dokumente wurden entfernt, Belege über Spenden an bürgerliche Parteien bereitgelegt.

Flick-Sohn Friedrich Karl Flick will die Spenden des Jahres 1932 als Zeichen der antinazistischen Haltung seines Vaters gewertet wissen und spekuliert dabei offensichtlich auf die Unwissenheit der Bevölkerung. „Er (Friedrich Flick) hat bei der Reichspräsidentenwahl 1932 Hindenburg maßgeblich mit Spenden unterstützt – gegen die Nazis. Nach der ‚Machtergreifung‘ wäre es im totalitären Staat ja Selbstmord gewesen, offen gegen die Nazis zu rebellieren, da mußte jeder seinen Kopf retten und irgendwie überleben.“¹² Bei dieser Interpretation unterschlägt Friedrich Karl Flick einige Fakten: So die Tatsache, daß die Spenden des Jahres 1932 in Zusammenhang mit der Gelsenkirchen-Affäre zu sehen sind, daß der Flick-Konzern seit 1931 enge Kontakte zu führenden Nazigrößen unterhielt und daß er schließlich seit 1933 mit den Nazis hervorragend kooperierte. Der verspätete Versuch, den alten Flick als Gegner der Nazis erscheinen zu lassen, mutet angesichts der Fakten nur peinlich an.

⁸ Eidesstattliche Erklärung Steinbrincks, Dok. NI-3508, in: Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law Nr. 10, Nuernberg, October 1946-April 1949, Bd. VI: The Flick-Case, Washington 1952, S. 227 (im folgenden zit.: NMT). – Eidesstattliche Erklärung Flicks v. 29.11.1946, Dok. NI-2/22 im Anhang.

⁹ Vgl. ausführlicher dazu: Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der deutschen Volkspartei, Meisenheim 1970; Wolfgang Ruge, Deutsche Volkspartei 1918-1933, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. I, Leipzig 1968, S. 645-666.

¹⁰ Ruge, DVP, S. 648 f.

¹¹ Fall 5, S. 15; Spiegel, S. 32, Bernt Engelmann, Wie wir wurden, was wir sind. Von der bedingungslosen Kapitulation bis zur unbedingten Wiederbewaffnung, München 1980, S. 253.

¹² Interview mit Friedrich Karl Flick, in: „Stern“ Nr. 6 vom 31.1.1985, S. 22.

Für das Jahr 1932 ist ein „Dispositionsfonds“ von 1,5 Millionen Reichsmark ausgewiesen.¹³ Aus diesem Fonds erhielten unter anderem Reichskanzler Brüning zur Unterstützung der Kandidatur Hindenburgs bei den Reichspräsidentenwahlen 1932 insgesamt 950.000 RM¹⁴, Brüning persönlich 100.000 RM¹⁵, Reichswehrminister Schleicher, der das Gelsenkirchen-Geschäft gefördert hatte, 120.000 RM, Papen, der Brüning am 1. Juli 1932 als Reichskanzler abgelöst hatte, 100.000 RM¹⁶ und Hugenberg und der Alldeutsche Verband 30.000 RM.¹⁷ Der NSDAP kamen nach dem ersten Zusammentreffen Flicks mit Hitler im Februar 1932 mindestens 50.000, vielleicht 100.000 RM zu.¹⁸ Weitere 100.000 RM gingen an die SPD.¹⁹

Die Auflistung der Spenden an Politiker und Parteien mit dem Ziel der Einflußnahme auf die Politik vermittelt allerdings, noch dazu in [31:] ihrer vom Konzernherrschaftsbereich bereinigten Fassung, nur ein unvollständiges Bild der politischen Einflußnahme und der politischen Optionen Flicks in den letzten Jahren der Weimarer Republik.

Seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise befürworteten immer größere Teile des Industrie- und Bankkapitals eine Regierungsbeteiligung der NSDAP oder sogar eine Regierungsübergabe an die Hitlerpartei. Von außerordentlich großer politischer Bedeutung für die weitere politische Orientierung führender Kräfte des Industrie- und Bankkapitals war die Hinwendung des ehemaligen (1923-1930) und späteren (1933-1939) Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht zur NSDAP. Schacht, bis 1926 Mitglied der liberalen Deutschen Demokratischen Partei und Fürsprecher eines integrativen innenpolitischen Kurses der Zusammenarbeit mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften, unterhielt seit dem Herbst 1930 intensive Kontakte zur NSDAP und arbeitete auf ihre Regierungsbeteiligung hin.²⁰ Er verfügte über weitreichende Beziehungen zur Großindustrie, insbesondere zur Schwerindustrie, und war eng verbunden mit dem amerikanischen Morgan-Kapital, dem er durch die Vermittlung umfangreicher Kredite an Thyssen, Opel, die AEG, die Dresdner- und Danatbank Einfluß auf die deutsche Wirtschaft vermittelt hatte.²¹

Ende September 1930, nach dem ersten spektakulären Wahlerfolg der NSDAP, reiste Schacht in die USA, um über die deutsche Forderung nach Aufhebung der Reparationen und über den Wahlerfolg der NSDAP zu beraten.²² Unmittelbar im Anschluß an die Reise traf er auf Einladung von Emil Georg von Stauff, dem Direktor der Deutschen Bank, im Dezember 1930 mit Göring, und im Januar 1931 durch die Vermittlung Thyssens und auf Einladung Görings mit Hitler zusammen.²³ Schacht nahm das Gespräch mit Hitler zum Anlaß, um beim Reichskanzler und „bei anderen Politikern, mit denen ich Verbindung besaß, darauf zu drängen, daß die Nationalsozialisten baldmöglichst in eine Regierungskoalition hineingenommen würden“.²⁴

¹³ Vgl. dazu die eidesstattliche Versicherung Friedrich Flicks vom 6.6.1947, Dok. Flick Nr. I, NMT, Bd. 6, S. 382. Die nachfolgend im Text genannten Zahlen beziehen sich auf dieses Dokument; es ist im Anhang abgedruckt.

¹⁴ Vgl. auch die im Anhang abgedruckte eidesstattliche Versicherung Flicks vom 29.11.1946, auf die sich einige Autoren stützen: Drobisch, Flick, S. 380; Hallgarten, S. 111.

¹⁵ Drobisch, Flick, S. 380.

¹⁶ Die Zahlenangaben stimmen bei den genannten Artikeln nicht immer überein, weil sie auf den beiden unterschiedlichen eidesstattlichen Erklärungen Flicks basieren.

¹⁷ Dok. Flick Nr. 1.

¹⁸ ebd., spricht von 50.000 RM (Schätzung) für 1932 und von weiteren 100.000 RM für 1933 (bis zu den Märzahlen); Dok. NI-3122 spricht von 100.000 RM 1932.

¹⁹ ebd. und Fall 5, S. 477, Anm. 88.

²⁰ Ulrike Hörster-Philipps, Großkapital; Weimarer Republik und Faschismus. Konzeptionen und Aktivitäten des deutschen Industrie- und Bankkapitals zur Zerstörung des bürgerlichen Parlamentarismus und zur Errichtung der faschistischen Diktatur 1918-1933, in: Reinhard Kühnl, Gerd Hardach, Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1977, S. 38-141, hier S. 78-79.

²¹ Gossweiler, Großbanken, S. 314-319.

²² Vernehmung Schachts am 30.4.1946, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Amtlicher Text 42 Bde., Nürnberg 1947-1949, hier Bd. 12, S. 457 (im folgenden zit.: IMG).

²³ ebd. und Protokoll der Vernehmung Schachts, Dok. NI-406, in: Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 59-60 und NMT, Bd. 7, S. 563.

²⁴ Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 352.

Das Einschwenken von Schacht und Stauß auf die politische Linie der NSDAP signalisierte einen gewissen Umschwung in den führenden Kreisen des Industrie- und Bankkapitals. Zwar gingen die wenigsten Konzernvertreter zu diesem Zeitpunkt schon so weit, daß sie eine Regierungsbeteiligung der NSDAP für politisch sinnvoll hielten, aber im Verlauf der kommenden zwei Jahre wuchs die Front der Kräfte, die mit dem parlamentarischen System endgültig Schluß machen, die im 1. Weltkrieg verlorenen Gebiete zurückerobern und Deutschland weltweit wieder eine Vormachtstellung sichern wollten.

Aus dieser Zeit stammen auch die ersten intensiveren Kontakte [32:] zwischen Flick-Konzern und Naziartei.²⁵ Eine besonders herausragende Rolle bei der Abstimmung zwischen Flick-Konzern und NSDAP spielte Otto Steinbrinck, die „rechte Hand“ Flicks.

Otto Steinbrinck, der 1923 in den Flick-Konzern eingetreten war, verfügte über weitreichende Verbindungen zu führenden Reichswehrkreisen, zu Politikern der rechtsbürgerlichen Parteien und zu anderen Großindustriellen. 1888 in Lippstadt geboren, wurde er nach Absolvierung des Realgymnasiums Berufssoldat bei der Kriegsmarine. 1911 im Alter von 23 Jahren wurde er zu einer U-Boot-Besatzung abkommandiert. Im 1. Weltkrieg war er beteiligt an der Versenkung von 216 Schiffen und erhielt eine Reihe hoher Orden. 1918, noch vor Kriegsende, war er als Admiralstabsoffizier der U-Boot-Flottille vor Flandern eingesetzt. 1919, als Kapitänleutnant entlassen, arbeitete er zunächst als Syndikus und Geschäftsführer des Verbandes deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (VdEstI). Von dort wechselte er zum Flick-Konzern und wurde bereits nach zwei Jahren im Konzern, 1925, in das Privatsekretariat Friedrich Flicks berufen. In der Folgezeit übte er zahlreiche Aufsichtsrats- und Vorstandsfunktionen aus. Er war ein enger Vertrauter Flicks in allen geschäftlichen und politischen Angelegenheiten und wurde 1937 zum Generalbevollmächtigten der Friedrich Flick KG ernannt.²⁶

Als ehemaliger, hochdekorierter U-Boot-Kommandant genoß Steinbrinck bei den führenden Stellen der Reichswehr und bei den Parteien des rechten Flügels ein hohes Ansehen.

Steinbrinck war es, der für Flick bereits sehr frühzeitig erste Kontakte zur NSDAP herstellte. Mit Göring war Steinbrinck seit 1917/18 bekannt. Der spätere Reichsluftfahrtminister der Nazis war im 1. Weltkrieg Offizier des Richthofen-Geschwaders gewesen. Sein Geschwader war mit der V-Boot-Flottille Steinbrincks 1917/18 in Flandern zusammengetroffen.²⁷ Rudolf Ley und Graf Reichbach, in der Weimarer Zeit Pressebeauftragte der NSDAP, waren Steinbrinck, dem Verantwortlichen für Pressefragen im Flick-Konzern, seit 1931 bekannt. Zu Walther Funk, einem der wirtschaftspolitischen Fachleute der NSDAP, bestanden seit Januar 1931 Kontakte. Im gleichen Monat fanden auch erste Zusammenkünfte mit Wilhelm Keppler, dem wirtschaftspolitischen Berater Hitlers, statt. Mit Hitler war Steinbrinck spätestens seit 1932 bekannt.²⁸

Die Sympathie, die Otto Steinbrinck für die Nazi-Partei und ihre Schutztruppen empfand, war so groß, daß er bereits am 30. Mai 1933 – nachdem er am 1. Mai Mitglied der NSDAP geworden war – in die SS eintrat und sofort einen hohen SS-Rang als Standartenführer bekleiden durfte.²⁹ Knapp zwei Jahre später stieg er zum SS-Oberführer auf, im Januar 1939 wurde er zum Brigadeführer beim Stab des Reichsführers-SS befördert. Im Laufe der Jahre wurde er mit hohen SS-Orden dekoriert, unter anderem mit dem Totenkopfring, dem Ehrendegen und dem Julleuchter*.

Einen besseren Kontaktmann zu führenden Nazi-Kreisen vor 1933 und einen besseren Sachwalter seiner Konzerninteressen gegenüber dem faschistischen Staatsapparat nach 1933 konnte Flick sich nicht wünschen. Aber auch für die Annäherung zwischen Großkapital und SS/NSDAP insgesamt war Steinbrinck von großer Bedeutung. Er zählte zu denjenigen Vertretern des Großkapitals, die sich unmittelbar nach dem ersten großen Wahlerfolg der Nazis um eine Abstimmung der wirtschaftspoli-

²⁵ Fall 5, S. 291.

²⁶ Tabellarische Biographie Steinbrincks, in: Fall 5, S. 454-456.

²⁷ ebd., S. 477, Anm. 87.

²⁸ ebd., S. 291 (Keppler) und S. 80-81 (Steinbrinck-Hitler).

²⁹ Hierzu und zum folgenden: Dok. NI-5326, NMT, Bd. 6, S. 202-204.

* Kultgegenstand der SS.

tischen Ziele und die Ausarbeitung einer wirtschaftspolitischen Programmatik der NSDAP bemühten. Er tat dies im direkten Auftrag Flicks.

Die ersten Gehversuche der Nazis auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik waren noch äußerst unbeholfen. Die Vorträge der nationalsozialistischen Wirtschaftsexperten Funk, Feder und Wagener 1931 stießen in Industriellenkreisen auf Kritik und Ablehnung. Den Referenten wurde einerseits Unkenntnis und Inkompetenz in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen vorgeworfen, andererseits wurde kritisiert, daß „dirigistische Eingriffe“ in Teilbereiche der Wirtschaft befürwortet wurden.³⁰ Ferner löste auch die antikapitalistische Phraseologie, derer sich die NSDAP zur Sympathiewerbung bei den Massen bediente, in großindustriellen Kreisen insofern Besorgnis aus, als man sich nicht sicher war, ob nicht die „sozialistischen“ Parolen nach einer Regierungsübernahme durch die NSDAP von deren Wählern möglicherweise eingefordert werden würden.

Die Abstimmung wirtschaftspolitischer Vorstellungen zwischen Großkapital und NSDAP war in den Jahren 1930 bis 1932 eine ganz entscheidende Voraussetzung für die Machtübertragung an Hitler. Die NSDAP war, zum Beispiel durch Schriften ihres Wirtschaftsfachmanns Hans Reupke, sehr bemüht, zu betonen, daß sie auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehe und das Privateigentum der Unternehmer nicht aufheben, sondern im Gegenteil „gegen alle Angriffe des Sozialismus“ verteidigen werde. Für die NSDAP formulierte Reupke, daß diese nicht ein System des „Staatsinterventionismus“ anstrebe, sondern eine „fortschreitende Selbstverwaltung der Wirtschaft besonders auf dem Gebiet der gesamten Sozialpolitik einschließlich Arbeitsgesetzgebung und Lohnschiedsgerichtsbarkeit“.³¹ Immerhin fanden die Schriften Reupkes in Industriellenkreisen so [34:] große Beachtung, daß der Generaldirektor von Stinnes, Albert Vögler, anregte, den Autor auf einer Sitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) referieren zu lassen.³²

Im Rahmen der innerparteilichen Diskussion um die NS-Wirtschaftsprogrammatik spielte Walther Funk, der Kontaktmann Steinbrincks, eine wichtige Rolle. Als ehemaliger Chefredakteur der „Berliner Börsenzeitung“ verfügte Funk über enge Beziehungen zur Schwerindustrie und zum Reichswehrministerium. Im Januar 1931 – zum Zeitpunkt seines ersten persönlichen Zusammentreffens mit Steinbrinck – wurde er in die Reichsleitung der NSDAP berufen und avancierte zum wirtschaftspolitischen Berater Hitlers. In dieser Funktion gab er den „Wirtschaftspolitischen Informationsdienst“ und den „Wirtschaftspolitischen Pressedienst“ der NSDAP heraus. Er zählte zu den führenden Köpfen der NSDAP, deren Aufgabe in der Abstimmung der wirtschaftspolitischen Aussagen der Partei mit den wirtschaftlichen Forderungen des Großkapitals bestand.³³

Dem Presse- und Informationsdienst Funks wurde in Unternehmerkreisen nicht nur großes Interesse entgegengebracht; vielmehr wurde ihm auch große finanzielle Unterstützung zuteil. Der Abonnementspreis belief sich auf 2000 bis 3000 Reichsmark monatlich. Dies war für die Zeit der Weltwirtschaftskrise eine hohe Summe und läßt sich nur als verkappte finanzielle Förderung der NSDAP verstehen. Zu den Abonnenten der Blätter zählten z. B. Carl Duisberg (IG Farben), Peter Klöckner, Gustav Krupp, Gustav Kellermann (Gutehoffnungshütte Oberhausen), Ernst Poensgen (Stahlverein), Reinhardt (Commerzbank), August Rosterg (Wintershall), Fritz Thyssen, Albert Vögler und Ludwig von Winterfeld (Siemens). Für den Flick-Konzern hatte sich Ernst Tengelmann von der Gelsenkirchener Bergwerks AG in die Abonnentenliste eingetragen.³⁴

³⁰ Zu Funk vgl. Fall 5, S. 292-294, zu Wagener und Feder: Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 424.

³¹ Titel der Broschüre: „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“ (1930) und „Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft“ (1931); vgl. ferner Schreiben von Dr. Georg Elsner an die Mitglieder des Clubs von Berlin vom 16. 2. 1931 mit Kommentaren zu Reupkes Schrift, Zentrales Staatsarchiv (ZStA) Potsdam, IG Farben, A 1400/41, Bl. 151-153; Denkschrift Scherers (Gutehoffnungshütte/GHH) für Paul Reusch vom 12.7.1930, in: Stegmann, Kapitalismus, S. 78.

³² Reupke an Blank (GHH) vom 1.7.1930, Stegmann, Kapitalismus, S. 76.

³³ Vgl. Auszüge aus dem Buch: „Walter Funk“; Dok. PS-3505, IMG, Bd. 32, S. 345-349.

³⁴ Drobisch, Flick, S. 379.

Über Steinbrinck, Tengelmann und andere war Flick vorzüglich über die wirtschaftspolitische Diskussion innerhalb der NSDAP informiert. Er wurde sogar selbst initiativ, wenn es darum ging, Mißverständnisse und Unklarheiten zwischen NSDAP und Kapitalkreisen auszuräumen. Die Kritik aus Industriellenkreisen an den Vorträgen Funks, geäußert in einem Schreiben an Friedrich Flick vom 19. Oktober 1931³⁵, wurde von Steinbrinck zum Anlaß für eine unverzügliche Kontaktaufnahme mit Funk genommen. Mit Schreiben vom 11.12.1931 lud er Funk zu einem Treffen mit dem bedeutenden Kölner Bankier Kurt von Schröder vom Bankhaus Stein ein, der der „ganzen Bewegung“ seit Jahren eng verbunden sei. Er wies Funk darauf hin, daß Schröder insbesondere an einer Stellungnahme der [35:] NSDAP zur Reparationsfrage interessiert sei.³⁶ Durch diese Initiative Steinbrincks war die Verbindung hergestellt zwischen dem national wie international einflußreichen Bankier Schröder und einem Wirtschaftsfachmann der NSDAP. Auf die weitere Diskussion um das wirtschaftspolitische Programm der NSDAP, die im sogenannten Keppler-Kreis geführt wurde, wird später noch einzugehen sein.³⁷

Im Laufe des Jahres 1931 erweiterte sich der Kreis der Ruhrindustriellen um Hitler erheblich. Die Brüder Walter und Ernst Tengelmann (letzterer als Direktor der Gelsenkirchen AG; sein Bruder als Direktor der Essener Steinkohlenbergwerks AG) und August Rosterg vom Wintershall-Konzern stießen zu der Industriellengruppe um Hitler.³⁸ Im August 1931 trafen sich etwa 30 bis 40 führende Stahl- und Kohleproduzenten auf Kirdorfs Landsitz mit Hitler.³⁹ Kurze Zeit später konferierte der gleiche Teilnehmerkreis, dem mit Sicherheit Thyssen, Vögler, Poensgen und Gustav Knepper vom Stahlverein angehörten, im Berliner Hotel „Kaiserhof“.⁴⁰ Damit waren die führenden Industriellen des Stahlvereins vor dem Erwerb der Aktienmehrheit durch die Reichsregierung der NSDAP ein deutliches Stück näher gerückt.

Auch Otto Wolff, Großaktionär der Rheinischen Braunkohlenwerke, der sich ähnlich wie Flick in der Öffentlichkeit politisch nicht exponierte und an den entscheidenden Treffen mit Hitler nicht teilnahm, ließ 1931-32 der NSDAP fast 180.000 Reichsmark zukommen; vermutlich gingen diese Gelder an die Strasser-Gruppe.⁴¹ Wolff teilte mit den IG Farben und dem Chemieflygel der Deutschen Bank 1932 die politische Zielvorstellung, dem Reichswehrgeneral Schleicher und dem Strasser-Flügel der NSDAP, der mit Schleicher kooperierte, die Macht zu übertragen.

Im Januar 1932 war der Kreis der Großindustriellen und Bankiers, die enge Kontakte zur NSDAP unterhielten und sich von ihr die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen versprachen, so groß, daß Hitler die Gelegenheit erhielt, am 27.1.1932 vor dem Düsseldorfer Industrieclub zu referieren. Diese Rede bedeutete für die Naziartei einen Durchbruch. In unmißverständlicher Art und Weise biederte sich Hitler bei den anwesenden Großindustriellen als Sachwalter ihrer Interessen an. Er hob hervor, daß allein die Leistung und Autorität der Persönlichkeit in der Gesellschaft wichtig seien. (Die Parallelen zur Leistungs- und Elitediskussion der achtziger Jahre sind unübersehbar!). Die Demokratie hingegen, das „Gesetz der größeren Zahl“, wurde von ihm ausdrücklich abgelehnt, ja mehr noch, sie galt ihm als „Prinzip der Zerstörung“; das „Prinzip der Autorität [36:] der Persönlichkeit“ als „Leistungsprinzip“ wurde bejubelt.⁴² Die Anwesenden, die seit Jahren um die Anerkennung dieses Leistungsprinzips nach ihren Vorstellungen, das heißt um die uneingeschränkte Macht des Unternehmers im Betrieb, gekämpft hatten, quittierten Hitlers Ankündigung, er werde den Marxismus – und damit waren alle Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung gemeint – „bis zur letzten Wurzel in Deutschland“ ausrotten, mit lebhaftem Beifall.⁴³

³⁵ Schreiben Reichern an Flick vom 19.10.1931, Dok. NI-8316 Fall 5, S. 292-294.

³⁶ Brief Steinbrincks an Funk vom 11.12.1931, Dok. NI-3218, NMT, Bd. 6, S. 233; auch in: Fall 5, S. 294-295.

³⁷ Vgl. den folgenden Abschnitt zum Keppler-Kreis.

³⁸ Czichon, S. 19.

³⁹ Hallgarten, S. 101.

⁴⁰ Czichon, S. 21.

⁴¹ Spendenliste Otto Wolffs von 1931-1932, in: Dokumente 1929-1933, S. 89.

⁴² Auszüge in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin (DDR) 1966, S. 562-563.

⁴³ ebd., S. 565.

Auch Friedrich Flick, dessen persönliche Anwesenheit bei der Zusammenkunft in Düsseldorf nicht geklärt ist, war offenbar begeistert von Hitlers Ankündigung, er werde die Arbeiterbewegung liquidieren, das demokratische System aushebeln und Kurs auf einen neuen Krieg nehmen. Schon wenige Tage nach der Rede Hitlers traf Flick, vermittelt durch den langjährigen Vertrauensmann Steinbrincks, Walther Funk, mit Hitler persönlich zusammen und führte mit ihm eine längere Besprechung unter vier Augen.⁴⁴ Nach diesem Zusammentreffen mit Hitler spendete Flick erstmals 100.000 RM für die NSDAP.⁴⁵ Funk, ehemaliger Redakteur der Berliner Börsenzeitung, war Flick seit längerem bekannt. Weitere Nazigrößen wie den späteren Luftfahrtminister Göring lernte Flick 1932 durch die Vermittlung Schachts kennen.⁴⁶

Es waren die Gebote großindustrieller Wachsamkeit und taktischer Reserve, die Flick vor und nach dem befürchteten Zusammenbruch der Vereinigten Stahlwerke und dem Gelsenkirchen-Geschäft zur politischen Zurückhaltung in der Öffentlichkeit veranlaßten. Eindeutige politische Optionen für eine bestimmte Richtung oder Partei bargen und bergen immer das Risiko in sich, von der demokratischen Öffentlichkeit erkannt, durchschaut und möglicherweise bekämpft zu werden. In diesem Sinne war Flick nie daran interessiert, seine politischen Zielvorstellungen durch eindeutige öffentliche Festlegungen bekanntzumachen. Seine öffentlich geübte politische Zurückhaltung darf jedoch nicht gleichgesetzt werden mit politischer Indifferenz. Mit den reaktionärsten Kräften der Schwerindustrie teilte er das Interesse an einer Forcierung der Rüstungsproduktion, an der Revision des Versailler Vertrages in militärischer wie in politischer Hinsicht und an einer Ausschaltung der gewerkschaftlichen und demokratischen Kräfte.

Der Verzicht auf Bekenntnisse in der Öffentlichkeit darf also nicht darüber hinwegtäuschen, daß Flick durchaus politische Zielvorstellungen verfolgte, die er allerdings wesentlich flexibler als andere den jeweiligen politischen Konstellationen anzupassen verstand. Kenn-[37:]zeichnender Beleg seiner umsichtigen Konzernpolitik ist die Rolle Steinbrincks im sogenannten Keppler-Kreis.

2. Keppler-Kreis/Freundeskreis Himmler und Unterstützung der SS

Unter maßgeblicher Mitwirkung Hjalmar Schachts, der Hitler bereits im April 1932 vorgeschlagen hatte, eine Arbeitsstelle ins Leben zu rufen, die „die wirtschaftspolitischen Ansichten des Nationalsozialismus auf die Möglichkeit hin studieren (soll), sie mit dem Gedeihen privater Wirtschaft in Einklang zu bringen“⁴⁷, wurde im Frühjahr 1932 der sogenannte Keppler-Kreis ins Leben gerufen.

Der Namensgeber des Kreises, Wilhelm Keppler, kam selber aus der Wirtschaft und fungierte als Wirtschaftsberater Hitlers. Als ehemaliger Direktor der Odin-Werke in Eberbach am Neckar und Geschäftsführer in verschiedenen chemischen Werken erhielt er im Dezember 1931 von Hitler den Auftrag, „ein paar Wirtschaftsführer zu bekommen ..., die uns -zur Verfügung stehen, wenn wir an die Macht kommen.“⁴⁸

Der Kölner Bankier Kurt von Schröder, seit geraumer Zeit ein wichtiger Verbindungsmann zwischen NSDAP-Führung und Großkapital und mit Keppler seit 1931 bekannt⁴⁹, zählte ebenso wie Otto Steinbrinck⁵⁰ zu den Gründungsmitgliedern des Keppler-Kreises.⁵¹ Steinbrinck selbst war mit Keppler ebenfalls seit 1931 bekannt und holte sich bei allen Transaktionen des Flick-Konzerns dessen Rat ein.⁵²

⁴⁴ Fall 5, S. 476 und 365.

⁴⁵ Eidesstattliche Erklärung Flicks, Dok. NI-3122; Fall 5, S. 291, Drobisch, Flick, S. 379.

⁴⁶ Fall 5, S. 476-477.

⁴⁷ Schacht an Hitler vom 12.4.1932, Stegmann, Großindustrie, S. 449-450; auch in: Dokumente 1929-1933, S. 62.

⁴⁸ Eidesstattliche Erklärung Keplers, Dok. NI-903, BA Koblenz, All. Proz. 1, Rep. 501, LVI B, Nr. 179, Bl. 1; engl. Fassung in: NMT, Bd. 6, S. 285-287.

⁴⁹ Eidesstattliche Erklärung Schröders, Keppler-Dok. Nr. 59, BA Koblenz, All. Proz. I, Rep. 501, LVI K, Nr. 12, S. 1.

⁵⁰ Auszug aus der Urteilsbegründung im Fall 5, Keppler-Dok. Nr. 218, ebd.

⁵¹ Als Spezialuntersuchungen zum Keppler-Kreis liegen vor: Klaus Drobisch, Der Freundeskreis Himmler. Ein Beispiel für die Unterordnung der Nazi-Partei und des faschistischen Staatsapparates durch die Finanzoligarchie, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1960) S. 304-328; Reinhard Vogelsang, Der Freundeskreis Himmler, Göttingen 1972.

⁵² Drobisch, Flick, S. 379 u. 381.

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten neben den Initiatoren Schacht, Schröder und Steinbrinck ferner Emil Meyer von der Dresdner Bank, Fritz Reinhardt von der Commerz- und Privatbank, Albert Vögler vom Stahlverein, August Rosterg von Wintershall, Rudolf Bingel von Siemens, Ewald Hecker von der Ilseder Hütte und vom Verband der Eisen- und Stahlindustriellen (VdEstI), Dr. Heinrich Schmidt, Aufsichtsratsmitglied der Dresdner Bank und Rechtsberater beim Kali-Syndikat sowie Emil Helfferich von der Hapag; für die Großlandwirtschaft Graf von Bismarck.⁵³

Am 18. Mai 1932 fand eine erste Zusammenkunft der Mitglieder des Freundeskreises mit Hitler im Berliner Hotel „Kaiserhof“ statt. Bei diesem Treffen sicherte Hitler den Großindustriellen volle Freiheit zur Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Forderungen zu und erläuterte sein Programm: „Beseitigung der Parteien mit Ausnahme der [38:] NSDAP.“ Nach Aussagen Keplers hat „niemand ... dem widersprochen.“ Im Gegenteil: die anwesenden Mitglieder des Freundeskreises brachten zum Ausdruck, daß sie „es wunderbar fänden, wenn die Gewerkschaften verschwinden würden.“ Deshalb quittierten sie Hitlers Ausführungen mit großem Beifall, „sprachen aber ihre Befürchtung aus, daß es ihm nicht gelingen werde, diese ausgezeichneten Ideen durchzuführen.“⁵⁴

Wie Keppler im Nürnberger Prozeß ausführte, bestand die konkrete Aufgabe des Keppler-Kreises darin, „die Pläne für die nationalsozialistische Führung der deutschen Volkswirtschaft zu beraten“.⁵⁵

Der Keppler-Kreis, der sich später „Freundeskreis des Reichsführers SS Himmler“ nannte, war eine Koordinationsstelle, die der Abstimmung der wirtschaftspolitischen Programmatik der NSDAP mit den Wünschen des Großkapitals diene. Er entwickelte sich zu einer Art Leitzentrum, das die verschiedenen Vorstellungen und strategischen und taktischen Überlegungen des Großkapitals vereinheitlichte, auf eine systematische Änderung der Staatsform hinarbeitete, in der Zeit von November 1932 bis Januar 1933 entscheidende Weichenstellungen für die Machtübertragung an Hitler leistete und schließlich nach 1933 die diktatorische Herrschaft planmäßig stabilisierte.

Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November 1932 bestärkte die führenden Kreise des Industrie- und Bankkapitals in ihrer Entscheidung, Hitler an die Macht zu bringen. Die NSDAP hatte erstmals seit 1930 Stimmen verloren; ihre absolute Stimmenzahl sank von 13,7 auf 11,7 Millionen, ihre Reichstagsmandate schrumpften von 230 auf 196. Damit waren die Grenzen ihres Masseneinflusses sichtbar geworden. Gleichzeitig war die Regierung Papen, anfänglich von Teilen der Schwerindustrie und der Großlandwirtschaft unterstützt, nicht mehr in der Lage, Ziele und Forderungen der Großwirtschaft durchzusetzen⁵⁶, weil sie sich total isoliert hatte und, wie der damalige Reichswehrminister Schleicher feststellte, auf Dauer nur noch mit den Mitteln der militärischen Macht gegen die Mehrheit der Bevölkerung hätte regieren können.

In dieser Situation, da die bürgerlichen Parteien in ihrer Funktion, breite Bevölkerungsschichten zu integrieren und zum Stillhalten zu bewegen, versagt hatten, und zugleich die NSDAP als Auffangbecken für oppositionelle Strömungen an Einfluß verlor, gab es für die führenden Kreise des Monopolkapitals nur eine Möglichkeit: Sie befürworteten mit großer Mehrheit die Regierungsübertragung an Hitler, um ihre offensiven längerfristigen Ziele, die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Zerstörung des Parlamentarismus und der demo-[39:]kratischen Rechte, die Aufrüstung und die Kursnahme auf eine Rückeroberung der deutschen Vormachtstellung in Europa und der Welt durchsetzen zu können. Das Gründungsmitglied des Keppler-Kreises, Bankier Kurt von Schröder, kennzeichnete die damalige Situation unmißverständlich: „Das allgemeine Ziel der Industriellen war damals, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden konnte, die lange an der Macht bleiben konnte. Als am 6. November 1932 die NSDAP ihren ersten Rückschlag erlitt und so ihren Gipfelpunkt überschritten hatte, wurde die Unterstützung

⁵³ Vorläufiger Schriftsatz der Anklage im Fall 11 (nach Aussagen Keplers), BA Koblenz, All. Proz. I, Rep. 501, L VI B, Nr. 304, S. 16; vgl. ferner zur Mitgliedschaft Steinbrincks 1932 die Urteilsbegründung im Fall 5, Keppler-Dok. 218, BA Koblenz, All. Proz. I, Rep. 501, LVI K, Nr. 12.

⁵⁴ Dok. NI-903, a. a. O., Bl. 3-4; s. auch: Vorläufiger Schriftsatz, a. a. O., S. 17.

⁵⁵ Dok. NI-903, Bl. 2.

⁵⁶ Hörster-Philipps, Konservative Politik, bes. S. 346-370.

der deutschen Schwerindustrie eine Sache von besonderer Dringlichkeit.“⁵⁷ Auch die parteiinterne Situation der NSDAP zwang zu schnellem Handeln. Heftige Fraktionskämpfe und der drohende wirtschaftliche Bankrott machten die Unterstützung durch das Großkapital erforderlich.

Bei der nun folgenden Etappe, in der die Machtübertragung an Hitler unmittelbar vorbereitet wurde, übernahm der Keppler-Kreis und mit ihm Flicks Privatsekretär Otto Steinbrinck eine führende Rolle. Es war dieser Kreis, der die berühmte Eingabe an den Reichspräsidenten Hindenburg vom 19.11.1932 initiierte, in der die unverzügliche Berufung Hitlers zum Reichskanzler gefordert wurde.⁵⁸

Doch noch gab es innerhalb des Großkapitals keine von Widersprüchen freie Einmütigkeit über das Tempo der Machtübergabe und das Ausmaß der Beteiligung der Nationalsozialisten an einer künftigen Regierung. Der größte Chemiekonzern, die IG Farben, unterstützte ebenso wie Krupp, Otto Wolff und der Braunkohleindustrielle Paul Silverberg den am 1. Dezember 1932 berufenen ehemaligen Reichswehrminister General Kurt von Schleicher. Es ist zu vermuten, daß auch Flick sich mit Schleicher, der ja wesentlich zum Abschluß des Gelsenkirchen-Geschäfts beigetragen hatte, gut arrangiert und von der von Schleicher projektierten Aufrüstung profitiert hätte. Schleicher trat ein für ein antiparlamentarisches Herrschaftssystem, das die Einbindung von Teilen der Gewerkschaften und der SPD bis hin zum vorgeblich „antikapitalistischen“ Strasser-Flügel der NSDAP vorsah und sich vor allem auf die Macht der Reichswehr stützen sollte. Sein Konzept einer „Militärdiktatur mit Massenbasis“⁵⁹ scheiterte jedoch.

Der Keppler-Kreis entfaltete in den Monaten von November 1932 bis Januar 1933 intensive Aktivitäten für Hitler. Am 4. Januar 1933 fand im Hause des Bankiers Schröder/ eine bedeutsame Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen statt, auf der ein Regierungswechsel ohne Neuwahlen vereinbart wurde.⁶⁰ Papen sollte den Reichspräsidenten Hindenburg von der Notwendigkeit eines solchen Schrittes über-[40:]zeugen. Erst nach dem Regierungswechsel waren Neuwahlen unter der „Parole: Hindenburg-Hitler“ vorgesehen.⁶¹

Am Tage nach der Einigung zwischen Papen und Hitler bildete sich unter der Leitung von Vögler und Springorum ein Konsortium, dem alle Mitglieder des Keppler-Kreises angehörten; es bezahlte die dringendsten Wahlschulden der NSDAP und überwies an Schröders Bankhaus Stein eine Million Reichsmark für die SS.⁶²

Die führenden Kräfte des Industrie- und Bankkapitals, die Großagrarier, die Militärs und die rechtskonservativen Kräfte waren sich nun einig, das parlamentarische System der Weimarer Republik durch die Diktatur zu ersetzen.

Die Übergabe der Regierungsgeschäfte an Hitler am 30. Januar 1933 wurde von den Großindustriellen und Bankiers begrüßt. Auf einem Treffen aller führenden Konzern- und Bankherren am 20. Februar 1933 ließ Hitler keinen Zweifel daran, daß er alle Forderungen des Großkapitals mit diktatorischen und terroristischen Mitteln durchsetzen würde. Angesichts der für den 5. März 1933 vorgese-

⁵⁷ Eidesstattliche Erklärung Schröders, Dok. NI-7990, Vertrauliche Aktennotiz Steinbrincks für Flick vom 5.7.1931, in: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, Hrsg. und eingel. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin (DDR) 1969, S. 98.

⁵⁸ Ulrike Hörster-Philipps, Großkapital und Faschismus 1918-1945. Dokumente, Köln ²1981, S. 154-155; weitere Quellenbelege vgl. Hörster-Philipps, Großkapital, Weimarer Republik und Faschismus, S. 138, Anm. 310-312; Joachim Petzold, Großbürgerliche Initiativen für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler. Zur Novemberpetition von 1932 des Keppler-Kreises deutscher Bankiers, Großindustrieller, Überseekaufleute und Großgrundbesitzer, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 31 (1983) S. 38-54 sowie Albert Schreiner, Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932), in: ebd. 4 (1956) S. 366-369.

⁵⁹ Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Diss. Frankfurt/New York 1981.

⁶⁰ Schreiben Keplers an Schröder vom 19.11.1932 und vom 26.11.1932, Anatomie, S. 95-97.

⁶¹ ebd.

⁶² Hallgarten, S. 116.

henen Neuwahlen versprach er den Anwesenden: „Wir stehen jetzt vor der letzten Wahl. Sie mag ausfallen, wie sie will, einen Rückfall gibt es nicht mehr, auch wenn die kommende Wahl keine Entscheidung bringt. So oder so, wenn die Wahl nicht entscheidet, muß die Entscheidung eben auf einem anderen Weg fallen.“⁶³

Bei der Zusammenkunft am 20. Februar 1933 fehlte nach Aussage Schachts kein einziger prominenter Industrieller oder Bankier.⁶⁴ Auch Friedrich Flick zählte zu den Teilnehmern dieser Zusammenkunft.⁶⁵

Nach den Dankesworten Gustav Krupps, des Präsidenten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, für Hitler⁶⁶ schlug Hjalmar Schacht die Schaffung eines Wahlfonds zur Unterstützung der NSDAP bei den kommenden Wahlen vor. Er fungierte selbst als dessen Verwalter und konnte noch am gleichen Tag mindestens 3 Millionen Reichsmark verbuchen.⁶⁷ Auch Friedrich Flick versäumte es nicht, durch einen entsprechenden Beitrag zu dem als „Hitlerspende“ deklarierten Fonds seine Übereinstimmung mit den politischen Zielen der NSDAP zu bekunden. Unmittelbar im Anschluß an das Treffen vom 20. Februar 1933 machte er die persönliche Bekanntschaft Himmlers.⁶⁸ Die Wahlkampfspende Flicks für die „letzten Wahlen“ am 5. März in der stattlichen Höhe von 240.000 Reichsmark wurden vermutlich persönlich von Himmler in Flicks Berliner Büro abgeholt.⁶⁹

Die Märzahlen brachte angesichts dieser massiven finanziellen und politischen Unterstützung und angesichts des Terrors, der bereits gegen die Arbeiterbewegung ausgeübt wurde, einen Erfolg für die [41:] Nazis, auch wenn sie mit 43,9% der Stimmen nicht das Ziel der absoluten Mehrheit erreichten. Mit der Zustimmung aller bürgerlichen Parteien zum Ermächtigungsgesetz am 23.3.1933 war ein weiterer Schritt zur Stabilisierung der faschistischen Herrschaft getan.

Nach den Märzahlen wurde die Hitler-Spende zu einer ständigen Einrichtung, an der sich auch Flick mit erheblichen Summen beteiligte. Der Reichsverband der deutschen Industrie (RDI) übernahm zentral die Sammlung der Gelder, die unter dem Titel „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ an die NSDAP weitergeleitet wurde.⁷⁰ RDI-Präsident Krupp stellte sich als Präsident des Kuratoriums der Hitler-Spende zur Verfügung; Hjalmar Schacht übernahm die finanzielle Verwaltung der Gelder. In der Zeit von 1933 bis 1945 erbrachte die Hitler-Spende etwa 700 Millionen Reichsmark.

Flick zählte von nun an, da jede taktische Zurückhaltung unnötig war, zu den offenen Förderern der NSDAP. Seine persönliche Beziehung zu Himmler wandelte sich – nach anfänglicher Reserviertheit – in kurzer Zeit zu einem recht vertraulichen Verhältnis.⁷¹

Die Kontakte zwischen Steinbrinck und Himmler gestalteten sich nach den Märzahlen 1933 außerordentlich freundschaftlich. Sie trafen sich nicht nur einmal monatlich im Freundeskreis, sondern statteten sich auch persönliche Besuche ab.⁷² Das Haus, das Himmler bewohnte, war ihm wiederum von den Mitteldeutschen Stahlwerken Flicks vermietet worden.⁷³

⁶³ Dok. D-203, IMG, Bd. 35, S. 46.

⁶⁴ Vernehmung Schachts vom 20. 7. 1945, Dok. NI-406, NMT, Bd. 7, S. 563.

⁶⁵ Dok. D-203, a. a. O.; Fall 5, S. 71.

⁶⁶ Memorandum Krupps, Dok. D-204, NMT, Bd. 9, S. 338.

⁶⁷ Dok. NI-406, a. a. O.; Fall 5, S. 366.

⁶⁸ Fall 5, S. 477, Anm. 87.

⁶⁹ ebd., S. 366, spricht davon, daß Mittelstahl für die Märzahlen 240.000 RM beisteuerte, ohne auf Himmlers Besuch bei Flick einzugehen; andere Quellen sprechen von 200.000 RM (Drobisch, Flick, S. 381), bezugnehmend auf eine weitere eidesstattliche Erklärung Flicks vom 14.1.1947.

⁷⁰ Rundschreiben des Reichsverbandes der Automobilindustrie vom 12.6.1933, Anatomie, S. 114 (auch zum Folgenden).

⁷¹ Eidesstattliche Erklärung von Otto Ohlendorf, ehemaliger Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, vom 28.1.1947, Dok. NI-3510, NMT, Bd. 6, S. 298.

⁷² Briefwechsel Himmler-Steinbrinck im Oktober 1933, Dok. NI-8280, NMT, Bd. 6, S. 235; vgl. auch die Dokumente NI-8280 und 8281, Fall 5, S. 295-296.

⁷³ Fall 5, S. 477 u. 471.

Im Keppler-Kreis, der 1935 in „Freundeskreis des Reichsführers SS“ umbenannt wurde, nachdem die Machtposition Himmlers im faschistischen Staatsapparat gewachsen war, zählte Steinbrinck auch nach 1933 zu den führenden Köpfen. Neben der Abstimmung der Interessen von Großindustriellen und Regierungsvertretern erfüllte der Keppler-Kreis auch eine unmittelbare Funktion bei der finanziellen Unterstützung der SS.

Aus den Reihen des Keppler/Himmler-Freundeskreises erhielt die SS jährlich eine Spende in Höhe von ein⁷⁴ bis zwei⁷⁵ Millionen Reichsmark. Die Gelder wurden auf ein Sonderkonto „S“ im Kölner Bankhaus Stein eingezahlt; von dort auf das Sonderkonto „R“ bei der Dresdner Bank in Berlin überwiesen.⁷⁶

Offiziell wurden die Gelder zur Finanzierung der persönlichen „kulturellen Liebhabereien“ des Reichsführers SS Himmler gezahlt, unter anderem für altgermanische Ahnen- und Brauchtumsforschung und für den Ausbau der altgermanischen Wewelsburg. In der Urteilsbegründung zum Fall 5 wurde allerdings zu Recht bezweifelt, ob diese Summen ausschließlich für „kulturelle Zwecke“ benutzt worden [42:] sind.⁷⁷ So läßt sich zum Beispiel nachweisen, daß im Juli 1944 68.000 RM auf das „Sonderkonto R“ überwiesen wurden, die zum Ankauf eines Grundstücks für das SS-eigene Unternehmen „Deutsche Wirtschaftsbetriebe“, in dem hauptsächlich KZ-Häftlinge arbeiteten, bestimmt waren.⁷⁸

Der Flick-Konzern beteiligte sich an der Finanzierung der SS über den Freundeskreis in erheblichem Umfang. Bereits seit 1931 bestand zwischen der Flick-Gruppe und dem Reichsführer SS eine Sondervereinbarung, derzufolge alle Unterstützungsbeiträge direkt an die Reichsleitung der SS überwiesen wurden; diese Vereinbarung wurde von Hitler ausdrücklich bestätigt.⁷⁹ Steinbrinck selbst hat im Flick-Prozeß zu leugnen versucht, daß die Übereinkunft des Konzerns mit der SS bereits 1931 bestand; er datierte sie auf Ende 1932.⁸⁰ Ab 1935 spendete Flick nach eigenen Angaben an Himmler jährlich 100.000 RM.⁸¹ Für die Zeit bis 1944 überwies Flick mindestens 7,65 Millionen Reichsmark an die SS.⁸² Auch Funktionsträger in der NSDAP wurden mit Geldern bedacht: Mutschmann, der NSDAP-Gauleiter in Sachsen, wo die Mitteldeutschen Stahlwerke lagen, erhielt jährlich 150.000 RM, Göring 1940 und 1943 1 Mio. RM.⁸³

Flick selbst wurde 1935 Mitglied des Freundeskreises, der inzwischen auf knapp 40 Mitglieder angewachsen war, davon etwa zwei Drittel führende Industrielle und Bankiers; das restliche Drittel bestand aus Vertretern von Regierung, Partei und SS.⁸⁴ Er war damit direkt beteiligt an den verbrecherischen Planungen dieses Kreises, der unter anderem die Verteilung von KZ-Häftlingen als Arbeitskräfte für die Betriebe vornahm.

Von 1933 an wohnten die Mitglieder des Freundeskreises geschlossen den Reichsparteitagen der NSDAP in Nürnberg sowie den Vereidigungen der SS-Leute am 9. November jeden Jahres in München bei.⁸⁵

⁷⁴ ebd., S. 291.

⁷⁵ Eidesstattliche Erklärung von Otto Ohlendorf, Dok. NI-3510, a. a. O., S. 297: dieser spricht von 1,5 bis 2 Mio. RM.

⁷⁶ BA Koblenz, All. Proz. I, Rep. 501, L. VI B, Nr. 179, Index zum Dokumentenbuch Nr. 135, Bl. 6.

⁷⁷ Urteil im Fall 5, S. 11020, hier zit. nach: ebd., Bl. 7.

⁷⁸ Zahlungsanweisung vom 9.7.1944, Dok. NI-12153, Fall 5, S. 304.

⁷⁹ Schreiben Steinbrincks an Karl Raabe (Maxhütte) vom 28.12.1938, Dok. NI-3454, NMT, Bd. 6, S. 249; s. auch Anklageschrift, Fall 5, S. 75.

⁸⁰ Eidesstattliche Erklärung Steinbrincks vom 28.1.1947, NMT, Bd. 6, S. 227-229.

⁸¹ Nach Dok. NI-3122, Drobisch, Flick, S. 381; vgl. auch Schreiben von Konrad Kaletsch an Schröder vom 23.3.1944, Dok. NI-3812, Fall 5, S. 303: auch in diesem Jahr habe der Flick-Konzern wieder 100.000 RM überwiesen.

⁸² Günter Ogger, Friedrich Flick der Große, Bern – München – Wien 1971, S. 211 und Dok. NI-3122; Drobisch, Flick, S. 382.

⁸³ Dok. NI-3122; Drobisch, Flick, S. 381.

⁸⁴ Drobisch, Freundeskreis, S. 311.

⁸⁵ Vorläufiger Schriftsatz der Anklage im Fall II, a. a. O., S. 2.

Steinbrinck spielte während der ganzen Zeit gemeinsam mit Kurt von Schröder, der wie er hohe SS-Funktionen bekleidete, eine führende Rolle. 1936 wandte er sich mit Schröder auf entsprechende Bitten aus SS-Kreisen an die Mitglieder, um eine Sonderspende für die „Liebhabereien“ Himmlers zu erbitten. 600.000 bis 700.000 Reichsmark gingen ein.⁸⁶

Zusammenfassend bewertete die amerikanische Anklagebehörde im Flick-Prozeß die Rolle Steinbrincks wie folgt: „Steinbrinck, ein Gründermittelglied des ‚Keppler-Kreises‘, (spielte) eine führende Rolle bei der Herbeiführung dauernder und freundschaftlicher Beziehungen zwischen der SS und den führenden Industriellen Deutschlands. Er wirkte [43:] maßgebend dabei mit, eine aus diesen wohlhabenden Kreisen stammende, ständig fließende Einkommensquelle zu erschließen, die Himmler ohne Vorbehalte oder Einschränkungen zur Verfügung gestellt wurden.“⁸⁷

Die rechtzeitig und gezielt entwickelte Einflußnahme auf führende NSDAP- und SS-Vertreter, die frühzeitige Vergabe entsprechender Spenden und die optimale Kooperation mit Regierungsvertretern und Institutionen machte sich für den Flick-Konzern im wahrsten Sinne des Wortes bezahlt: 1932 noch am Rande des wirtschaftlichen Ruins, brachte die Zusammenarbeit mit den Nazis bei der Vorbereitung des 2. Weltkrieges dem Konzern Rüstungsaufträge und damit Gewinne in bisher nicht dagewesenem Ausmaß.

3. Ein Bombengeschäft: Rüstungsproduktion und Rüstungsgewinne 1933-1945

„Wir finden Flick bei den Anfängen der Entwicklung der Luftwaffe, im Vordergrund der Ausdehnung von Deutschlands Eisen-, Stahl- und Kohleproduktion, in der Herstellung von Granaten und im Bau von Tanks und Panzerwagen, kurz gesagt, bei der Entwicklung aller der vordringlichen Mittel, die die Nationalsozialisten für die Blitzkriegstaktik eines Angriffskrieges brauchten.“⁸⁸ Mit diesen Worten faßte die amerikanische Anklagevertretung die Rolle Flicks und des Flick-Konzerns, seine Mitwirkung an dem gigantischen Rüstungsprogramm der Nazizeit, zusammen.

Unmittelbar nach der Machtübertragung an die Nazis setzte in den führenden Unternehmen der Schwerindustrie, der Chemie- und Elektroindustrie die Jagd nach staatlichen Rüstungsaufträgen ein. Rüstungsaufträge bedeuteten einen Ausweg aus der Krisensituation, in der sich die meisten Unternehmen immer noch befanden, sie versprachen längerfristige Abnahmegarantien, eine Auslastung der teilweise brachliegenden Kapazitäten und steigende Gewinne.

Friedrich Flick zählte zu dem ausgesuchten Kreis schwerindustrieller Unternehmer, denen es gelang, gleich 1933 staatliche Rüstungsaufträge zu erhalten und unverzüglich mit der Rüstungsproduktion zu beginnen.

Ähnlich wie Krupp war Flick schon lange vor 1933 auf einen politischen Führungswechsel gut vorbereitet. Krupp hatte bereits in der Weimarer Zeit von den illegalen Aufrüstungsmaßnahmen der [44:] Reichswehrführung profitiert. Aber auch Flick war in einigen Betrieben darauf eingerichtet, die gesamte Produktion ziviler Güter auf die Rüstungsproduktion umzustellen. 1932 hatte er die Allgemeine Transportanlagen Maschinenbau GmbH (ATG) in Leipzig aufgekauft. Das Geld dazu stammte möglicherweise – da der Konzern noch im Mai 1932 vor dem Bankrott stand – aus dem profitablen Gelsenkirchen-Geschäft. Die ATG, die im 1. Weltkrieg Flugzeuge gebaut hatte, mußte nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages ihre Flugzeugproduktion aufgeben und hatte sich auf den Maschinenbau konzentriert; damit war sie zum Konkurrenzunternehmen der Maschinenfabrik in Lauchhammer geworden.⁸⁹ Nach dem Kauf war die Firma bereits – offenbar in Erwartung künftiger Rüstungsaufträge – auf den Flugzeugbau eingestellt worden.

Bei einer wichtigen Besprechung von Vertretern des Reichsluftfahrtministeriums mit Vertretern der Flugzeugindustrie am 6. April 1933 war Heinrich Koppenberg, Aufsichtsratsvorsitzender der Mit-

⁸⁶ Eidesstattliche Erklärung Steinbrincks vom 15.3.1948, Keppler-Dok. Nr. 12, BA Koblenz, All. Proz. I, Rep. 501, L VI K, Nr. 12.

⁸⁷ Zit. nach Fall 5, S. 80.

⁸⁸ Zit. nach ebd. S. 103.

⁸⁹ ebd., S. 367 und S. 477, Anm. 102 u. 103.

teldeutschen Stahlwerke, für den Flick-Konzern vertreten.⁹⁰ Seitens des Reichsluftfahrtministeriums wurde eine Steigerung der Jahresproduktion um das Dreifache, nämlich von 20 Millionen auf 60 Millionen Reichsmark, in Aussicht gestellt. Im Ergebnis der Sitzung, an der auch Vögler, Siemens und Thyssen teilnahmen, wurde eine „Treuhandstelle“ zur Koordinierung der Flugzeugproduktion geschaffen.

Koppenberg indes blieb auf der Sitzung zurückhaltend. Noch wollte der Flick-Konzern unter den Augen der übrigen Konzernherren ganz offensichtlich seine Karten nicht auf den Tisch legen. Koppenberg notierte für Flick:

„Zu der Abgabe einer Erklärung, daß wir im Besitz eines komfortablen Flugzeugwerkes sind, das in Summa 2500 Flugzeuge vom Jagdeinsitzer bis zum großen Bombenflugzeug mit 45 Meter Flügelspannweite hergestellt hat (mit einer täglichen Leistungsfähigkeit von 5 Flugzeugen), das wir jederzeit, ohne viel Zeitverlust seinem Bestimmungszweck wieder zuführen können, bot sich keine Gelegenheit.“⁹¹

Flick scheint weniger auf die Kooperation mit seinen Konkurrenten vertraut zu haben als vielmehr auf seine und Steinbrincks persönlichen Kontakte zu führenden Stellen des Reichswehr- und des Reichsluftfahrtministeriums. Otto Steinbrinck wußte seinen Wert rückwirkend durchaus einzuschätzen, wenn er im Nürnberger Prozeß aussagte, daß er im Heereswaffenamt, im Wehrministerium und bei der Marine offene Türen gefunden habe, weil er „als alter Seeoffizier immer noch eine Achtung genoß“, und daß die zuständigen Beamten und Offiziere immer gern mit ihm verhandelten.⁹² Auch die langjährigen Kontakte [45:] Steinbrincks zu Göring, der das neu eingerichtete Reichsluftfahrtministerium als Minister übernahm, und die wachsende Freundschaft zwischen Flick und Göring kamen den Konzerninteressen sehr entgegen.⁹³

Noch liefen die Vorbereitungen zur Rüstungsproduktion langsam und streng geheim an, weil nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages nur eine auf ein Minimum begrenzte Produktion von Rüstungsgütern erlaubt war. Im September 1933 erstellte das Reichswehrministerium eine Übersicht über die geplanten Rüstungsmaßnahmen und ihre Zulassung durch den Versailler Vertrag. Unter den für die Rüstungsproduktion vorgesehenen Konzernen waren auch Flicks Mitteldeutsche Stahlwerke (Lauchhammerwerk in Gröditz) zur Fertigung von Flakgeschossen; laut Versailler Vertrag „nicht zugelassen“.⁹⁴

Im November/Dezember 1933 war der Boden so weit bereitet, daß die ersten staatlichen Rüstungsaufträge ins Haus standen und die Rüstungsproduktion beginnen konnte. In einem Telefongespräch mit dem Reichswehrminister von Blomberg, der seit Mai 1933 mit der geheimen Bildung des Reichsverteidigungsrates beauftragt war und über die Vergabe von Rüstungsaufträgen entschied, pries Flick seine Werke in Mitteldeutschland für die Rüstungsproduktion geradezu an. Das Argument, seine Werke seien aufgrund ihrer geographischen Lage (im Unterschied zum Ruhrgebiet) militärisch, also im Kriegsfall, nicht gefährdet, sowie ihre Unabhängigkeit von ausländischen Rohstoffen war offenbar von erheblicher Überzeugungskraft.⁹⁵

Wenige Tage nach dem Telefongespräch, Anfang Dezember 1933, besuchte der Reichswehrminister persönlich die Mitteldeutschen Stahlwerke in Lauchhammer. Im Vorfeld dieses Besuches hatte Flick eine Denkschrift über Standorte, Rohstoffbasis und Produktionsmöglichkeiten erstellen lassen und persönlich dem Reichswirtschaftsminister bei einem Besuch erläutert.⁹⁶ Diese Denkschrift und der persönliche Eindruck von der Leistungsfähigkeit der Flicksehen Rüstungsbetriebe waren offenbar überzeugend.

⁹⁰ Niederschrift Heinrich Koppenbergs vom 6.4.1933, Dok. NI-10118, Anatomie, S. 108-109; auch in: Kühnl, Faschismus, S. 206.

⁹¹ Anatomie, S. 109.

⁹² Zit. nach Fall 5, S. 371.

⁹³ Vgl. das Schreiben des Staatssekretärs Milch vom 2.5.1935, Dok. NI-10114, Fall 5, S. 109.

⁹⁴ Geheime Kommandosache vom 9.9.1933, Dok. C-32, Fall 5, S. 106-108.

⁹⁵ Schreiben Flicks an Schacht vom 28.11.1933, Dok. NI-3877, NMT, Bd. 6, S. 236; auch in: Fall 5, S. 367.

⁹⁶ Vgl. Fall 5, S. 367-368; Drobisch, Flick, S. 386.

Ein erster Auftrag an die ATG in Leipzig erging noch im Dezember 1933.⁹⁷ In der Folgezeit entwickelte sich die ATG mit der Produktion von Junkers-Flugzeugen zu einem führenden Unternehmen der Luftfahrtindustrie. Göring selbst würdigte die hohen Leistungen des Unternehmens 1940 in einem Dankschreiben.⁹⁸

Im Jahr 1934, als die international gebotenen Rücksichten zurückzutreten begannen, lief die Rüstungsproduktion voll an. General Liese, Chef des Heereswaffenamtes, sagte den Mitteldeutschen Stahl-[46:]werken größere Aufträge bis 1938 zu und versprach zugleich eine noch stärkere Berücksichtigung bei der Vergabe von Aufträgen als bisher. Erste Aufträge für die Produktion von Bomben und Granaten gingen im März 1934 ein.⁹⁹

Nachdem der Einstieg ins Rüstungsgeschäft so gelungen war, entwickelte sich die Produktion in allen Flick-Betrieben explosionsartig. Im Verein mit dem faschistischen Staatsapparat beteiligten sich die deutschen Rüstungskonzerne an der Vorbereitung auf den 2. Weltkrieg und profitierten von seiner Vorbereitung und Durchführung.

Die Rüstungsproduktion insgesamt stieg von 1933 bis zum Überfall auf Polen am 1. September 1939 von 1,5 Mrd. Reichsmark auf 16,3 Mrd.¹⁰⁰ Die Bruttoprofiten deutscher Rüstungskonzerne stiegen bei Klöckner von 107 Mio. RM 1936 auf 164 Mio. RM 1941, bei Hoesch im gleichen Zeitraum von 120 auf 164 Mio. RM und bei der Gutehoffnungshütte (GHH) von 123 auf 156 Mio. RM; die Nettoprofiten stiegen bei Krupp um etwa 300%, bei Siemens um 250%, bei den IG-Farben um fast 500% und bei Zeiss um etwa 700%.¹⁰¹

Flick profitierte von der Kriegsvorbereitung in besonderem Maße. An der Steigerung der Rohstahlproduktion um 8% in den Jahren von 1929 bis 1941 waren die Rüstungsbetriebe des Flick-Konzerns mit 52% beteiligt. Damit wiesen sie die bei weitem größte Erzeugungssteigerung aller deutschen Konzerne (nämlich 73%) auf.¹⁰² 1929 lag der Flick Konzern in der Stahlproduktion noch an 5. Stelle in Deutschland, 1933 war er – nach den Vereinigten Stahlwerken und Krupp – auf die 3. Stelle vorgerückt, 1942 hatte er den Krupp-Konzern überrundet und lag an 2. Stelle.¹⁰³

Voller Stolz vermerkt eine Übersicht über die Entwicklung der Rüstungsproduktion aus dem Jahre 1942, daß die Betriebe des Flick-Konzerns 1935 mit der Produktion von Geschossen begonnen und 1942 – gleich hinter den Vereinigten Stahlwerken – die 2. Stelle einnahmen; bereits Ende 1933 sei mit der Umstellung der ATG in Leipzig auf die Flugzeugproduktion mit 8500 Beschäftigten begonnen worden; ab 1938 seien Teile für Panzerwagen hergestellt worden. 1942 wurde das Prädikat „Rüstungsmusterbetrieb“ an die Herstellungsfirma verliehen. Die zum Flick-Konzern gehörende Waggonbaufirma Linke-Hofmann steigerte ihre Kapazität von 350 Normalgüterwagen im Jahr 1937 auf 800 im Jahr 1942 und setzte sich für die nächste Zeit eine weitere Steigerung auf 1300 Waggon, also auf das Dreifache, zum Ziel. Die Essener Steinkohlenwerke schließlich spezialisierten sich auf die Gewinnung von Benzin aus Kohle und erhöhten ihre Kapazität von 50.000 t bei Kriegsbeginn auf 80.000 t 1942.¹⁰⁴

[47:] Was hier als dürre Zahlenkolonne erscheint, ist in Wahrheit die Statistik der außerordentlichen Profite, die der Flick-Konzern in der Zeit des Faschismus machte. Die zunächst teilweise, später lückenlose Ausrichtung der gesamten Industrie auf den Krieg, die ungeheure Steigerung der Rüstungsproduktion, brachte dem Konzerngiganten Flick Gewinne in einem unvorstellbaren Ausmaß.

⁹⁷ Flick ordnet mit Schreiben vom 7.12. unter Bezugnahme auf den 5.12.1933 an, sofort mit den besprochenen Investitionen zu beginnen, Dok. NI-12119, Fall 5, S. 108.

⁹⁸ Schreiben Görings vom 8.5.1940, Dok. NI-12123, Fall 5, S. 110; Drobisch, Flick, S. 387.

⁹⁹ Notiz Steinbrincks für Flick vom 20.8.1934, Dok. NI-10056, Fall 5, S. 112, (als Dok. NI-3466 in Anatomie, S. 129-130).

¹⁰⁰ Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1, Berlin (DDR) 1969, S. 31.

¹⁰¹ Hörster-Philipps, Dokumente, S. 212.

¹⁰² Überblick über die Rüstungsproduktion des Flick-Konzerns vom 9.7.1942, Dok. NI-3496, Fall 5, S. 113-114.

¹⁰³ ebd.

¹⁰⁴ ebd.

Während Millionen auf den Schlachtfeldern verbluteten, ungezählte in Konzentrationslagern dahinvegetierten und starben, gelang dem Konzern ein Aufstieg zu bisher nicht erreichter Blüte.

1944 verfügte Flick über die Majorität von 132 Gesellschaften mit einem Nominalkapital von rund 550 Mio. Mark.¹⁰⁵ 120.000 Beschäftigte zählte das Unternehmen im gleichen Jahr. Alle Verarbeitungsunternehmen waren inzwischen in die Kriegsproduktion einbezogen.¹⁰⁶

1943 war der Flick-Konzern das größte private Industrie-Imperium des Hitlerreichs. Flick hatte sogar Krupp überrundet, sowohl an Privatvermögen wie an Rüstungskapazität.¹⁰⁷ Friedeich Flick selbst war durch die Rüstungsprofite zum reichsten Mann Deutschlands geworden.¹⁰⁸

4. „Arisierung“: Die Übernahme des Petschek-Konzerns und anderer Betriebe

„Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ lautete der Punkt 3 der Anklage im Prozeß gegen Friedeich Flick, Otto Steinbrinck und Konrad Kaletsch, Vorstandsmitglied von Mittelstahl und Neffe Flicks.¹⁰⁹ Dieser Anklagepunkt betraf die sogenannten „Arisierungen“, die Übernahme von Betrieben jüdischer Besitzer durch deutsche, „arische“ Unternehmer. Ähnlich wie andere Großunternehmer hat sich Flick an der „Arisierung“ jüdischen Vermögens bereichert. Mehr als andere ist er initiativ geworden, um sich in den Besitz wertvoller jüdischer Firmen zu bringen und die ursprünglichen Besitzer aus dem Weg zu räumen.

Der erste Versuch, ein in jüdischer Hand befindliches Unternehmen zu übernehmen, betraf die Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke Simson und Co. (Simson/Suhl), einen leistungsfähigen Waffen- und Fahrzeugproduzenten.

Flicks Kontakte zum Heereswaffenamt, der Zentralbehörde für die Vergabe von Rüstungsaufträgen, war bereits im Herbst 1934 so weit entwickelt, daß aus dieser Institution heraus der Vorschlag zur Über-[48:]nahme des Betriebs an Flick herangetragen wurde. Bei einer Besprechung im Heereswaffenamt (HWA) am 6. Oktober 1934 wurde Steinbrinck im Auftrag von Oberst Leeb gefragt, ob Mittelstahl bereit sei, Simson/Suhl zu übernehmen. Das HWA versprach sich von dem Besitzwechsel eine „reibungslose Zusammenarbeit zwischen HWA und Suhl.“¹¹⁰

Flick war nicht abgeneigt, sich die gewinnträchtige Waffenfabrik anzueignen. Aber noch mußte der Schein formeller Legalität gewahrt werden; eine Enteignung jüdischen Besitzes war zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich.

Flick nahm Verkaufsverhandlungen mit dem Seniorpartner des Werkes, Arthur Simson, auf. Doch Simson zeigte sich noch nicht bereit, sein Werk um jeden Preis zu verkaufen.

Sechs Monate nach dem Abbruch der Verhandlungen mit Flick wurde er verhaftet. Im Gefängnis wurde sein Einverständnis zum Verkauf des Werkes erpreßt.¹¹¹

Doch Flicks Interesse an diesem Betrieb war nur bedingt. Der Gesamtpreis war ihm zu hoch und eine kurzfristig durchgeführte Umstrukturierung von Simson/Suhl paßte nicht in sein Produktionsprogramm.¹¹² Außerdem wäre Flick das erste Privatunternehmen gewesen, das eine solche erpreßte „Arisierung“ durchgeführt hätte.

¹⁰⁵ Drobisch, Flick, S. 395.

¹⁰⁶ Aufstellung aller in der Rüstungsproduktion tätigen Betriebe vom Mai 1944, Dok. NI-5452, in: Drobisch, Flick, S. 387, und Dok. NI-5451, Fall 5, S. 104-105.

¹⁰⁷ Spiegel-Buch, S. 231.

¹⁰⁸ ebd., S. 223.

¹⁰⁹ Vgl. zum Prozeß Kapitel VI. 1.

¹¹⁰ Fall 5, S. 371.

¹¹¹ ebd., S. 372.

¹¹² ebd., S. 372-373.

Der erste Versuch einer Bereicherung durch fremdes Vermögen war noch nicht erfolgreich. Das Reich enteignete Simson 1935, übernahm das Werk und setzte einen Vertreter der Deutschen Bank, Albert Vögler vom Stahlverein und den NS-Gauleiter von Thüringen, Sauckel, als Leitung ein.¹¹³

Die Hochofenwerke Lübeck und die mit ihnen verbundene Erzhandelsgesellschaft Rawack und Grünfeld waren Gegenstand des zweiten, nunmehr erfolgreichen Versuchs der Bereicherung durch „Arisierung“.

Die roheisenerzeugenden Hochofenwerke Lübeck mit Werken in Lübeck und Stettin waren das letzte reine Hochofenwerk und stellten eine vorzügliche Ergänzung zu den reinen stahlerzeugenden Martinswerken von Mittelstahl in Riesa, Gröditz, Brandenburg und Hennigsdorf dar. Schon Ende der zwanziger Jahre hatte Flick sich um den Erwerb des Werkes bemüht, um dadurch den mitteldeutschen Stahlwerken eine sichere Roheisengrundlage zu geben.

Eigner des Werkes waren die jüdischen Besitzer der Firmen Rawack und Grünfeld in Warburg, der Hahnsehen Werke und der Metallgesellschaft sowie ausländische Aktionäre.¹¹⁴

Zeitgleich zu den Verhandlungen über Simson/Suhl befaßte man [49:] sich bei Mittelstahl mit Überlegungen, wie man in den Besitz des Hochofen-Unternehmens gelangen könne. Im Januar 1935 wurden bereits konkrete Varianten zum Ankauf der Aktien durchgespielt. Auch in diesem Fall war das Heereswaffenamt eingeschaltet und arbeitete Hand in Hand mit Flick.

Obschon die Vergabe von Darlehen an Flick durch das HWA beschlossen und die Einwilligung der wichtigsten Ruhrmagnaten für eine Übernahme der Hochofenwerke durch Flick eingeholt war, gestaltete sich die „Arisierung“ nicht reibungslos, da – anders als bei Simson – mehrere jüdische Aktionäre und außerdem ausländische Aktionäre betroffen waren, die allesamt nicht verkaufen wollten.

Nachdem 1935 mit den vom späteren Adenauer-Staatssekretär Globke verfaßten „Nürnberger Gesetzen“ erste juristische Grundlagen zur Diskreditierung und Verfolgung von Juden geschaffen waren, verstärkte sich der Druck des Flick-Konzerns gegen die jüdischen Besitzer. Flicks Konzeption bestand spätestens seit 1937 darin, die Aktienmajorität von Rawack und Grünfeld zu erreichen und dadurch den Weg zur Inbesitznahme des Lübecker Hochofenwerks zu ebnen.

Erste Verhandlungen zwischen Flick und einigen Vertretern von Rawack und Grünfeld blieben erfolglos. Mit massivem Druck versuchte Flick nun, die Aktionäre für seine Pläne willfährig zu machen. Sein Verhandlungsführer Rohde drohte den jüdischen Besitzern staatliche Repressionen wegen angeblicher Devisenüberschreitungen an, ein Vorwurf, der sich als völlig haltlos erwies.¹¹⁵ Dennoch, oder besser gesagt, gerade deshalb, verstärkte sich der wirtschaftliche und politische Druck gegen Rawack. Auch die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und das Bankhaus Mendelssohn schalteten sich in die Verhandlungen ein.¹¹⁶

Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und Konzernspitze nahm nun ein Höchstmaß an Übereinstimmung und Kooperation an, um die noch immer verkaufsunwilligen Aktionäre in die Knie zu zwingen.

Das Vierjahresplanamt (VJP), die 1936 geschaffene Zentralstelle zur wirtschaftlichen Vorbereitung auf den Krieg unter der Leitung Hermann Görings, vertreten durch den Ministerialbeamten Oldewage, projektierte den wirtschaftlichen Ruin des Unternehmens: Oldewage teilte Flick mit, daß in Zukunft nur noch fünf Firmen – darunter natürlich nicht Rawack – mit dem Erzimport beauftragt würden. Rawack und Grünfeld war dadurch in ihrer Existenzgrundlage betroffen.¹¹⁷

Unter der Leitung von Oldewage wurde im Dezember 1937, zwei [50:] Jahre nach Beginn des Kesseltreibens gegen die jüdischen Aktionäre, in den Räumen von Mittelstahl verhandelt. Der Erwerb

¹¹³ ebd., S. 374.

¹¹⁴ ebd., S. 377.

¹¹⁵ ebd., S. 382-383.

¹¹⁶ ebd., S. 383.

¹¹⁷ ebd., S. 384.

der ausländischen Aktienbeteiligungen warf für Flick erhebliche Devisenprobleme auf, weil Flick, durch staatliche deutsche Rüstungsaufträge voll ausgelastet, wenig devisenbringende Außenhandelsgeschäfte betrieb. Eine enge Kooperation der Konzernspitze mit den staatlichen Behörden ermöglichte die notwendige Devisenbeschaffung. Flick wurde Besitzer von Rawack und Grünfeld und als solcher zugleich Großaktionär des Hochofenwerks Lübeck.

Sein Plan, sich auf diesem Weg in den Besitz dieses Werkes zu bringen, war nahezu vollendet. Unter dem Druck der Verhältnisse verkaufte einer der Großaktionäre, die Hahnsehen Werke, an Flick.

Bereits der unmittelbare Gewinn, der sich für Flick aus dem erzwungenen Verkauf ergab, war immens. Nach einer vertraulichen Aufstellung seines Verhandlungsführers Rohde vom 11. Dezember 1937 beliefen sich die Kosten für die „R. & G.-Lübeck-Transaktion“ auf 6.120.000 RM. Der Nominalwert des Firmenkomplexes wurde von Rohde mit rund 8 Mio. RM angegeben, der aktuelle Kurswert auf 10.666.000 RM.¹¹⁸ Damit hatte sich Flick, assistiert vom Staat und von der Parteispitze, mit 6 Millionen Reichsmark einen Konzern angeeignet, der fast das Doppelte wert war.

Oldewage, der als verantwortlicher Vertreter des Vierjahresplanamtes das Geschäft für Flick auf staatlicher Seite vorbereitet hatte, wechselte nach Abschluß der „Arisierung“ in den Flick-Konzern¹¹⁹ – schon immer eine beliebte Prämie für „Staatsvertreter“, die sich dem Wohle der Monopole verpflichtet fühlen.

Den größten Bereicherungsfeldzug führte Flick gegen den Petschek-Konzern, der mit seinen Braunkohlegruben in Anhalt und in der Niederlausitz über die größte Braunkohlebasis in Deutschland und über ein Drittel der gesamten deutschen Braunkohlenvorräte verfügte.¹²⁰

In Absprache wiederum mit dem Vierjahresplanamt bemühte sich Flick seit Ende 1937 um eine „Arisierung“ des Konzerns. Nach einer ersten Abstimmung Flicks mit Schacht im November 1937¹²¹ traf sich Steinbrinck am 19. Januar 1938 zur Beratung über die Enteignung der Petscheks mit Herbert Göring, dem Vetter Hermann Görings und Mitarbeiter im Vierjahresplanamt.¹²²

Die Sachlage war kompliziert. Die Petscheks waren tschechische Staatsangehörige jüdischen Glaubens, ihr ganzer Besitz lag in Deutschland, ausländische Besitzanteile wurden von englischen und amerikanischen Verwandten gehalten. Die tschechische, in Prag ansässige Julius-Petschek-Gruppe wurde von Flick als kompromißbereit, ja sogar in gewisser Weise ängstlich eingeschätzt, und galt ihm, wie zwischen den Zeilen zu lesen war, als leichte Beute. Die ökonomisch bedeutendere Ignaz-Petschek-Gruppe in Berlin hingegen hielt er für handlungsunwillig.

Ausgestattet mit einer Bevollmächtigung seines Freundes Hermann Göring vom 21. Januar 1938¹²³, trat Flick in Verhandlungen mit der Julius-Petschek-Gruppe in Prag und der mit ihnen verbundenen englischen und amerikanischen Aktionäre der Braunkohlegruben ein mit dem Ziel, die Prager Petscheks verkaufsbereit zu machen. Im Ergebnis dieser Verhandlung und massiver Einschüchterungsversuche war die Julius-Petschek-Gruppe später zum Verkauf bereit.

Es spricht für die außergewöhnlich guten Kontakte Flicks zu führenden Stellen des Vierjahresplanamtes und des Reichswehrministeriums, daß seine großindustriellen Konkurrenten, nämlich die IG Farben, der Wintershall-Konzern und die Salzdettfurth AG, von den Behörden kein grünes Licht für den Ankauf der Petschek-Gruppe bekamen, obwohl sie im Unterschied zu Flick über die nötigen Devisen verfügten.

Bestechungsgelder an führende Regierungsvertreter erwiesen sich auch 1938 als probates Mittel der politischen Einflußnahme. Herbert Göring wurde durch ein vertraglich festgelegtes Bestechungs-

¹¹⁸ ebd., S. 389.

¹¹⁹ ebd., S. 391.

¹²⁰ ebd., S. 395.

¹²¹ ebd., S. 396.

¹²² Exposé Flicks für Vortrag und Besprechung mit Göring am 19.1.1938, Dok. NI-784, Anatomie, S. 162-165.

¹²³ ebd., S. 165.

geld an Mittelstahl gebunden. In einem im Januar 1938 abgeschlossenen Vertrag wurde ihm eine „Vergütung“ zugesagt, „deren Prozentsatz vom Gesamtwert der auf unsere Gruppe übertragenen Gruben noch näher vereinbart werden soll.“¹²⁴ Die Indienstnahme Herben Görings für die Konzerninteressen Flicks war wegen seines Verwandtschaftsverhältnisses zu Hermann Göring und wegen seiner Tätigkeit im Vierjahresplanamt ein wichtiges Standbein zur Durchsetzung der Konzernpläne im Fall Petschek.

Doch auch andere Staatsbeamte standen auf den Gehaltslisten Flicks. Dr. Carlos Wetzell, kaufmännisches Vorstandsmitglied der Petschekschen Anhaltischen Kohlenwerke und im Dienst des Petschek-Konzerns, war Flicks Strohmann bei Petschek; er wurde später mit einem günstigen Kredit entlohnt.

Freiherr Hartmann von Richthofen, ein ehemals der Deutschen Demokratischen Partei angehörender Legationsrat, wurde für die Weitergabe von Informationen von Flick laufend finanziert.¹²⁵

Beim Bemühen, sich den Braunkohlenbesitz der Petscheks anzueignen, ließ Flick kein Mittel aus. Zusätzlich zu seiner Einflußnahme auf die entscheidenden staatlichen Behörden, neben der direkten Beste-[52:]chung von Regierungsvertretern und Informanten, initiierte er einen Gesetzentwurf zur Enteignung jüdischen Vermögens, der de facto zur Grundlage der NS-Wirtschaftsgesetzgebung gegen jüdisches Eigentum wurde.

Bereits im November 1937, zur Zeit der ersten Sondierungen über eine „Arisierung“ der Petschek-Gruppe, trafen sich Steinbrinck und Keppler zu einer ersten Besprechung über ein Arisierungsgesetz.¹²⁶ Flick und Steinbrinck waren es, die von staatlichen Stellen ein schnelles und rücksichtsloses Vorgehen gegen die Petscheks forderten. „Wenn man schnell vorwärtskommen will, (muß) der Druck auf die P. Gruppe unbedingt verstärkt werden,“ notierte Steinbrinck am 30.12.1937.¹²⁷ Knappe zwei Wochen später, am 10. Januar 1938, wurde er in einer für Hermann Göring verfaßten Denkschrift¹²⁸ noch deutlicher: „Da nach den neuesten Informationen mit einer freiwilligen Abgabe der Anteile aus dem Besitz der P. Gruppen nicht zu rechnen ist, muß man gegebenenfalls Gewaltmaßnahmen oder staatliche Eingriffe ins Auge fassen. Erwogen worden ist bereits der Erlass eines Gesetzes ...“¹²⁹

Die Weichen für eine formaljuristisch unangreifbare Enteignung der Petscheks wurden von Flick persönlich gestellt. Im Ergebnis der Vorgespräche zwischen Steinbrinck und Keppler gab er im Januar 1938 folgende Anweisung: „Ein Gesetzentwurf ist sofort auszuarbeiten, der zuerst als Druckmittel benutzt werden soll.“¹³⁰

Hugo Dietrich, Hausjurist des Flick-Konzerns, wurde mit der Ausarbeitung betraut. Im Juni 1938 lag der fertige Gesetzentwurf vor. Flick selbst hatte den Entwurf abgezeichnet¹³¹, der die Überführung jüdischer Betriebe und Anteile an deutsche Treuhänder auch gegen den Willen der Besitzer vorsah.¹³² Artikel 1 dieses Gesetzentwurfes bildete die Grundlage der von der Reichsregierung am 3. Dezember 1938 erlassenen „Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens“. ¹³³ Sie war erlassen worden drei Wochen nach der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 und in Zusammenhang mit anderen antijüdischen Verordnungen.¹³⁴ Das Gesetz vom 3. Dezember bildete eine wesentliche juristische Grundlage für alle weiteren „Arisierungen“. Die langwierigen, komplizier-

¹²⁴ Plädoyer der Anklagebehörde, Fall 5, S. 55 u. 400.

¹²⁵ ebd., S. 55-56, S. 401 u. S. 487, Anm. 60 u. 61.

¹²⁶ ebd., S. 57.

¹²⁷ ebd.

¹²⁸ ebd., S. 56.

¹²⁹ Zit. nach: ebd., S. 56 u. 402.

¹³⁰ ebd., S. 402.

¹³¹ ebd., S. 65.

¹³² Vertrauliches Schreiben Steinbrincks an Staatssekretär Neumann (Vierjahresplanamt (VJP)) vom 20.6.1938, Anatomie. S. 182-183.

¹³³ Reichsgesetzblatt I, 1938, S. 37; Fall 5, S. 465.

¹³⁴ Fall 5, S. 429-430.

ten und kostspieligen „Umwege“ über Verkaufsverhandlungen brauchten von nun an nicht mehr in Kauf genommen zu werden. Der ungehemmten Aufteilung jüdischen Besitztums war damit Tür und Tor geöffnet.

Bevor das Gesetz in Kraft trat, ließ Flick sich von Göring mit der alleinigen Verhandlungsführung betrauen¹³⁵; damit waren die großindustriellen Konkurrenten zunächst ausgeschaltet. Die Julius-Petschek-[53:]Gruppe, zermürbt durch den Druck, verkaufte ihre Anteile an Flick. Das gesamte Objekt wurde auf 16 Millionen Dollar geschätzt. Flick zahlte, zum wiederholten Mal, auch hier nur einen Bruchteil des Börsenwertes, nämlich 6.325.000 Dollar und 970.000 RM. Den Teil des neu erworbenen Besitzes, der für die Flicksehe Produktionsstruktur uninteressant war, verkaufte er unverzüglich weiter an seine Konkurrenten IG Farben, Wintershall und Salzdettfurth, und zwar zu einem höheren Preise als dem, den er für die gesamte Konzerngruppe gezahlt hatte.¹³⁶

Die Ignaz-Petschek-Gruppe wurde um die Jahreswende 1938/39 mit Hilfe staatlicher Gewalt „ariisiert“.

Wegen der außerordentlich komplizierten Situation, vor allem wegen der ausländischen Beteiligungen an Petschek und wegen der Konkurrenz deutscher Monopole, hatte sich bei Flick inzwischen die Überlegung entwickelt, „daß die Überführung des Braunkohlenbesitzes zunächst an das Reich erfolgen müßte und daß uns (Flick) das Reich dann die gewerblichen Betriebe weiterverkaufen solle.“¹³⁷

So geschah es. Am 19. Januar 1939 ordnete der Reichswirtschaftsminister die Enteignung der Ignaz-Petschek-Gruppe an und übertrug die Aufsicht einem staatlichen Treuhänder. Dieser übergab den Konzern an die staatlichen Hermann-Göring-Werke, zum Teil direkt, zum Teil über eine staatliche Holding-Gesellschaft.¹³⁸

Nachdem der Petschek-Konzern somit in staatlicher Hand war, gelang es Friedrich Flick schließlich, sich im Tauschverfahren in den Besitz des Unternehmens zu bringen. Er tauschte seine Steinkohlegruben der Harpener Bergbau AG im Ruhrgebiet gegen die Braunkohlegruben Petscheks aus dem Besitz der Hermann-Göring-Werke. Der Hintergrund für diese Tauschaktion war der folgende: Die Hermann-Göring-Werke, ein riesiges Hüttenkombinat in Salzgitter, waren an Flicks Steinkohle aus dem Ruhrgebiet interessiert, weil Steinkohle gegenüber der Braunkohle erheblich energieintensiver ist. Flick seinerseits war vor allem aus geographischen Gründen an den Braunkohlenfeldern in Sachsen-Anhalt interessiert, denn der Braunkohlebesitz Petscheks lag in unmittelbarer Nähe zu seinen Mitteldeutschen Stahlwerken, die Transportwege waren außerordentlich kurz, die Transportkosten gering.

Eine optimale Zusammenarbeit zwischen Flick-Konzern, staatlichen Institutionen und den staatlichen Hermann-Göring-Werken sicherten Flick bei der endgültigen Übernahme des Petschek-Konzerns den Erfolg. Am 6. März 1940 wurde der Tauschvertrag zwischen Reich und Flick unterzeichnet. Flick übertrug die in der Zechen-[54:]Gruppe Herne zusammengefaßten Betriebe der Harpener Bergbau AG an die Hermann-Göring-Werke und erhielt dafür die Aktien der ehemals Petschekschen „Anhaltischen Kohlenwerke“ sowie zusätzlich 2,5 Mio. RM.¹³⁹

„Es spricht für das ausgeprägte Unrechtsbewußtsein des Konzernherrn, daß Flick vor einer direkten, privaten Aneignung zurückschreckte. Er fand es ‚politisch untragbar ... das Erbe von Ignaz Petschek zu übernehmen‘. Der Nazistaat sollte die Mittlerrolle übernehmen, sprich: die Dreckarbeit machen, damit ‚nach draußen‘ alles mit der ‚Staatspolitischen Notwendigkeit‘ begründet werden konnte und Flick eine reine Weste behielt.“¹⁴⁰

¹³⁵ Anatomie, S. 162-165.

¹³⁶ Fall 5, S. 419.

¹³⁷ ebd., S. 440.

¹³⁸ ebd., S. 441.

¹³⁹ Fall 5, S. 445-447.

¹⁴⁰ Klaus Naumann, Und „gegebenenfalls Gewaltmaßnahmen“ ... Die Traditionen des Flick-Konzerns im Umgang mit der Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1984, S. 1465.

IV. Der Flick-Konzern im 2. Weltkrieg

1. Hand in Hand in den Krieg: Flick-Konzern und NS-Staat

Die vorzügliche Zusammenarbeit zwischen Flick-Konzern und faschistischem Staatsapparat, die sich bei der Beschaffung von Rüstungsaufträgen und bei der Enteignung jüdischer Betriebe entwickelt und gefestigt hatte, nahm in der Zeit der unmittelbaren Kriegsvorbereitung bis 1939 und in gesteigertem Maße während des 2. Weltkriegs noch engere Formen an.

Der 1936 verkündete Vierjahresplan sah die Ausrichtung der gesamten Wirtschaft auf einen für das Jahr 1940 projektierten Krieg vor. Um „die Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis“ zu erreichen, sollte die „deutsche Armee ... in 4 Jahren einsatzfähig“, „die deutsche Wirtschaft ... in 4 Jahren kriegsfähig sein“.¹

An der Vorbereitung und Ausarbeitung des Vierjahresplans waren die IG Farben, vertreten durch ihr Vorstandsmitglied Carl Krauch, führend beteiligt.²

Zur organisatorischen Durchführung des Plans, zur Ausrichtung der gesamten Wirtschaft auf die Erfordernisse der Kriegswirtschaft, wurden 1936 und in den folgenden Jahren vom Reichskriegsminister bzw. von den Wehrmachtsteilen „Wehrwirtschaftsführer“ ernannt.³

Ihre Aufgabe bestand darin, die Rüstungsproduktion zu verstärken, die Betriebe umfassend auf den Krieg vorzubereiten und die Betriebsbelegschaften mit allen Mitteln der psychologischen Beeinflussung auf den Krieg einzustellen und mögliche oppositionelle Strömungen zu unterbinden. Im Krieg arbeiteten die Wehrwirtschaftsführer eng mit den Institutionen der Wehrmacht zusammen. Sie verpflichteten sich „im besonderen Maße zu einem Treueverhältnis zum Staat und zur Wehrmacht.“⁴

Zunächst war nur ein relativ kleiner Kreis von 35 bis 40 Rüstungsindustriellen als Wehrwirtschaftsführer vorgesehen; für die Kriegszeit wurden 200 bis 300 Industrielle für diese Fraktion ins Auge gefaßt.⁵

Der Flick-Konzern konnte mit mehreren dieser einflußreichen Wehrwirtschaftsführer aufwarten. Friedeich Flick persönlich wurde 1937/38 auf Vorschlag des Heereswaffenamtes zum Wehrwirtschafts-[56:]führer ernannt. Göring kommentierte diesen Vorgang in der Zeitschrift „Das Reich“ mit den Worten: „Niemand hat die Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer mehr verdient als Friedrich Flick.“⁶ Göring, der für Flick als Luftfahrtminister und späterer Verantwortlicher des Vierjahresplanamtes außerordentlich wichtig bei der Beschaffung von Rüstungsaufträgen und der Verteilung der Kriegsbeute war, schätzte Flick als „absolut Persona grata“, als eine „gern gesehene Person“.⁷ Ihre Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer erhielten Otto Steinbrinck im April 1938, Flicks Vetter Konrad Kaletsch 1941, sein Schwager Bernhard Weiß (ab 1939 Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick KG) und Hermann Terberger (Mittelstahl) 1940/41.⁸

Nach dem Überfall auf Polen 1939 beschleunigte sich der Prozeß des Zusammenwachsens der Rüstungskonzerne mit den wehrwirtschaftlichen Behörden des faschistischen Staatsapparats. Neue Institutionen wurden, oftmals auf Initiative der Großkonzerne, ins Leben gerufen, um – aus staatlicher Sicht – eine optimale Funktionsfähigkeit der Wehrwirtschaft zu gewährleisten und – aus der Sicht der Konzerne – Einfluß zu nehmen auf die unmittelbare Aufteilung der Rohstoffe und der Produktionsanlagen in den besetzten Gebieten.

¹ Hörster-Philipps, Dokumente, S. 264-265.

² ebd., S. 262-265.

³ Anatomie, S. 165-168.

⁴ Völkischer Beobachter vom 15.12.1937, zit. nach : Dokumente 1936-1939, S. 66.

⁵ Anatomie, S. 165-168.

⁶ Spiegel-Buch, S. 231.

⁷ ebd., S. 227.

⁸ Vgl. die Kurzbiographien der Genannten in Fall 5, S. 453-461.

Im Bereich der schwerindustriellen Rüstungsindustrie waren es vor allem zwei Institutionen, denen diese Funktion zukam: die Reichsvereinigung Kohle (RVK) und die Reichsvereinigung Eisen (RVE).

Der Vorschlag zur Bildung der RVK entstammte den Reihen der Schwerindustrie unter maßgeblicher Beteiligung Flicks. Im Februar 1941 unterrichtete ihn sein Generalbevollmächtigter Bernhard Weiß über den Stand der Vorbereitungen.⁹

In enger Kooperation von Vertretern der Schwerindustrie und der staatlichen Hermann-Göring-Werke (HGW) wurde die Bildung einer Vereinigung vorbereitet, die eine „Leistungssteigerung des Bergbaues“ erreichen, eine „Planung der Kohlenverteilung Europas nach Kriegsende“ vorlegen und die Absatz-, Transport- und Arbeitskräftefragen organisieren sollte. Die Satzung für die zu bildende RVK wurde von den Schwerindustriellen selbst, nicht etwa von staatlichen Institutionen ausgearbeitet.¹⁰ Der „Kleine Kreis“ oder „Siebener Kreis“, das schwerindustrielle Führungsgremium der größten Ruhrmontankonzerne Mannesmann, Krupp, Stahlverein, Klöckner, Hoesch, Gutehoffnungshütte und Flick, nahm die unmittelbare Vorbereitung der RVK in die Hand. Dieser Kreis stellte de facto auch die Leitung der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie dar.¹¹

Mit Schreiben vom 3. März 1941 genehmigte Göring die Gründung der RVK, ernannte Paul Pleiger von den Hermann-Göring-Werken [57:] zum Vorsitzenden und bestellte zehn Vertreter der Schwerindustrie und zwei Vertreter des Handels zu Mitgliedern des Präsidiums.¹² Friedrich Flick persönlich und Gustav Knepper (Stellvertreter: Otto Steinbrinck) repräsentierten den Flick-Konzern in diesem Gremium, dem bei der Aufteilung von Bodenschätzen und Produktionsanlagen in den eroberten Gebieten eine entscheidende Rolle zukam.

Ein halbes Jahr später, im Mai 1942, wurde nach dem gleichen Muster die RVE ins Leben gerufen. Auch hier war Flick im Präsidium vertreten. Zur schwerindustriellen Urheberschaft von RVK und RVE und zu ihrer Funktion stellte die Anklagebehörde im Flick-Prozeß fest: „Das Protokoll ergibt eindeutig, daß die RVK im Frühjahr 1941 in den Gehirnen von Flick und anderen Führern der Kohlenindustrie entstanden ist und Funk und Göring mit Erfolg eingeredet wurde als eine Organisation, welche auf der Grundlage der ‚Selbstverwaltung‘ es auf sich nehmen würde, die Kohlenindustrie zu kontrollieren, und die alles Nötige veranlassen würde, um den gewünschten Produktionsanstieg herbeizuführen. Flick selbst nahm an den endgültigen Besprechungen mit Göring teil, in deren Verlauf die RVK genehmigt wurde und die die Entlassung des Reichskohlenkommissars Walter zur Folge hatte, den die Führer der Kohlenindustrie fürchteten, weil sie ihn in Verdacht hatten, daß er Pläne für die Nationalisierung oder Überkontrollierung der Kohlenindustrie hegte.“¹³

Der „Kleine Kreis“ fungierte in der RVE als Präsidium¹⁴, auch dies ein Beleg für die enge Verflechtung von staatlichen und großindustriellen Organen.

Neben ihrer direkt auf kriegswichtige Produktionssteigerung gerichteten Aufgabe organisierten RVK und RVE in wachsendem Maße die Verteilung der Arbeitskräfte, das hieß unter Kriegsbedingungen der KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen an die Betriebe. Funktionsträger in RVK und RVE zu sein hieß damit auch, mitverantwortlich zu sein an der physischen Ausbeutung und Vernichtung zigtausender Menschen. Unter dem Anklagepunkt „Sklavenarbeit“ stellte die amerikanische Anklagebehörde dazu fest: „Flicks Teilnahme an dem verbrecherischen Sklavenarbeitsprogramm des Dritten Reiches ging über die ausgedehnte Verwendung von Sklavenarbeitern in seinen eigenen Betrieben und die unvermeidlich damit verbundenen Mißhandlungen, Deportationen, hinaus. Flick hatte auch eine einflußreiche Stellung bei der Durchführung des Sklavenarbeits-

⁹ Dok. NI-4155, Fall 5, S. 130-132, auch in: Anatomie, S. 317-319.

¹⁰ ebd.

¹¹ Drobisch, Flick, S. 382.

¹² Dok. NI-4151, Fall 5, S. 135-136; dort auch weitere Dokumente bis S. 177.

¹³ Plädoyer der Anklagebehörde, Fall 5, S. 37-38.

¹⁴ Drobisch, Flick, S. 383.

programms, das die Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie im ganzen betraf; und zwar ging dies über die amtlichen Organisationen, die RVK und die RVE ...“¹⁵

[58:] Otto Steinbrinck, der ebenfalls dem Präsidium der RVK angehörte, Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick KG seit 1937, wurde von der Nazi-Regierung mit besonderen Funktionen ausgestattet. Er bekleidete von 1940 bis zum Kriegsende eine Schlüsselposition bei der Ausplünderung der von deutschen Truppen besetzten Gebiete im Westen als Generalbevollmächtigter für Kohle und Eisen, kurz „BEKO West“ genannt.¹⁶

Im Mai 1940 wurde er von Göring zum Generalbevollmächtigten für die Eisenindustrie in Nordfrankreich, Luxemburg und Belgien ernannt. Bis zum Juli 1942 blieb er in dieser Funktion. Kurz zuvor war er, formalen Erfordernissen Rechnung tragend, aus dem Flick-Konzern ausgeschieden. Von März 1942 bis Ende 1944 fungierte er als Bevollmächtigter für die Kohleförderung und Verteilung in den besetzten Westgebieten, in Frankreich, Holland und Belgien.

Als ehemals leitender Konzernmanager mit nach wie vor engen Beziehungen zu Flick war Steinbrinck nun mit staatlichen Funktionen ausgestattet, um die überfallenen Länder für die deutsche Kriegswirtschaft und für die deutschen Monopole ausbeuten zu können. Seine Tätigkeit wurde von Speer als „von entscheidender Bedeutung für den Kriegseinsatz“ bezeichnet.¹⁷ Göring umschrieb Steinbrincks Aufgabe wie folgt: „Das einzige, was mich jetzt interessiert, ist, wieviel wir mit der größten Konzentration und mit der Einspannung aller Kräfte aus unserem Einflußgebiet herauspressen und wieviel davon wir nach Deutschland leiten können.“¹⁸

Zu ihrer eigenen Entlastung ist von den angeklagten Großindustriellen in den Nürnberger Nachfolgeprozessen immer wieder ins Feld geführt worden, sie hätten sich der staatlichen Rüstungsmaschinerie unterordnen müssen. Zahlreiche Dokumente belegen das Gegenteil. Die prägnantesten Beispiele für den hohen Grad an Verflechtung staatlicher Institutionen und großindustrieller Organe sind die Entstehung des Vierjahresplans und die Gründung der Reichsvereinigungen Kohle und Eisen. In beiden Fällen ging die maßgebliche Initiative vom Großkapital selbst aus, in beiden Fällen besetzten Großindustrielle Führungspositionen der neugeschaffenen Institutionen und hatten entscheidenden Anteil an der Bestimmung der Kriegsziele, an der direkten Unterwerfung der überfallenen Länder, an der Ausbeutung der Bodenschätze und Produktionsanlagen und an der Verteilung der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen als billige, leicht zu ersetzende Arbeitskräfte.

[59:]

2. Plünderung: Die Übernahme von Betrieben in den besetzten Gebieten

Die Ziele, die das Nazi-Regime und gleichermaßen die führenden Kräfte des Industrie- und Bankkapitals zur Planung und Vorbereitung des Krieges veranlaßten, hat niemand deutlicher formuliert als Joseph Goebbels. Am 18. Oktober 1942, als die Schlacht vor Stalingrad tobte, die Nazis sich aber noch auf dem Höhepunkt militärischer Erfolge wähnten, definierte er Ursachen und Ziel des Krieges: „Wir wollen uns endlich einmal als Volk an den Fettnapf der Welt setzen. Bisher haben wir nur um blasse Ideale gekämpft, um die Frage Proletariat oder Bürgertum oder Sozialismus oder Nationalsozialismus oder Preußen oder Bayern oder ob man das Abendmahl in einfacher oder in zweifacher Gestalt reichen solle. Diesmal geht es um wichtigere Dinge, und zwar um Dinge, die uns alle angehen, um Kohle, Eisen, Öl und vor allem um Weizen, damit wir das tägliche Brot auf dem Tisch haben. Wenn wir über kurz oder lang den Stoß in den Kaukasus fortsetzen, dann haben wir die reichsten Ölgebiete Europas in unserer Hand. Wer das Öl, das Eisen und die Kohle besitzt, der wird den Krieg gewinnen.“¹⁹

¹⁵ Fall 5, S. 37; vgl. auch ausführlicher dazu Kap. IV. 3.

¹⁶ Fall 5, S. 36 u. S. 46-49.

¹⁷ ebd., S. 36.

¹⁸ Zit. nach ebd., S. 46.

¹⁹ Zit. nach Anatomie, S. 407-408.

Nachdem im Frühjahr 1940 die westlichen Nachbarländer Belgien, Luxemburg und Frankreich von deutschen Truppen überrollt waren, entbrannte ein harter Konkurrenzkampf zwischen den deutschen Monopolen um die Verteilung der „Beute“. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 dehnte sich dieser Verteilungskampf nach Osten aus. Bodenschätze und Produktionsstätten in den besetzten Gebieten wurden von den Nazi-Behörden zumeist den großen Konzernen in „Treuhänderschaft“ übergeben und von diesen erbarmungslos für die deutsche Kriegswirtschaft und für den eigenen Profit ausgebeutet.

Wie alle Monopole beteiligte Flick sich an der Ausplünderung der besetzten Gebiete und an der Inbesitznahme ausländischer Betriebe. Unter dem Anklagepunkt 2 (Plünderung) wurden Flick und einigen seiner wichtigsten Mitarbeiter in Nürnberg vor allem drei Vergehen zur Last gelegt: die Aneignung der Rombacher Hüttenwerke in Lothringen, die Beteiligung an der Berg- und Hüttengesellschaft Ost (BHO) und die Ausbeutung sowjetischer Betriebe wie der Dnjepr-Stahl und der Waggonfabrik Vairogs.

[60:]

a) Die Rombacher Hüttenwerke in Lothringen

Mit welchem Eroberungshabitus und mit welcher Planmäßigkeit die führenden Großkonzerne die Verteilung der Beute selbst in Angriff nahmen, belegen zahlreiche Dokumente. Die Reichsgruppe Industrie zum Beispiel, der Dachverband der Industrie, forderte Anfang Juli 1940 alle Wirtschaftsgruppen (die produktionsspezifischen Untergruppierungen) auf, ihre Ansprüche auf Betriebe in den besetzten Gebieten unverzüglich anzumelden.²⁰ Die Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie wandte sich zur gleichen Zeit an die Eisen- und Stahlindustriellen mit der Aufforderung, unter Verweis auf Verluste an Gruben, Hütten, Fabriken etc. durch den Versailler Vertrag ihre „Wünsche“ zu äußern.²¹

In Düsseldorf tagte im Juni 1940 der bereits erwähnte „Kleine Kreis“ der mächtigsten Ruhrmonopole, um die Aufteilung der Betriebe in Holland, Belgien und Luxemburg zu planen.²²

Flick war von vornherein daran interessiert, sich in den Besitz der Rombacher Hüttenwerke zu bringen. Rombach, ein umfangreicher Komplex von Eisen- und Stahlwerken in Lothringen, war durch den Versailler Vertrag an Frankreich gefallen. Flick konnte, im Unterschied zu anderen Industriellen, allerdings keine Ansprüche auf diesen Konzern, an dem er nie beteiligt war, geltend machen.

Zur Durchsetzung seiner Interessen hatte Flick mit Otto Steinbrinck als „BEKO-West“ einen wichtigen Sachwalter. Entgegen seinen Plänen jedoch wurde sein Hauptkonkurrent Hermann Röchling als Kommissar für Lothringen und damit als Hauptverantwortlicher für die Vergabe der Betriebe eingesetzt.²³ Dennoch gelang es ihm, sich im Endergebnis gegen alle Konkurrenten durchzusetzen.

In der ersten Liste der Verteilungsvorschläge für die luxemburgische und lothringische Eisenindustrie vom 26. Juli 1940 war Flick als Interessent für Rombach genannt.²⁴ Am 2. Oktober 1940 beantragte er offiziell, bezugnehmend auf ein entsprechendes Rundschreiben der Reichsgruppe Eisenschaffende Industrie, die Zuteilung von Rombach und Homécourt.²⁵ Kurze Zeit später wandte er sich direkt an Göring mit der gleichen Forderung.²⁶

Trotz Röchlings Protest²⁷ wurde Flick zum 1. März 1941 zum „Treuhänder“ für Rombach bestimmt.²⁸

²⁰ Rundschreiben vom 4.7.1940, Hörster-Philipps, Dokumente, S. 284-285, weitere Dokumente, S. 281-283.

²¹ Dok. NI-3526, Fall 5, S. 220-222.

²² Protokoll der Sitzung des „Kleinen Kreises“ vom 7.6.1940, Dok. NI-048, ebd., S. 215.

²³ Dok. NI-3519, ebd., S. 220.

²⁴ Dok. NI-3518, ebd., S. 222-226.

²⁵ Dok. NI-2502, ebd., S. 237-239.

²⁶ Schreiben vom 1.11.1940, ebd., S. 240-241.

²⁷ Schreiben an Hanneken vom 22.1.1941, Dok. NI-3018, ebd., S. 241-244.

Als solcher betrieb er die Werke von Rombach bis 1944 auf eigene Rechnung. Nur die Niederlage der Nazis im 2. Weltkrieg verhinderte den formalen Eigentumserwerb.

„Wir glauben, daß es kaum einen klareren Fall von Plünderung [61:] privaten Eigentums im Sinne des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 geben kann“, stellte die amerikanische Anklagebehörde fest.²⁹ „Das Verhandlungsprotokoll beweist mit. kaum zu überbietender Klarheit, daß die Angeklagten freiwillig, gierig und energisch danach getrachtet haben, Besitz, Verfügungsgewalt und schließlich Eigentum an den Rombach-Werken zu erwerben.“³⁰

b) Die Berg- und Hüttengesellschaft Ost (BHO) in der UdSSR

Die Inbesitznahme von Rombach war, wie in Nürnberg zu Recht festgestellt wurde, Teil eines Gesamtplünderungsplans.

Gäbe es eine Skala für den Grad der Intensität der Ausplünderung durch Nazi-Wehrmacht, SS und deutsche Konzerne, so würde die Sowjetunion mit Sicherheit den ersten Rang einnehmen. Nach dem Überfall am 22. Juni 1941 war es das Leitmotiv deutscher Besatzungspolitik, das Land ohne Rücksicht auf die Menschen auszuplündern.

„Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Land herausgeholt wird“, hieß es in einer Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre am 2. Mai 1941 über „Barbarossa“, also den geplanten Überfall auf die UdSSR.³¹

Im Juni 1941 erließ Hermann Göring geheime Richtlinien über die wirtschaftliche Ausplünderung der zu besetzenden Gebiete der Sowjetunion, die als sogenannte „Grüne Mappe“ später bekannt wurden. Darin hieß es, daß alle Maßnahmen zu treffen seien, „die notwendig sind, um die sofortige und höchstmögliche Ausnutzung der besetzten Gebiete zugunsten Deutschlands herbeizuführen.“³²

Die deutsche Besatzungspolitik in der Sowjetunion brachte für die einheimische Bevölkerung, wie man aus zahlreichen Augenzeugenberichten und Dokumenten weiß, unvorstellbares Elend und grausamen Terror mit sich. Der Nazi-Führung und den Großkonzernen ging es allein um die Kriegsbeute, um Rohstoffe, Bodenschätze, Fabriken und Lebensmittel.

Die Kriegsziele des faschistischen Deutschland umschrieb Adolf Hitler auf einer Besprechung mit den Oberbefehlshabern im Juli 1941 mit den Worten, es komme darauf an, „den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können“.³³

Bereits vier Monate vor dem Überfall auf die Sowjetunion, am 28. [62:] Februar 1941, wurden auf einer Besprechung führender Militärs Prinzipien und organisatorische Maßnahmen für die wirtschaftliche Ausbeutung der UdSSR besprochen.³⁴ Dabei war von Anfang an vorgesehen, „Zuverlässige Persönlichkeiten deutscher Konzerne“ einzuschalten, „da nur mit Hilfe ihrer Erfahrungen von Beginn an erfolgreiche Arbeit geleistet werden könne. (z. B. Braunkohle, Erz, Chemie, Erdöl).“³⁵

Um bei der Verteilung der Beute nicht zu kurz zu kommen, hatte Flick einen leibhaftigen General unter Vertrag genommen. General Walter Witting, der 1941 zum Generalinspekteur für die Erfassung von Rohstoffen in den besetzten Gebieten der UdSSR ernannt wurde, hatte seit September 1940 einen Vertrag mit den Flickschen Sächsischen Gußstahlwerken in Döhlen. Für ein Entgelt von 1000 RM monatlich verpflichtete er sich, dem Flick-Konzern Tipps über besonders wertvolle In-

²⁸ Dok. NI-049, ebd., S. 245-247 und Dok. NI-1764, ebd., S. 248-249.

²⁹ ebd., S. 42.

³⁰ ebd., S. 44.

³¹ Dok. PS-2718, IMG, Bd. 31, S. 84.

³² Dok. PS-1743, IMG, Bd. 28, S. 3-10.

³³ Hörster-Philipps, Dokumente, S. 295.

³⁴ Dok. PS-1317, Fall 5, S. 255-256; auch in: Anatomie, S. 317.

³⁵ Fall 5, S. 256.

dustrieanlagen in der Sowjetunion zu geben. Mit einer Maschine des Generals Keitel konnte er zum Beispiel ins Donez-Becken fliegen und die sowjetischen Stahlwerke inspizieren, für die Flick sich interessierte.³⁶

Bei der Erfassung, Verwaltung und Verteilung aller wirtschaftlichen Bereiche arbeiteten staatliche Institutionen und Konzernspitzen nicht nur Hand in Hand, sondern verschmolzen in neu gebildeten staatsmonopolistischen Organisationen zu einem einheitlichen Gebilde. Solche Neuschöpfungen wurden schon im damaligen Sprachgebrauch als „Monopol-Gesellschaften“ bezeichnet. Sie vereinigten das Produktions- und Handelsmonopol jeder Branche in einer halb staatlichen, halb großindustriellen Hand mit dem Ziel, die Volkswirtschaft der UdSSR auf landwirtschaftlichem, auf industriellem und auf rohstoffmäßigem Gebiet systematisch und koordiniert auszuplündern.

Schon kurze Zeit nach dem Überfall auf die UdSSR wurden die ersten Monopol-Gesellschaften, auch „Ostgesellschaften“ genannt, im Sommer 1941 ins Leben gerufen. In ihre Vorbereitung und Planung war der Flick-Konzern voll einbezogen. Konrad Kaletsch informierte Flick über den diesbezüglichen Erlaß Görings vom 27.7.1941, in dem die beabsichtigte Gründung von Ostgesellschaften u. a. für die Kohle- und Eisenwirtschaft, die Textilindustrie, das Erdöl und die Landwirtschaft vorgesehen waren.³⁷ Ebenso war der „Kleine Kreis“, dem Flick angehörte, in die Vorbereitung einbezogen.³⁸

Die im August 1941 gegründete Berg- und Hüttengesellschaft Ost (BHO) war nach der Kontinental Öl AG (Konti Öl) die zweite Monopolgesellschaft.³⁹ Die BHO sollte alle Betriebe des Bergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie in der Sowjetunion selbst nutzen und [63:] betreiben, verpachten oder an Privatunternehmen weitergeben. Gesellschafter der BHO waren zu gleichen Teilen das Reich (Reichswirtschaftsministerium), die Wirtschaftsgruppe Bergbau, die Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie und die Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel. Als Generaldirektor und Vorsitzender des Verwaltungsrates wurde Paul Pleiger von den Hermann-Göring-Werken eingesetzt. Auf Vorschlag der beiden Wirtschaftsgruppen Eisenschaffende Industrie und Bergbau zog Flick als eines von zwölf Mitgliedern in den Verwaltungsrat der BHO ein.⁴⁰

In dieser Führungsposition war Flick persönlich beteiligt an der Betreibung sowjetischer Werke mit allen existenzvernichtenden Auswirkungen für die russische Bevölkerung. Zugleich war er beteiligt an der Verteilung der Verfügungsgewalt über wichtige industrielle Objekte in der UdSSR, die auf dem Wege von „Patenschaftsabkommen“ deutschen Großkonzernen zur eigenen Ausbeutung zugesprochen wurden. Ähnlich wie; bei der Verleihung der „Treuhänderschaft“ an deutsche Konzerne im Westen wurden im Verlauf der Kriegsjahre immer mehr Betriebe im Osten deutschen Großkonzernen zur eigenen Nutzung, selbstverständlich in Abstimmung mit den staatlich festgelegten Erfordernissen der Kriegswirtschaft, übergeben. Für die Zeit nach Kriegsende wurde den deutschen „Paten“ von Göring ausdrücklich eine vollständige Privatisierung ihrer „Patenfirmen“ in Aussicht gestellt.⁴¹

Der Flick-Konzern zählte zu denjenigen Unternehmen, die sich mittels dieser „Patenschaften“ bedeutende sowjetische Betriebe einverleibten. Auf Grund seiner Führungsposition in der BHO gelang es Flick dabei, sich gegen andere deutsche „Interessenten“ durchzusetzen. „Flicks Verantwortung bezüglich der Plünderung von Vermögenswerten in der Sowjetunion beschränkte sich nicht allein auf seine Tätigkeit als Verwaltungsratsmitglied der BHO. Er wird auch zusammen mit Burkart, Kaletsch und Weiß wegen des Erwerbs und schließlich der Beraubung zweier wichtiger Industriebetriebe in der Sowjetunion zur Verantwortung gezogen.“⁴²

Die Namen der Firmen lauteten: Vairogs und Dnjepr-Stahl.

³⁶ Drobisch, Flick, S. 391 und Spiegel-Buch, S. 230.

³⁷ Dok. NI-5284, Fall 5, S. 257-258.

³⁸ Ernst Poensgen an Konrad Kaletsch vom 5.8.1941, ebd., S. 270-271.

³⁹ Schreiben der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie vom 21.8.1941, Dok. NI-5581, ebd., S. 272-273.

⁴⁰ Plädoyer der Anklagebehörde, ebd., S. 49-50; Dok. NI-5581 und NI-5285, ebd., S. 273-274.

⁴¹ Notiz Burkarts für Flick vom 13.8.1941, Dok. NI-5262, ebd., S. 271.

⁴² ebd., S. 52.

c) Vairogs und Dnjepr-Stahl

Die Firma „Vairogs“ in Riga – mit vollem Namen „Rigasche Vereinigte Metallurgische Lokomotiv-, Waggon- und Maschinenfabriken AG Phoenix“ und eine Tochtergesellschaft in Tallinn – war bis Mitte [64:] der dreißiger Jahre ein leistungsfähiges Unternehmen, in dem Waggonen und Maschinen produziert wurden.⁴³ Bereits Ende Juli 1941, noch vor Gründung der BHO, wurde Flick aktiv, um diese Firma in seine Verfügungsgewalt zu bekommen.

Krupp, der ebenso wie Flick an der Übernahme des Betriebes interessiert war, konnte von Flick mit Hilfe staatlicher Stellen ausgeschaltet werden.⁴⁴ Auf Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht wurde „Vairogs“ umgestellt auf die Produktion von Geschützen und Lafetten.

Von Oktober 1942 bis zur Räumung Rigas im Sommer 1944 war Flick mit der „treuhänderischen Verwaltung“ der Firma betraut. Er profitierte damit von den umfangreichen Rüstungsaufträgen, auch wenn „Vairogs“ formal – wie alle Firmen in den besetzten Gebieten – noch Reichseigentum blieb.

Es waren die größten deutschen Konzerne, denen sowjetische Betriebe zur Ausplünderung übergeben wurden. Die Friedrich Krupp AG sicherte sich die Maschinenfabrik in Kramatorsk und Mannesmann die Hütte in Taganrog.⁴⁵ Auch Hoesch, Klöckner und die Gutehoffnungshütte (alle zum „Kleinen Kreis“ der mächtigsten Ruhrkonzerne gehörend!) wurden mit „Patenschaften“ bedacht.⁴⁶

Flick mit seinen bekanntermaßen freundschaftlichen Beziehungen zu Hermann Göring gelang ein ganz besonderes Unternehmen. Gemeinsam mit den Hermann-Göring-Werken wurden seine Mitteldeutschen Stahlwerke als Treuhänder der Dnjepr-Stahl eingesetzt, eines bedeutenden Schwerindustrie-Komplexes mit elf Stahlwerken, fünf Hüttenbetrieben, einer Waggonfabrik, einer Kokerei, einem Zementwerk, einem Betrieb für Behälterbau, einem Sägewerk und verschiedenen anderen Werken.⁴⁷

Die gemeinschaftlich betriebene Ausbeutung des Industriekomplexes Dnjepr-Stahl durch ein staatliches und ein privates Unternehmen war ein Novum und zeigt erneut die enge Verflechtung von Staatsapparat und Monopolen im System der faschistischen Kriegswirtschaft. Flick jedoch war mit einer gleichberechtigten Stellung nicht zufrieden; er wollte für Mittelstahl eine eindeutige, schriftlich fixierte Führungsposition verankern. Seine Forderung, den Satz „Unter Führung von Mittelstahl“⁴⁸ in den Vertrag mit den Hermann-Göring-Werken aufzunehmen, wurde zwar nicht wörtlich, aber doch sinngemäß mit der Umschreibung „Unter Verantwortung von Mittelstahl“ vertraglich festgelegt.⁴⁹

Viele Großkonzerne gaben sich mit der direkten Ausplünderung der besetzten Länder nicht zufrieden, sondern entwickelten umfangreiche [65:] Planungen für die Neuordnung Europas unter deutscher Führung nach dem „Endsieg“. Die IG Farben stellten umfangreiche Analysen der besetzten Länder zusammen und erarbeiteten eine Konzeption der völligen Neugestaltung Europas.⁵⁰ Die Befreiung vom Faschismus verhinderte die Durchsetzung dieser Pläne, die alle Nachbarvölker zu versklavten „Hilfsvölkern“ gemacht und die uneingeschränkte Macht der Monopole zementiert hätten.

3. Sklavenarbeit: KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Flick-Konzern

Unter dem Stichwort „Sklavenarbeit“ wurden im Nürnberger Flick-Prozeß den Angeklagten Flick, Odilo Burkart, Bernhard Weiß, Hermann Terberger und Konrad Kaletsch schwerwiegende Verbre-

⁴³ Vgl. Schriftwechsel Weiß vom Juli 1941, Dok. NI-3096 und 3096 (F), ebd., S. 259-261.

⁴⁴ Dok. NI-3638 und NI-3649, ebd., S. 266-269.

⁴⁵ Verzeichnis der „Patenfirmen“ vom 3.11.1941, Dok. NI-5579, ebd., S. 281.

⁴⁶ Protokoll Flicks, Dok. NI-3660, ebd., S. 279-280.

⁴⁷ Dok. NI-5579, a. a. O.

⁴⁸ Notiz Flicks vom 11.11.1942, Dok. NI-5289, ebd., S. 284.

⁴⁹ Protokoll Flicks von der Verwaltungsratssitzung der BHO vom 31.3.1943, Dok. NI-3660, ebd., S. 280.

⁵⁰ Vgl. hierzu z. B.: Dietrich Eichholtz, Die IG-Farben-„Friedensplanung“. Schlüsseldokumente der faschistischen „Neuordnung des europäischen Großraums“, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 3, S. 271-332; Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, hrsg. von Reinhard Opitz, Köln 1977, S. 948-1008.

chen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Das Nürnberger Militärtribunal, das in den Jahren 1945-1946 über die Hauptkriegsverbrecher zu Gericht saß, hatte die Sklavenarbeit definiert als „unfreiwillige Verknechtung“ von Menschen und als „Zwangsarbeit ohne Entgelt“.⁵¹

Der Einsatz von rechtlosen „Sklavenarbeitern“ war keine planlose Willkür, sondern integraler Bestandteil der faschistischen Eroberungs- und Unterjochungspolitik. Insbesondere seit Beginn der vierziger Jahre machte sich infolge der hohen Einberufungsziffer ein empfindlicher Arbeitskräftemangel bemerkbar. Jeder Soldat, der zum Kriegsdienst eingezogen wurde, fehlte als Arbeitskraft in der Produktion. Ohne die Millionen von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und Häftlingen hätte die deutsche Kriegswirtschaft kaum funktioniert.

Neben dem unmittelbar ökonomischen Interesse an rechtlosen und billigen bzw. kostenlosen Arbeitskräften für die Industrie sollten Verschleppungen und Zwangsarbeit zugleich das Widerstandspotential in den besetzten Gebieten brechen. Die Maßlosigkeit der faschistischen Weltherrschaftspläne war also die eigentliche Ursache für die millionenfache Unterwerfung und Versklavung der Menschen. Die kaum faßbare Unmenschlichkeit dieser Eroberungs- und Unterwerfungsstrategie wurde in Reden und Schriften führender NS-Funktionäre ohne die geringsten Skrupel formuliert. In seiner Denkschrift „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ hatte Himmler im Mai 1940 die Polen als „führerloses Arbeitsvolk“ bezeichnet, das Deutschland für die schwersten Arbeiten zur Verfügung stehen sollte.⁵² Und in einer Rede vor SS-Funktionären [66:] führte er am 4. Oktober 1943 in Posen aus: „Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen ...“⁵³

Beim Kampf um die Verteilung der wertvollen Arbeitskräfte nahmen die Großkonzerne nach der Landwirtschaft die wichtigste Stelle ein; mittlere und kleinere Betriebe wurden nur in geringfügigem Ausmaß berücksichtigt. Die Verteilung der Arbeitskräfte an die Industrie erfolgte über staatliche Stellen; für die KZ-Häftlinge war die SS zuständig, für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene waren es zunächst spezielle Untergruppen des Vierjahresplanamtes, seit dem 27.3.1942 Fritz Sauckel als neuernannter „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“ (GBA) im Vierjahresplan, direkt Göring unterstellt. Zigtausende solcher „Sklavenarbeiter“ wurden im Verlauf der faschistischen Herrschaft, insbesondere nach 1939, vom Flick-Konzern angefordert und in den Bergwerken, Hütten und Fabriken zur Arbeit gezwungen. Sie sicherten die Produktion des Konzerns und mehrten seine Profite. Nach SS-Statistiken bestanden Ende 1944 mehr als vierzig Prozent der Gesamtbelegschaft des Flick-Konzerns aus verschleppten ausländischen Arbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen; in absoluten Zahlen waren es 60.000 von 130.000.⁵⁴ Die Gesamtzahl von Sklavenarbeitern, die im Verlauf des Krieges in Flicksehn Betrieben eingesetzt war, lag um ein Vielfaches höher, weil infolge der menschenunwürdigen Lebensbedingungen viele Zwangsarbeiter starben.

KZ-Häftlinge waren die ersten, die von der SS an Großbetriebe vermietet und als Sklavenarbeiter eingesetzt wurden. Die „massenhafte Verwendung von KZ-Häftlingen in der deutschen Privatindustrie“ begann nach Aussagen des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß im Jahre 1940/41⁵⁵ und „Steigerte sich fortlaufend bis zum Ende des Krieges. Gegen Ende 1944 waren 400.000 Konzentrationslagerhäftlinge in der privaten Rüstungsindustrie und rüstungswichtigen Betrieben beschäftigt.“ Die SS kassierte für jeden Häftling zu Beginn des Krieges 1,00 bis 1,20 RM pro Tag, gegen Ende des Krieges 5,00 RM für einen gelernten Arbeiter.

Die Möglichkeit, billige und wehrlose Arbeitskräfte zu erhalten, führte dazu, daß Industrieanlagen in unmittelbarer Nähe zu bereits bestehenden KZs angesiedelt wurden bzw. daß umgekehrt darauf

⁵¹ Fall 5, S. 33.

⁵² Hörster-Philipps, Dokumente, S. 302-303; Kühnl, Faschismus, S. 328-331.

⁵³ Kühnl, S. 338.

⁵⁴ Fall 5, S. 27 u. 178.

⁵⁵ Eidesstattliche Erklärung von Rudolf Höß, Kühnl, Faschismus, S. 377; Anatomie, S. 478, auch zum Folgenden.

gedrängt wurde, neue KZs in der Nähe von Industrieanlagen zu errichten.⁵⁶ Ganze Industriewerke wie das Buna-Werk der IG Farben bei Auschwitz-Monowitz wurden fast ausschließlich von Häftlingen errichtet.

[67:] In den mitteldeutschen Betrieben Flicks waren ebenso wie bei anderen Großunternehmen KZ-Häftlinge eingesetzt. Bernhard Weiß, der neben Odilo Burkart vor allem für Arbeitskräftefragen zuständig war, hat dies im Flick-Prozeß ausdrücklich bestätigt.⁵⁷ Bei der Dynamit Nobel AG, die Dutzende von Munitionsbetrieben in Deutschland unterhielt, und bei ihrer Tochtergesellschaft „Verwert Chemie“ (GmbH zur Verwertung chemischer Erzeugnisse) arbeiteten jüdische KZ-Häftlinge, insbesondere Frauen, aus Auschwitz (polnisch Oberschlesien), Buchenwald (nahe Weimar) und Groß-Rosen (Niederschlesien); in Lanfering nahe Landsberg KZ-Häftlinge aus Dachau (nahe München). Auch die Fabriken Busch in Bautzen und Linke-Hofmann in Lauchhammer beuteten KZ-Häftlinge aus.⁵⁸ Im August 1944 zum Beispiel wurden der Waggonfabrik Busch in Bautzen 800 Häftlinge aus dem KZ Groß-Rosen in Schlesien zugesagt.⁵⁹

Die Initiative für den Einsatz der Häftlinge ging immer vom jeweiligen Betrieb aus.⁶⁰ Ähnlich war es auch beim Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener: Die Industrie richtete ihre Forderungen an die zuständigen Stellen. So wurden von Flicks Maximilianshütte im März 1941 polnische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene angefordert⁶¹, im April und Juli des gleichen Jahres wurden weitere Forderungen gestellt.⁶²

Die Reichsvereinigung Kohle, die wichtige organisatorische Aufgaben bei der Erfassung und Verteilung von Arbeitskräften wahrnahm und in der Flick, wie erwähnt, eine führende Position bekleidete, beantragte bei Göring im Oktober/November 1941 den Einsatz von zehn- bis zwölftausend sowjetischen Bergleuten aus Kriwoj-Rog für den Ruhrbergbau⁶³; Kaletsch und Burkart waren in diese Planung einbezogen.⁶⁴

Mit dem siegreichen Vormarsch der deutschen Truppen nach Osten stieg die Höhe der angeforderten Arbeitskräfte in die Hunderttausende. Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Sauckel, legte kurz nach seiner Ernennung, am 20. April 1942, ein Programm für den Arbeitseinsatz vor, in dem es hieß: „Die Rüstungs- und Ernährungsaufgaben machen nun aber neben der totalen Erfassung aller deutschen Arbeitskräfte die Hereinnahme fremder Arbeitskräfte zur dringendsten Notwendigkeit ... Das größte Reservoir hierfür sind die besetzten Gebiete des Ostens. Es ist daher unumgänglich notwendig, die in den eroberten sowjetischen Gebieten vorhandenen Menschenreserven voll auszuschöpfen. Gelingt es nicht, die benötigten Arbeitskräfte auf freiwilliger Grundlage zu gewinnen, so muß unverzüglich zur Aushebung derselben bzw. zur Zwangsverpflichtung [68:] geschritten werden ... All diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen ... Die Arbeitskraft dieser Leute muß in größtem Maße ausgenutzt werden ...“⁶⁵

Bereits im August 1942 waren 700.000 Ostarbeiter in der Landwirtschaft eingesetzt, eine Million war in der Industrie tätig; eine weitere Million wurde von Sauckel für die kommenden Monate ins Auge gefaßt.⁶⁶

⁵⁶ Vgl. zum Gesamtzusammenhang Peter M. Kaiser, Monopolprofit und Massenmord im Faschismus. Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager im faschistischen Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1975, S. 552-577.

⁵⁷ Fall 5, S. 28.

⁵⁸ Frankfurter Rundschau (FR) vom 4.12.1984; Fall 5, S. 28.

⁵⁹ Fall 5, S. 191.

⁶⁰ Eidesstattliche Erklärung von Rudolf Höß, Kühnl, Faschismus, S. 377.

⁶¹ Dok. NI-328, Fall 5, S. 179-181.

⁶² Dok. NI-3134, Anatomie, S. 341.

⁶³ Vertrauliche sozialpolitische Information der RVK vom 1.11.1941, Dok. NI-4104, Anatomie, S. 359-360.

⁶⁴ Fall 5, S. 30.

⁶⁵ Anatomie, S. 393-395; Kühnl, Faschismus; S. 363-364.

⁶⁶ Protokoll der Führerbesprechung vom 10.-12.8.1942, Dok. R-124, IMG, Bd. 38, S. 359-360.

Daß dieses gigantische Zwangsarbeits-Programm auf entsprechende Forderungen der Großkonzerne zurückzuführen ist, belegen zahlreiche Dokumente. So wurde gerade auch von Betrieben des Flick-Konzerns immer wieder angemahnt, daß nur ein Teil der angeforderten Arbeitskräfte auch tatsächlich von den zuständigen Behörden zugewiesen wurde.⁶⁷ Die Mitteldeutschen Stahlwerke beschwerten sich im August 1942, daß statt der für Juni und Juli geforderten Anzahl von 4084 Zwangsarbeitern nur 1052 vermittelt worden seien.⁶⁸

Von den Verschleppten, die in den Bergwerken und Hüttenbetrieben Flicks eingesetzt wurden, waren die wenigsten Bergleute. Den größten Prozentsatz bildeten vielmehr Frauen, Kinder und Greise. Beschwerden von Flick-Betrieben oder der RVK wegen „ungeeigneter“ Transporte waren an der Tagesordnung.⁶⁹

So „ineffektiv“ solche Transporte aus dem Blickwinkel der Flick-Manager auch waren, so wenig Skrupel hatten sie andererseits zum Beispiel Frauen in Bergwerken und Fabriken einzusetzen.⁷⁰ In einem Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Bergbau vom Juni 1942 wird der Einsatz sowjetischer Frauen in Übertagebetrieben, vor allem im Braunkohlentagebau mit dem zynischen Hinweis gerechtfertigt, „daß die Frau in Sowjetrußland auch schwerste Arbeiten verrichtet (z. B. Bergbau unter Tage).“⁷¹

Die Behandlung und Unterbringung von Häftlingen, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen war gerade in den Flick-Betrieben von kaum zu überbietender Menschenverachtung. Die sowjetischen Kriegsgefangenen bei der Harpener Bergbau AG waren halb verhungert, zerlumpt und zum großen Teil an Tuberkulose erkrankt; die Kriegsgefangenen bei den Fellawerken in Bayern galten unter den deutschen Angestellten als „besonders unterernährt“; als Küchenarbeiter eingesetzte Kriegsgefangene bei der Maxhütte mußten 98 Stunden wöchentlich arbeiten.⁷²

Die Zustände bei der Essener Steinkohlen AG wurden von einer staatlichen Untersuchungskommission im März 1943 wie folgt beschrieben: „Die Ostarbeiter sind gegenwärtig in Baracken für [69:] Kriegsgefangene mit schwerstem Stacheldraht und vergitterten Fenstern untergebracht. Entwesung (Entseuchung, Desinfektion – d. Verf.) mangelhaft. Viel Ungeziefer. Strohmatten mußten entfernt werden, daher schlafen nur auf Drahtmatten. Zuweilen Prügel ...“⁷³

Die Rechtfertigung der Angeklagten im Flick-Prozeß, sie hätten keine Kenntnis von den Zuständen in den Lagern gehabt, ist vom Gericht zurückgewiesen worden, da regelmäßige Inspektionsreisen von leitenden Konzernvertretern zu den Lagern stattfanden.⁷⁴

Unkenntnis können Flick und seine Manager auch nicht für sich reklamieren, wenn es um die Denunziation und Auslieferung von Zwangsarbeitern oder Häftlingen an die Gestapo ging. Von höchster Stelle, aus den Direktionsetagen des Konzerns und aus den Führungsspitzen von RVK und RVE ergingen an die leitenden Angestellten der Werke immer wieder Aufforderungen, flüchtige, „faule“ oder „renitente“ Beschäftigte an die Gestapo zu melden und in KZs abtransportieren zu lassen.⁷⁵ Von der Denunziationspraxis waren auch deutsche Arbeiter betroffen.⁷⁶

Wie viele der Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge in den Flick-Betrieben ums Leben kamen oder ihre Gesundheit verloren, läßt sich nicht feststellen. Die faktische Vernichtung

⁶⁷ Dok. NI-328 und NI-3134, a. a. O., (Anm. 61 u. 62).

⁶⁸ Dok. NI-3219, Fall 5, S. 184.

⁶⁹ Bericht der RVK vom Juni 1942, Fall 5, S. 30 und Dok. NI-5391, ebd., S. 192-193.

⁷⁰ Aussage Burkarts im Flick-Prozeß, ebd., S. 183.

⁷¹ Dok. NI-2937, ebd.

⁷² ebd., S. 36.

⁷³ Bericht einer Untersuchungskommission vom 10.3.1943, Dok. NI-3013, ebd., S. 197-202, hier S. 201.

⁷⁴ ebd., S. 31.

⁷⁵ Vgl. z. B. die Aufforderung der Maxhütte zur sofortigen Verhaftung eines polnischen Zwangsarbeiters vom 1.2.1943, Dok. NI-3152, ebd., S. 212-213.

⁷⁶ Zahlreiche Dokumente dazu bei Klaus Drobisch, Dokumente zur direkten Zusammenarbeit von Flick-Konzern und Gestapo, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 3, S. 211-225.

von Menschen durch Hunger, Krankheiten, Schwerstarbeit und Mißhandlungen ist angesichts des Arbeitskräftemangels auf den ersten Blick unerklärlich, erscheint vielen sogar irrational. Sie wird erst dann verständlich, wenn man begreift, daß die Gesetze der Ausbeutung unter den Bedingungen des Krieges einer eigenen, spezifischen Rationalität folgten. In der (falschen) Annahme, der Krieg sei für Deutschland gewinnbar, bot sich für die Zukunft ein schier unerschöpfliches Millionenheer an Arbeitskräften an. Dies war der Grund, weshalb verschiedene „Reformbemühungen“, die darauf abzielten, die Arbeitskraft der Zwangsarbeiter zu erhalten, keinen Erfolg hatten. In den Konzernen wurde, wie eine Untersuchungskommission des faschistischen Staatsapparates feststellte, der Ostarbeiter „lediglich als aus dem weiten Ostraum leicht zu ergänzendes Produktionsmittel betrachtet.“⁷⁷

Flick trägt an dieser Entwicklung die Mitschuld. „Die Beweise in den Akten erlauben keinen Zweifel daran, daß die Zwangsarbeiter und die Kriegsgefangenen in den Ruhrbergwerken des Flick-Konzerns unter schrecklichen Bedingungen ausgebeutet wurden und daß Krankheit und Tod in ungeheurem Ausmaß die Folgen dieser Bedingungen waren. Auch ist es offensichtlich, daß in allen Betrieben des Flick-Konzerns besonders schlechte Bedingungen herrschten; in vielen Fäl-[70:]len waren die Unterkünfte elend, die Ernährung schlecht, der Hunger unerträglich, die Arbeitszeit übermäßig lang; Angst und Freiheitsentziehung, körperliche Leiden und Krankheit, Mißhandlungen aller Art, darunter Auspeitschungen, waren an der Tagesordnung“, stellte die amerikanische Anklagebehörde fest.⁷⁸

Schuldig gesprochen wurden Friedrich Flick und andere im Anklagepunkt „Sklavenarbeit“ in Nürnberg vor allem deshalb, weil sie Kriegsgefangene entgegen den Bestimmungen der Haager Konvention in der Rüstungsproduktion eingesetzt hatten.

Als jüdische KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter nach 1945 über die Organisation „Claims Conference“ („Conference on Jewish Material Claims against Germany“) ihre bescheidenen Wiedergutmachungsforderungen an deutsche Großkonzerne richteten, wurden sie von Flick zunächst jahrelang hingehalten.

Benjamin B. Ferencz, US-Bürger ungarisch-jüdischer Herkunft und 1947/48 Chefankläger im Nürnberger SS-Einsatzgruppenprozeß, später beteiligt an Wiedergutmachungsverhandlungen und Mitglied der „Claims Conference“, hat diese Bemühungen in einem erschütternden Bericht dokumentiert.⁷⁹

Während die IG Farben-Nachfolger, Krupp, AEG, Siemens und Rheinmetall, in deren Firmen jüdische Zwangsarbeiter gearbeitet hatten, Entschädigungssummen zwischen 2,5 und 27 Mio. DM (IG Farben) zahlten, verweigert der Flick-Konzern bis heute jegliche Entschädigung. Den 1300 überlebenden Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen, die in Flicks Dynamit Nobel-Werken zur Sklavenarbeit gezwungen worden waren, sollte eine Wiedergutmachungssumme von 5000 DM pro Person gewährt werden, eine beschämend geringe Summe angesichts jahrelanger Freiheitsberaubung, angesichts von Hunger, Krankheit, Schwerstarbeit ohne Entlohnung und Mißhandlungen und angesichts der tausenden von Toten, die keine Ansprüche mehr stellen können.

Die Gesamtsumme von 6,5 Mio. DM wurde von den Verhandlungsbevollmächtigten Flicks, unter ihnen einer seiner Verteidiger im Nürnberger Prozeß, der spätere CSU-Schatzmeister Wolfgang Pohle⁸⁰, (der auch in den aktuellen Flick-Parteispendenskandal verstrickt ist) zunächst auf 4 Mio. DM reduziert; später einigte man sich mit der „Claims Conference“ auf 5 Mio. DM Wiedergutmachung.

Zum Zeitpunkt der ersten Verhandlungsergebnisse, 1963, war die Dynamit Nobel AG bereits wieder voll in die Rüstungsproduktion eingestiegen und verbuchte einen Jahresumsatz von 1 Mrd. DM; Dynamit Nobel befand sich zu 80% in Flicks Besitz.⁸¹

⁷⁷ Dok. NI-3013, Fall 5, S. 198.

⁷⁸ ebd., S. 34.

⁷⁹ Benjamin B. Ferencz, Lohn des Grauens. Die verweigte Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter. Ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, Frankfurt/New York 1981, S. 196-227.

⁸⁰ FR V. 4.12.1984.

⁸¹ ebd.

[71:] Mit der – wie sich später herausstellte – scheinheiligen Behauptung, der Flick-Konzern wolle zugleich auch Wiedergutmachungsansprüche jüdischer Zwangsarbeiter an andere Zweigbetriebe abgelenken, wurden die Verhandlungen jahrelang verschleppt. Nach sieben Jahren, 1969/70 wurden sie schließlich von Flick beendet. Am 7. Januar 1970 teilte Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch im Namen Flicks mit: „In Abweichung von Ihnen vermag Herr Dr. Flick nicht zu erkennen, daß im vorliegenden Zusammenhang humanitäre oder moralische Gründe die Dynamit Nobel AG oder das Haus Flick veranlassen könnten, an die Claims Conference irgendwelche Zahlungen zu leisten ...“⁸²

Erneute Forderungen des ehemaligen stellvertretenden Chefanklägers von Nürnberg, des renommierten Frankfurter Rechtsanwalts Dr. Robert M. W. Kempner, Anfang November 1984, ließ Flick-Sohn Friedrich Karl zurückweisen mit der Bemerkung, er lehne es ab, „moralische Schulden“ gegenüber Zwangsarbeitern zu begleichen.⁸³

Die Nichtanerkennung von Schuld angesichts von tausenden verschleppten, mißhandelten oder in den Flick-Betrieben umgekommenen Menschen spricht für sich.

Ebenfalls für sich sprechen zwei Vergleichszahlen. 1971, im Jahr nach der Ablehnung der Wiedergutmachung, wurde Friedrich Flick jeden Tag um 360.000 Dollar reicher. Der Gewinn einer einzigen Woche hätte ausgereicht, um die Entschädigungsforderungen zu erfüllen.⁸⁴ Flick-Sohn Friedrich Karl schließlich gibt pro Jahr für seinen persönlichen Gebrauch die vier- bis sechsfache Summe dessen aus, was die 1300 Zwangsarbeiter an Wiedergutmachung forderten, nämlich 20 bis 30 Mio. DM.⁸⁵

⁸² Ferencz, S. 210.

⁸³ FR v. 14.11.1984.

⁸⁴ Oggerr, S. 15

⁸⁵ Spiegel-Buch, S. 245.

V. „Bollwerk gegen den Bolschewismus“

Nachkriegsplanungen der Konzernspitze

Die Schlacht um Stalingrad (November 1942 bis Februar 1943) brachte die Wende an der „Ostfront“ und leitete den entscheidenden Umschwung im 2. Weltkrieg ein. Nach der Niederlage der Hitlertruppen bei Stalingrad gelang es der Roten Armee, bis Ende 1943 zwei Drittel des besetzten Landes zu befreien.

Zwei Wochen nach Beendigung der Kämpfe um Stalingrad, am 18. Februar 1943, hatte Propagandaminister Goebbels im Berliner Sportpalast unter dem fanatischen Jubel der Anwesenden den „totalen Krieg“ ausgerufen. Mit äußerster Kraftanstrengung wurde das gesamte Land mit Durchhalteparolen auf den angeblich möglichen „Endsieg“ eingestimmt.

Doch während an den Fronten des Krieges Millionen Soldaten verbluteten, während seit September 1944 Knaben und Greise zum „Volkssturm“ eingezogen wurden, war den führenden Großindustriellen und Bankiers längst klar, daß der Krieg verloren war. Noch während des Krieges begannen sie mit detaillierten und umfangreichen „Nachkriegsplanungen“. Waren sie in den Jahren 1939-1942 noch davon ausgegangen, sie könnten nach dem Sieg eine „europäische Großraumwirtschaft“ unter deutscher Führung etablieren, so konzentrierten sie sich nun auf die Frage, wie und mit welchen Mitteln sie ihre Unternehmen vor dem Zugriff der Kriegsgegner schützen und über die militärische Niederlage hinaus retten könnten.

Früher als andere stellte Friedrich Flick sich darauf ein, noch im Krieg entscheidende Weichenstellungen vorzunehmen, um sein Imperium über das Kriegsende hinaus zu sichern. Bereits im Frühjahr 1943, unmittelbar nach Stalingrad und nach der Washingtoner Konferenz, auf der Roosevelt und Churchill die von der Sowjetunion seit langem geforderte Eröffnung der „zweiten Front“, die Invasion der alliierten Truppen in Frankreich, für den Juni 1944 beschlossen, begann er mit einer Serie entsprechender Maßnahmen.

Flicks konzerneigene Nachrichtenabteilung hatte ihm eine Kopie der Landkarte besorgt, auf der die alliierten Vorstellungen über Nachkriegsdeutschland, nämlich die Einteilung in vier Besatzungszonen, eingezeichnet waren.¹ Flick begann unverzüglich mit einer umfassen-[73:]den Umstrukturierung des gesamten Konzerns. Die Mitteldeutschen Stahlwerke wurden noch im Mai 1943 von einer Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt.² Damit wurde die persönliche Haftung der Mittelstahl-Aktionäre, also vor allem die des Mehrheitsaktionärs Flick, mit seiner Kapitaleinlage aufgehoben zugunsten einer auf das Gesellschaftsvermögen beschränkten Haftung. Nach dem gleichen Muster wurde im darauffolgenden Jahr der zweite Großbetrieb des Konzerns, die Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte AG (Maxhütte) in Sulzbach-Rosenberg, von einer AG in eine GmbH umgewandelt.³

Im März 1944 wurden die Kapitalverhältnisse der Friedrich Flick KG neu geordnet. Das Nominalkapital in Höhe von 37.500.000 RM verteilte Flick auf seine beiden Söhne Otto-Ernst und Friedeich Karl zu je 45%, also in absoluten Zahlen eine Summe von jeweils 16.875.000 RM. Er selbst verfügte mit 3.750.000 RM zwar nur über 10% des Nominalkapitals, behielt sich aber ausdrücklich das Entscheidungsrecht in der Geschäftsführung vor.⁴

Im September 1944 – Hitler hatte gerade die Weisung über den „Volkssturm“ erlassen – wurde der gesamte Konzern in einer komplizierten Transaktion umorganisiert. In Erwartung der Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen und in Anbetracht der vorrückenden sowjetischen Truppen wurde die Verwaltungsspitze; von Berlin nach Düsseldorf verlegt.⁵

¹ Spiegel vom 17.9.1958, S. 31; Engelmann, S. 252; Fall 5, S. 14.

² Fall 5, S. 14.

³ ebd.

⁴ ebd. und Spiegel, S. 32.

⁵ Fall 5, S. 15.

Ebenfalls 1944 begann Flick, im Angesicht des Sieges der Antihitlerkoalition, sein Image als Hit-leegegner aufzupolieren. Er, der wie kaum ein anderer von der Machtübertragung an die Nazis profitiert und mit ihnen paktiert hatte, suchte ein neues, den Nachkriegsbedingungen angepaßtes Profil, und zwar auf drei Ebenen: Er ließ die Spendenbuchführung der Weimarer Zeit – wie erwähnt – neu ordnen und insbesondere seine Belege für die Unterstützung Hindenburgs bei den Reichspräsidentenwahlen 1932 zusammenstellen.⁶ Nach eigenen, nie belegten und damit unüberprüfbaren Angaben nahm er Kontakt zu einem der Verschwörer des 20. Juli 1944 auf,⁷ soll ihn sogar zeitweilig beherbergt haben,⁸ und schließlich stellte er die Verbindung zum amerikanischen Zweig der Familie Petschek her.

Hier gleitet der antinazistische Gestus ins Groteske ab. Ausgerechnet Flick, der die „Arisierung“ des Petschek-Konzerns mit allen Mitteln betrieben hatte, der die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen zur Legalisierung des Raubes an jüdischem Vermögen veranlaßt hatte, ließ die Petscheks über den damaligen Leiter der Auslandsabteilung der Deutschen Bank, Hermann-Josef Abs, wissen, er wolle gegebenen-[74:]falls über das „Arisierungs-Geschäft“ neu verhandeln, sobald der Krieg beendet sei.⁹

Anfang 1945 setzte Flick für jede der künftigen Besatzungszonen einen Konzernbevollmächtigten ein. Sein Vetter Konrad Kaletsch blieb in Berlin, assistiert von Willy Schlieker, bis 1945 Abteilungsleiter im Reichsministerium für Rüstungs- und Kriegsproduktion und seit Februar 1945 Vorstandsmitglied der Flick KG. Er selbst zog sich für den Rest des Krieges, als noch Zigtausende in den Bombennächten umkamen oder in einem sinnlosen Kampf ihr Leben ließen, auf seinen Landsitz „Hof Sauersberg“ nach Bad Tölz zurück.

Die weitsichtige „Vorsorge“, die Flick seit 1943 für die Zeit nach dem Kriegsende betrieb, einte ihn mit allen führenden Konzern- und Bankherren, die realistisch genug waren, das militärische Scheitern ihrer Eroberungspläne zu erkennen und sich rechtzeitig darauf einzustellen.

Im „Freundeskreis Himmler“ thematisierte Rudolf Bingel vom Siemens-Konzern 1943/44 mehrfach, man müsse dem verlorenen Krieg mit offenen Augen entgegensehen und sich wappnen – wie es Siemens bereits getan habe –, nach dem Krieg unter welchen Umständen auch immer weiterzumachen.¹⁰

Im August 1944 trafen sich in Straßburg führende Industrielle der Eisen- und Stahlindustrie, unter ihnen Vertreter von Krupp, Röchling, Messerschmitt, Bosch, Brown-Boveri, Rheinmetall und der staatlichen VW-Werke, mit Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsministeriums für Rüstungs- und Kriegsproduktion zu einer Geheimkonferenz, um über die Sicherung ihrer ökonomischen und politischen Machtposition nach Kriegsende zu beraten.¹¹ Vertreter des Flick-Konzerns sind namentlich nicht ausgewiesen, waren vermutlich auch nicht anwesend. In Straßburg wurden die Grundlinien großindustrieller Nachkriegsplanung herausgearbeitet: Jeder Industrielle wurde aufgefordert, Kontakte und Verbindungen zu ausländischen Firmen aufzunehmen und den Boden für die Transferierung von Kapital ins Ausland vorzubereiten, z. B. durch engere wirtschaftliche Verflechtungen mit .ausländischen, insbesondere amerikanischen Geschäftspartnern. Von den Vertretern der Nazi-Regierung wurden den Industriellen große Summen zur Überweisung ins Ausland in Aussicht gestellt. Als Gegenleistung wurde eine Finanzierung der NSDAP gefordert, „wenn sie in Gebirgsverteidigungsstellungen gehen müsse“.¹²

⁶ ebd.; Engelmann, S. 253; Spiegel, S. 32. Vgl. auch Kap. III. 1-2.

⁷ Fall 5, S. 15.

⁸ Spiegel, S. 32.

⁹ ebd.; Engelmann, S. 252-253.

¹⁰ Eidesstattliche Erklärung Otto Ohlendorfs vom 28.1.1947, Dok. NI-3510, NMT, Bd. 6, S. 298.

¹¹ Bericht eines amerikanischen Geheimagenten vom 7.11.1944 über das Treffen vom 10.8.1944, in: Der zweite Weltkrieg. Dokumente, ausgewählt und eingeleitet von G. Förster und O. Groehler, Berlin (DDR) 1972, S. 283-285; auch in: Hörster-Philipps, Dokumente, S. 351-352.

¹² ebd.

Offenbar als Fortführung dieser Geheimkonferenz richtete die Reichsgruppe Industrie (RI), der industrielle Dachverband, 1944 einen [75:] „Kleinen Arbeitskreis“ unter der Leitung des stellvertretenden RI-Vorsitzenden Rudolf Stahl (Generaldirektor des Salzdetfurth-Konzerns, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank) ein, der sich speziell mit der Erarbeitung von Nachkriegskonzepten befaßte.¹³ Für „wirtschaftspolitische Grundsatzarbeiten“ eines „Programms für die Bearbeitung wirtschaftlicher Nachkriegsprobleme vom Standpunkt der Industrie“ war Dr. Ludwig Erhard, der spätere Wirtschaftsminister Adenauers und dessen Nachfolger im Kanzleramt, zuständig.

Erhard, zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter an einem Wirtschaftsinstitut in Nürnberg, hatte sich 1942 selbständig gemacht und ein „Institut für Industrieforschung“ gegründet, das sich mit der wirtschaftlichen Situation nach dem Kriege befaßte und von der Reichsgruppe Industrie und einigen Großkonzernen die erforderlichen finanziellen Mittel erhielt.

Eine von Erhard verfaßte Denkschrift bildete die entscheidende wirtschaftstheoretische Grundlage für die Nachkriegsplanungen im „Kleinen Arbeitskreis“, in die Friedrich Flick neben Vertretern der Vereinigten Stahlwerke, der IG Farben, von Siemens, der Deutschen und der Dresdner Bank einbezogen war.¹⁴

Spätestens seit Sommer 1944, vermutlich aber noch früher, begannen führende Konzerne, die in der Rüstungsproduktion tätig waren, so z. B. die Firmen Henkel und Wintershall, eine spätere Umstellung ihrer Betriebe auf die Friedensproduktion vorzubereiten.¹⁵ Das amerikanische Außenministerium verfügte im März 1945 über mehrere Bände mit deutschen Nachkriegsplanungen.¹⁶

Während Großkonzerne und industrielle Interessenvertretungsorgane die theoretischen und ökonomisch-faktischen Voraussetzungen für ihren Weiterbestand nach Kriegsende erarbeiteten und in die Praxis umsetzten, waren die führenden Dienststellen des Nazi-Staatsapparates damit befaßt, die entsprechenden politischen und ideologischen Weichenstellungen vorzunehmen, um grundlegende Veränderungen am Gesellschaftssystem nach der Beseitigung des Faschismus zu verhindern.

Seit April 1943 befaßte sich das Auswärtige Amt in einem „Europa-Ausschuß“¹⁷ mit der Frage, wie antikommunistische Feindbilder zur „Einigung Europas“ nutzbar gemacht werden könnten.¹⁸ In Denkschriften wurde erörtert, wie Europa „raumfremde Einflüsse abwehren und gemeinsam den Kampf gegen den Bolschewismus führen“ könne.¹⁹

Das ideologische Grundmuster des Antikommunismus und Antisowjetismus, das 1918/19 zur Bekämpfung der Novemberrevolution [76:] eingesetzt worden war, das den rechtskonservativen und faschistischen Kräften in der Weimarer Republik zur antisozialistischen und antidemokratischen Stimmungsmache diente, das von den Nazis zur fanatisierten psychologischen Kriegsvorbereitung genutzt wurde, diente auch in der Schlußphase des 2. Weltkrieges zur Rechtfertigung der deutschen Eroberungspolitik, zur Einstimmung auf die Nachkriegszeit und zur Anbiederung an die nichtsozialistischen Mächte der Antihitlerkoalition.

Diese Antihitlerkoalition hatte zwar zahlreiche Staaten, unter ihnen die USA und Großbritannien, im Kampf gegen die Eroberungspläne der Nazis geeint, dennoch gab es einflußreiche Kräfte, die das Zusammengehen mit der Sowjetunion allenfalls für vorübergehend als notwendig erachteten. Anfäng-

¹³ Vertrauliches Schreiben Stahls an SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf vom 13. 12. 1944, in: Anatomie, S. 468-470; darauf fußend auch Engelmann, S. 265-272.

¹⁴ Engelmann, S. 267.

¹⁵ Schreiben des SS-Sturmbannführers Backhaus an SS-Standartenführer Rudolf Brandt, persönlicher Referent Himmlers, vom 26.8.1944, Anatomie, S. 459-460.

¹⁶ ebd., S. 490-491.

¹⁷ Richtlinien des Außenministers Ribbentrop vom 5.4.1943, ebd., S. 183-189; auch in: Hörster-Philipps, Dokumente, S. 348-349.

¹⁸ Notiz des Gesandten Cecil von Renthe-Fink vom 16.11.1943, in: Anatomie, S. 219-221; auch in: Hörster-Philipps, Dokumente, S. 349-350.

¹⁹ Entwurf des Auswärtigen Amtes (AA) vom 9. 9. 1943, in: Anatomie, S. 215-216, auch in: Kühnl, Faschismus, S. 337-338. Vgl. weitere Dokumente in: Anatomie, S. 198-222.

lich erhofften sich diese Kräfte in den USA die gegenseitige Vernichtung Hitlerdeutschlands und der UdSSR. In einem Interview für die „New York Times“ drei Tage nach dem Überfall der Hitlertruppen auf die UdSSR am 24. Juni 1941 empfahl der spätere US-Präsident Harry S. Truman: „Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, damit sich auf diese Art und Weise soviel als möglich gegenseitig töten“.²⁰

Je deutlicher sich die militärische Niederlage des deutschen Faschismus abzeichnete, desto mehr gewannen jene Pläne an Gewicht, die das besiegte Deutschland als geographischen Stützpfeiler einer antisowjetischen Politik in Europa benutzen, es zu einem „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ ausbauen wollten.

Der amerikanische Geheimdienst hatte bereits 1943 Überlegungen angestellt, wie man „die ganze Kraft eines noch mächtigen Deutschlands“ gegen die Sowjetunion ins Spiel bringen könne.²¹ 1944 wurde in der Führung der US-Armee, Luftwaffe und Marine spekuliert, daß nach Kriegsende ein weiterer Weltkrieg gegen einen „totalitären Aggressorstaat“ kommen werde. Die US-Generäle Arnold und Eisenhower empfahlen ihrem Vorgesetzten Marshall, bei der Besetzung Deutschlands auch schwere Bomber mitzuführen, um „in jede Richtung sofortige und wirksame Einsätze fliegen zu können“.²²

Mit dem Tode Roosevelts im April 1945, kurze Zeit nach der Konferenz von Jalta, und mit der Übernahme der Präsidentschaft durch Harry S. Truman begannen sich in den USA mehr und mehr diejenigen Kräfte durchzusetzen, die den Zielsetzungen der Antihitlerkoalition entgegenwirken und die gemeinsame politische Basis mit der Sowjetunion verlassen wollten.

Der Abwurf der amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und [77:] Nagasaki am 6. und 9. August 1945, militärisch auch für die Beendigung des Krieges in Südostasien völlig sinnlos, war Ausdruck der veränderten amerikanischen Politik und signalisierte als eine Art Drohgebärde gegenüber der UdSSR die militärische Überlegenheit der USA. Die Politik des Erstschlages bzw. des „Präventivkrieges“ wurde mit dem Memorandum JCS 1496/2 vom September 1945 amerikanische Militärdoktrin.²³ Ihm folgte im November 1945 eine geheime Studie aus dem Stab der Vereinigten Stabschefs, die die atomare Bombardierung von zwanzig sowjetischen Städten, auch mittels eines Erstschlages, vorsah.²⁴ Der Kriegsplan „Dropshot“ der Vereinigten Stabschefs vom 19.12.1949 schließlich, der einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion für 1957 plante mit der Aufgabenstellung „Durchsetzung der Kriegsziele der Vereinigten Staaten gegenüber der UdSSR und ihren Satelliten“²⁵, war der vorläufige Höhepunkt in einer Kette atomarer Erstschlagskonzeptionen der USA gegenüber der UdSSR. Noch im gleichen Jahr, in dem der „Dropshot“-Plan entwickelt wurde, wurde bekannt, daß die UdSSR den Rüstungsvorsprung der USA eingeholt hatte und über einsatzfähige Atomwaffen verfügte, „Dropshot“ also hinfällig geworden war.

Ohne Kenntnis dieser Hintergründe bliebe die Nachkriegsentwicklung Deutschlands, die Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse, von denen auch und in besonderem Maße Flick profitierte, unerklärlich. Die Einbindung Deutschlands in die antisowjetische Politik der USA, aber auch Großbritanniens und Frankreichs, war der Nährboden, auf dem Großkonzerne und Großbanken und die alten gesellschaftlichen Kräfte des Nazireiches sich wieder in politischen und wirtschaftlichen Schlüsselpositionen etablieren konnten.

²⁰ Bernd Greiner, Kurt Steinbaus, Auf dem Weg zum dritten Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980, S. 16.

²¹ ebd., S. 17.

²² ebd., vgl. auch die zahlreichen Dokumente im gleichen Band.

²³ Auszüge aus dem Dokument in: ebd., S. 68-73.

²⁴ Auszüge ebd., S. 74-76.

²⁵ Auszüge ebd., S. 191-228.

[78:

VI. Anklage und erneute Thronbesteigung

Vom Nürnberger Prozeß bis zur Restauration des Konzerns

1. „Fall 5“: Flick vor Gericht

In Vorbereitung der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesse hatte ein Ausschuß des US-Senats unter der Leitung des Senators Kilgore, die sogenannte „Kilgore-Kommission“, Untersuchungen über die Ursachen von Faschismus und Krieg und die Hauptschuldigen angestellt. Am 11. Oktober 1945 veröffentlichte die Kommission eine Liste der 42 am stärksten belasteten Großindustriellen und Bankiers. Friedrich Flick war auf Platz 3 zu finden. In der Begründung der Kommission hieß es:

- „1. Es ist nicht wahr, daß die deutschen Großindustriellen sich erst im letzten Augenblick und halb gezwungen dem Nationalsozialismus angeschlossen haben. Sie waren von Anfang an seine begeisterten Förderer.
2. Die Unterstützung seitens der deutschen Schwerindustrie und Hochfinanz ermöglichte den Nationalsozialisten die Machtergreifung.
3. Die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft und auf die fieberhafte Rüstung zum Angriffskrieg erfolgte unter der unmittelbaren Leitung der deutschen Industriellen.“

In einer ergänzenden Erklärung fügte Senator Kilgore hinzu: „Die Tatsachen machen die Industriellen einwandfrei mitschuldig an den von den Nationalsozialisten in ihrer Sucht nach Weltherrschaft gegen die Völker der Erde verübten Verbrechen.“¹

Dem Prozeß vor dem Internationalen Militärgerichtshof gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg von 1945-1946, bei dem die Spitzen der NSDAP, der NS-Regierung, der SS, SA, des SD, der Gestapo, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht abgeurteilt wurden, folgten von 1946-1949 die sogenannten „Nürnberger Nachfolgeprozesse“, bei denen unter anderen die führenden deutschen Industriemonopole Krupp, die IG Farben und Flick vor Gericht standen.

Am 18. April 1947 wurde das Verfahren des Militärgerichtshofes [79:] Nr. 4 in Nürnberg im „Fall 5“, Friedrich Flick und andere, eröffnet. Auf der Anklagebank saßen neben Flick

Otto Steinbrinck, rechte Hand Flicks und Generalbevollmächtigter der Friedeich Flick KG von 1937 bis zu seinem Einsatz als Bevollmächtigter für Kohle in den besetzten Westgebieten (BEKO West) 1939,

Bernhard Weiß, Neffe Friedeich Flicks und Generalbevollmächtigter seit dem Ausscheiden Steinbrincks 1939, zuständig vor allem für den Kohle-Bereich des Konzerns,

Konrad Kaletsch, Vetter Flicks, seit 1939 Generalbevollmächtigter und verantwortlich für die Gesamtleitung des Konzerns sowie für die Finanzangelegenheiten,

Odilo Burkart, seit 1939 Generalbevollmächtigter und zuständig vor allem für den Eisen- und Stahlsektor sowie die Braunkohle, und schließlich

Hermann Terberger, Direktor der Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte.

Die Anwälte der Angeklagten waren erfahrene Juristen, die sich fast ausnahmslos bei der Verteidigung der Hauptkriegsverbrecher ihre Sporen verdient hatten. Rudolf Dix, der Hauptanwalt Flicks, hatte Hjalmar Schacht in Nürnberg verteidigt. Hans Flächsner, der Verteidiger Otto Steinbrincks, hatte Albert Speer, den Beauftragten der NS-Regierung für das Bauwesen und seit 1943 Minister für Rüstung und Kriegsproduktion, in Nürnberg vertreten. Walter Siemers, der Bernhard Weiß zur Seite stand, war Verteidiger Erich Raeders, des Großadmirals der Marine, gewesen. Otto Kranzbühler, Odilo Burkarts Anwalt, hatte in Nürnberg den designierten Hitlernachfolger Admiral Karl Dönitz verteidigt und Horst Pelckmann schließlich, der Verteidiger Hermann Terbergers, war als Anwalt von SS und SD aufgetreten.²

¹ Kühnl, Faschismus, S. 479; vgl. auch Fall 5, S. 7.

² Fall 5, S. 8.

Die amerikanische Anklagebehörde warf den Angeklagten in fünf Punkten die Beteiligung an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor:

Unter Punkt 1 der Anklage, „Sklavenarbeit“, wurden alle sechs Angeklagten beschuldigt, tausende von ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in die Flick-Bergwerke deportiert und sie dort unter unmenschlichen Bedingungen ausgebeutet zu haben.

Punkt 2 der Anklage lautete auf „Plünderung“. Mit Ausnahme von Terberger mußten sich alle Angeklagten für die Ausraubung von Fabriken und Bodenschätzen in Frankreich und der UdSSR verantworten.

Punkt 3 der Anklage warf den Beschuldigten Flick, Steinbrinck und Kaletsch „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ („Arisierungen“), [80:] die Beteiligung an der wirtschaftlichen Verfolgung von Juden und der Aneignung ihrer Betriebe im Zeitraum von 1936 bis 1939 vor.

Unter Punkt 4 der Anklage, „Finanzielle Unterstützung der SS“, standen Flick und Steinbrinck vor Gericht, weil sie durch großzügige finanzielle Zuwendungen an die SS deren verbrecherische Tätigkeit mit unterstützt hatten.

Otto Steinbrinck schließlich wurden unter dem Anklagepunkt 5, „Mitgliedschaft in der SS“, seine leitenden Funktionen in der SS vorgehalten.

Nach achtmonatiger Dauer wurde das Urteil im Flick-Prozeß am 22.12.1947 verkündet; es war ausgesprochen mild.³ Die Urteilsbegründung stellt in vielen Details eine unverhüllte Verharmlosung der Verbrechen des deutschen Faschismus, der Mitwisserschaft der Beklagten an diesen Verbrechen und der Beteiligung an ihnen dar.

Flick wurde in den Anklagepunkten eins (Sklavenarbeit), zwei (Plünderung) und vier (Unterstützung der SS) für schuldig befunden und zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt.⁴ Steinbrinck wurde in den Anklagepunkten vier und fünf schuldig gesprochen und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Weiß wurde im Anklagepunkt eins für schuldig befunden und zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.⁵

Der Flick-Prozeß, der erste von insgesamt drei Militärgerichtsverfahren gegen Großkonzerne, galt der OS-Regierung angesichts ihrer neu entwickelten Nachkriegs-Globalstrategie gegen die UdSSR als höchst „unerwünscht“.⁶ Robert H. Jackson, amerikanischer Hauptankläger im Hauptkriegsverbrecherprozeß, empfahl der US-Regierung bereits während der Hauptkriegsverbrecherprozesse in einer geheimen Denkschrift vom Oktober 1946, auf weitere Prozesse zu verzichten. Seine Begründung lautete: „Ich hege die Befürchtung, daß eine sich über eine lange Zeit erstreckende öffentliche Debatte gegen die Privatindustrie ... den Industriekartellen den Mut nehmen würde, weiterhin mit unserer Regierung im Rahmen der Rüstungsmaßnahmen, die im Interesse unserer zukünftigen Verteidigung getroffen werden müssen, zusammenzuarbeiten.“⁷

Der Zusammenarbeit mit den USA sollte es wohl auch dienen, daß Flick aus seinem Gefängnis in Landsberg heraus alle Möglichkeiten hatte, seinen Konzern wieder aufzubauen. Als Registrator der Gefängnisbibliothek blieb Flick viel Zeit für diese Aufgabe. Sein freigesprochener Generalbevollmächtigter Konrad Kaletsch besuchte ihn wöchentlich zweimal im Gefängnis und brachte zu jedem Treffen verantwortliche Flick-Direktoren mit, die gegenüber der Gefängnis-[81:]verwaltung als „Rechtsvertreter“ ausgewiesen wurden.⁸ Die Haftanstalt in Landsberg wurde zur Konzernzentrale.

³ Wortlaut des Urteils ebd., S. 315-350.

⁴ Zusammenfassung des Urteils durch die Richter ebd., S. 349.

⁵ Flick-Sohn Friedrich Karl Flick lügt, wenn er behauptet: „Er (sein Vater) ist zu Unrecht eingesperrt worden, von fünf Anklagepunkten in Nürnberg blieb nur einer übrig.“ (Stern-Interview vom 31.1.1985, S. 22).

⁶ So der US-Verteidigungsminister Patterson am 24.4.1946, zit. nach Fall 5, S. 10.

⁷ zit. nach ebd.

⁸ ebd., S. 15-16.

Am 25. August 1950, nach nur zweieinhalbjähriger Haft, wurde Flick entlassen. Er konnte ohne Verzug wieder die Leitung seines Konzerns übernehmen. Eine Woche zuvor hatte Adenauer bei den Hohen Kommissaren der Besatzungsmächte die Aufstellung einer westdeutschen Armee verlangt.⁹

2. Wiederaufstieg zum Weltkonzern

Der Konzern, um dessen Konsolidierung sich Flick aus dem Gefängnis Landsberg heraus in Zusammenarbeit mit seinen Söhnen Otto-Ernst und Friedrich Karl sowie mit seinem Vertrauten Otto Kaletsch bemühte, war in Folge des Krieges erheblich geschrumpft. Nach Angaben aus der Konzernspitze lagen etwa zwei Drittel des Konzerns, nämlich die mittel- und ostdeutschen Betriebe, im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, und Polens.¹⁰ Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen beschloß am 29. Oktober 1945, Flick ohne Entschädigung zu enteignen.¹¹ Betroffen davon waren die Mitteldeutschen Stahlwerke in Riesa, die Anhaltischen Kohlenwerke in Halle, die Sächsischen Gußstahlwerke in Freital, die Waggon- und Maschinenfabrik Busch in Bautzen sowie die ATG in Leipzig.¹² Die zur Maxhütte gehörenden Hüttenwerke Unterwellenborn in Thüringen, das zu den Hochofenwerken Lübeck zählende Kratzwiecker Hochofenwerk und die Linke-Hofmann AG in Schlesien gingen Flick ebenfalls verloren.¹³

Trotz dieser Verluste blieben Flick finanzkräftige Betriebe im Westen erhalten, so die Eisenwerksgesellschaft *Maximilianshütte* im bayrisch-oberpfälzischen Sulzbach-Rosenberg (100% im Flick-Besitz), das *Hochofenwerk Lübeck* in Herrenwyck (zu 82-90% Flick-Eigentum), die *Harpener Bergbau AG*, der ehemals größte Kohlenkonzern Deutschlands (60%) und die mit Harpen verbundene *Essener Steinkohlen-Bergwerks AG* (100%), die *Schrotttag* (Bayerische-Schrott-AG) in Nürnberg und München (100%), die *Waggon- und Maschinenbau GmbH* in Donauwörth und die *Fellawerke* (Landmaschinenfabrik) in Feucht bei Nürnberg (100 %).¹⁴

Bei seiner Entlassung im August 1950 war Flick der reichste Mann Westdeutschlands. Es gab nur einige wenige, wie den Baron August von Finck, „die ihm an Finanzkraft und Industriemacht ebenbürtig waren.“¹⁵

Noch während seiner Haftzeit in Landsberg hatten die Amerikaner [82:] Flick gestattet, selbst Männer seines Vertrauens als Treuhänder für seine Betriebe in den Westzonen einzusetzen. Flick wählte zwei Bankiers, zu denen er schon vor 1945 gute Kontakte hatte und die ihm im folgenden Jahrzehnt des Wiederaufbaus seines Konzerns noch manche Hilfestellung gaben: Hermann Josef Abs und Robert Pferdmenges.

Abs, 1901 in Bonn geboren, wurde nach jahrelanger Tätigkeit für die Bankhäuser Delbrück Schieckler und Delbrück von der Heydt 1930 Teilhaber bzw. persönlich haftender Gesellschafter beider Banken. 1938 übernahm er die Auslandsabteilung der Deutschen Bank. 1942 hatte er über 40 Aufsichtsratsmandate inne und sicherte der Deutschen Bank dadurch entscheidende Mitsprache bei den führenden Unternehmen. 1948, von den Westmächten rehabilitiert, wurde er von den Amerikanern zum Leiter der Kreditanstalt für den Wiederaufbau bestimmt.

Das „Wirtschaftswunder“ nach Gründung der Bundesrepublik führte Abs wiederum in zahlreiche Aufsichtsräte und machte ihn zu einem der einflußreichsten Kapitalvertreter des Bonner Staates. 1967 schließlich wurde er Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank AG.

Robert Pferdmenges, geboren 1880 in Möchengladbach, leitender Angestellter der Disconto-Gesellschaft, vertrat in der Weimarer Republik die Interessen der Bankiers in der „Vereinigung der Banken und Bankiers in Rheinland und Westfalen“. 1930 bis 1932 war er Finanzberater Brünings.

⁹ Hans Magnus Enzensberger, Kassensturz, in: Spiegel-Buch, S. 348.

¹⁰ Spiegel vom 17.9.1958, S. 22; Pritzkolet, S. 802.

¹¹ Fall 5, S. 15.

¹² ebd.

¹³ Pritzkolet, S. 802.

¹⁴ Spiegel, S. 22; Engelmann, S. 255.

¹⁵ Engelmann, S. 256.

1931 bis 1953 leitete er das Kölner Bankhaus Salomon Oppenheim (1938 bis 1945 unter seinem Namen). Als Aufsichtsratsmitglied der Harpener Berg und Mittelstahl hatte er schon damals enge Kontakte zu Flick. Im Sommer 1945 ernannten ihn die Amerikaner zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Köln. Pferdenges zählte zu den Gründern der rheinischen CDU und zog als deren Vertreter in den Kölner Stadtrat ein. Die CDU schickte ihn 1949 als ihren Vertreter in den ersten Deutschen Bundestag. Mit Hermann Josef Abs zählte er zu den engsten Vertrauten Adenauers, fungierte als dessen ständiger Berater und galt als sein einziger Duzfreund. Als solcher war er auch mitverantwortlich für die Westintegration der Bundesrepublik und die Remilitarisierung.

Mit Abs und Pferdenges hatte Flick also zwei Bankiers zu seinen Vertrauten und Treuhändern gemacht, die an den Schalthebeln der Macht in der jungen Bundesrepublik saßen.

Bei der Aufzählung der Freunde und Kontaktpersonen zur CDU/[83:]CSU und zur Bundesregierung dürfen zwei weitere Personen nicht fehlen: Dr. Robert Tillmanns und Dr. Wolfgang Pohle.

Tillmanns, 1930 bis 1933 Regierungsrat im Preußischen Innenministerium, später Privatsekretär Flicks, zählte zu den Mitbegründern der Berliner CDU, für die er 1949 in den Bundestag einzog. 1953 ernannte ihn Adenauer zum Minister für besondere Aufgaben – gemeinsam mit Franz Josef Strauß, der aus Proporzgründen (Funktionsaufteilung zwischen evangelischen und katholischen Christen) ein Ministeramt gleicher Funktionsumschreibung bekleidete. Bis zu seinem Tode 1955 zählte Tillmanns zum Kreis der Vertrauten des Bundeskanzlers Adenauer.¹⁶

Pohle, 1929-1939 Geschäftsführer des Vereins für bergbauliche Interessen in Essen, später Syndikus und Vorstandsmitglied der Mannesmann AG, NSDAP-Mitglied seit 1933¹⁷ trat als einer der Anwälte im „Fall 5“ auf und zählte zu den häufigen Besuchern Flicks in Landsberg. Er übernahm 1949 den Vorsitz des wirtschaftspolitischen Ausschusses der rheinischen CDU und zog 1953 in den Bundestag ein. Flick ernannte ihn 1960 zum Generalbevollmächtigten und zum geschäftsführenden Gesellschafter. In den fünfziger Jahren wechselte Pohle von der CDU zur CSU und fungierte als deren Schatzmeister.¹⁸

Die Liste direkter Interessenvertreter Flicks in der ersten Bundesregierung, im Umfeld Konrad Adenauers oder in den Führungsetagen von CDU/C¹⁹SU ließe sich beliebig verlängern. So ist es auch kein Zufall, daß die von den Alliierten in Erwägung gezogene Liquidierung der Friedrich Flick KG nach intensiven Bemühungen der Bonner Regierung ausgesetzt wurde.

Flick hatte seinen Gefängnisaufenthalt unter anderem auch dazu genutzt, sich mit den Markttrends und -prognosen vertraut zu machen. Die Automobil-, die Kunststoff- sowie die Papier- und Zellstoffindustrie boten nach den Erfahrungen der amerikanischen Märkte die günstigsten Zukunftsaussichten. Später kam die Rüstungsindustrie dazu.²⁰

Um die wirtschaftliche Macht der deutschen Monopole zurückzudrängen, hatten die Alliierten nach 1945 Entflechtungsbestimmungen erlassen, die Großkonzerne wie die IG Farben, Krupp u. a. zwingen, ihre verschachtelten Konzerngebilde in produktionsmäßig überschaubare Einheiten aufzugliedern. Für den Bereich der Schwerindustrie galt die Bestimmung, daß entweder die Kohle- oder die Eisen- und Stahlseite gehalten werden konnte. Flick entschied sich, seinen Wirtschaftsprognosen folgend, ohne Zögern für die Eisen- und Stahlseite und damit zum Verkauf seiner Mehrheitsaktienpakete der Harpener [84:] Bergbau AG und der Essener Steinkohlen-Bergwerks AG. Ende 1953 ging sein Aktienpaket der Essener Steinkohle für 50 Mio. DM in den Besitz des Mannesmann-Konzerns über. (Die „neue“ Essener Steinkohlen AG gehört seither zu 100% Mannesmann).²¹

¹⁶ Fall 5, S. 16; Engelmann, S. 257-258.

¹⁷ Frankfurter Rundschau vom 4.12.1984.

¹⁸ Spiegel-Buch, S. 235.

¹⁹ ebd., S. 233 nach einer Meldung des Tagesspiegels; Fall 5, S. 16.

²⁰ Spiegel vom 17.9.1958, S. 22.

²¹ Hierzu und zum Folgenden: ebd., S. 22; Pritzkolet, S. 804-805 und Engelmann, S. 255-256.

Noch aus dem Gefängnis heraus hatte Flick die ersten Kontakte zu einer französischen Gruppe der Schwerindustrie aufgenommen, um seine Mehrheitsaktien der Harpener Bergbau günstig zu verkaufen. Im Mai 1954 wurde das Geschäft perfekt: ein Konsortium von 10 französischen Stahlfirmen kaufte das Harpen-Paket für 180 Mio. DM, für das 2,7fache des Kurswertes. Damit hatte Flick zum wiederholten Mal in der Geschichte seines Konzerns – man erinnere sich an die Gelsenkirchen-Affäre – eine Zwangslage seines Konzerns genutzt und in einen enormen wirtschaftlichen Vorteil verwandelt.

Mit der knappen Viertelmilliarde aus diesen Verkäufen war Flick genügend liquide, um sich in andere Bereiche, zunächst in zwei bedeutende Stahlunternehmen Westeuropas, einzukaufen. Er erwarb je 20 % der Anteile an der Société des Aciéries et Tréfileries des Neuves Maisons in Frankreich (Lothringen) und der Société Métallurgique Hainant-Sambre in Couillet (Belgien).

Von den Zweckverkäufen der Harpener Berg und der Essener Steinkohle blieben ihm nach diesem Einkauf noch etwa 170 Mio. DM.²² Mit diesem Geld, mit zusätzlichen Bankkrediten und mit den Gewinnen aus dem eigenen Konzern kaufte er sich in die zukunftssträchtigen, wachstumsorientierten Industrien ein: in die Papier-, Kunststoff- und Chemie- sowie die Automobilindustrie.

Über die chemische Fabrik Wolff & Co. (Walsrode) aus der Liquidations- und Entflechtungsmasse der IG Farben, von der er 75% erwarb, gelang ihm auf dem Wege des Aktientausches 1954 der Einstieg in die Papier- und Zellstoffwerke *Feldmühle* in Düsseldorf²³, von der er 1958 34% hielt. Die Feldmühle war das größte europäische Unternehmen der Papierindustrie und stand im Begriff, seine Produktion zugleich auf die Kunststoff-Rohstoffherstellung auszurichten. Mit Stinnes jr., der die Sperrminorität bei Feldmühle hielt, wurde der mit ihm befreundete Flick bald handelseinig: er erhielt die Feldmühle-Aktien von Stinnes gegen Aktien seiner Firmen Maschinenbau Kiel, Fella und Wolff.²⁴ Bis 1960 befanden sich 80% der Feldmühle-Aktien in seinem Besitz.²⁵

Ebenfalls gelang ihm der Ausbau seiner Position bei der Dynamit AG, vormals Alfred Nobel (Dynamit Nobel) in Troisdorf, die mit der Herstellung von Sprengstoffen aller Art und in der Kunststoffverarbeitung beschäftigt war. In einer verwickelten Aktien-Transaktion kaufte [85:] er zunächst mit seinen Dynamit-Nobel-Aktien die Mehrheit der Feldmühle, um sich in einem zweiten Schritt mit diesen Feldmühle-Aktien wieder in die Dynamit Nobel einzukaufen.²⁶ 1958 übernahm Flick bei Dynamit Nobel den Aufsichtsratsvorsitz, ein deutliches Zeichen dafür, daß er zum Mehrheitsaktionär geworden war.²⁷

Bis Ende der fünfziger Jahre hatte Flick sich mit 50-60% bei der Firma *Buderus* in Wetzlar, der größten Eisengießerei Westdeutschlands, eingekauft. Er war beteiligt an den Buderusschen Eisenwerken und an den Stahlwerken Röchling-Buderus in Wetzlar.²⁸

Seit 1954 hatte Flick unter dem Siegel der Verschwiegenheit Aktien von *Daimler-Benz* in Stuttgart gekauft. Den Aufsichtsratsvorsitz bei Daimler führte Hermann Josef Abs, der ganz offensichtlich den Einstieg Flicks bei Daimler begünstigte. Neben der Deutschen Bank war der Rüstungsindustrielle Quandt der zweite Großaktionär bei Daimler. Bis 1959 gelang es Flick, 43% der Daimler-Aktien, im Einverständnis mit seinen Freunden Quandt und Abs, in seinen Besitz zu bringen.²⁹

Bereits 1958 war Daimler mit der Auto-Union, bei der Flick ebenfalls Großaktionär war, zum größten Automobilkonzern der Bundesrepublik zusammengeschlossen.

²² Spiegel, S. 22.

²³ ebd.

²⁴ Pritzkolet, S. 809.

²⁵ ebd., S. 810. Der Spiegel weist für 1958 nur 34% Beteiligung aus.

²⁶ Pritzkolet, S. 810-811.

²⁷ Spiegel, S. 22; dies stimmt nicht überein mit der Karte, ebd., S. 26, auf der Flick nur mit 16% Beteiligung ausgewiesen ist.

²⁸ ebd.; auch hier weichen drei Zahlen voneinander ab.

²⁹ Pritzkolet, S. 807; Spiegel, S. 33.

Die Kurse von Daimler schnellten von 244 im Jahr 1954, dem Zeitpunkt der ersten Aktienkäufe durch Flick, auf 1000 im April 1959, auf über 3000 im April 1960, auf 5550 im Juni und auf 7000 im Juli 1960.³⁰ Seinen ältesten Sohn Otto-Ernst wechselte Flick 1958 im Aufsichtsrat von Daimler-Benz gegen den jüngsten, Friedrich Karl, aus.

Ende der fünfziger Jahre hatte sich Flick, protegiert von der Bonner Regierung, wieder als größter Privatkonzern der Bundesrepublik etabliert. Neben der Maxhütte, den Fella-Werken, der Schrottag, der Zeche Monopol in Kamen³¹, dem Lübecker Hochofenwerk und der Maschinen- und Stahlbaufirma Lauchhammer in Düsseldorf-Benrath, die ihm aus der Zeit vor 1945 geblieben waren, war er neu in den Stahlhandel eingestiegen mit den Firmen Deutsche Eisenhandel AG und Ravené Stahl AG in Berlin. Beteiligung an der Maschinenbau AG in Kiel (MAK), Dynamit Nobel, Feldmühle, Buderus, Autounion und Daimler-Benz und an der französischen und belgischen Schwerindustrie wurden nach 1945 erworben.³²

Das größte Geschäft jedoch machte Flick mit dem Erwerb der Mehrheitsaktien des Münchner Rüstungsbetriebs Krauss-Maffei. Seit 1954 hatte er Aktien der Firma aufgehäuft. Mit der 1955 beschlossenen Wiederaufrüstung der Bundesrepublik boten sich auf dem Gebiet der [86:] Rüstungsproduktion die profitträchtigsten Geschäfte an. 1958 hielt Flick bereits 51 % des Aktienkapitals. Im weiteren Verlauf steigerte er seinen Anteil auf 95 %.

Flick, in dessen Werken während der Zeit des Hitlerfaschismus die Panzer „Tiger“ und „Panther“ gebaut worden waren, konzentrierte sich durch den Einkauf bei Krauss-Maffei wieder voll auf die Rüstungsproduktion. Unter seiner Leitung entwickelte sich Krauss-Maffei zum größten Panzerproduzenten Westeuropas. Mitte bis Ende der fünfziger Jahre hatte sich das Unternehmen auf ein neues Vollkettenfahrzeug vom Typ KM 12 spezialisiert. 1963 begann die Produktion des Kampfpanzers „Leopard“. Für einen anfänglichen Stückpreis von 1 Mio. DM wurden 4500 Leopard produziert, davon fast 2500 für die Bundesrepublik, die übrigen für sechs weitere NATO-Staaten und Australien.³³ Die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik für den „Leo I“ betrugen also 2.500.000.000 oder 2,5 Mrd. DM.

1976 wurde mit der Serienfertigung des Flakpanzers „Gepard“ für einen Stückpreis von 9,5 Mio. DM begonnen. Von den bestellten 572 Stück hatte die Bundeswehr 432 geordert.

Der Kampfpanzer „Leopard II“ ging 1979 für einen Stückpreis von 4 Mio. DM in die Serienfertigung. 1800 Stück im Gegenwert von 7,2 Mrd. DM wurden von der Bundesregierung in Auftrag gegeben, 445 sollten die Niederlande erhalten.

Die MaK-Krauss-Maffei-Sondertechnik (MKS), eine Tochterfirma von Krauss-Maffei, wurde 1980 mit der Entwicklung eines deutschfranzösischen Gemeinschaftspanzers beauftragt, der den „Leo II“ in den neunziger Jahren ablösen soll.

Die explosionsartige Entwicklung des Rüstungsprogramms ging zu Lasten der Zivilproduktion. Rentable und für die Menschen nutzbringende Projekte der Firma Krauss-Maffei wurden eingestellt oder verlangsamt: So wurde die Produktion von Sondermüllanlagen eingestellt, die Serienproduktion eines neuentwickelten Recyclinganlagen-Prototyps gestoppt, die Entwicklung eines neuen innerstädtischen Massenverkehrsmittels mit Namen „Transurban“ eingestellt und die Entwicklung des elektromagnetischen Schnellbahnsystems „Transrapid“ verlangsamt.³⁴

Der Rüstungsboom brachte Milliarden-Umsätze. 1979 lag Flick mit einem jährlichen Umsatz von fast 2 Milliarden DM, davon mehr als 1,5 Milliarden DM Rüstungsumsatz, hinter Siemens und

³⁰ Pritzkolet, S. 807.

³¹ Die Zeche Monopol war Bestandteil der Essener Steinkohle; 1952 wurde sie ausgegründet und als GmbH dem Flick-Konzern angeschlossen.

³² Spiegel, Karte, S. 26.

³³ Fred Schmid, Abrüsten oder totrüsten. Zur Rüstungspolitik der BRD, Frankfurt/M. 1981, S. 179; auch zum Folgenden.

³⁴ ebd., S. 147.

Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) an dritter Stelle in der Rangordnung der größten Rüstungskonzerne.³⁵

1972 starb Friedrich Flick im hohen Alter von 89 Jahren. Sein [87:] jüngster Sohn Friedrich Karl war seit Beginn der sechziger Jahre der designierte Nachfolger des Konzernherren. Von den drei Flick-Söhnen der zweitälteste im Krieg gestorben. Otto-Ernst war als der älteste Flick-Sohn zunächst mit Führungsaufgaben im Konzern betraut worden. Das persönliche Verhältnis zwischen Vater und Sohn war seit jeher gespannt. 1963, nach schweren Auseinandersetzungen, standen Vater und Sohn vor dem Düsseldorfer Landgericht: Friedrich Flick wollte seinen Ältesten aus dem Konzern werfen, während Otto-Ernst seinen Anteil verlangte.³⁶ Letzterer schied schließlich „im gegenseitigen Einvernehmen“ aus dem Konzern aus und erhielt eine Abfindungssumme von 100 Millionen DM. Er verstarb 1974.

Friedrich Karl Flick stand damit endgültig an der Spitze des Weltkonzerns. Zu Miterben hatte der alte Flick allerdings die drei Kinder seines ältesten Sohnes Otto-Ernst, nämlich Gert-Rudolf, Friedrich Christian und Dagmar, bestimmt. Friedrich Karl Flick gelang es aber schon nach kurzer Zeit, seine beiden Neffen und seine Nichte mit einer Abfindungssumme zum Ausscheiden aus dem Konzern zu bewegen.³⁷ Er war damit „Alleinherrscher über das größte private Industrievermögen, das ein Deutscher besitzt.“³⁸

Als Firmenchef setzte Friedrich Karl die bewährten „Traditionen“ des Hauses Flick fort. Als „Spenden“ deklarierte Bestechungs- und Belohnungsgelder an Politiker und Parteien sicherten ihm wie seinem Vater die direkte Einflußnahme auf die Politik. Die darüber hinausgehende indirekte Einflußnahme des Konzerns auf politische Entscheidungen, die Entfaltung von politischem Druck zur Durchsetzung von Konzerninteressen, bleibt dem Beobachter weitgehend verborgen.

Doch es ging und geht nicht allein um Vater und Sohn Flick. Es geht nicht in erster Linie um die Be- oder Verurteilung ihrer persönlichen Gewinnsucht und ihres Machtstrebens. Es geht vielmehr um die Beurteilung und Bewertung der Politik des Gesamtkonzerns unter drei Staatsformen, in der Weimarer Republik, in der Zeit des Faschismus und in der Bundesrepublik.

Dieser Konzern hat nicht nur Einzelentscheidungen zu seinen Gunsten beeinflusst oder gekauft. Er hat den Gang der politischen Entwicklung in Deutschland maßgeblich mitbestimmt. Er hat Einfluß genommen auf die Machtübertragung an Hitler, er hat das faschistische System stabilisiert, er hat sich an der Planung und Vorbereitung des 2. Weltkrieges beteiligt und an ihm profitiert, er war mitverantwortlich für die Verschleppung und Ausbeutung von Millionen Menschen; er hat entscheidenden Anteil daran, daß die Entmachtung der für Faschismus und Krieg verantwortlichen Kräfte verhindert und die [88:] Remilitarisierung der Bundesrepublik durchgesetzt werden konnte. Als einer der größten Rüstungskonzerne ist er heute beteiligt an der Verwirklichung einer militärstrategischen Konzeption, die die Vernichtung der gesamten Menschheit zur Folge haben kann.

Der Flick-Konzern repräsentiert ein gesellschaftliches System, in dem – wie die Geschichte vor Augen führt – die Interessen der Monopole, nicht das Wohl der Menschen, zum dominierenden Faktor der Politik geworden sind.

Der Wiederaufstieg des Flick-Konzerns in der Bundesrepublik ist ein Einzelbeispiel für die nur von einigen Frakturen unterbrochene Kontinuitätslinie der deutschen Geschichte, die 1918 im Deutschen Reich und 1945 in den Westzonen in der Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse und der Wiedereinsetzung der gesellschaftlich dominierenden Kräfte ihren Ausdruck fand. Dies ist der gesellschaftliche und politische Hintergrund für einen Skandal, der in der Geschichte kapitalistischer Staaten nicht einmalig, sondern eher alltäglich sein dürfte.

³⁵ Tabelle in: ebd., S. 173.

³⁶ Spiegel-Buch, S. 237.

³⁷ ebd., S. 242.

³⁸ ebd., S. 243.

Angesichts dieser durch den Parteispendenskandal erneut sichtbar gewordenen Beeinflussung der Politik durch die Großkonzerne hat die Forderung nach Entmachtung der wirtschaftlich Mächtigen nichts von ihrer Bedeutung und Aktualität verloren.

*

* Die Seitenzahlen 89-99 enthalten die Endnoten, die in dieser Ausgabe Fußnoten sind. *KWF*

[100:]

Auswahlbibliographie

Dokumenteneditionen

Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. u. eingel. v. Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1972.

Dokumente zur deutschen Geschichte 1917-1945, hrsg. v. Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Berlin u. Frankfurt/M. 1975-1977.

Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses mit einer Studie über die „Arisierungen“ des Flick-Konzerns, hrsg. v. Autor der Studie Karl-Heinz Thielecke, eingel. v. Klaus Drobisch, Berlin 1965.

Hörster-Philipps, Ulrike, Großkapital und Faschismus 1918-1945. Dokumente, Köln ²1981.

Kühnl, Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof. Amtlicher Text, 42 Bände, Nürnberg 1947-1949 (Zit.: IMG)

Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10, Nuernberg October 1946-April 1949. Bd. 6: The Flick-Case, Washington 1952 (Zit.: NMT)

Artikel und Monographien zum Flick-Konzern

Drobisch, Klaus, Dokumente zur direkten Zusammenarbeit von Flick-Konzern und Gestapo, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963. III, S. 2·11-225.

ders.: Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte im Flick-Konzern während des zweiten Weltkrieges, Diss. Berlin 1964.

ders., Flick und die Nazis, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 14 (1966) S. 378-397.

Flick. Der Eisenmann, in: Der Spiegel vom 17. 9. 1958, S. 22-33.

Der Flick-Konzern, in: Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts H. II, 1959.

Höhne, Heinz, Das Große Schmieren. Korruption in Deutschland, in: Der Spiegel vom 19.11., 26.11. u. 3.12.1984.

Kilz, Hans Werner, Preuss, Joachim, Flick. Die gekaufte Republik, Reinbek b. Hamburg 1983.

Naumann, Klaus, Und „gegebenenfalls Gewaltmaßnahmen“ ... Traditionen des Flick-Konzerns im Umgang mit der Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1984, S. 1459-1471.

Müller, Heinz, Die Geschichte des VEB Stahl- und Walzwerk Riesa 1843-1945, Berlin 1961.

Ogger, Günter, Friedrich Flick der Große, Bern, München, Wien 1971.

Ohlsen, Günther, Milliarden für den Geier, Berlin 1961.

Pritzkolet, Kurt, Das private Imperium des Dr. h. c. Dr. Ing. e. H. Friedrich Flick, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1960, S. 686-698 u. 8/1960, S. 801-813.

[101:]

Dokumente

1. Flicks Haltung zu den bürgerlichen Parteien und zur NSDAP bis 1932

Eidesstattliche Versicherung Otto Steinbrincks v. 28.1.1947 über die politischen Kontakte des Flick-Konzerns vor 1933

Vor der Machtergreifung (Hitlers) hatte die Flick-Gruppe keine ständigen politischen Verbindungen. In den Fällen, in denen sie ihre verschiedenen Interessen wahren mußte, die sich auf Preußen, Bayern, Sachsen und Thüringen erstreckten, verließ sie sich in bezug auf die Parlamente und die Öffentlichkeit auf die jeweils entsprechende Koordinierung der politischen Kontakte. Flick und ich lehnten jede aktive Parteipolitik ab. Soviel ich weiß, sympathisierte er (Flick) mit der Deutschen Volkspartei. Ich selbst gehörte keiner Partei an, und ich war bis 1933 nie Mitglied irgendeiner politischen Organisation, Vereinigung oder eines Clubs, ausgenommen in den Jahren 1920-1922, als ich dem Nationalclub angehörte. Ich wählte gewöhnlich die Deutschnationale Volkspartei. Deshalb war es nötig, bei entsprechenden Belangen die Parteien des rechten Flügels, zum Beispiel durch Voegler-Boehringer, oder die Parteien der Mitte, eventuell durch Freiherr von Richthofen, zu kontaktieren, während kurzfristige Kontakte mit den Parteien des linken Flügels mit Hilfe von Journalisten hergestellt wurden. Während der kritischen Jahre von 1931-32 war es mehr als zuvor zu unserem Vorteil, unfreundliche Bemerkungen in der Presse oder Angriffe von seiten örtlicher Autoritäten zu stoppen oder kurzfristig abzustellen. Aus diesem Grund wurde das Pressebüro – Dr. Scholz-Braatz –, das in Zusammenarbeit mit der (Otto) Wolff-Gruppe errichtet worden war, ausgedehnt, um die Kontakte mit den radikaleren Zeitungen und den Parteien des linken Flügels auszudehnen; darüber hinaus wurde ein Spezialbeauftragter eingestellt, um alle Ereignisse zu beobachten, die uns möglicherweise betreffen könnten, in politischen Vereinigungen und Organisationen wie dem Stahlhelm, [102:] dem Jungdeutschen Orden, der Eisernen Front und der SA. Unsere ersten Kontakte zur NSDAP wurden über die Presse (Ley, Graf Reichbach, Funk) herbeigeführt. Mitte 1932 nahm ich den bekannten Kontakt zu Keppler und Kranfuß im Schacht-Kreis auf ...

Dok. NI-3508, NMT, Bd. 6, S. 227-228 (Rückübersetzung aus dem Englischen v. Verf.)

Schreiben von Wilhelm Reichert an Friedrich Flick v. 19.10.1931

Sehr geehrter Herr Dr. Flick!

In der Annahme, daß Sie die Entwicklung des wirtschaftspolitischen Programms der nationalsozialistischen Partei interessiert, möchte ich Ihnen in der Anlage mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung Kenntnis von dem Verlauf eines Diskussionsabends betreffend „Nationalsozialismus und Wirtschaft“ geben.

Mit verbindlicher Begrüßung

Ihr ganz ergebener

(gez.) Reichert

Anlage:

Nationalsozialismus und Wirtschaft

Am 16. Oktober hat Herr Funk, der wirtschaftliche Berater Adolf Hitlers, im Herrenclub einen Vortrag gehalten über „Nationalsozialismus und Wirtschaft“. Der Vortrag war eine Enttäuschung. Funk hat zwar sich als scharfer Gegner des Marxismus bekannt und u. a. den Bruch des Tarifwesens und die Erhaltung des Privateigentums verlangt. Im übrigen meinte er, daß die Hauptaufgaben der nationalen Opposition im Staate die Sicherung der Volksernährung und der Arbeitsbeschaffung seien. Er gab zu, daß hier namentlich bei der Arbeitsbeschaffung größere Schwierigkeiten zu lösen seien. In der Darstellung der Währungsfrage lagen einige Unklarheiten insofern, als er einerseits meinte, daß kein Anlaß zu Befürchtungen der Währung wegen beständen; er wünsche keine Inflation im üblichen Sinne, sondern ein Zusammenwirken von inflatorischen und deflatorischen Maßnahmen.

Er betonte dann die Notwendigkeit, die öffentlichen Haushalte in Ordnung zu halten, gab aber keinerlei Vorstellungen davon, wie man die drohenden Steuerausfälle und den drohenden Bankrott der Sozialversicherung, der auf die öffentlichen Finanzen zurückwirken muß, vermeiden wolle. Hier handelt es sich meines Erachtens um Aufgaben [103:] innerhalb des nächsten Jahres, die Steuerausfälle beim Reich, Ländern, Kommunen und der Sozialversicherung, zusammengenommen in Höhe von mehreren Milliarden, aus der Welt zu schaffen. Die ganzen Probleme, die mit der wirtschaftlichen Verschuldung, mit den Tributen, mit der Überlastung an Steuern und sozialen Ausgaben, Löhnen, Gehältern, Pensionen und Renten, ferner mit der Überlastung an Zinsen, mit der Erschütterung unseres Bank-, Kredit- und Geldsystems zusammenhängen, alles Fragen, die man auf den Nenner Finanzfragen bringen kann, davon scheint er keine genügende Vorstellung zu haben. Er hütete sich auch, im Schlußwort hierauf irgendwie einzugehen. Ich wünschte nur, daß Funk diesen Mangel selbst empfindet und sich mit diesen Fragen mehr beschäftigt.

In der Kartellfrage steht Funk mehr auf unserer Seite, als die anwesenden Vertreter des Stahlhelms, Seldte und Lübbert, es in Erscheinung treten ließen. Lübbert, der als Diskussionsredner die von Funk vorgetragenen Gedanken als solche bezeichnete, die der Stahlhelm schon längst propagiere, wodurch er auf manchen Gesichtern ein Schmunzeln hervorlockte, gab den Kartellen einen Seitenhieb, genau wie den Gewerkschaften, die er in einen Topf warf.

Ein anderer Redner stellte Funk wegen seiner Äußerungen über die Organisation des Außenhandels, in der Herr Funk zu einer gewissen staatlichen Lenkung kommen möchte. Durch Zwischenrufe von mir veranlaßt, bekannte sich Funk grundsätzlich zu der Privatinitiative der Privatwirtschaft im Außenhandel und zu Selbsthilfemaßnahmen wie z. B. über Kartelle und dgl. ...

Dok. NI-8316, Fall 5, S. 292-294.

Schreiben von Otto Steinbrinck an Walter Funk vom 11. 12. 1931

Sehr geehrter Herr Funk!

Herr Baron Kurt von Schröder, der Mitinhaber des Bankhauses I. H. Stein in Köln und Vetter des bekannten Londoner Bankiers, ist heute und morgen in Berlin und hätte sehr gerne Sie kurz gesprochen. Er steht seit mehreren Jahren der ganzen Bewegung nahe und hat infolgedessen besonderes Verständnis dafür gehabt, als ich ihm von Ihren neuen Ideen über die Auslandsaufklärung berichtete. Da Herr Baron von Schröder selber über sehr weitgehende Auslandsverbindungen verfügt und durch die engen freundschaftlichen und verwandt-[104:]schaftlichen Beziehungen mit dem Londoner Welthaus häufig auch mit fremden Bankiers zusammenkommt, beschäftigt ihn naturgemäß die Stellungnahme der Partei zur Frage der Auslandsverschuldung. Er würde sehr dankbar sein, wenn Sie trotz Ihrer starken Inanspruchnahme in diesen Tagen (v. l. morgen) einige Minuten für ihn Zeit hätten, damit er ein Bild von der maßgebenden Auffassung zu dieser Frage durch Sie bekommen kann.

Am besten ist, wenn Sie mir telefonisch durch Ihr Büro Ort und Zeit mitteilen wollten; ich werde dann versuchen, die Verabredung an Herrn von Schröder, der im Continental-Hotel wohnt, weiterzuleiten.

Im Übrigen hoffe ich, daß wir Anfang nächster Woche noch einmal zusammen kommen können. Den englischen Informationsdienst habe ich mit Interesse studiert.

Mit besten Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener
gez. Steinbrinck

Dok. NI-3218 (F), Fall 5, S. 294-295.

Auszug aus der eidesstattlichen Versicherung Friedrich Flicks v. 29.11.1946 über seine politische Unterstützung für Parteien und Politiker in der Weimarer Republik und im Faschismus

Parteimäßiges Mitglied war ich bei der Deutschen Volkspartei (Stresemann) bis zur ihrer praktischen Auflösung. Solange Stresemann lebte, habe ich lediglich dieser Partei meine finanzielle Un-

terstützung angedeihen lassen und ihn auch aus seinen erheblichen finanziellen persönlichen Schwierigkeiten unter Aufwendung eines großen Betrages – ohne Nennung meines Namens – befreit. Nach dem Tode Stresemanns¹ habe ich seine Partei zunächst in beträchtlicher Weise weiter unterstützt. Da die Deutsche Volkspartei aber in den Wahlen von 1930/31 immer mehr an Boden verlor und keinen Führer von Format mehr hatte, habe ich seit dieser Zeit auch die Fühlung aufgenommen mit den führenden Persönlichkeiten anderer Parteien. Hierfür kam zunächst Brüning in Betracht², mit dem ich durch den damaligen Oberpräsidenten Dr. Lukascheck bekannt wurde. Zu wiederholten Malen war ich bei Brüning während seiner Kanzlerzeit zu einer Aussprache zu zweien und hatte mit ihm in Köln im Jahre 1931 eine fast ganztägige Aussprache im kleinsten Kreise.

[105:] Im Februar 1932 lernte ich durch Funk, mit dem ich schon aus seiner Redakteurszeit bekannt war, im Kaiserhof Hitler kennen. In der einstündigen Aussprache suchte mich Hitler für seine Ideen zu gewinnen, insbesondere auch im Hinblick auf die bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten, in der er und Hindenburg sich als Kandidaten gegenüberstanden. Es gelang ihm aber nicht, mich zu überzeugen und ich berichtete meinem Mitarbeiter Steinbrinck über diese Unterhaltung mit abfälligen Bemerkungen über Hitler.³

Bald darauf kam bei einer Unterhaltung zwischen Otto Wolff und mir ebenfalls die Reichspräsidentenwahl zur Sprache. Wolff teilte mir dabei mit, daß er in dieser Frage eine Besprechung mit dem Vizekanzler Dietrich gehabt hatte und Wolff legte mir dabei eine größere Zahlung nahe für die Wahl Hindenburgs, die von der Brüning-Regierung betrieben wurde. Ich habe dann Wolff die Zusage einer größeren Zahlung gemacht; diese Zusage ist von Wolff an Dietrich weiter gegeben worden. Zahlungen für diesen Zweck konnte ich im Frühjahr 1945 aus den teilweise verlegten Akten noch feststellen in Höhe von RM 450.000,–. Es ist möglich, daß der Betrag auch noch etWas höher gewesen sein kann. Ein Teil davon ist zur Abdeckung von Schulden noch gezahlt worden im Herbst 1932, als Brüning und Dietrich schon gestürzt waren.

Im Juli 1944 habe ich Dietrich bitten lassen mir eine Bestätigung über diese Vorgänge zu geben. Das ist geschehen in einem Briefe an Herrn Weiß, der ihn in dieser Angelegenheit aufgesucht hatte und zwar unter dem 10.VII.44 mit folgenden Worten:

„Im Verlauf unserer Verhandlungen richteten Sie auch die Frage an mich, ob ich mich erinnern könne, daß seinerzeit Herr Flick die Wahl Hindenburgs unterstützt habe. Ich habe Ihnen gesagt, daß ich mich bestimmt erinnere, daß entweder Herr Flick oder seine Gesellschaften im Jahre 1932 Geldbeträge, welche wesentlich zum Erfolge der Rindenburgwahl beitrugen, an Herrn Bürgermeister Winkler gezahlt hätten, der sicher Quittungen darüber ausgestellt hat. Soviel ich weiß, ist dieser noch am Leben und in Berlin an maßgebender Stelle tätig.“ Von ihm ist Näheres zu erfahren.

Diese Zahlungen waren geleistet durch die Charlottenhütte, deren Gen.Direktor ich damals war. Sie hat Brüning auch nach seinem Sturze noch weitere Zahlungen geleistet. (Wenn ich diese Zahlungen im einzelnen nachweisen kann, so ist das darauf zurückzuführen, daß ein Beamter mir diese Unterlagen im Frühjahr 1945 überbrachte in der Vermutung, daß dieselben Interesse für mich haben könnten).

Wenn ich auch die Nachfolge-Regierung Brünings noch unter-[106:]stütze, so geschah das in dem Gedanken, der mich in ganzen Jahren 1932 (muß wohl heißen: im ganzen Jahr 1932 – d. Verf.) leitete, daß zwischen Brüning einerseits und der Richtung Papen-Hugenberg andererseits eine Verständigung zustande kommen sollte. Wiederholt habe ich Dr. Vögler, den engere Beziehungen mit Hugenberg verbanden, gebeten, in dieser Richtung auf Hugenberg einzuwirken.

[...]

¹ Stresemann verstarb im Oktober 1929.

² Brüning war von März 1930 bis Mai 1932 Reichskanzler.

³ In eklatantem Widerspruch hierzu steht die in der gleichen eidesstattlichen Erklärung von Flick bezeugte Spende für die NSDAP in Höhe von 100.000,– RM nach dem hier erwähnten Zusammentreffen mit Hitler im Februar 1932.

Mit der ... (unleserlich - d. Verf.) an Papen (Anfang Okt. 32) hatte es folgende Bewandnis: Im Hause von Otto Wolff fand ein Abendessen statt, dessen Hauptfigur Papen war. Er machte damals Ausführungen über seine eigene Politik, die damals noch gegen Hitler gerichtet war ... Schon die Tatsache, daß Wolff, der alles andere als ein Nationalsozialist war ..., diese Zusammenkunft in seinem Hause arrangiert hatte zur Unterstützung Papens zeigt wohl genügend, daß es eine Nation (muß wohl heißen: Aktion – d. Verf.) gegen die Machtergreifung sein sollte. – Nachdem die letztere dennoch Tatsache geworden war, änderte sich die Sachlage vollständig: denn sie war eine Diktatur vom ersten Tage an. Im Februar 32 (muß hier offensichtlich heißen: Februar 33 – d. Verf.) erhielt ich von Göring eine telegrafische Einladung zu einer Sitzung ohne Angabe der Tagesordnung. Bei der auf diese Weise zustandegekommenen Sitzung der Industriellen war auch Schacht anwesend. Hitler erschien auch und verließ die Sitzung nachdem er einen Vortrag gehalten hatte. Die Anwesenden wurden dann zu Zahlungen aufgefordert. Aus dem Kreise der Industriellen wurde gewünscht, die Deutsch-Nationalen und die Deutsche Volkspartei in die Spenden einzuschließen, was auch beschlossen wurde. Es kam zur Bildung eines Fonds in Höhe von RM 3.000.000,–. Die Ruhrindustrie sagte hierfür einen Betrag in Höhe von RM 1.000.000,– (zu) an dessen Aufbringung ich mich nicht beteiligt habe. Nachher wurde auf Anregung von Dr. Vögler, der damals an Mittelstahl noch mit 25% beteiligt war, ein Betrag von ca. RM 100.000,– an die Deutschnationalen gezahlt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage einer Zahlung an die NSDAP, oder ihrer Gliederungen erörtert und auch hierfür unter meiner Mitwirkung, jedoch nicht alleiniger Verantwortung eine Summe von schätzungsweise gleicher Höhe seitens der Mittelstahlgruppe bewilligt, wovon meiner Erinnerung nach zunächst ein Teilbetrag ausgezahlt wurde.⁴ An Brüning ist dann im März 33 auch noch eine Zahlung geleistet worden. [...]

Zwischen 1930 und April 1933 haben Firmen oder andere Unternehmungen, in denen ich eine leitende Stellung inne hatte, den unten [107:] angeführten politischen Parteien, politischen Organisationen oder politischen Persönlichkeiten finanzielle Zuwendungen in den angegebenen ungefähren Beträgen gemacht.

Firma oder Unternehmung, die Zuwendungen machte	Partei, Organisation oder Person, die die Zuwendungen erhalten hat.	Zeit	Betrag
Charlottenhütte	Brüning-Reg. g. für Reichspräsidentenwahl.	1932	450.000,–
"	Papen, Hugenberg	Sommer-	230.000,–
"	Schleicher,	Herbst	
"	Brüning	1932	
"	Brüning	Herbst	100.000,–
"		1932	
Mittelstahl/Charlottenhütte	Deutsche Nationale Partei	Febr./März 33	
"	NSDAP, und Gliederungen	geschätzt	100.000,–
"		Febr. 1932 ⁵	
"	Brüning	geschätzt	100.000,–
"		März 1933	30.000,–
Charlottenhütte	Deutsche Volkspartei	1930/31	ca. 100.000,–

Daneben sind von schätzungsweise Ende 1932 bis April 33 von den Vorständen der Gesellschaften Spenden an die NSDAP, ihre Gliederungen und Personen gemacht worden, ... Ich schätze, daß der Gesamtbetrag dieser Spenden der Gruppe Mittelstahl/Charlottenhütte einschließlich Maxhütte RM 50.000,– nicht überstiegen hat. [...]

Ich bin persönlich mit den nachstehenden, maßgebenden Führern der NSDAP oder hochgestellten Beamten des Dritten Reiches mit folgendem Zeitpunkt und unter den nachstehenden angegebenen Verhältnissen zusammengekommen ...

⁴ Dies könnte die unterschiedlichen Angaben von 50.000 und 100.000 RM für die NSDAP 1932 erklären.

⁵ Möglicherweise wurde hier aus dem vorangehenden Text die falsche Datierung übernommen. Daß er bereits 1932 die NSDAP finanziell unterstützte, gab Flick erst in einer späteren eidesstattlichen Erklärung zu (vgl. das folgende Dokument).

A. 1. HITLER

- a) bereits erwähnte Zusammenkunft im Februar 1932.
- b) ...

2. GÖRING

[108:]

- a) Februar 38: Besprechung über Braunkohlenfragen und Erteilung eines Auftrages auf diesem Gebiete⁶
 - b) Dezember 40: Allgemeine Aussprache über Probleme der Schwerindustrie, Lothringer Fragen und Rombach
3. Mit Schacht und Funk wiederholte Besprechungen akuter Wirtschaftsfragen ...
4. Himmler habe ich im Keppler-Treff getroffen ...
5. Mit Ley eine Besprechung, in der ich mich wegen mangelnder Erziehung der Arbeiterschaft der Maxhütte im Nazigeiste verantworten sollte.⁷
6. Mutschmann⁸ hat verschiedene Werksbesuche bei Mittelstahl gemacht ...

[...]

11. Ich kannte ei(e) Anzahl hoher Offiziere und Generale u. a. Blomberg, Milch, Fromm, Wagner, Kesselring, Liese, Loeb.

[...]

Dok. NI-3122, Zentrales Staatsarchiv Potsdam, 99 US 4 F, US-Militärgerichtshof: Fall 5 (Flick-Prozeß), Film Nr. 403/53256

Eidesstattliche Versicherung Friedrich Flicks v. 6.6.1947 über seine Zahlungen an Politiker und Parteien von 1932-1945

1932

- | | |
|-------------------------------------|------------|
| 1. Hindenburg-Wahl (Zahlung Berlin) | RM 450.000 |
| 2. Hindenburg-Wahl (Zahlung Riesa) | RM 500.000 |

[109:]

- | | | |
|---|-----------------|-----------------|
| 3. An Brüning, November 1932 | RM 100.000 | 1.050.000 RM |
| 4. An Schleicher | | RM 120.000 |
| 5. An Hugenberg, Juli | | RM 30.000 |
| 6. An Papen, Oktober | RM 100.000 | 250.000 RM |
| 7. Für die NSDAP; Schätzung | | RM 50.000 |
| 8. Für die Demokraten (vermutlich Deutsche Demokratische Partei/DDP) und die Parteien des linken Flügels, Schätzung | | RM 100.000 |
| 9. Für andere Parteien der Mitte, Schätzung | RM 50.000 | 200.000 RM |
| Die folgenden Summen erhielten demnach: | | |
| a) Die Parteien der Mitte. Wahl des Präsidenten | | RM 950.000 |
| Brüning und andere Parteien der Mitte | | RM 150.000 |
| Schleicher | RM 120 000 | 1220 000 RM |
| b) Die Parteien des rechten Flügels. Hugenberg | | RM 30.000 |
| Papen (wenn man ihn als Teil des rechten Flügels einordnet) | RM 100.000 | RM 130.000 |
| c) Die Parteien des linken Flügels. | RM 100.000 | RM 100.000 |
| d) NSDAP (vermutlich) | <u>RM 50000</u> | <u>RM 50000</u> |
| | 100 Prozent | 1.500.000 RM |

⁶ Gemeint ist die Übereinkunft Flicks mit Göring in Bezug auf die „Arisierung“ des Petschek-Konzerns und die Betrauung Flicks mit der alleinigen Verhandlungsführung.

⁷ Vgl. im Gegensatz dazu die Dokumente im Abschnitt] , die die Zusammenarbeit von Konzernspitze und Gestapo belegen.

⁸ 8 NS-Gauleiter von Sachsen.

1933 (bis März einschließlich)

Deutschnationale Volkspartei	RM 100.000
NSDAP	RM 100.000
Parteien der Mitte, Brüning (März 1933)	RM 30.000

Soweit ich mich erinnere, wurde darüber hinaus nichts für politische Zwecke gezahlt, mit Ausnahme von ein oder zwei kleinen unbedeutenden Beträgen bis zu den Zahlungen an den Keppler-Kreis oder Freundeskreis, die 1936 begannen. Man kann diese Zahlungen allerdings nicht als Zahlungen für politische Zwecke oder Zahlungen an die SS bezeichnen, weil sie – wie bereits erklärt – erbeten und benutzt wurden für kulturelle Zwecke.

[110:]

Wenn man diese Zahlungen schätzt auf ungefähr RM 8-900.000 und addiert die oben genannten Zahlungen des ersten Vierteljahres 1933, nämlich RM 100.000 beläuft sich die Gesamtsumme während der ganzen Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft auf 1.000.000

Hinzuzählen muß man die folgenden Summen, die Anfang 1933 an andere Parteien gezahlt wurden:

Deutschnationale	RM	100000
Brüning	<u>RM</u>	<u>30.000</u>
	RM	130.000

Es ist daher offensichtlich, daß während der zwölf Jahre des nationalsozialistischen Regimes die politischen Spenden, die wir machten, nur einen kleinen Prozentsatz der Zahlungen ausmachten, die wir 1932 allein an die Parteien zahlten, die gegen die Machtergreifung opponierten. Selbst wenn man die Zahlungen an den Keppler-Kreis als politische Zahlungen auffaßt, was allerdings nicht gerechtfertigt wäre, würden die gesamten Zahlungen von 1933 bis 1945 ... unter der Summe bleiben, die 1932 allein an die Oppositionsparteien gezahlt wurde.

Die Zahlungen, die von 1933 bis 1945 gegeben wurden, waren größtenteils nicht freiwillig, auf jeden Fall wurden sie alle überdies während der Jahre guter wirtschaftlicher Verhältnisse gefordert, während die Zahlungen vor der Machtergreifung während der Zeit der größten wirtschaftlichen Depression gemacht wurden und deshalb ein wirkliches Opfer bedeuteten.

Ich habe die obige Tabelle weitgehend auf der Basis verfügbarer Dokumente gemacht ...

Dokument Flick Nr. 1, NMT, Bd. 6, S. 382-383 (Rückübersetzung aus dem Englischen v. Verf.)

2. Keppler-Kreis/Freundeskreis Himmler und Unterstützung der SS

Aus der eidesstattlichen Erklärung von Wilhelm Keppler, wirtschaftspolitischer Berater Hitlers, v. 24.9.1946 über Gründung, Zweck und Mitglieder des „Keppler-Kreises“

1. Der Freundeskreis, zunächst „Freundeskreis Keppler“ und später „Freundeskreis des Reichsführers SS Himmler“ genannt, war ein Kreis leitender Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft, die ich selbst auf Veranlassung des Führers zusammengebracht hatte.
2. Während einer Unterhaltung, die ich mit dem Führer im Dezember 1931 hatte, brachte der Führer diesen Wunsch zum Ausdruck. Der Führer sagte: „Schauen Sie, daß Sie ein paar Wirtschaftsführer bekommen – es brauchen keine Parteigenossen zu sein – die uns zur Verfügung stehen, wenn wir an die Macht kommen.“ Der Führer wollte Experten haben, die sich in der praktischen Wirtschaft bewährt hatten.
3. Soweit ich mich erinnere, nannte der Führer keine Namen außer Schacht und vielleicht Vögler und überließ mir die Auswahl. Ich selbst sprach die Mitglieder des Freundeskreises meist in Zusammenhang mit den Reisen an, die ich unternahm. Durch Kranefuß¹, der einen großen Bekanntenkreis hatte, bekam ich Kontakt zu seinen Bekannten. [...]
5. Der Zweck des Freundeskreises war, über die Pläne der nationalsozialistischen Führung für die deutsche Volkswirtschaft zu beraten.
6. Im Mai 1932, nachdem ich mich mit den Herren des Freundeskreises mehrmals getroffen hatte, fragte ich den Führer, ob er die Herren nicht einmal empfangen könne. Daraufhin empfing der Führer die Herren am 18. Mai 1932 im kleinen Saal des Hotels Kaiserhof. Soweit ich mich erinnere, waren alle Herren, die zu dieser Zeit Mitglieder des Freundeskreises waren, anwesend.
7. Der Führer hielt eine kurze Rede und enthüllte darin unter anderem als Punkte seines Programms die Abschaffung der Gewerkschaften und die Abschaffung der Parteien mit Ausnahme der NSDAP. Keiner erhob irgendeinen Einwand.
8. Diese Punkte des Programms des Führers fanden die vollste Übereinstimmung der Mitglieder des Freundeskreises, aber sie drück-[112:]ten ihre Besorgnis aus, daß es ihm nicht gelingen werde, diese hervorragenden Ideen in die Tat umzusetzen.
9. 1932 und 1933 traf ich häufig mit den Herren des Freundeskreises zusammen. Wir berieten über die Finanzen, Wirtschaftsfragen und die Währung [...] Die Mitglieder des Freundeskreises waren immer sehr froh, zu den Treffen kommen zu können.²

Dok. NI-903, NMT, Bd. 6, S. 285-287 (Rückübersetzung aus dem Englischen v. Verf.)

Vorläufiger Schriftsatz der Anklage über den Freundeskreis Keppler im Fall I

... Keppler hat ausgeführt, dass der Kreis im Mai 1932 im Kaiserhof in Berlin zusammentrat und dort eine Ansprache von Hitler selbst anhoerte. Keppler führt aus, dass Hitler klar zu verstehen gab, dass er die Gewerkschaften und andere politische Parteien abzuschaffen gedenke.

¹ Fritz Kranefuß, ehemaliger Mitarbeiter Keplers in den chemischen Odin-Werken/Eberbach, Mitglied der SS, fungierte als Sekretär des Freundeskreises.

² 1932 gehörten dem Keppler-Kreis an: die Bankiers Kurt von Schröder (Kölner Bankhaus Stein), Emil Meyer (Dresdner Bank), Fritz Reinhart (Commerzbank); die Schwerindustriellen Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Otto Steinbrinck (Flick) und Ewald Hecker (Ilseder Hütte/Verband Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Deutscher Industrie- und Handelstag); von der Kali-Industrie August Rosterg (Wintershall) und Heinrich Schmidt (Rechtsberater beim Kalisyndikat); von der Landwirtschaft Graf von Bismarck; von der Elektroindustrie Rudolf Bingel (Siemens); für Großschifffahrt und Überseehandel Emil Helfferich (Hapag) sowie Hjalmar Schacht. Nach 1933 erweiterte sich der Kreis auf etwa 40 Mitglieder, unter ihnen Heinrich Bütetisch (IG-Farben), Karl Blessing (Deutsche Bank), Friedrich Flick.

... Keppler sagt, dass die Mitglieder des Kreises „es wunderbar fanden, wenn die Gewerkschaften verschwinden würden“ ... Zum gleichen Zwecke hat Keppler in einem Affidavit auch bemerkt: „Diese Punkte des Fuehrer-Programmes fanden die volle Zustimmung der Mitglieder des Freundeskreises, aber sie drueckten ihre Besorgnis aus, dass er nicht imstande sein werde, diese ausgezeichneten Ideen zu verwirklichen“.

... Nach der Machtergreifung durch die Nazis wurde die Mitgliedschaft des Kreises erweitert. Alle urspruenglichen Mitglieder des Kreises, ausser Schacht und Voegler, die nach einiger Zeit austraten, verblieben bis zum Ende in dem Kreise. Von 1933 an wohnte der Kreis alljaehrlich geschlossen den Festlichkeiten in Nuernberg anlaeßlich des Reichsparteitages und den Ceremonien bei der Vertheidigung der SS-[113:]Leute bei, die am 9. November jeden Jahres in Muenchen stattfanden ...

Es geht aus den Dokumenten und Aussagen hervor, dass der Kreis in 1939 ungefaehr 3 Dutzend Mitglieder umfasste, zwei Drittel von welchen fuehrende Industrielle waren, waehrend der Rest aus Regierungs- und Partei-Funktionaeren oder hauptamtlichen SS-Beamten bestand ...

Ungefaehr im Jahre 1936 oder 1937 begann der Kreis regelmaessige monatliche Zusammenkuenfte abzuhalten, welche waehrend des ganzen Krieges fortgesetzt wurden. Sie wurden am 2. Mittwoch jeden Monates im Haus der Flieger in Berlin abgehalten ...

Spaetestens um 1936 begann der Kreis planmaessige Geldbeitraege fuer Himmler zu leisten. Die Beitraege wurden zumindestens bis Ende 1944 fortgesetzt und beliefen sich auf 1.000.000 Mark per Jahr. (Exh. 2796, EC – 454, DB 135, E 21, G 24).

Die Beitraege wurden im allgemeinen von den Industrie-Konzernen gestiftet, in welchen die Mitglieder des Kreises hervorragende Stellungen einnahmen. Schroeder fungierte als eine Art Kassierer für den Kreis ...

BA Koblenz, All. Proz. I, Rep. 501, L. VI B, Nr. 304.

Eidesstattliche Versicherung Friedrich Flicks v. 2.7.1948 im Verfahren gegen Wilhelm Keppler

Ich, Friedrich Flick, geboren am 10.7.1883 in Kreuztal/Kreis Siegen, z. Zt. Gerichtsgefaengnis Nuernberg, bin zunaechst darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklaerung abgebe ...

Ich habe den Angeklagten Wilhelm Keppler das erste Mal im Jahre 1932 fluechtig gesehen. Im eigentlichen Sinne bekannt geworden bin ich mit ihm im Jahre 1933 bald nach der Machtergreifung bei einem gemeinsamen Abendessen. Ich hatte in der Folgezeit mit Keppler sowohl in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsberater Hitlers als auch als Spezialist fuer die Aufschließung eisenarmer inlaendischer Erze zu tun. Solche Erze wurden in meinem Unternehmen Maxhuetten in Bayern gefoerdert. Im Jahre 1935 nahm ich mit Keppler eine gemeinsame Besichtigung der Anlagen der Maxhuetten in Thueringen und Bayern vor. Anschließend wurde ich zum Parteitag in Nuernberg eingeladen. Nach dem Parteitag bin ich dem sogenannten Freundeskreis beigetreten.

In dem Freundeskreis befanden sich massgebende Maenner aus allen [114:] Kreisen der Wirtschaft, also z. B. der Schwerindustrie, der Kohlengruben, der Elektrotechnischen Industrie, der Maschinenindustrie, der Chemie, der Schiffahrt, der Banken usw. Man konnte sich also im Freundeskreis mit Herren aus allen Sparten der Wirtschaft unterhalten, und dadurch waren die Zusammenkuenfte des Freundeskreises außerordentlich anregend.

Keppler hat zwar urspruenglich den Freundeskreis gegrundet, der sehr ehrgeizige SS-Fuehrer Kraeneffuss uebernahm jedoch nach und nach die Initiative. Er arrangierte die Zusammenkuenfte, er nahm einen massgebenden Einfluss darauf, wer daran teilnehmen sollte oder nicht und er stellte nach meinen heutigen Kenntnissen und Erfahrungen wohl auch im wesentlichen die Verbindung zu Himmler her.

Im Jahre 1936 zeigte Himmler dem Freundeskreis das Konzentrationslager Dachau sowie die Porzellanfabrik Allach und eine SS-Kaserne. Bei der Besichtigung des Konzentrationslagers wurde

nach meiner Wahrnehmung den Herren des Freundeskreises alles gezeigt, was sie sehen wollten. Wir konnten das Essen der Haeftlinge kosten, sahen die Unterbringung, die Kueche und die Kantine, in welcher die Haeftlinge fuer ihre monatlichen Bezuege von RM 35,- einkaufen konnten. Das Lager machte einen wohlorganisierten und anstaendigen Eindruck. Die Besichtigung zerstreute durchaus gewisse Geruechte, die auch damals schon ueber die Konzentrationslager in einigen Kreisen des Volkes kursierten. Nach der Besichtigung fand noch eine Zusammenkunft in Muenchen statt, wo Himmler erstmalig sich an einige Herren des Freundeskreises mit der Bitte richtete, ihn durch geldliche Beihilfen bei der Ausfuehrung seiner kulturellen Liebhaberein (sic d. Verf.) zu unterstuetzen ...

Keppler hatte als Wirtschaftsberater des Fuehrers zunaechst eine grosse Aufgabe. Sein Einfluss sank jedoch bereits, als Schacht im Jahre 1934 Wirtschaftsminister wurde, Schacht war eine so autoritaere Persoenlichkeit, daß er sich gegenueber allen, die auf dem gleichen Gebiet arbeiteten, durchzusetzen suchte. Keppler's Stellung als Wirtschaftsberater endete durch den Vierjahresplan im Herbst 1936. Danach blieben für Keppler auf dem Wirtschaftsgebiet nur noch einige Spezialgebiete zu bearbeiten wie die industriellen Fette und die deutschen Bodenschaetze. Aus diesem Grunde duerfte er auch an der Angelegenheit des Petschekbesitzes beteiligt worden sein, da die Petscheks in Deutschland einen erheblichen Besitz an Bodenschaetzen, insbesondere an Braunkohle hatten.

[115:] Ich habe immer die Beobachtung gemacht, daß Keppler eine hochanstaendige und saubere Persoenlichkeit ist.

Nuernberg, den 2. Juli 1948.

gez. Friedrich Flick.

Keppler-Dokument Nr. 215, BA Koblenz, All. Proz. 1, Rep. 501, L VI K, Nr. 12.

Aus der eidesstattlichen Erklärung des Bankiers Kurt von Schröder über das Treffen Adolf Hitlers mit Franz v. Papen am 4. Januar 1933

Am 4. Januar 1933 trafen Hitler, von Papen, Heß, Himmler und Keppler in meinem Hause in Köln ein. [...]

Weiterhin führte Papen aus, daß er es für das beste halte; eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente, die ihn unterstützt hätten, zusammen mit den Nazis vertreten seien. [...] Daraufhin hielt Hitler eine lange Rede, in der er sagte, daß wenn er zum Kanzler ernannt werden würde, Anhänger von Papen als Minister in seiner Regierung teilnehmen könnten, sofern sie gewillt wären, seine Politik [...] zu unterstützen. Er skizzierte diese Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland und der Wiederherstellung der Ordnung im öffentlichen Leben. Von Papen und Hitler erzielten eine prinzipielle Einigung. [...]

Diese Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen am 4. Januar 1933 in meinem Hause in Köln wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft und informierte mich allgemein, wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte. Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Fuehrer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. Nov[ember] 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten – einmal an der Macht – eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen, wobei ein wesentlicher Punkt darin lag, daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte zur Lösung der von der politischen Führung gestellten Probleme.

Zur praktischen Durchfuehrung dieses Programmpunktes erwartete man, wie es ja später auch geschah, daß die gesamte Wirtschaft auf einer neuen Basis organisiert werden würde, und zwar in

Verbänden, denen sämtliche wirtschaftliche Unternehmungen, in Gegensatz zu den damals bestehenden Verbänden, beitreten mußten, deren Führung durch Wirtschaftler und Kaufleute selbst erfolgen würde, [...] so daß notgedrungen diese neuen Verbände mehr Einfluß ausüben könnten als früher. Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen werden würde.

In diesem Zusammenhang sind zu erwähnen: eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht von 100.000 auf 300.000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen [...] Aufträge zur Verbesserung des Verkehrswesens, insbesondere der Reichsbahn, und Förderung solcher Industrien wie Automobil- und Flugzeugbau und der damit verbundenen Industrien.

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. [...]

Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.

Dok. NI-7990, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 604-606 und Czichon, S. 77-79.

Aus der Rede Adolf Hitlers vor führenden Industriellen am 20. Februar 1933

Privatwirtschaft im Zeitalter der Demokratie ist nicht aufrecht zu erhalten; sie ist nur denkbar, wenn das Volk eine tragende Idee von Autorität und Persönlichkeit besitzt. Alles, was in der Welt an Positivem, an Gutem und Wertvollen auf dem Gebiet der Wirtschaft und Kultur geschaffen worden ist, beruht ganz allein auf der Bedeutung der Persönlichkeit. Wird die Verteidigung des Geschaffenen, seine politische Verwaltung, aber einer Majorität überantwortet, so geht es rettungslos unter. Alle Lebensgüter, die wir besitzen, verdanken wir dem Kampf von Auserlesenen. [...]

[117:] Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Teil des Volkes sich zum Privateigentum bekennt, während ein anderer Teil das Privateigentum ableugnet. Solch ein Kampf zerreißt das Volk. Man ringt so lange gegeneinander, bis ein Teil Sieger bleibt. [...]

Wir müssen erst die ganzen Machtmittel in die Hand bekommen, wenn wir die andere Seite zu Boden werfen wollen. So lange man an Kraft zunimmt, soll man den Kampf gegen den Gegner nicht aufnehmen. Erst wenn man weiß, daß man auf dem Höhepunkt der Macht angelangt ist, daß es keine weitere Aufwärtsentwicklung gibt, soll man losschlagen. [...]

Wir stehen jetzt vor der letzten Wahl. Sie mag ausfallen wie sie will, einen Rückfall gibt es nicht mehr, auch wenn die kommende Wahl keine Entscheidung bringt. So oder so, wenn die Wahl nicht entscheidet, muß die Entscheidung eben auf einem anderen Wege fallen. [...]

Für die Wirtschaft habe ich nur den einen Wunsch, daß sie parallel mit dem inneren Aufbau einer ruhigen Zukunft entgegengeht. Die Frage der Herstellung der Wehrmacht wird nicht in Genf, sondern in Deutschland entschieden werden, wenn wir durch innere Ruhe zur inneren Kraft gekommen sind. [...]

Göring ging ziemlich eingehend auf die großen mit diesem Wahlkampf verbundenen Gefahren ein. Er leitete dann sehr geschickt über zu der Notwendigkeit, daß andere nicht im politischen Kampf stehende Kreise wenigstens die nun mal erforderlichen finanziellen Opfer bringen müßten. [...] Das erbetene Opfer würde der Industrie sicherlich um so leichter fallen, wenn sie wüßte, daß die Wahl am 5. März die letzte sicherlich innerhalb 10 Jahren, voraussichtlich aber in 100 Jahren sei.

Dok. D-203, IMG, Bd. 35, S. 42-48; auch in: Kühnl, Faschismus, S. 200-203 u. Hörster-Philipps, Dokumente, S. 161-162.

Punkt 5 der Anklage: Steinbrincks Mitgliedschaft in der SS

Der Angeklagte Steinbrinck hat den Tatbestand seiner Mitgliedschaft in der SS nicht bestritten. Sein Dienstbuch ... zeigt, daß er am 31. Mai 1933 in der SS ursprünglich mit dem Rang eines Standartenführers bekleidet worden war, daß er 1935 zum Oberführer und am 30. Januar 1939 weiter zum

Brigadeführer befördert wurde. Seine Dienststellung wird als die eines Mitglieds des Stabes des Reichsführers SS bezeichnet. ...

[118:] Steinbrincks guter militärischer Ruf war wertvoll für Himmler und die SS, aber seine ausgezeichneten geschäftlichen Verbindungen waren noch weit nützlicher für sie. Bei der Erörterung von Anklagepunkt Vier ist klar erwiesen worden, daß Steinbrinck (zusammen mit Baron von Schröder, der ebenfalls ein SS-General war) Haupturheber des Plans war, durch den Freundeskreis Himmlers finanzielle Zuwendungen an die SS aufzubringen. So spielte Steinbrinck, ein Gründermittglied des „Keppler-Kreises“, eine führende Rolle bei der Herbeiführung dauernder und freundschaftlicher Beziehungen zwischen der SS und den führenden Industriellen Deutschlands. Er wirkte maßgebend dabei mit, eine aus diesen wohlhabenden Kreisen stammende, ständig fließende Einkommensquelle zu erschließen, die Himmler ohne Vorbehalte oder Einschränkungen zur Verfügung gestellt wurden. All dies entspricht nicht dem Bilde eines „inaktiven“ SS-Mannes. ...

Die Bekanntschaft Steinbrincks mit Hitler stammt nach seinem eigenen Zugeständnis aus der Zeit vor der Machtergreifung durch Hitler. Schon im Jahre 1932, wenn nicht früher, wirkte er maßgebend dabei mit, Himmler finanzielle Unterstützung zu gewähren. Unmittelbar nach der Machtergreifung wurde ihm ein hoher Dienstgrad in der SS verliehen, und er wurde zweimal befördert. Von vornherein setzte er das Ansehen, das er in Marinekreisen genoß, dafür ein, gute Beziehungen zwischen der SS und der Wehrmacht zu fördern. Bei der Herstellung ähnlicher Beziehungen zwischen den führenden Industriellen und der SS spielte er eine maßgebende Rolle. Er war einer der Hauptorganisatoren für die finanzielle Unterstützung Himmlers. Um die Mitte des Jahres 1933 waren seine gesellschaftlichen und beruflichen Beziehungen zu Himmler sehr eng, wie der Akteninhalt klar ergibt.

Plädoyer der Anklagebehörde, Fall 5, S. 78 u. 80.

Einladung Himmlers an Steinbrinck v. 22. Juni 1933

Lieber Herr Kapitän!

Recht herzlichen Dank für Ihre freundliche Karte. Teilen Sie mir doch bitte vorher mit, an welchem Tage Sie in München sind. Meine Telefon-Nummer ist: 44051. Ich möchte mich zu gerne so einrichten, [119:] daß Sie und Ihre Gattin einmal bei uns sein können. Meine Frau läßt Sie unbekannt herzlich grüßen.

Mit Heil Hitler!

Ihr

HH

Dok. NI-8281, Fall 5, S. 295.

Dankschreiben Otto Steinbrincks an Himmler v. 23.7.1933 anlässlich seiner Ernennung zum SS-Standartenführer

Sehr verehrter Herr Himmler:

Bei dem andauernd schlechten Wetter in Berchtesgaden hatte ich es vorgezogen, wohnlichere Gefilde aufzusuchen. Auf der Flucht vor dem Regen bin ich hier in Bühlerhöhe gelandet, aber nur in die Traufe gekommen. Leider konnte ich durch diese Änderung im Reiseplan meinen Besuch bei Ihnen nicht ausführen; ich hoffe, daß wir uns demnächst in Berlin wieder sehen. Am 3. Juli will ich meine Arbeit wieder aufnehmen, obwohl ich mich noch nicht wieder auf der Höhe fühle.

Infolge der verspäteten Postzustellung erhielt ich erst heute die offizielle Nachricht von meiner Ernennung zum SS-Standartenführer. Ich danke Ihnen aufrichtig für diese große Auszeichnung; ich hoffe, daß mir meine Gesundheit gestatten wird, demnächst wieder aktiver mitzuarbeiten.

Mit herzlichen Grüßen auch von meiner Frau
verbleibe ich

Ihr ergebener

(gez.) Otto Steinbrinck.

Dok. NI-8279, Fall 5, S. 295- 296.

Schreiben des Bankiers Kurt Freiherr von Schröder und Otto Steinbrincks v. 25.2.1936 an Emil Meyer, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank

Persönlich!

An den Freundeskreis des Reichsführers SS.

Am Schlusse der zweitägigen Münchener Besichtigungsreise, zu der uns der Reichsführer SS im Januar eingeladen hatte, war sich der [120:] Freundeskreis darüber einig, daß er – jeder nach seinem Vermögen – für gewisse außerhalb der etatmäßigen Finanzierung liegende Aufgaben, dem Reichsführer auf einem beim Bankhaus J. H. Stein in Köln einzurichtenden Konto „Sonder-Konto S“ Beträge zur Verfügung stellen wollte. Dadurch soll der Reichsführer in die Lage versetzt werden, sich auf seine Freunde insgesamt stützen zu können. Es wurde in München beschlossen, daß die Unterzeichneten sich für die Einrichtung und Betreuung dieses Kontos zur Verfügung stellen sollten. Das Konto ist inzwischen errichtet, und jeder Beteiligte soll wissen, daß, wenn er – sei es aus seiner Firma oder seinem Freundeskreis – dem Reichsführer Zuwendungen für seine oben erwähnten Aufgaben machen will, die Einzahlungen an das Bankhaus J. H. Stein (Reichsbankgirokonto der Postscheckkonto Nr. 1392) für Rechnung des Sonder-Kontos S erfolgen können.

Heil Hitler!

(gez.) K. Frh. von Schröder Steinbrinck

Dok. NI-10103, Fall 5, S. 299-300.

Eidesstattliche Versicherung Otto Steinbrincks v. 16.2.1948 im Verfahren gegen Wilhelm Keppler über Spenden des Freundeskreises Himmler 1936

Ich, Otto Steinbrinck, geboren am 19. Dezember 1888 in Lippstadt/Westf. z. Zt. Nuernberg, Gefangenis, bin zunaechst darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklaerung abgebe ...

Anfang 1936 traten Fritz Kranefuss und Karl Wolff gelegentlich einer Zusammenkunft an mich mit der Bitte heran, gemeinsam mit Frhr. v. Schroeder eine Sammlung unter den Mitgliedern des Kepplerkreises, soweit sie aus der Wirtschaft stammten, zu veranstalten mit dem Ziele dem Reichsfuehrer einen groeßeren Betrag für persoenliche Aufgaben zur Verfuegung zu stellen, zu deren Erfuelung staatliche Mittel nicht vorhanden waeren. Auf das erste, von Frhr. v. Schroeder und mir unterzeichnete Rundschreiben gingen etwa 600-700.000 RM ein. Himmler dankte jedem Spender persoenlich und sprach auch gelegentlich einer Einladung zu Besichtigungen der Gesamtheit des Freundeskreises seinen Dank für die ihm gewaehrte finanzielle Unterstuetzung seiner „Liebhabereien“ aus ...

Keppler-Dokument Nr. 12, BA Koblenz, All. Proz. I, Rep. 501, LVI K, Nr. 12.

[121:]

Schreiben Otto Steinbrincks an Karl Raabe, Vorstandsvorsitzender der Maxhütte, v. 28.12.1938 über die finanzielle Unterstützung der SS seit 1931

Sehr geehrter Herr Raabe!

Aus Ihrem Schreiben geht nicht ohne weiteres hervor, ob es sich um eine Unterstützung für die SS-oder die SA-Standarte handelt; – kommt die SS-Standarte in Frage, so können Sie ruhig darauf hinweisen, daß aufgrund eines besonderen Abkommens zwischen unserer Gruppe und dem Reichsführer SS wir uns verpflichtet haben, irgendwelche Zahlungen nur an die Reichsführung SS selbst zu leiten. Dieses Abkommen besteht schon seit dem Jahr 1931 und ist seinerzeit vom Führer persönlich genehmigt worden. – Handelt es sich um eine SA-Standarte, etwa sogar um die Standarte, die für Rosenberg-Sulzbach zuständig ist, so würde ich in jedem Fall für die Leute etwas tun, zumal es sich ja nicht um einen Geldbetrag handelt, der irgendwie verpulvert wird, sondern der, wie ich Ihren Zeilen entnehme, für die Ausrüstung neuer SA-Männer dienen soll. – Für die Bemessung des Betrages spielen meines Erachtens die persönlichen Verbindungen, die Sie zur Standarte, bzw. zum Abschnitt selbst unterhalten, eine Rolle. Wir haben von Lauchhammer aus mit Zustimmung von

Herrn Flick häufiger Beträge von rund 5000 Mark zur Verfügung gestellt. Da es sich bei der Aufnahme von sudetenländischen SA-Männern aber um einen Sonderfall handelt, würde ich auch höher gehen, vorausgesetzt, daß die Standarte für den Wohnbezirk Ihrer Gefolgschaft zuständig ist.

Darf ich, lieber Herr Raabe, die Gelegenheit benützen, um Ihnen und Ihrer verehrten Gattin zum neuen Jahr meine besten Wünsche zu übermitteln. Mögen Ihnen Gesundheit und Frische auch in Zukunft erhalten bleiben. Das wünscht Ihnen aufrichtig

Ihr
gez. Steinbrinck.

Dok. NI-3454, Fall 5, S. 298-299; engl. Fassung in: NMT, Bd. 6, S. 249.

[122:]

Schreiben des Bankiers Kurt Freiherr von Schröder an den Reichsführer-SS, Himmler, v.18.5.1942

Mein sehr verehrter Reichsführer!

Es ist mir eine große Freude, Ihnen auch in diesem Jahre wieder aus Ihrem Freundeskreis für Ihre besonderen Aufgaben einen Betrag von etwas über eine Million Reichsmark zur Verfügung stellen zu können. Eine genaue Aufstellung über die einzelnen Beträge werde ich Ihnen in Kürze übersenden, da die Aktion noch nicht ganz beendet ist.

Ich wollte Ihnen indes schon heute mitteilen, daß Ihre Freunde nach wie vor zu Ihrer Verfügung stehen, wenn es gilt, ihnen bei den vielen von Ihnen übernommenen großen Plänen behilflich zu sein. Wenn wir Ihnen damit gleichzeitig in jetziger Zeit, die für Sie eine ganz besonders verantwortungsvolle und schwere ist, eine kleine Freude machen können, so wird das für uns der beste Dank sein.

Wir hoffen sehr, Sie bei Gelegenheit auch mal wieder in unserem Kreise zu sehen, um Ihnen auch persönlich unsere aufrichtige Freundschaft zeigen zu können.

Indem ich Ihnen in diesem entscheidungsvollen Sommer alles Beste und reiche Erfolge wünsche, verbleibe ich in aufrichtiger und herzlicher Verehrung wie immer mit

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener
gez. Kurt Freiherr v. Schröder
SS-Oberführer.

Dok. NI-8125, Fall 5, S. 302.

Programm für den Besuch des Freundeskreises des Reichsführers SS im Himmler-Hauptquartier und Liste fast aller Mitglieder des Freundeskreises (Dez. 1943)

Programm für die Tagung des Freundeskreises am 12.12.1943.

9.26 Uhr	Ankunft Bahnhof „Hochwald“ Abholung durch SS-Ostuf. Dr. Führer u. SS-Ustuf. Hoerl Fahrt mit Omnibus zur „Wurzhütte“.
9.40 Uhr	Ankunft „Wurzhütte“ Empfang durch SS-Obersturmbannführer Tiefenbacher

[123:]

10.00 Uhr	Weißwurst-Frühstück in der „Wurzhütte“
11.00 Uhr	Führung durch die Anlage. Hierzu stehen zur Verfügung: SS-Obersturmbannführer Tiefenbacher Hauptmann d. Sch. Eicker Hauptmann d. Sch. Kaatz SS-Hauptsturmführer Schmaloer SS-Obersturmführer Botzelmann SS-Obersturmführer Dr. Führer SS-Untersturmführer Hoerl
11.30 Uhr bis 12 Uhr	zur Verfügung der Gäste

12.00 Uhr	Eintreffen der Gäste in der „Wurzhütte“
12.15 Uhr	Rede des Reichsführers-SS zu dem Freundeskreis
gegen 13.30 bis 14.00 Uhr	zur Verfügung der Gäste
14.00 Uhr	Mittagessen im Speisewagen
15.15 Uhr	Vorführung eines Films in der Kinobaracke
16.00 Uhr	Chorsingen der Panzerjäger-Ausb. u. Ersatz-Abteilung, Rastenburg. Ende gegen 16.45 Uhr.
17.00 Uhr	Eintreffen der Gäste in der „Wurzhütte“
17.10 Uhr	gemeinsamer Tee in der Wurzhütte in Anwesenheit des Reichsführer-SS
18.30 Uhr	Abfahrt von der „Wurzhütte“ mit Omnibus zum Bahnhof
18.45 Uhr	Abfahrt vom Bahnhof „Hochwald“

Liste der Gäste am 12. Dezember 1943.

- 1) SS-Brigf. Dr. Hermann Behrends
- 2) Dr. Rudolf Bingel
- 3) SS-Oberf. Gottfried Graf von Bismarck-Schönhausen
- 4) SS-Brigf. Willi Börger
- 5) Direktor Carl Blessing
- 6) SS-Ostuf. Dr. Heinrich Bütefisch
- 7) SS-Brigf. Dr. Hans Fischböck
- 8) Generaldirektor Dr. Friedrich Flick
- 9) Dr. Kar! Ritter v. Halt
- 10) SS-Brigf. Dr. Franz Hayler
- 11) SS-Brigf. Ewald Hecker
- 12) Staatsrat Dr. Emil Helfferich
- 13) SS-Gruf. Erich Hilgenfeld

[124:]

- 14) Dr. Richardt Kaselowsky
- 15) SS-Oberf. Hans Kehr!
- 16) SS-Ogruf. Wilhelm Keppler
- 17) Reg. Bürgermeister Carl Vincent Krogmann
- 18) Staatsrat Karl Lindemann
- 19) SS-Staf. Dr. Emil H. Meyer
- 20) SS-Brigf. Dr. Werner Naumann
- 21) SS-Brigf. Otto Ohlendorf
- 22) SS-Brigf. Dr. Walther Schieber
- 23) Dr. Alfred Olscher
- 24) SS-Ogruf. Oswald Pohl
- 25) SS-Ostuf. Dr. Karl Rasche
- 26) Direktor Hellmuth Röhnert
- 27) SS-Gruf. Erwin Rösener
- 28) Generaldirektor August Rosterg
- 29) SS-Stuf. Dr. Ernst Schäfer
- 30) SS-Brigf. Dr. Kurt Schmitt
- 31) SS-Brigf. Kurt Freiherr v. Schröder
- 32) SS-Staf. Wolfram Sievers
- 33) SS-Brigf. Otto Steinbrinck
- 34) Reichsbahndirektor Hermann Waldhecker
- 35) Freiherr v. Lüdinghausen
- 36) SS-Oberf. Fritz Kranefuss
- 37) SS-Ostuf. Kurt Dellmann
- 38) SS-Ustuf. Herben Reichenberger

Dok. NI-8497, Fall 5, S. 300-301.

Schreiben von Konrad Kaletsch (Mitte/stahl) an Kurt von Schröder v. 23.3.1944

Sehr verehrter Herr Baron von Schröder!

Ich nehme Bezug auf Ihr an Herrn Dr. Flick gerichtetes Schreiben vom 15. d. M. sowie auf unser heutiges Telefongespräch und bestätige Ihnen hiermit, daß wir auch diesmal wieder den gleichen Betrag wie im Vorjahr, d. h.

RM 100.000,–

auf das Sonderkonto „S“ beim Bankhaus J. H. Stein, Köln, über Reichsbankgiro-Konto überweisen lassen.

Mit freundlichen Grüßen und

[125:]

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

(gez.) Kaletsch.

Dok. NI-3812, Fall 5, S. 303.

3. Rüstungsproduktion und Rüstungsgewinne

Aus der streng vertraulichen Niederschrift von Heinrich Koppenberg, Aufsichtsratsvorsitzender der Mitteldeutsche Stahlwerke AG, v. 6.4.1933 über Verhandlungen mit Vertretern der Flugzeugindustrie

Herr Fritz Thyssen eröffnete einleitend die Sitzung mit einer Begrüßung und gab der selbständigen Flugzeug- und Flugmotoren-Industrie eine beruhigende Erklärung gegen anscheinend aufgekommene Befürchtungen einer Majorisierung durch die Groß-Industrie ...

Herr Mehlich ... sprach von einer operativen Luft-Flotte, die Deutschland haben müsse, infolge seiner Mittellage in Europa, der die besondere Aufgabe der Störung und Zerstörung der benachbarten feindlichen Flugkräfte zufalle. Das Ziel sei nicht sofort, sondern erst in Jahren durchzuführen, und man müsse die zur Verfügung stehende Zeit hierfür ausnutzen. Erforderlich sei die Umstellung der Techniker und ein geistiges Zusammenarbeiten der in Frage kommenden Kräfte. In Aussicht genommen ist zunächst eine Jahres-Produktion von 60 Millionen Mark gegen früher 20 Millionen. Sehr gefährdet sei die Industrie des Westens, die Grenzgebiete seien überhaupt schutzlos, dieses Grenzgebiet falle aus der Berechnung heraus. Ein Schutz dieses Reviers sei nur möglich durch Aufsuchen und Vernichten der feindlichen Kräfte an Ort und Stelle.

Die Herren Vögler, Siemens und Thyssen gingen alsdann auf die angeschnittenen Material- und Konstruktions-Fragen ein und unterstrichen die Notwendigkeit einer Gemeinschaftsarbeit zur Erzielung von Ausführungen in größtmöglicher Vollendung. Man einigte sich auf die Schaffung einer Treuhandstelle in Berlin bei Siemens ...

[126:] Zu der Abgabe einer Erklärung, daß wir im Besitz eines komfortablen Flugzeugwerkes sind, das in Summa 2500 Flugzeuge vom Jagdeinsitzer bis zum großen Bombenflugzeug von 45 mtr. Flügelspannweite hergestellt hat (mit einer täglichen Leistungsfähigkeit von 5 Flugzeugen), das wir jederzeit, ohne viel Zeitverlust seinem Bestimmungszweck wieder zuführen können, bot sich keine Gelegenheit.

Dok. NI-10118, (Krupp-Prozeß), Anatomie, S. 108-109.

Auszug aus einer Aufstellung über Aufrüstungsmaßnahmen bzw. Verletzung von Abrüstungsverpflichtungen des Versailler Vertrages

Geheim! Kommandosache

Übersichtsliste gemäß Besprechung bei Amtschef A am 9.9.1933

Lfd. Nr.	Maßnahme	Erläuterung	Bestand
13	Überschreiten der zugestandenen Bestände an Masch. Gewehren usw.	zugestanden	
		1. M.G's	655 954
		2. Gewehre	10.233 18.133
		3. Pistolen	3483 5553
		4. Gasmasken	22.500 43.000
		In gleicher Weise überschreiten auch die Bestände an Munition, Seitengewehren, Handgranaten, Scheinwerfer, Nebelgeräte usw. die zugestandenen Zahlen, aber nicht in beträchtlichen Mengen.	

14	Beschaffung von 337 M.G.C/30 ohne Verschrottung gleichwertiger Waffen.	Geliefert sind bisher 112 M.G.C/30. Sie werden als Maschinengewehre gerechnet. Die entsprechende Anzahl M.G's ist aber nicht vernichtet worden. Existenz von 2 cm Mun. mit Zündern ist an sich schon Verstoß gegen Haager Vertrag.
15	Bewaffnung des Ubootmutterschiffes	Da für Deutschland der Begriff der exempt ships noch nicht eingeführt, würde Bewaffnung gegen V. V. verstoßen.
16	Bewaffnung des Schnellbootmutterschiffes	
[127:]		
17	Beabsichtigter Bau der Reservezerstörer zu 1850	Reserveschiffsfrage ist noch nicht zu unseren Gunsten entschieden. Nach Macdonaldplan würde Bau und Größe berechtigt sein.
18	Bau von Ubootseinzelteilen	
19	Beabsichtigter Bau eines größeren Panzerschiffes.	
20	Bewaffnung der Fischereifahrzeuge.	
...		
25	Einrichten der Fried. Krupp Grusonwerk A.G., Magdeburg, zur Fertigung von Flak-Geschossen Flak-Geschützrohren von 2 cm bis 10,5 cm. Niederlegen von Halbmateriale, Vorrichtungen, Werkzeugen, auf dem Werk zur Abkürzung der Anlaufzeit.	ebenfalls nicht zugelassen
26	Einrichten der <i>Mitteldeutschen Stahlwerke A.G.</i> , Lauchhammerwerk Gröditz zur Fertigung von Flakgeschossen. Niederlegen von Halbmateriale, Vorrichtungen, Werkzeugen auf dem Werk zur Abkürzung der Anlaufzeit.	ebenfalls nicht zugelassen
27	Einrichten der A.G. Lignose, Sprengstoffabrik Schönebeck/Elbe für Fertigung von Sprengstoffen.	ebenfalls nicht zugelassen
28	Einrichten der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.G. Werk Augsburg, für die serienmäßige Herstellung kriegswichtiger Motorentypen. Bereitlegen von Halbmaterialien, Vorrichtungen, [128:] Werkzeugen auf dem Werk zur Abkürzung der Anlaufzeit.	Maßnahme kann allgemein als Mobilmachungsvorbereitung beanstandet werden.
29	Vorbereitungen auf dem Gebiet des Motorenversuchs-Bootwesens.	
30	Voraussichtlich in nächster Zukunft (einschl. bis 1934) notwendig werdende materielle Verstöße. 1. Fortführung der Arbeiten zu AI, 1-3 2. Fortführung der Arbeiten zu No. 21, 22 3. Fortführung der Arbeiten zu 24, 25, 26, 27 Erweiterung der Arbeiten zu 25, Fried. Krupp Grusonwerk A.G., auf die Herstellung von ganzen Geschützen. 4. Ausdehnung der Arbeiten zu 24 bis 28 auf weitere Rüstungsgebiete.	

Dok. C-32, Fall 5, S. 106-107.

Schreiben Flicks an Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht v. 28.11.1933 betreffend ein Gespräch mit Reichsverteidigungsminister Blomberg

Mein sehr geehrter Herr Präsident, lieber Dr. Schacht,

Heute sprach ich bei Minister von B. (von Blomberg) vor und ... berichtete ihm kurz über die Struktur, Produktionsbasis, Rohstoffversorgung und die finanziellen Verhältnisse der in Frage kommenden Werke. Ich konnte in diesem Zusammenhang herausstellen, daß zur Zeit alle in Frage kommenden dezentralisierten Werke in ihrer Gesamtheit den dritten Platz der deutschen Stahlproduktion

einnehmen und – was auch für Sie von partiellem Interesse sein dürfte – sie können für die in Frage kommenden Umstände mit vergleichsweise nicht zu großen Investitionen umgestellt werden.

[129:] Herr von B. zeigte sehr großes Interesse und stellte fest, daß er bisher offensichtlich nicht die rechte Vorstellung von der Bedeutung der in Frage kommenden Unternehmen gehabt habe. Er schlug selbst eine Inspektion vor, die am 6. des nächsten Monats stattfinden wird; zunächst werden alle Werke der sogenannten Lauchhammer-Gruppe (Lauchhammer, Gröditz und Riesa) besichtigt.

Der Empfang war außerordentlich freundlich. Ich glaube, daß dies vor allem Ihrem Einfluß zu verdanken ist, und ich möchte Ihnen meinen herzlichen Dank zum Ausdruck bringen.

Mit freundlichen Grüßen bleibe ich

Ihr sehr ergebener

(gez.) Flick

Dok. NI-3877, NMT, Bd. 6, S. 236 (Rückübersetzung aus dem Englischen v. Verf.)

Vertrauliches Schreiben Flicks an den Vorstand der ATG v. 7. Dezember 1933 über die Beschaffung staatlicher Aufträge

In einer am Dienstag, dem 5. Dezember, geführten Unterredung mit Herrn Staatssekretär Milch hat dieser mir zugesagt, ein endgültiges Auftrags schreiben in wenigen Tagen zur Absendung zu bringen. Er hat auch nochmals ausdrücklich bestätigt, daß schon jetzt so gehandelt werden soll, als ob die Auftrags schreiben bereits eingegangen wären. Auf Grund dieser Erklärung des Herrn Staatssekretärs habe ich ihm zugesagt, daß die A TG mit der Beschaffung der für die Durchführung des Auftrages erforderlichen Investitionen sofort beginnt.

Durch diese Rücksprache mit dem Herrn Staatssekretär ist die in der letzten gemeinschaftlichen Sitzung festgelegte Einschränkung, daß die Investitionen nur bei Vorliegen eines festen Auftrags schreibens des Luftfahrtministeriums begonnen werden dürfen, hinfällig.

Durchschlag habe ich Herrn Dr. Koppenberg und an Riesa gesandt.

Mit deutschem Gruß!

gez.: Flick

Dok. NI-12119, Fall 5, S. 108.

[130:]

Aus der streng vertraulichen Aktennotiz von Otto Steinbrinck für Friedrich Flick v. 20. August 1934 über die Vergabe von Rüstungsaufträgen an die Mitteldeutsche Stahlwerke AG

General Liese teilte mir bei einer heutigen Besprechung mit, daß die Mitteldeutschen Stahlwerke sich unbedenklich für eine Reihe von Jahren für laufende erhebliche Aufträge einstellen könnten. Er fragte, ob wir seit Juli größere Aufträge erhalten hätten. Ich erwiderte, daß m. E. wohl 50-60.000 Stück Hohlkörper neu vergeben seien und weitere gebohrte Röhren in Aussicht gestellt worden wären. Unser Gesamtauftragsbestand einschließlich der in Aussicht gestellten Aufträge beliefe sich schätzungsweise auf 3 bis höchstens 3,5 Millionen, während für die Schaffung von Einrichtung investiert seien oder investiert werden sollten 7 Millionen. Der Auftragsbestand von 3,5 Millionen – abzuwickeln bis zum Frühjahr nächsten Jahres – sei also nicht besonders hoch.

General Liese stimmte dieser Auffassung zu und wies den anwesenden Major Warlimont an, dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit Mittelstahl noch mehr berücksichtigt werde. – Im übrigen schien er über den Fortgang der Bauten sowie über die Abwicklung der bisher gegebenen Aufträge in großen Zügen unterrichtet zu sein. Er betonte jedenfalls, daß die weitere Abwicklung sich ja wohl zur Zufriedenheit gestaltet habe.

Er betonte schließlich nochmals, wir könnten also bestimmt mit größeren Aufträgen bis 1938 rechnen und empfahl uns, auch aus eigenen Mitteln uns darauf einzurichten, daß die Lieferungen möglichst schnell ausgeführt werden können.

Der Hinweis auf diese Erklärung des General Liese einerseits, die allmählich stärker gedrückten Preise für gepreßte Hohlkörper andererseits lassen es zweckmäßig erscheinen, die von der Marine erstellte Preßanlage aus eigenen Mitteln zu verbessern. Der Zu- und Abtransport erfolgt heute noch in primitivster Weise und läßt sich zweifellos ... verbessern.

Dok. NI-10056, Fall 5, S. 112.

[131:]

Notiz des Flick-Managers Dr. Terberger über ein Gespräch zur Beschaffung von Rüstungsaufträgen v. 4.12.1934

Betr.: Besuch Henrici/Brurein in Gröditz am 3. Dezember.

1. H. war sehr erstaunt über die Größe der Anlage. Sie sei ja bedeutend moderner und größer als die von Döhlen. Er war sehr zufrieden. Er äußerte sich dahin, daß er jetzt verstehen könne, daß Herr Flick darauf dränge, für diese Anlagen Arbeit zu bekommen. Er würde sich dafür einsetzen. Zunächst wollte er einen Zusatzauftrag in Stahlgußgranaten geben, der höher sein soll als der erste Probeauftrag von 10.000 Stück. Auch würde er für weitere Preßgranaten sorgen. Man solle nur möglichst bald anfangen zu liefern.

2. Herr Brurein hat die Frage Hennigsdorf angeschnitten und gesagt, daß Hennigsdorf doch besonders günstig läge für die Lieferungen nach Eberswalde. H. hat zugesagt, sich jetzt um die Angelegenheit zu kümmern und für Aufträge zu sorgen.

3. Das Projekt Unterwellenborn sei noch nicht beiseite gestellt. Er habe noch Aufträge für Uborn reserviert. Er würde gern einmal mit Herrn Flick persönlich in den nächsten Tagen über diese Frage sprechen.

4. H. will in nächster Zeit auch nach Lauchhammer und Unterwellenborn fahren.

Dok. NI-10057 (F), Fall 5, S. 113.

Dankschreiben des Reichsluftfahrtministers Göring an die Allgemeine Transportanlagen-Gesellschaft (ATG) Leipzig v. 8.5.1940

Der Generalluftzeugmeister meldet mir, daß die Fertigung des Flugzeugmusters Ju 88 nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten in Ihrem Werk außerordentlich schnell anlief und nunmehr in den vorgesehenen Stückzahlen planmäßig durchgeführt wird.

Ich freue mich feststellen zu können, daß die Luftfahrtindustrie den von mir gestellten Aufgaben gerecht wurde und trotz der mir bekannten Schwierigkeiten in erstaunlich kurzer Zeit eine beachtliche Stückzahl des für eine siegreiche Luftkriegführung im Entscheidungskampf unseres Volkes äußerst wichtigen Flugzeuges geliefert hat. Hieran haben Sie, Ihre Gefolgschaft und Ihre Unterlieferanten einen guten Anteil.

[132:] Ich bin mir bewußt, daß dieses nur durch klare Führung und selbstlose, unermüdliche Mitarbeit jedes einzelnen Ihrer Gefolgschaft erreicht werden konnte und spreche Ihnen für diese Leistung, die mir ein Zeichen treuer Kameradschaft des Arbeiters in der Heimat zu dem Soldaten an der Front ist, meinen Dank und meine vollste Anerkennung aus. Ich erwarte, daß Sie auch künftig, selbst unter feindlicher Einwirkung, jederzeit die Lage zum Vorteil der Deutschen Luftwaffe tapfer und einsatzbereit meistern werden.

Ich bitte, dieses Ihrer Gefolgschaft zu übermitteln.

Heil Hitler!

gez.: Göring

Dok. NI-12123, Fall 5, S. 110.

Überblick über die Steigerung der Rüstungsproduktion des Flick-Konzerns v. 9.7.1942

Leistungen der F. Gruppe

1.) Rohstahl.

Die Rohstahlerzeugung der Altreichswerke betrug

im Jahre 1929	15.844.000 t
im Jahre 1941	17.175.000 t
Die Gesamtsteigerung beläuft sich also auf	1.331.000 t = 8 %.

An dieser Steigerung sind die Werke der Gruppe F. mit 700 000 t = 52% beteiligt. In sich hat also die Gruppe die bei weitem größte Erzeugungssteigerung aller deutschen Konzerne – 73% – zu verzeichnen. Diese Zahlen beziehen sich ausschließlich auf die alten Werke der Gruppe F., nämlich Mittelstahl, Kommanditgesellschaft und Maxhütte.

Die Gruppe F., die im Jahre 1929 innerhalb der Altreichswerke an fünfter Stelle stand, ist durch ihre Produktionssteigerung, die sich auch noch während des Krieges fortsetzte, inzwischen von der fünften Stelle an die zweite Stelle gerückt. Die zweitgrößte Stahlproduktion hatte immer die Firma Krupp. Die obigen Zahlen verstehen sich immer ohne die Reichswerke „Hermann Göring“.

2.) Spezielle Kriegserzeugnisse.

Die Gruppe hat vor 1935 keine Geschosse hergestellt, insbesondere keine Geschütze und keine Geschützrohre. Die Fabrikation der Geschützrohre war für zwei Firmen reserviert. Heute steht die [133:] Gruppe – nächst den Vereinigten Stahlwerken als dem bei weitem größten Unternehmen – in der Geschossherstellung an zweiter Stelle. Jedenfalls wird das Heereswaffenamt bestätigen können, daß die Gruppe auf allen diesen Gebieten Hervorragendes geleistet hat. Die derzeitige Geschosserzeugung der Gruppe, auf mittlere Kaliber umgerechnet, beläuft sich auf 555.000 Stück je Monat. Ferner werden 1200 Geschützrohre und etwa 25-30 fertige Geschütze monatlich fertiggestellt. In der Ablieferung von Geschützrohren dürfte die Firma eine der größten innerhalb des Altreichs sein. Unsere Geschützfabrik soll künftig auch für die Herstellung von Heeresflak in größerem Umfange zusätzlich beschäftigt werden.

3.) Panzerfertigung.

Im Jahre 1938 hat die Gruppe mit der Herstellung von Gehäusen und Aufbauten für Panzerwagen begonnen. In dieser Fertigung steht sie heute an der Spitze sämtlicher deutschen Fabriken. Dabei wurde von amtlicher Seite festgestellt, daß die Werke der Gruppe F. in dieser Fertigung leistungsmäßig etwa 30% günstiger liegen als das zweitbeste Werk innerhalb des Reiches. Auf Grund dieser Leistungen wurde der Gruppe F. auf Antrag des Munitionsministeriums das Prädikat „Rüstungsmusterbetrieb“ zuerkannt. Dieses Prädikat bekamen in diesem Jahr in ganz Deutschland 19 Unternehmungen. Davon entfielen auf die gesamte Stahlindustrie nur 3 Firmen.

4.) Flugzeugbau.

Die Gruppe F. begann schon Ende 1933 mit der Umstellung einer zu ihr gehörenden Maschinenfabrik (ATG in Leipzig) auf die Herstellung von Flugzeugen. Sie hat stets zur vollen Zufriedenheit des Luftfahrtministeriums gearbeitet und dürfte auch selbstkostenmäßig an einer guten Stelle stehen. Ihre Produktion beläuft sich zur Zeit auf 30 Stück Ju 88-Maschinen und 15 Stück Ju 52-Maschinen je Monat. Bis Ende des Jahres wird die Erzeugung um weitere 20% erhöht. Die Gesamtgefolgschaft dieses Flugzeugwerkes beläuft sich zur Zeit auf 8500 Mann.

5.) Waggonbau.

Die zur Gruppe F. gehörige Waggonfabrik Linke-Hofmann in Breslau dem Kriege mit einer Ausweitung ihrer Produktionskapazität für Waggonen.¹ Während die Kapazität im Jahre 1937 sich noch auf etwa 350 Normalgüterwagen/Monat belief, ist sie heute auf etwa 800 gestiegen. Eine weitere

¹ Der Satz ist im Original unvollständig.

Erzeugungssteigerung auf etwa 1300 Waggons ist in kürzester Frist möglich. Man kann also von einer Verdoppelung, ja von einer Verdreifachung der Erzeugungskapazität sprechen.

6.) Weiterverarbeitung von Kohle bzw. Herstellung von Treibstoffen.

[134:] Die zur Gruppe F. gehörige Essener Steinkohle begann im Jahre 193●² mit der Herstellung eines Benzinwerkes, für das eine Produktionskapazität von 50.000 t pro Jahr vorgesehen wurde. Die Anlage lief kurz vor Kriegsbeginn an und kam ohne Anlaufschwierigkeiten in Betrieb. Die Kapazität war veranschlagt auf 50.000 t pro Jahr, zur Zeit stellt sich die Erzeugung auf ca. 80.000 t und wird in kurzer Zeit auf 90.000 t pro Jahr weiter ansteigen. Die Anlage wurde restlos aus eigenen Mitteln gebaut, ohne behördliche Preis- und Absatzgarantie.

Die Firma hat weiterhin die Errichtung eines Braunkohlen-Schwelwerkes übernommen, welches jährlich 36.000 t Teer herstellen und weiter auf Heizöl und Benzin verarbeiten soll. Die Errichtung dieser Anlage befindet sich noch im Anfangsstadium. [...]

Dok. NI-3496, Fall 5, S. 113-115.

Gesamtüberblick über die Rüstungsproduktionsstätten des Flick-Konzerns nach dem Stande vom Mai 1944

Konzern „Mitteldeutsche Stahlwerke“
(Konzern Dr. Flick)
(Gesamtgefolgenschaftszahl: über 120 000)
Dachgesellschaft:

Friedrich Flick Kommanditgesellschaft

I. Stahlgruppen

(in der Höhe der Stahlproduktion nach den Vereinigten Stahlwerken und den Reichswerken an der dritten Stelle im Deutschen Reich)

Mitteldeutsche Stahl- und Walzwerke Friedrich Flick KG. Werk Brandenburg

Stahl- und Walzwerke, insbesondere für Panzerbleche, Schiffsbleche, Kesselbleche sowie Edelstahl

Werk Hennigsdorf

Feinbleche, insbesondere Edelstahl, Dynamo- und Stanzbleche, sowie Stahlformguß

Brandenburger Eisenwerke, Brandenburg/Havel

Panzerfabrik

[135:] *Spandauer Stahlindustrie G.m.b.H., Spandau*

Edelstahlproduktion für die Panzerfertigung

Mitteldeutsche Stahlwerke mit Werken in Riesa, Gröditz, Lauchhammer

Stahlwerke und Eisengießereien, Walzwerke für Stabeisen, Träger, Röhren, Geschützfabrik, Munitionsfabriken, Autoräder-Produktion, Radsatz-Produktion (Reichsbahn), Hammer- und Schmiedewerke (Kurbelwellen, Behälterproduktion, U-Bootbau), Eisen- und Maschinenfabrik (Brückenbau, Bagger usw.)

Braunkohlen-Bergbau, Brikettfabrik, Kraftwerk

Stahlbau Wittenau G.m.b.H., Berlin-Borsigwalde

Eisenkonstruktionen sowie U-Bootbau

Sächsische Gußstahlwerke Döhlen A.G., Freital/Sa.

Stahlwerk für Edelstahlproduktion, Walzwerk für Edelstähle, Munitionsfabriken

Freitaler Stahlindustrie, Freital/Sa.

Munitionsfabriken

Stahlwerk Pirna

Edelstahlproduktion, Walzwerk, Gesenkschmiede

Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte

mit Werken in: Sulzbach-Rosenberg und Haidhof sowie Unterwellenborn b/Saalfeld

² Zahl im Original unleserlich.

Eisenerzbergbau, Hochöfen, Stahlwerke, Walzwerke für Schienen, Träger, Stabeisen, Bleche, Edelstahlproduktion

Maschinenfabrik Donauwörth G.m.b.H.

mit Werken in: Donauwörth und Unterwellenborn

Maschinenfabriken, Munitionsfabriken, Zünderfertigung, Werferproduktion und Heeresbedarf

Hochofenwerk Lübeck A.G., Lübeck-Herrenwyk

Hochöfen und Kokereien in Herrenwyk bei Lübeck und in Kratzwieck bei Stettin

II. Kohlengruppe

Anhaltische Kohlenwerke, Berlin

(größtes Braunkohlenunternehmen im Deutschen Reich), mit [136:] Werksgruppen in Halle, Senftenberg, Welzow, Klettwitz und Zeitz, Braunkohlenbergbau u. Kraftwerke, Brikettproduktion, Schwelereien, Mineralölproduktion, insbesondere für V-Boote

Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft, Dortmund

Essener Steinkohlenbergwerke A.G., Essen

Chemische Werke Essener Steinkohle, Essen

(zweitgrößtes Unternehmen des Steinkohlenbergbaues im ganzen rheinisch-westfälischen Bezirk)

Steinkohlenbergbau, Kokereien, Brikettfabriken, Kohlenwertstoff-Produktion aller Art, Hydrierwerke

III. Stahlverarbeitungsgruppe

Linke-Hofmann-Werke A. G., Breslau

Waggonbau, insbesondere auch für Reichsbahn und Heeresbedarf, Panzerwagenbau, Spezialfertigungen in Sonderaufträgen f. d. OKH

Waggon- und Maschinenfabrik A.G. vorm. Busch, Bautzen

Waggonbau und Fahrzeugbau für Reichsbahn und Wehrmacht

ATG Maschinenbau-G.m.b.H., Leipzig

Flugzeugfabriken

Fella-Werk A.G., Feucht b/Nürnberg

Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen sowie für die Zulieferung zu den Munitionsfabriken.

Dok. NI-5451 (F), Fall 5, S. 104-105.

[137:]

Rüstungsausgaben des Reiches 1933-1939 (in Mrd. RM)

Jahr	Mrd. RM
1933 (Febr.- Dez.)	1,5
1934	2,8
1935	5,5
1936	11,0
1937	14,1
1938	16,6
1939 (Jan.-Aug.)	16,3
Rüstungsausgaben der zivilen Ressorts	4,0
Gesamt	71,8

D. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1: 1939-1941, Berlin 1969, S. 31.

4. „Arisierungen“

Aus dem Exposé von Friedrich Flick für Vortrag und Besprechung bei Hermann Göring v. 19. Januar 1938 über die geplante „Arisierung“ des Petschek-Konzerns

Die Sachlage bezüglich der beiden in Frage kommenden Gruppen Ignaz und Julius ist nun die folgende: Der alte Ignaz ist vor einigen Jahren gestorben; er hat 4 Söhne, von denen 2 in Berlin leben. Einer der 4 Söhne soll Engländer sein. – Die Ignaz-Gruppe ist von beiden in bezug auf ihren deut-

schen Besitz die bei weitem bedeutendste, sie übt auch den größeren Einfluß aus, was sich vornehmlich in den Syndikatsverhandlungen auch ausgewirkt hat ...

Auf Grund bereits vorgenommener Fühlungnahme (amtlicher und privater Natur) dürfte feststehen, daß die Gruppe Ignaz eine Preisgabe ihres Besitzes und ihres Einflusses ablehnt. Sie fühlt sich offenbar sehr [138:] stark, und es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß sie die juristischen Konstruktionen ihres Besitzes so aufgezogen hat, daß im Ernstfalle weitgehend Engländer und Amerikaner als Mitbeteiligte auftreten werden. Man hat zweifellos von langer Hand Vorbereitungen für einen befürchteten Zugriff von deutscher Seite getroffen und entsprechende Stellungen im Ausland, vornehmlich England und Amerika, ausgebaut. Ich persönlich glaube nicht daran, daß diesen englischen und amerikanischen Verschachtelungen in weitgehendem Umfange tatsächliche Eigentumsverhältnisse zugrunde liegen. Der Nachweis dieser Tatsachen dürfte allerdings nicht leicht sein. Ich könnte mir auch vorstellen, daß man Engländern und Amerikanern zunächst eine tatsächliche Beteiligung gewährt hat – vielleicht unter Stundung des Kaufpreises; vor allem aber mit einer Rückoption an die Tschechen, d. h. mit der Möglichkeit, sich jederzeit wieder in den Besitz des abgetretenen Teiles der in Betracht kommenden Beteiligungen zu setzen.

Sei es wie es wolle, man ist scheinbar [nicht] bereit, freiwillig etwas zu tun, und man hat sich weitgehend auf einen allenfallsigen Krieg vorbereitet. Man darf darüber nicht im unklaren sein, daß man mit der gewaltsamen Wegnahme des Besitzes auf gesetzlichem oder Verordnungswege eine Sache beginnen würde, die nicht glatt über die Bühne geht und deren internationale Folgen nicht ohne weiteres von mir übersehen werden können, immerhin aber meinem Gefühl nach möglicherweise als weittragend in den Kreis der Betrachtungen miteinbezogen werden müssen. – Ich möchte mir vorbehalten, auf die Frage der Ignaz-Gruppe noch einmal zurückzukommen.

Anders liegt die Sache bei der Gruppe Julius Petschek, das sind die sogenannten Prager Petscheks ...

Die Gruppe Julius Petschek ist grundsätzlich bereit, ihren Besitz abzugeben. Die inneren Beweggründe liegen meines Erachtens darin, daß man an eine bevorstehende Katastrophe glaubt, an Krieg oder ähnliche Dinge mit ungewissem Ausgang, und daß man es infolgedessen wohl vorzieht, freiwillig auszusteigen, allerdings, das muß ich ausdrücklich hervorheben, unter Bedingungen und Voraussetzungen. Man vertritt den Standpunkt, daß man ein Entgegenkommen zeigen will, und erwartet aber andererseits von der deutschen Seite, daß man ihren Besitzverhältnissen und ihrem angeblich berechtigten Standpunkt weitgehend Rechnung trägt. Grundsätzlich will man bisher nur gegen Devisen verkaufen; bei Devisen zur normalen Parität umgerechnet würde man wohl auch ein Entgegenkommen zeigen. – Devisen können nun aber bei unserer Situation grundsätzlich nicht in Betracht [139:] kommen, und ich verstehe vollkommen den Standpunkt, daß man zum Erwerb von deutschem Grund und Boden mit deutschen Kohlenschätzen keine Devisen aufwenden kann. Ohne diesen Grundsatz zu verlassen, wäre es eine andere Frage, ob man für die Abwicklung einer echten Dollarforderung, die seitens der amerikanischen Muttergesellschaft gegen die deutschen Petschek-Gesellschaften besteht, ein gewisses Entgegenkommen zeigen soll. Unter dieser Voraussetzung halte ich es immerhin für denkbar, daß man mit den Leuten zu einer freiwilligen Verständigung kommen könnte. Es würde außerordentlich wichtig sein, wenn man mit der kleineren Gruppe, die – wie gesagt – grundsätzlich zum Verkauf bereit ist, zu einem Einvernehmen gelangen könnte. Es würde das die taktische Position gegenüber der bedeutenden Ignaz-Gruppe wesentlich verstärken. Die deutsche Stellung wäre auch praktisch wesentlich besser, wenn einer von beiden erst einmal freiwillig abgegeben haben würde. Allerdings muß man, wie bereits gesagt, der Gruppe Julius gewisse Konzessionen machen, weil sie erklärterweise auf dem oben angegebenen Standpunkt steht und diesen mit dem Hinzufügen bekanntgegeben hat, daß „ihr deutscher Braunkohlenbesitz immerhin nur einen kleinen Teil ihres Vermögens darstelle und daß sie es im anderen Falle, d. h., wenn man ihr nicht einigermaßen annehmbare Bedingungen stelle, ihrer Überzeugung nach vorzöge, sich vergewaltigen zu lassen“.

Die Julius-Petschek-Gruppe hat durch einen Mittelsmann Verbindungen mit mir angeknüpft. Ich habe in Erfahrung gebracht, daß die Hauptvertreter der Familie Petschek sowie der englischen und

amerikanischen Repräsentanten des Braunkohlenbesitzes in den nächsten Tagen nach Berlin kommen und grundsätzlich bereit sind, in Verhandlungen mit uns einzutreten¹ ...

Ich würde empfehlen, daß Sie mich ermächtigen, diese ersten unverbindlichen Vorverhandlungen zu führen. In diesen Besprechungen wird man das Terrain so weit klären können, um einen Überblick zu gewinnen darüber, ob die Sache freiwillig geht oder nicht. Ich würde Ihnen dann baldmöglichst berichten und auch für einen Bericht der von Ihnen eingesetzten Kommission zur Verfügung stehen, gegebenenfalls dann auch konkretere Vorschläge machen können.

Ich könnte ja normalerweise ohne besonderen Auftrag private Verhandlungen zwecks privaten Erwerbs von Aktien aus der Petschek-Gruppe führen. Das könnte aber auch gleichzeitig eine Anzahl anderer Personen tun, und es steht zu befürchten, daß sich auch eine ganze Reihe von Interessenten finden werden, die alle als Reflektanten auftreten. Hierdurch würde ein gegenseitiges Herauftreiben des Prei-[140:]ses entstehen. Letzten Endes würden auch die staatlichen Stellen keinen Überblick über die tatsächliche Lage erhalten. (Worauf es infolgedessen ankommt, ist, daß mir der Auftrag erteilt wird, daß ich vorläufig allein verhandle.)²

Was ich für wichtig halten würde, [ist,] daß die Verhandlungen zunächst nur von einer Stelle geführt werden, weil es sonst durcheinandergeht und die Tschechen das Gefühl bekommen könnten, es handle sich um dilettantenhafte Versuche ...

Zweierlei: 1) Mitteilung an die P.-Gruppe von amtlicher Stelle, daß sie verkaufen müßten, falls noch nicht geschehen. 2) Beauftragung einer Person von deutscher Seite zur Führung der Verhandlungen, das braucht nicht He. zu sein, es müßte aber nur einer sein.

Dok. NI-784, Anatomie, S. 162-165.

¹ Im Original hier handschriftliche Korrekturen, die, soweit aus der Prozeßkopie ersichtlich, berücksichtigt wurden.

² Noch am 21. Januar 1938 erhielt Flick von Göring eine entsprechende Bevollmächtigung, die später noch mehrfach bestätigt wurde.

Aus der Aktennotiz von Konrad Kaletsch, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns, für Friedrich Flick v. 24. März 1938 über seine Besprechung mit Regierungsrat Müller, Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, über die „Arisierung“ des Petschek-Konzerns

Herr Dr. Müller machte dann vertraulich noch folgende Bemerkungen:

Die außenpolitische Entwicklung in bezug auf Wien¹ habe einige Stellen ermutigt, in bezug auf die Lösung der Probleme, die mit Prag² zusammenhängen, die Dinge etwas anders zu betrachten, als es noch vor etlichen Wochen und Monaten notwendig gewesen wäre. Es bestünde der Eindruck, daß man vielleicht in einem halben Jahre schon eine andere Lösung der Probleme, insbesondere auch in bezug auf das P-Problem, sehen würde. [...]

In den oberen Kreisen des RWM ist man der Meinung, daß, wenn man mit Veränderungen in der angedeuteten Art würde rechnen können, sich das Bild in bezug auf die devisenmäßige Behandlung des P-Problems wesentlich günstiger gestalten würde, da man die Besitzer dann noch praktisch als Inländer zu behandeln hätte. Es wäre dann [141:] lediglich noch ein Auswanderer-Problem bzw. ein Problem entsprechend der Arisierung anderer deutscher Unternehmungen. [...]

Eins wäre unsererseits allerdings zu bedenken, und zwar ob man nicht in geschickter Weise der P-Gruppe zu verstehen geben kann, daß sie sich heute bei einer privatwirtschaftlichen Lösung besser stehen würde, als wenn sie weitergehende Ereignisse abwartet. Zweifellos würde der Druck auf die P-Gruppe (auch wenn sie amerikanisch getarnt sein sollte) ein wesentlich größerer sein, wenn Veränderungen der angedeuteten Art eintreten sollten. Vielleicht würde ein diesbezüglicher freundschaftlicher Rat die P-Gruppe und evtl. auch die Amerikaner veranlassen, heute nachgiebiger zu werden.

Andererseits müßten wir uns überlegen, ob wir im Vertrauen auf evtl. Veränderungen außenpolitischer Art vielleicht später etwas billiger an die Sache kommen könnten, als es heute unter den heute möglichen Druckmitteln der Fall ist.

Dok. NI-3238, Anatomie, S. 169-170.

Punkt 3 der Anklage: Verbrechen gegen die Menschlichkeit („Arisierungen“)

Den Angeklagten Flick, Steinbrinck und Kaletsch wird unter Punkt Drei der Anklage Teilnahme an Verbrechen gegen die Menschlichkeit und besonders an der wirtschaftlichen Verfolgung der Juden zur Last gelegt. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß die Angeklagten sich tatsächlich an bestimmten einzelnen Arisierungsaktionen – wie das Verfahren, die Juden ihres Vermögens zu berauben, genannt wurde – beteiligt haben, die zum Gegenstand der Anklage gemacht sind; daß sie, wie ihnen dies in der Anklageschrift und in der Eröffnungsrede zur Last gelegt worden ist, im Rahmen dieser Arisierungsmaßnahmen als Berater und als ausführende Organe der Regierung tätig gewesen sind; und daß sie sogar soweit gegangen sind, die Regierung beim Entwurf von Arisierungsgesetzen zu unterstützen ...

A. Die hauptsächlichen Schutzbehauptungen der Verteidigung

Was zunächst die Frage betrifft, in welcher Weise die Angeklagten ursprünglich mit den fraglichen Transaktionen befaßt wurden, so [142:] möchten sie uns glauben machen, sie seien von Göring „durch dienstlichen Befehl dazu herangezogen worden“. Der im Januar 1938 von Göring an Flick gegebene Auftrag wird von den Angeklagten unter Verwendung verschiedener Ausdrücke als „Befehl“ oder „bindende Anweisung“ bezeichnet. Das ist natürlich völlig irreführend. Gleichviel ob diese Beziehung zu Göring als „Befehl“, „Auftrag“, „Anweisung“ oder mit irgendeinem anderen Ausdruck bezeichnet wird – die Beweisurkunden ergeben deutlich, daß diese Beziehung etwas war, was Flick gewünscht und erbeten hatte. Die Angeklagten geben das zu, und aus ihren eigenen Beweisurkunden ergibt sich das volle Ausmaß dieses ihres eifrigen Strebens. Flick selbst verfaßte am

¹ „Anschluß“ Österreichs

² geplante Eingliederung der Tschechoslowakei.

18. Januar 1938 für seine 2 Tage später angesetzte Besprechung mit Göring eine ausführliche Denkschrift und empfahl darin, daß nur eine Persönlichkeit in Deutschland dazu ermächtigt werden sollte, mit den Petscheks zu verhandeln. [...]

Die Akten enthalten eine Anzahl von Urkunden, die von den Angeklagten im November und Dezember 1937 und im Januar 1938 verfaßt wurden und zeigen, wie die Angeklagten sich beinahe jeden Tag damit beschäftigten, bei der Verteilung des Petschekschen Vermögens eine Vorzugsstellung zu erlangen. Am 7. Dezember 1937 verfaßte Steinbrinck für Flick eine Niederschrift über eine Besprechung mit einer der Bankfirmen, mit denen Flick arbeitete. In dieser Niederschrift bemerkte Steinbrinck: „Er ist sich auch darüber klar, daß wir uns sehr heranhalten müssen, wenn wir rechtzeitig eingreifen wollen.“ [...] Am 12. Januar 1938 verfaßte Steinbrinck eine Notiz über eine Vereinbarung zwischen Flick und Herbert Göring betreffend eine Provision, die an den letzteren gezahlt werden sollte, falls Flick die Gesamtheit oder einen Teil der Braunkohleninteressen der Petscheks erwürbe. Steinbrincks Niederschrift bemerkt über diese Vereinbarung: „Vorbedingung für Herrn Flick ist es, daß der Generaloberst“ (Hermann Göring) „entschlossen ist, das P.-Problem durchgreifend zu lösen ...“ [...] Ferner wurden Provisionen an zwei weitere Personen gezahlt oder ihnen versprochen, darunter ein gewisser Wetzell; dieser war ein Beamter der Julius-Petschek-Gesellschaften und angeblich in deren Interesse tätig. Es wäre mehr als merkwürdig, wenn Flick, dieser gewiegte und tüchtige Kaufmann, jemandem Provisionen für Dinge versprochen hätte, die er gar nicht haben wollte.

Die Angeklagten erzählen uns, daß ihre Stellung zu den Petscheks von dem Augenblick an, in welchem sie mit der Sache befaßt wurden, im wesentlichen eine schützende gewesen sei. Dr. Dix ist in seiner [143:] Eröffnungsrede sogar so weit gegangen, Flick als den „Sachwalter“ der Petscheks zu bezeichnen. Eine Fülle von Beweisurkunden in den Akten zeigt, daß diese Darstellung zu absurd ist, um einer weiteren Erörterung gewürdigt zu werden.

Tatsächlich zeigt das Beweisergebnis, daß die Angeklagten die Anwendungen gewaltsamer Methoden gegen die Petscheks befürwortet haben ...

Am 10. Januar schrieb Steinbrinck eine Aufzeichnung, die von Flick abgezeichnet wurde, in welcher er sagte, „da nach den neusten Informationen mit einer freiwilligen Abgabe der Anteile aus dem Besitz der P.-Gruppen nicht zu rechnen ist, muß man gegebenenfalls Gewaltmaßnahmen oder staatliche Eingriffe ins Auge fassen“. [...]

Eine große Anzahl anderer Dokumente in den Akten besagen jedoch das gleiche wie die eben erwähnten, und die Angeklagten haben nicht einmal versucht, sie wegzuerklären, nicht einmal auf solche Weise. So hatte zum Beispiel Steinbrinck am 20. November 1937 eine Besprechung mit Keppler, bei welcher sie den vorgeschlagenen Entwurf eines Arisierungsgesetzes besprachen. [...] Steinbrinck berichtete in seiner Aufzeichnung über diese Besprechung: „Ich wies Keppler gegenüber darauf hin, daß die Fassung meines Erachtens nicht weit genug gehe, weil ja die P. Gruppe geltend machen könnte, daß sie die Braunkohlengruben von Ariern ausbeuten und verwalten lassen.“ [...]

Am 30. Dezember 1937 schrieb Steinbrinck in einer anderen Notiz für den inneren Gebrauch, daß „Wenn man schnell vorwärtskommen will, der Druck auf die P. Gruppe unbedingt verstärkt werden müsse“. [...] Es ist klar, daß diese Bemerkung ein im inneren Verkehr gegebener Ratschlag an Flick war und nicht nur eine Wiedergabe dessen, was zu Außenstehenden gesagt wurde. In derselben Notiz heißt es weiter, daß nach dieser Besprechung mit Steinbrinck „Herbert Göring gebeten wurde, mit Reinhart zu sprechen und eine Verabredung für eine Besprechung mit Carl Petschek zu treffen“. Steinbrinck sagt: „Göring stimmte sofort zu.“ Er meint tatsächlich, er hält es sogar im Sinne des Generaloberst, wenn er „ihm dessen Auffassung und Entschluß in vollster Brutalität“ mitteilt. [...]

Ein anderer wichtiger Abschnitt in den Akten befaßt sich mit den Entwürfen für Arisierungsgesetze, die von einem im Dienst der Angeklagten stehenden Rechtsanwalt ausgearbeitet worden sind. Es handelt sich hier um den von Rechtsanwalt Hugo Dietrich angefer-[144:]tigten Entwurf, der mit einem Brief vom 20. Juni 1938 an Steinbrinck übersandt wurde. [...] Dietrichs Brief war an

Steinbrinck „mit Briefen Mitteldeutsche Stahlwerke“ adressiert, den Hauptsitz des Flick-Konzerns in der Bellevuestraße, und hatte folgenden Wortlaut:

„Zum Problem Ignaz Petschek darf ich unter ergebener Bezugnahme auf die Sonnabend-Unterredung in der Anlage zur etwaigen Weiterleitung an Herrn Ministerialdirektor Wohltat das besprochene Exposé nebst zwei Durchschriften überreichen.“

Dieser Begleitbrief war sowohl von Kaletsch als auch von Flick abgezeichnet. Steinbrinck hat auch behauptet, „der von Dietrich ausgearbeitete Gesetzesentwurf sei eine Schutzmaßnahme gegenüber den Auswirkungen der Gesetze vom 26. April und 14. Juni“ gewesen. Daraus könnte man schließen, daß Dietrichs Exposé bezweckte, die Lage zu verbessern, in der jüdische Eigentümer sich wegen der damals geltenden Gesetze befanden. Dietrichs Exposé hat jedoch offensichtlich einen genau entgegengesetzten Zweck. In dem Exposé heißt es:

„Nach deutschem Recht besteht eine gesetzliche Handhabe für die Veräußerung der in jüdischen Händen befindlichen Betriebe oder Beteiligungen gegen den Willen der Eigentümer bisher nicht, selbst nicht bei lebenswichtigen Unternehmen.“

[...]

In dem Exposé heißt es weiter, der General-Bevollmächtigte für den Vierjahresplan (Göring) „könne auf Grund des Gesetzes vom 28. April 1938 in jüdischen oder von Juden kontrollierten Betrieben einen Treuhänder zur Durchführung der diesen Unternehmen obliegenden Vierjahresplan-Aufgaben einsetzen. Jedoch“, fährt Dietrich fährt, „würde der wirtschaftliche Erfolg dieser Maßnahme den jüdischen Eigentümern der Betriebe oder der Beteiligungen zufallen.“ Im Hinblick auf dies alles wäre, erklärt Dietrichs Exposé, „daher eine weitere Verordnung nötig“, und im Anschluß daran bietet er seinen Gesetzesentwurf an, der sich im wesentlichen mit dem schließlich am 3. Dezember erlassenen Gesetz deckt ...

Diese Beteiligung Flicks, Steinbrincks und Kaletschs an dem Entwurf eines allgemeinen Arierungs-Gesetzes beweist mit aller wünschenswerten Klarheit ihre Teilnahme an dem allgemeinen Vorgang, den Juden das Leben in Deutschland unerträglich zu machen. Sie haben am Erlaß allgemeingültiger judenfeindlicher Gesetze mitgewirkt und haben hierzu Beihilfe geleistet, um ganz bestimmte Ver-[145:]mögenswerte von bestimmten Juden zu erwerben und an sich zu bringen, eine Handlungsweise, die an Zynismus ihresgleichen sucht.

Plädoyer der Anklagebehörde, Fall 5, S. 53-65.

5. Flick und NS-Staat

Aus der Aktennotiz von Bernhard Weiß, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns, für Friedrich Flick vom Februar 1941 über die Vorbereitungen zur Bildung der Reichsvereinigung Kohle (RVK)

Herr Brockhüs¹ berichtete heute über die Vorschläge, die er zusammen mit Herrn Wisselmann² ausgearbeitet hat und die heute abend mit Herrn Delius³ besprochen werden sollen, wie folgt:

Gedacht ist an die Gründung eines Komitees in Form einer Gesellschaft Bürgerlichen Rechtes.

Mitglieder sollen sein:

Paul Pleiger, Vorsitz

Flick später zu ersetzen durch Buskühl

Knepper später zu ersetzen durch Steinbrinck

Tengelmann sen. später zu ersetzen durch Winkhaus Tobies

Wisselmann

Berve

¹ stellvertr. Vorstandsvors. der Niederlausitzer Kohlenbergwerke

² Leiter der Wirtschaftsgruppe Bergbau, Vorstandsvors. der Preuß. Bergwerks- und Hütten AG

³ stellvertr. Vorstandsmitgl. der staatlichen „Reichswerke AG Hermann Göring“

Brecht
Krupp von Bohlen jun.
Stahl.

Dieses Komitee solle nach dem Beispiel der Arbeitsgemeinschaft Mineralöl gewisse Aufgaben im Rahmen des Vierjahresplanes übernehmen. Man denke hierbei in erster Linie an die Durchführung der Aufgabe der Leistungssteigerung im Bergbau.

Dem Komitee sollen außerdem einige Funktionen der Wirtschaftsgruppe Bergbau übertragen werden.

Zusammengefaßt würde sich das Arbeitsprogramm des Komitees auf folgende Fragen erstrecken:

[146:]

1. Leistungssteigerung des Bergbaues.
2. Planung der Kohlenverteilung Europas nach Kriegsende. (Herr Brockhüs wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Herr Walter⁴ hierfür bereits Vorschläge ausgearbeitet und dem OKW zugeleitet hat.)
3. Regelung des Absatzes in der Weise, daß der Reichskohlenkommissar den Bedarf feststellt und seine Wünsche an das Komitee weitergibt. Das Komitee prüft, inwieweit diese Wünsche erfüllbar sind und erteilt entsprechende Weisungen an die Syndikate.
4. Arbeiter-, Transport-, Rohstoff-Fragen etc.
5. Ausbaupläne der Kohlenwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Bergbau-Abteilung des RWiM.
6. Bearbeitung großer neuer Projekte der Kohlenwirtschaft, z. B. Schwelung, Hydrierung etc.
7. Herr Wisselmann legt Wert darauf, daß das Komitee ein gewisses Ordnungsstrafrecht erhält, damit der Kohlenwirtschaft die Möglichkeit gegeben wird, in ihrem eigenen Kreis disziplinarisch gegen Verstöße gegen Bestimmungen der Syndikate und des Komitees vorzugehen. Das Ordnungsstrafrecht würde zweckmäßig durch die Syndikate ausgeübt, die entsprechende Anweisungen vom Komitee erhalten würden.

Personalfragen: Für den Vorsitz kommt wohl nur Herr Paul Pleiger in Frage ...

Herr Brockhüs ist weiter der Ansicht, daß noch eine Persönlichkeit gefunden werden müsse, die wegen der Abstimmung der Ansichten der einzelnen Industriellen in wichtigen Fragen enge Fühlung mit der Industrie hält. Hier wären insbesondere zu erwähnen Fragen der Gebietsabgrenzungen für die einzelnen Syndikate.

Herr Brockhüs berichtete, daß Herr Delius ursprünglich den Vorschlag gemacht habe, eine Sitzung aller Aufsichtsratsvorsitzer der einzelnen Syndikate einzuberufen, um endgültig die Persönlichkeiten für das Komitee und die Geschäftsordnung, die dem Komitee gegeben werden soll, festzulegen. Herr Brockhüs hält diesen Weg für nicht gangbar und empfiehlt Ausarbeitung dieser Geschäftsordnung im kleinen Kreis⁵ und Präsentation des ganzen Programms gegenüber dem Reichsmarschall. Wenn der Reichsmarschall die Genehmigung gegeben hat, soll dann die Zustimmung der Syndikate eingeholt werden.

Dok. NI-4155, Fall 5, S. 130-132

[147:]

Notiz von Paul Pleiger (Hermann-Göring-Werke) v. 26.2.1941 zur Vorbereitung der Besprechung bei Göring, die zur Gründung der RVK führte

I.

Dem Reichsmarschall soll folgendes vorgeschlagen werden:

⁴ Paul Walter, Reichskohlenkommissar

⁵ „Kleiner Kreis“ oder „Siebener Kreis“: Gremium der größten Ruhr-Montankonzerne Mannesmann, Krupp, Flick, Vereinigte Stahlwerke, Klöckner, Hoesch, Gutehoffnungshütte

Bildung der Arbeitsgemeinschaft Kohle, bestehend aus etwa 10 Vertretern des deutschen Bergbaues

...

Vorsitzer: Pleiger; Stellvertreter: Wisselmann.

Die Arbeitsgemeinschaft soll auf folgenden Gebieten tätig sein:

1. Leistungssteigerung
2. Steigerung des Absatzes
3. Planung der europäischen Kohlenwirtschaft
4. Verkehrsplanung
5. Mitarbeit an allen Großprojekten auf Kohlenbasis
6. Sicherung der Disziplin
7. Steigerung des Lebensstandards des deutschen Bergarbeiters
8. Verbrauchsstatistik

Dieses Programm ist in ein kurzes Statut eingearbeitet und dieses Statut wiederum in ein Protokoll, das dem Reichsmarschall zur Unterzeichnung vorgelegt werden soll. Es ist die Bildung einer Geschäftsstelle vorgesehen, deren Leiter Herr Ministerialrat Hess vom Preiskommissar werden soll. Herr Wisselmann hat bereits das Einverständnis der Herren Hess und Wagner eingeholt. Außerdem soll die Verbindung zum politischen Sektor (DAF, Gauleiter, Gauwirtschaftsberater) und zu den verschiedenen Fachreferaten (Wehrmachtsteile, Preiskommissar, Bergabteilung des RWiM, Reichsbahn) aufgenommen werden.

Erste Voraussetzung bleibt aber, daß die Arbeitsgemeinschaft ihre Aufgaben und ihre Vollmachten nur vom Vierjahresplan (Ermächtigungsgesetz) bekommt, damit keine Kompetenzstreitigkeiten entstehen können.

[148:]

II.

Es war vorgesehen, daß die Herren Pleiger und Wisselmann das Protokoll, *dem* bereits die Ruhr und andere zugestimmt haben, dem Reichsmarschall persönlich vorlegen. Dabei sollte der Reichsmarschall noch darauf hingewiesen werden, daß der Reichskohlenkommissar einen Entwurf für ein neues Kohlenwirtschaftsgesetz fertiggestellt hat, der die vollkommene Sozialisierung *des* Kohlenbergbaues vorsieht. Der Wirtschaftsminister Funk soll diesen Entwurf als „Bolschewismus“ bezeichnet haben.

Da aber inzwischen auch Herr W alter zu der Besprechung beim Reichsmarschall eingeladen worden ist, muß unter Umständen mit einer Diskussion gerechnet werden ...

III.

1. Herr Pleiger hat die Absicht, die Entfernung *des* Herrn Walter und seiner engsten Mitarbeiter zu fordern, das Reichskohlenkommissariat zu beseitigen und die dann wieder automatisch erscheinende Reichsstelle für Kohle in Personalunion mit der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft zu verbinden. Herr Wisselmann und wir wären damit einverstanden, wenn wir auch gewisse Bedenken hätten, einem so ehrgeizigen Manne wie Herrn Hess derartige Machtvollkommenheiten in die Hand zu geben.

2. Herr Pleiger hatte weitergehende Ideen betreffend Zusammenarbeit mit den Gauleitern und die Errichtung von Spitzenlägern bei den Gauleitern, diese Gedanken hat er aber zurückgestellt.

3. Herr Ley scheint mit dem Vorgehen Pleigers einverstanden zu sein, vorausgesetzt, daß die Belange der DAF gewahrt werden.

4. Herr Funk ist ebenfalls einverstanden und hat bereits persönlich bei Göring Bericht erstattet, da er das private Unternehmertum unbedingt erhalten wissen will.

5. Die Wehrmacht, von der die Herren Thomas und Leeb durch Herrn Pleiger besucht wurden, ist trotz der bisher eher freundlichen Beurteilung für die Leistungen des Herrn Walter, was die Wehrmacht anging, der Ansicht, daß das Macht- und Organisationsstreben des Herrn Walter zu weit

geht. Es besteht der Eindruck, daß man von dort das von uns vorgeschlagene System ohne weiteres gutheißen und durch Entsendung von Verbindungsoffizieren unterstützen würde ...

Dok. NI-4156, Fall 5, S. 132-134

[149:]

Einladung Görings an Flick und andere zur Besprechung über die Gründung der RVK v. 24.2.1941

Schnellbrief

Der Reichsmarschall bittet Sie für Donnerstag, den 27. Februar 1941, vormittags 11 Uhr zu sich zu einer Besprechung über die Gestaltung der Kohlenwirtschaft. Die Sitzung wird voraussichtlich im Stabsamt in Berlin W 8, Leipziger Str. 3, stattfinden, jedoch besteht die Möglichkeit, daß noch ein anderer Ort dafür bestimmt wird. Ich bitte daher, am 27. Februar zwischen 8 und 9 Uhr im Hauptbüro des Staatsministeriums fernmündlich anzufragen, wo die Sitzung stattfindet.
gez. Körner.

An

- a) Herrn Reichsminister Funk
– Reichswirtschaftsministerium –,
- b) Herrn MinDirig. Gabel
– Reichswirtschaftsministerium –,
- c) Herrn Reichskohlenkommissar Walter,
- d) Herrn Generaldirektor Pleiger,
- e) Herrn Generaldirektor Dr. Tengemann,
- f) den Leiter der Wirtschaftsgruppe Bergbau,
Herrn Generaldirektor Wisselmann,
- g) Herrn Direktor Alfried von Bohlen und Halbach,
- h) Herrn Generaldirektor Flick,
- i) Herrn Korvettenkapitän z. V.
Direktor Steinbrinck,
- k) Herrn Generaldirektor Tobies.

Dok. NI-4109, Fall 5, S. 134-135.

Genehmigungsprotokoll Görings für die Gründung der RVK v. 3.3.1941

Ich genehmige die Gründung der „Reichsvereinigung Kohle“ mit den in der anliegenden Niederschrift festgelegten Aufgaben und bestätige als Mitglieder die Herren
Paul Pleiger Vorsitzter

[150:]

Heinrich Wisselmann	1. stellv. Vorsitzter,
Franz Hayler	2. stellv. Vorsitzter,
Otto Berve	
Alfried v. Bohlen-Halbach	(Vertreter Hermann Winkhaus)
Gustav Brecht	
Friedeich Flick	(Vertreter Ernst Buskühl)
Gustav Knepper	(Vertreter Otto Steinbrinck)
Rudolf Stahl	
Ernst Tengemann	(Vertreter Wilhelm Tengemann)
Edmund Tobies	

zwei Vertreter des Handels (ein Vertreter des Werkshandels, ein Vertreter des freien Handels).

Die Reichsvereinigung Kohle und ihre Mitglieder sind mir für die Durchführung der kohlenwirtschaftlichen Aufgaben im Großdeutschen Reich verantwortlich. Ich beauftrage gleichzeitig den Herrn Reichswirtschaftsminister, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Dok. NI-4151, Fall 5, S. 135-136.

6. Plünderung

a) Im Westen

Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie über Wünsche für den Friedensvertrag und die Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen v. 26.6.1940

Betreff: Wünsche für den Friedensvertrag und die Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen

An die Herren

Gen.Dir. Dr. Ernst Poensgen

Gen.Dir. Dr. Borbet

Gen.Dir. Dr. Daub

Gen.Dir. Dr. Flick u. a.

[151:] Von amtlicher Seite sind wir über die Reichsgruppe Industrie ersucht worden, umgehend festzustellen, welche Wünsche für den kommenden Friedensvertrag und für die Neugestaltung der Wirtschaftsbeziehungen im europäischen Raum bestehen.

Dabei sollen vorzugsweise folgende Länder berücksichtigt werden: Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, England und auch der Balkan.

Wir halten es für zweckmäßig, daß Sie bei Ihren Wünschen zunächst hinweisen auf die Verluste, die Ihre Gesellschaft infolge des Friedensschlusses von 1919 in fremden Ländern erlitten hat, sei es an Gruben, Hütten, Fabriken der verarbeitenden Industrie, an Verkehrsmitteln und an Einrichtungen des Handels, sei es an Konzessionen auf Bodenschätze, an Lizenzen für die Erzeugung oder Verarbeitung usw. Darüber hinaus bitten wir Sie, auch die Ihres Erachtens in Betracht kommenden Forderungen mitzuteilen, die sich auf die neuere Entwicklung beziehen, sei es, daß es sich um die Zusammenarbeit mit einzelnen europäischen Ländern handelt, sei es, daß es sich um Beseitigung gewisser Hemmnisse, wie z. B. solcher der Handels- und der Verkehrspolitik, oder um andere Maßnahmen handelt, die dem neuen Wirtschaftsaufbau in Europa dienen können ...

Dok. NI-3526, Fall 5, S. 220-221

Schreiben Flicks an den Vorsitzenden der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie, Ernst Poensgen, v. 2.10.1940 mit der Forderung nach Zuteilung der Hüttenwerke in Rombach und Homécourt

Sehr geehrter Herr Poensgen!

Unter Bezugnahme auf das Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie vom 7.9.1940 beantrage ich für meine Gruppe die Zuteilung der folgenden aufgeführten Hüttenwerke:

1. die Rombacher Hüttenwerke,
2. Homécourt.

Zu 1 und 2: mit einer den geologischen Verhältnissen und hüttenmännischen Bedürfnissen entsprechenden Erzgrundlage, in die zweckmäßigerweise der Werks- und Erzbesitz von Auboué mit einzubeziehen wäre (kleines reines Hochofenwerk mit 2 Hochöfen).

Meinen Antrag begründe ich folgendermaßen:

a) Die von mir vertretene Gruppe hat die Werke der früheren Inter-[152:]essengemeinschaft Kattowitz/Laura trotz der bekannten polnischen Raubpolitik jahrelang gegen die Polen verteidigt und der Polonisierung am längsten Widerstand geleistet. Um die damaligen politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nicht länger mit dem Streitobjekt I. G. Kattowitz/Laura zwischen Polen und Deutschland zu belasten, mußten die Werke im Jahre 1936 abgegeben werden. Obgleich alle amtlichen Stellen ohne Ausnahme nach der Rückeroberung Oberschlesiens unseren grundsätzlichen Anspruch auf die Hütten und Gruben der I. G. Kattowitz/Laura anerkannt haben, wurde dieser Besitz anderen Interessenten zugesprochen und ging für unsere Gruppe verloren. Die Kapazität der I. G. Kattowitz/Laura pro Jahr sind etwa folgende:

Fördermöglichkeit der Gruben etwa 7.000.000 t Steinkohle
Rohstahlerzeugung der Hütten etwa 750.000 t.

Bei den Hütten muß berücksichtigt werden, daß es sich zum großen Teil um Verfeinerungsbetriebe handelt, deren wertmäßiger Umsatz pro t Rohstahl viel größer ist als in Lothringen.

b) Die Harpener Bergbau-A.G. hat zum Zweck der Ausstattung der Reichswerke „Hermann Göring“ mit einer ausreichenden Kohlenbasis einen sehr erheblichen Teil ihrer Zechen und Kohlenfelder an die Reichswerke abgegeben. Wenn auch als Gegenwert für diesen Besitz meine Gruppe an ostelbischen Braunkohlenunternehmungen beteiligt worden ist, so glaube ich auf Grund der Tatsache, daß die Harpener Gesellschaft als einziges Ruhrunternehmen im Interesse der Allgemeinheit einen erheblichen Teil ihrer Zechen und ihres Felderbesitzes abgegeben hat, einen Anspruch auf Zuteilung entsprechender Hüttenwerke im Westen um so mehr erheben zu können, als für die auf der Erzbasis stehenden lothringischen und luxemburgischen Hüttenwerke die Koksversorgungsfrage als wesentliches Problem anzusehen ist.

Die beiden zu meiner Gruppe gehörenden Steinkohlenunternehmungen, die Harpener Bergbau-A.G., und die Essener Steinkohlenbergwerke A. G., als zweitgrößte Kohlen- und Koksproduzenten des Ruhrgebietes, sind in erster Linie auf Grund ihrer nicht durch Selbstverbrauch gebundenen Kokserzeugung dafür geeignet, die lothringischen und luxemburgischen Hüttenwerke mit Koks zu versorgen. Bereits vor dem Weltkrieg ist auf Grund derartiger Überlegungen eine wirtschaftliche Verbindung zwischen der Harpener Bergbau-A.G. und den Rombacher Hüttenwerken angestrebt worden, die infolge des Weltkrieges und der darauffolgenden Abtrennung Lothringens nicht verwirklicht werden konnte.

[153:] Die Tatsache, daß die Kohlengruppe Harpen/Essener Steinkohlenbergwerke über erhebliche freie Koks- und Kohlenmengen für Hüttenselbstversorgung verfügt, war der Ausgangspunkt der vorjährigen Abgabe von Feldern und Zechen an die Reichswerke „Hermann Göring“.

c) Zu der vorgeschlagenen Verbindung Rombach mit Homécourt ist noch folgendes zu sagen: Die Erzfelder von Rombach und Homécourt markscheiden miteinander. Durch eine Zusammenlegung und großzügige Planung wird sich bei beiden Unternehmungen ein wesentlich besserer Effekt und auch ein besserer Abbau der verschiedenen Flöze erreichen lassen ...

Wenn die Werke heute getrennt werden sollen, würde jedes Werk für sich den Nachteil eines unvollständigen Walzprogramms aufweisen. Zu der Zeit, als sich die beiden Werke noch in französischem Besitz befanden, vertrieben sie auch ihre Produktion über eine gemeinsame Verkaufsgesellschaft (Davum).

Das Erzeugungsvermögen Rombach/Homécourt übersteigt nicht die Stahlmenge, die sich für unsere Gruppe ergibt, wenn man die hinzukommenden Produktionsmengen des Minettegebietes auf die Stahlproduzenten des Altreichs nach Maßgabe ihrer derzeitigen Stahlerzeugung verteilt.

Aus den obenerwähnten Gründen bitte ich, bei der industriellen Aufteilung Lothringens für meine Gruppe die Werke Rombach und Homécourt einschließlich eines entsprechenden Erzbesitzes vermerken zu wollen.

Mit Deutschem Gruß!

Ihr sehr ergebener
gez. Flick.

Dok. NI-2505, Fall 5, S. 237-239

Verteilungsvorschläge der Reichsstelle für Eisen und Stahl für die luxemburgische und franz.-lothringische Eisenindustrie v. 26.7.1940

Vorbemerkung:

In die Verteilung wurden einbezogen: sämtliche luxemburgischen Werke und auf französischer Seite die Werke des alten Deutsch-Lothringen sowie die in Franz.-Lothringen gelegenen Werke um

[154:] Longwy, Briey und Hanoy. Dadurch sind unabhängig von den im früheren deutschen Hoheits- bzw. Zollgebiet gelegenen Werken sämtliche im Minettebezirk liegenden Hüttenwerke in die Verteilung einbezogen ...

Im nachfolgenden sind nunmehr die Vorschläge betr. Übernahme der luxemburg.-lothringischen Werke durch die deutschen Gesellschaften aufgeführt:

Vereinigte Stahlwerke: ...

Reichswerke „Hermann Göring“: ...

Klöckner: ...

Flick:

Rombach – 70.000 moto Roheisen-Kapazität

Direkte Besitzansprüche bestehen seitens des Flick-Konzerns nicht. Immerhin war durch im Jahre 1913/14 aufgenommene Verhandlungen zwischen Harpen und Rombach eine Anlehnung dieses Werkes an die Kohlenbasis von Harpen vorgesehen. Der Kriegsausbruch ließ die Verhandlungen zu keinem Abschluß kommen.

Noch 2 andere Gründe sprechen für die Zuweisung eines großen Werkes an den Flick-Konzern

1. die besonders große Koksbasis des Flick-Konzerns, die weit über dem Durchschnitt liegt (s. Eingang),
2. die Tatsache, daß der Flick-Konzern in seiner Rohstoffbasis sehr einseitig auf dem Schrott aufgebaut ist.

Auch nach dem theoretischen Sollanteil würde dem Konzern ein Roheisenzuwachs von 62 000 t zukommen, der – wenn man die Rohstahlbasis, die bei Flick stärker ausgebaut ist als die Roheisenbasis, in Betracht zieht – noch um 20% höher liegen würde.

Otto Wolff – Stumm: ...

Röchling: ...

Hoesch-Konzern ...

Krupp ...

Gutehoffnungshütte ...

Mannesmann:

Homécourt – 40 000 moto Roheisen-Kapazität

Falls von Mannesmann doch Ansprüche erhoben werden sollten, erscheint die Zuweisung von Homécourt zweckmäßig, da das Schergewicht dieses Werkes in Blechen und Universaleisen liegt, also gut zu dem derzeitigen Erzeugungsprogramm von Mannesmann passen würde.

Bewirbt sich Mannesmann um die Zuteilung von Werken nicht, so [155:] käme ebenso wie bei Chiers die wahlweise Zuweisung an Hoesch bzw. RHG in Frage.

Dok. NI-3518, Fall 5, S. 222-226.

Schreiben Flicks an Hermann Göring v. 1.11.1940 mit der Bitte um Zuteilung der Rombacher Hüttenwerke

Hochverehrter Herr Reichsmarschall!

Da die Frage der Verteilung des lothringischen Gruben- und Hüttenbesitzes nunmehr akut geworden ist, möchte ich mir die Mitteilung gestatten, daß meine Gruppe die Zuteilung der Rombacher Hüttenwerke beantragt hat. Zur Begründung möchte ich noch kurz folgende Punkte hervorheben:

1. Meine Gruppe (Maximilianshütte) hat im Jahre 1937/38 in Bayern gelegenen aufgeschlossenen Erzbesitz (Pegnitz) an die Reichswerke abgegeben.

Im Jahre 1939 wurden durch meine Gruppe große Steinkohlenzechengruppen mit sehr bedeutendem Felderbesitz zur Schaffung einer Steinkohlengrundlage für die Reichswerke abgegeben.

Die früher meiner Gruppe gehörigen ostoberschlesischen Werke Bismarckhütte, Kattowitz usw., die im Jahre 1936 im Sinne der Reichsregierung abgegeben werden mußten, sind nach der Rückerobung Oberschlesiens teils den Reichswerken, teils der Firma Krupp zugesprochen worden.

2. Meine Gruppe erscheint zur Führung und Inbetriebsetzung eines lothringischen Werkes besonders geeignet, weil sie die beiden wesentlichsten hierfür in Betracht kommenden Voraussetzungen erfüllt:

a) Nach der personellen Seite: Ich habe Fachleute zur Verfügung, die jahrelang in der lothringischen Industrie sowohl im Bergbau wie in den Hüttenwerken in gehobener Stellung tätig waren und für die bevorstehende Inbetriebsetzung und Führung der Werke freigemacht werden könnten.

b) Nach der Seite der Brennstoffversorgung: Meine Gruppe dürfte – vermutlich als die einzige in Deutschland – in der Lage sein, den gesamten Bedarf eines Hüttenwerkes in der Größenordnung von Rombach ohne die Errichtung einer neuen Schachanlage aus Mehrförderung zur Verfügung zu stellen. Wir haben uns hierzu innerhalb eines Jahres bereiterklärt und können [156:] ferner im 2. Jahre eine weitere Menge von 1,– Mio t Mehrförderung zur Versorgung des allgemeinen Marktes zur Verfügung stellen.

3. Für die Verteilung der im Osten und Westen neu hinzugekommenen Werke hat im Zusammenhang eines von uns gestellten Antrages der Herr Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit Herrn Staatssekretär Körner die Anweisung gegeben, die Verteilung des hinzugekommenen Ost- und Westbesitzes auf einheitlicher Grundlage vorzunehmen. Der Herr Reichswirtschaftsminister hat dabei den moralischen Anspruch unserer Gruppe „aufgrund ihrer früheren Leistungen im ostoberschlesischen Raum“ – ebenso wie die übrigen in Betracht kommenden amtlichen Stellen – ausdrücklich anerkannt. Die von mir geführte Gruppe hat im Osten eine Stahlmenge verloren, die der Produktion der Rombacher Hüttenwerke entspricht, neben einer Kohlenmenge, die ihrer Bedeutung nach den Stahl wesentlich übersteigt.

Diese Angelegenheit, die ich vor längerer Zeit mit Herrn Minister Funk und wiederholt mit Herrn General v. Hanneken besprochen habe, habe ich vor wenigen Tagen auch bei Herrn Staatssekretär Körner zum Vortrag gebracht. Einwendungen sind dabei von keiner Seite erhoben worden.

Ich würde Ihnen, hochverehrter Herr Reichsmarschall sehr verbunden sein, wenn Sie bei der bevorstehenden endgültigen Regelung Ihre Entscheidung im Sinne der Zuteilung der Rombacher Hüttenwerke an meine Gruppe treffen würden.

Mit den angelegentlichsten Empfehlungen und
Heil Hitler!

Ihr Ihnen aufrichtig ergebener
gez. Flick

Dok. NI-3548, Fall 5, S. 240-241.

Aus dem Erlaß des Reichswirtschaftsministers über die Verteilung der Eisen-Hüttenwerke in Lothringen und Luxemburg v. 31.1.1941

Der Herr Reichsmarschall hat auf Vorschlag angeordnet, daß die in den Bezirken Lothringen und Luxemburg gelegenen Hüttenwerke nunmehr durch einzelne Persönlichkeiten oder zur Betriebsführung geeignete Unternehmungen im Auftrage des Reiches betreut, geleitet [157:] und auf eigene Rechnung betrieben werden sollen. Diesen Treuhändern soll nach Eintritt friedensmäßiger Wirtschaftsverhältnisse, soweit nicht durch entsprechende Umstände eine Änderung der Verhältnisse eintritt, Gelegenheit gegeben werden, das von ihnen betriebene Werk käuflich zu erwerben. Sie lassen sich verpflichten, bei einer Erwerbung den von ihnen übernommenen Besitz weder ganz noch teilweise ohne Zustimmung des Reiches an Dritte unmittelbar oder mittelbar zu verkaufen.

Als Treuhänder sind bestimmt:

<i>In Lothringen Werk</i>	<i>Vorsitzender</i>	<i>Treuhänder</i>
1.) Karlshütte	Hauts Forneaux et Aciéries de Thionville	Röchlingsche Eisen und Stahlwerke G.m.b.H. Völklingen/Saar
2.) Kneuttingen	Socitété Metallurgique de Énubange	Klöcknerwerke A. G. Duisburg
3.) Ueckingen	Forges et Aciéries de Nord et Lorraine	Neunkircher Eisenwerk A. G. vorm. Gebr. Stumm, Neunkirchen/S.
4.) Rombach	Société Lorraine des Aciéries de Rombas	Friedrich Flick K.G. Berlin W 9
5.)		Bellevuestr. 12a
6.) Hayingen	Les Petits-Fils des F. de Wendel et Cie.	
7.) MoevernRosslingen	Union des Consommateurs de Produits Metallur- giques et Industriels (U.P.M.J.)	Reichswerke Hermann Göring unter Bildung einer besonderen Abteilung Lothringen.
8.) Hagedingen		
9.) Sefe		

In Luxemburg ...

Die Herren Chiefs der Zivilverwaltung in Lothringen und Luxemburg habe ich gebeten, die Einsetzung der Treuhänder durchzuführen. Weitere Maßnahmen wegen Festsetzung der Bedingungen für die Betriebsführung und spätere Übernahme behalte ich mir vor.

Die vom Generalbevollmächtigten für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung eingesetzten Bevollmächtigten für die Eisenindustrie in Lothringen und Luxemburg, Kommerzienrat Röchling und Korvetten-[158:]kapitän a. D. Steinbrinck, sind von ihrer Aufgabe bezüglich der unmittelbaren Betreuung und Leitung der Werke entbunden worden und behalten in Lothringen und Luxemburg ihre Tätigkeit bei, so weit es zur gemeinsamen Führung der Werke der Eisen schaffenden Industrie in Lothringen, in Luxemburg, Belgien und Nordfrankreich und zur gemeinsamen Vertretung der Belange dieser Werke nötig ist ...

Ich bitte nunmehr, die genannten Hüttenwerke baldigst in Ihre Organisation aufzunehmen und ihre Vertretung im Rahmen Ihrer Aufgabe zu übernehmen.

Im Auftrag
gez. von Hanneken.

Dok. NI-049, Fall 5, S. 245-247.

b) Im Osten

Notiz für Flick v. 26.6.1941 über die Verteilung sowjetischer Industriebetriebe

Ich hörte heute, daß bezüglich der russischen Werke schon Verteilungspläne gewälzt werden, insbesondere sollen die Reichswerke große Forderungen gemeldet haben, die sich auch auf die Kohlenvorkommen in der Ukraine beziehen.

Außerdem soll von Herrn Schwede/VSt. (Vereinigte Stahlwerke, d. Verf.) eine größere Zuteilung an die Vereinigten Stahlwerke betrieben werden. Auch verschiedene andere Konzerne sollen sich bereits gemeldet haben.

Bezüglich der französischen und belgischen Werke, die jetzt in Luxemburg und Lothringen liegen, will man versuchen, doch möglichst die Beteiligungen von den früheren Besitzern zu kaufen und eine Enteignung vorläufig nicht vorzunehmen.

gez. Hahl (stamp)

Dok. NI-5722, Fall 5, S. 257.

[159:]

Aus einer Notiz von Konrad Kaletsch, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns, für Friedrich Flick über Görings „Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten“ v. 27.7.1941 und über die Gründung von „Ostgesellschaften“

Herr Tengelmann¹ zeigte mir einen Erlaß des Reichsmarschalls, datiert vom 27.7.1941, in dem die grundlegenden Richtlinien der wirtschaftlichen Organisation in Rußland niedergelegt sind. In dem Erlaß sind zunächst als wichtigste Produktionen herausgestellt Getreide, Ölsaaten, Erdöl und Leichtmetall. Diese 4 Sparten haben in jeder Beziehung zunächst den Vorrang. Gleichzeitig wird angeordnet, daß die gesamte landwirtschaftliche Bewirtschaftung in Absatz und Bedarf der Landwirtschaft sowie die Bewirtschaftung des Erdöls ausschließlich durch besonders zu gründende Gesellschaften (Monopol-Gesellschaften) durchgeführt wird.

Ferner ist angeordnet, daß die russische Kohlen- und Eisenwirtschaft einer besonderen Verwaltungsgesellschaft übertragen wird, ebenso auch die gesamte Textilwirtschaft einer besonderen Verwaltungsgesellschaft.

Im übrigen wird Hinweis gegeben, daß in vielen Industrien, u. a. ist besonders hervorgehoben die chemische Industrie, eine zusammenfassende Bewirtschaftung nicht ohne weiteres möglich ist und deshalb die Übertragung von Einzelunternehmungen an Treuhänder empfohlen wird.

Besonders interessant an dem Erlaß ist der Hinweis, daß die Monopol-Verwaltung bzw. die einstweilen ausschließliche Übertragung an Verwaltungsgesellschaften nur aus dem Grunde geschieht, weil mangels am Ort bestehender Organisationen und mit Rücksicht auf die gewaltigen Aufgaben und gebotene Eile die Einschaltung von Monopol-Gesellschaften bzw. Gesamt-Verwaltungsgesellschaften erforderlich ist – daß es sich dabei aber in keiner Weise um ein Endstadium, sondern nur um eine vorübergehend notwendige Maßnahme handeln kann. Grundsatz ist, daß ein dauerhafter und durchgreifender positiver Erfolg nur von der staatlich gelenkten Privatwirtschaft erwartet werden kann – und daß deshalb angestrebt werden muß, die Betriebe sukzessive später in die Privat-Initiative zu überführen.

Dok. NI-5284, Fall 5, S. 257-258.

[160:]

Aktennotiz von Odilo Burkart, Generalbevollmächtigter des Flick-Konzerns, für Friedrich Flick v. 13.9.1941 über die Gründung einer Gesellschaft zur Aneignung sowjetischer Montanbetriebe

Betr.: Aussprache mit Herrn Oberst John.²

In der heutigen Aussprache mit Herrn John kam ich zunächst auf die Gründung der Ostwerke G.m.b.H. zu sprechen. Herr John bestätigte mir, was wir auch bereits von Herrn Scheer gehört hatten, daß man mit der Gründung dieser Ost-G.m.b.H. einmal vermeiden wollte, daß nun ein großes Rennen der deutschen Industrie um die russischen Werke losgehen würde. Außerdem wollte man eine klare Kompetenzabgrenzung gegenüber den politischen Stellen bekommen, zumal der Reichsmarschall ausdrücklich die Entscheidung über sämtliche Wirtschaftsfragen in Rußland sich bzw. dem Vierjahresplan vorbehalten hat.

Interessant war nun noch die Angabe von Herrn John, daß der Feldmarschall bei der Gründung der Ostwerke nochmals ausdrücklich erklärt habe, es liege ihm fern, den gesamten wirtschaftlichen Komplex in Rußland ständig im Staatsbesitz zu behalten, vielmehr habe er die Absicht, nach Kriegsschluß auch hier die privatwirtschaftlichen Belange zum Zuge kommen zu lassen, genau so wie er auch den Gedanken einer Reprivatisierung der Reichswerke nicht aufgegeben habe. Herr John fügte noch hinzu, daß sich in der Richtung der Reprivatisierung der großen Staatskonzerne (also nicht nur der Reichswerke) der Führer und der Reichsmarschall vollkommen einig seien.

Dok. NI-5262, Fall 5, S. 271.

Aus dem Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie v. 21.8.1941 über die Gründung der BHO

Betreff: Berg- und Hüttenwerksgesellschaft „Ost“ m.b.H.

¹ Walter Tengelmann, Vorstandsmitglied der Essener Steinkohlenbergwerke AG.

² Oberst John war im Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan tätig.

An die Herren Leiter u. stellv. Leiter der Wirtschaftsgruppe, die Herren Mitglieder des Beirats, die Herren Vorsitzenden u. Geschäftsführer der Verbände sowie der Fach- und Bezirksgruppen.

Am 20. d. Mts. ist im Reichswirtschaftsministerium die vom Herrn Reichsmarschall für den Bereich des Kohlen- und Erzbergbaues sowie [161:] der Eisen schaffenden Industrie und Gießerei-Industrie in den besetzten Ostgebieten der Sowjetunion angeordnete Monopol-Gesellschaft gegründet worden. Diese Gesellschaft soll dem Ziel dienen, die dort vorhandenen und in den deutschen Machtbereich gebrachten Werksanlagen der genannten Industriezweige durch die Gesellschaft nutzen und betreiben zu lassen. Die Gesellschaft soll insbesondere berechtigt sein, von ihr verwaltete Betriebe oder Betriebsteile stillzulegen oder zu schließen, sie zu verpachten oder auch durch Weitergabe an andere Unternehmen zu verwerten.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt RM 60.000,—. Die Gesellschaft ist gegründet durch folgende Gesellschafter:

1. Das Reich, vertreten durch den Herrn Reichswirtschaftsminister
2. Die Wirtschaftsgruppe Bergbau
3. Die Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie
4. Die Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel

Die Organe der Gesellschaft, nämlich die Geschäftsführer, der Verwaltungsrat und die Gesellschaftsversammlung unterstehen der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers. Die Geschäftsführer werden vom Reichswirtschaftsministerium bestellt und abberufen. Die Geschäftsführung ist Herrn Gen.Dir. P. Pleiger übertragen worden.

Die Gesellschaft hat nach den Weisungen des Beauftragten für den Vierjahresplan zu arbeiten.

Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens 12 Mitgliedern, die vom Beauftragten für den Vierjahresplan auf Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums zur Hälfte aus Vertretern der beteiligten Reichsbehörden, zur Hälfte auf Vorschlag der beteiligten Reichs- und Wirtschaftsgruppen aus Vertretern der privaten Wirtschaft bestellt werden.

Der Vorsitzende und stellvertr. Vorsitzende des Verwaltungsrates wird auf Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums vom Beauftragten für den Vierjahresplan bestellt. Die Dauer der Gesellschaft ist befristet und endet am 31.12.1944, sofern nicht vorher mit Zustimmung oder auf Verlangen des Beauftragten für den Vierjahresplan die Auflösung oder die Verlängerung beschlossen wird.

HEIL HITLER

Der Hauptgeschäftsführer
gez.: Reichert.

Dok. NI-5581, Fall 5, S. 272-273.

[162:]

Protokoll der Verwaltungsratssitzung der BHO v. 31.3.1943

... Der neue Verwaltungsrat setzt sich ... wie folgt zusammen:

Generaldirektor Staatsrat Pleiger Vorsitzter

Ministerialdirektor Oberberghauptmann Gabel stellvertretender Vorsitzter

Generaldirektor Dr. Ernst Poensgen,

Generaldirektor Dr. Friedrich Flick,

Generaldirektor Dr. Alfred Pott,

Generaldirektor Bergassessor a. D. Heinrich Wisselmann

Konsul H. G. Kroeger,

Herr Hermann Westerop,

Direktor Max Langenohl,

Dr. Franz Hayler,

Herr Alfried von Bohlen und Halbach

Notiz für Flick über die Arbeitsteilung zwischen dem Flick-Konzern und den Reichswerken in der Dnjepr-Stahl G.m.b.H. zur Ausplünderung der Sowjetunion v. 26.10.1942

Betr.: Zusammentreffen mit Herrn Pleiger.

Die Arbeitsteilung zwischen Mittelstahl und Stahlwerke Braunschweig in der Dnjepr-Stahl GmbH in der von Herrn Pleiger angegebenen Form ist zweifellos günstiger, als wir sie uns bisher gedacht haben. Während wir bisher annahmen, daß es uns günstigenfalls gelingen wird, Hütte und Waggonfabrik Kamenskoje zur Besetzung mit unserem Personal zugewiesen zu bekommen, werden wir nunmehr die ganze Eisen schaffende Seite zu betreuen haben, während die Stahlwerke Braunsch. für die Munitionsfertigung verantwortlich sein sollen. Das würde bedeuten, daß wir in Kamenskoje im wesentlichen allein und in der Petrowski-Gruppe gemeinsam mit den Stahlwerken Braunschweig arbeiten werden, während in Saporoshje, wo die Munitionsfertigung im wesentlichen aufgezogen werden soll, das Schwergewicht bei den Stahlwerken Braunschweig liegen würde. Auch Herr Dr. Burkart und Herr Weiß halten die letzte Fassung des Pleigerschen Vorschlags für recht vorteilhaft.

[163:] In der Besprechung mit Herrn Pleiger wäre noch folgendes zu klären:

1. Was soll im einzelnen zur Dnjepr-Stahl gehören? Außer Kamenskoje und Petrowski auch das Röhrenwerk Lenin und Hüttenwerk DSMO auf dem Gelände des Petrowski-Werks sowie die Werke Liebknecht, Komintern I, II und 111 auf dem anderen Dnjepr-Ufer? Oder sind für einen Teil dieser Werke andere Paten vorgesehen? Wenn die letztgenannten Werke in ihren wesentlichsten Teilen auch für den Wiederaufbau zunächst nicht vorgesehen sind, so müßten wir doch über den Umfang der von uns zu übernehmenden Aufgaben Klarheit haben.

2. Personelle Seite.

Wir würden die Aufgabe gern Herrn Heinrich übertragen, der sich zwar von der Berghütte Ost Anfang d. J. getrennt hat, aber auch von den Herren der BHO sehr günstig beurteilt wird. In diesem Sinne äußerte sich z. B. heute Herr Ehlert während meiner Besprechung mit Herrn Flottmann. Herr Pleiger müßte seine Zustimmung zu der Berufung von Herrn Heinrich geben. Wenn wir die Verantwortung für die Stahlseite übernehmen, müßten wir Herrn Heinrich auch als gleichberechtigten Partner in die GmbH entsenden dürfen, in der er dann neben Herrn Geilenberg als Geschäftsführer fungieren würde.

3. Herr Heinrich hat mit Herrn Burkart seinerzeit über die Heranziehung von tschechischen Ingenieuren für den Wiederaufbau in der Ukraine gesprochen. Es handelt sich durchweg um Herren, die durch die Umstellung heute in weniger leitenden Stellen tätig sind als früher und von denen viele für die Ukraine gewonnen werden könnten. Selbstverständlich müßte die grundsätzliche Zustimmung von P. P. vorliegen, auf diese Leute zurückgreifen zu dürfen. Man würde sie bei der Prager Eisen, Trinicz und auch Witkowitz herausholen. Selbstverständlich würden wir uns bei Witkowitz Zurückhaltung auferlegen, sofern Herr Pleiger für andere Aufgaben Witkowitz Personal tschechischer Nationalität heranziehen will.

Im übrigen müßte auf Herrn Pleiger dahingehend eingewirkt werden, daß er uns nicht vorschreibt, wieviel Personal wir mitbringen, sondern uns nur die betreffenden Aufgaben stellt, die wir lösen sollen. Daß wir in personeller Hinsicht doch eine ganze Menge leisten können, haben die letzthin geführten Unterhaltungen mit Herrn Wiegand und anderen Herren gezeigt.

4. Zum Schluß müßte noch von Herrn Pleiger die Bestätigung einge-[164:]holt werden, daß wir nunmehr mit der BHO wegen Einzelheiten verhandeln dürfen und gleichzeitig mit unserem Partner (Herrn Geilenberg) Fühlung nehmen dürfen.

gez. Küttner

Im Anschluß an meine Unterhaltung mit Herrn Flottmann sprach ich noch telefonisch mit Herrn Pleiger und teilte Herrn Pleiger mit, daß ich soeben mit Flottmann gesprochen habe und mit diesem dahin übereingekommen sei, daß wir es bei dem ursprünglichen Programm, nämlich Betreuung der Werke im Dnjepr-Bogen durch eine Arbeitsgemeinschaft HGW/Mittelstahl, belassen wollten. Herr. Pleiger nahm davon Kenntnis.

Auf meine Frage, mit wem unser Beauftragter Herr Dr. Küttner die weitere Durchführung der Angelegenheit bei den HGW besprechen sollte, erwiderte Pleiger zunächst: „Mit mir.“ Im weiteren Verlauf der Unterredung korrigierte er das dahin: „Mit Herrn Dr. Lueth.“ – Auf meine Frage war P. damit einverstanden, daß wir an Herrn Flottmann das gewünschte Bestätigungsschreiben richten. Er bat dabei um den Zusatz: „Unter Führung von Mittelstahl.“

Kurz nachher rief er nochmals an und bat, in dem Schreiben an Flottmann den Zusatz zu machen: „Vorbehaltlich der Genehmigung durch den Reichsmarschall.“

gez. Flick

Dok. NI-5289, Fall 5, S. 284.

Auszug aus dem Verzeichnis der „Patenfirmen“, Anlage zu: „Grundsätze für die Führung von Patenschaftsbetrieben der Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft Ost m.b.H. (BHO)“ v. 3.11.1942

Fried. Krupp AG. Essen
Mannesmannröhren-Werke in Düsseldorf

Neue Maschinenfabrik Kramatorsk in Kramatorsk

Hütte Taganrog in Taganrog

[165:]

Gemeinsam Mitteldeutsche Stahlwerke AG Berlin W 9
und

Reichswerke AG für Berg- und Hüttenbetriebe „Hermann
Göring“ Berlin-Halensee
(Dnjepr-Stahl GmbH in Berlin)

1. Hütte Kamenskoje mit Waggonfabrik, Kokerei, Zementfabrik, Sägewerk, Behälterbau und Fallwerke in Kamenskoje

2. Hütte Petrowski und Kokschem. Werk Kalinin in Dnjepropetrowsk

3. Hütte D.S.M.O. in Dnjepropetrowsk

4. Hütte Komintern I-III in Dnjepropetrowsk-Nishnednjeprowsk

5. Hütte Karl Liebknecht in Dnjepropetrowsk-Nishnednjeprowsk

6. Werk Lenin in Dnjepropetrowsk

7. Werk Artern in Dnjepropetrowsk-Nishnednjeprowsk

Siegener Maschinenbau AG in Siegen

in einem Teil des Werkes Woroschilow in Dnjepropetrowsk

Siemens-Schuckert Werke AG in Berlin

in einem Teil des Werkes Rutschenkowo in Rutschenkowo

Dok. NI-5579, Fall 5, S. 281.

7. „Sklavenarbeit“

Schreiben der Maxhütte Sulzbach-Rosenberg v. 14.3.1941 mit der Anforderung von ausländischen Arbeitskräften

Betrifft: Kriegsgefangene bzw. ausländische Zivilarbeiter.

1. Rücksprache mit Herrn Dr. Schlink, Unterwellenborn am 13.3.1941. Unterwellenborn wurden die 150 poln. Arbeitskräfte und 120 Kriegsgefangenen vom Reichsarbeitsministerium zugesagt, weil die etwas über 300 ausländischen Zivilarbeiter zum größten [166:] Teil davongelaufen waren und der Rest nur ganz mäßige Arbeit leistete, in Unterwellenborn im Stahlwerk und Walzwerk gegen den dauernden Protest der Partei und unter schwersten Bedenken der Gewerbeaufsicht seit langem 2 Schichten a 12 Stunden verfahren werden und im übrigen Unterwellenborn wegen Arbeitskräftemangels vor dem Erliegen war.

Von den vom Reichsarbeitsministerium bewilligten 120 Kriegsgefangenen sind von den Arbeitseinsatzbehörden nur 90 leihweise zugesagt worden und bis jetzt 50 zwangsweise aus anderen Betrie-

ben herausgenommen und der Hütte in Unterwellenborn zugeteilt worden. Die Betriebe, denen die Gefangenen entzogen wurden, haben sich sofort hierüber beschwert, weswegen es noch nicht sicher ist, ob U'born die 40 Kriegsgefangenen (insgesamt also nur 90) erhält ...

Bestellt wurden von uns für Rosenberg 100 ausländische Zivilarbeiter (Belgier oder Franzosen) und für die Sulzbacher Gruben 30 ausländische Zivilarbeiter (Polen, weil diese in den bereits eingerichteten Polenunterkünften mit untergebracht werden können.) ...

Herr Jehle rief bei uns an, um sich zu erkundigen, ob wir wirklich noch Kriegsgefangene bekommen hätten, wie Herr v. Versen uns seinerzeit zusagte. Ich erzählte ihm die ganzen Vorgänge, worauf er erklärte, daß es tatsächlich so sei, daß der Eisen schaffenden Industrie keinerlei Schutz gegen den Abzug von Kriegsgefangenen bewilligt worden sei und es ihm daher auch Gewißheit war, daß uns keine neuen Gefangenen mehr zugeteilt würden. Im übrigen seien tatsächlich keine Gefangenen mehr vorhanden. Diejenigen, die aus weniger kriegswichtigen Betrieben herausgenommen werden, müssen anweisungsgemäß unter allen Umständen der Landwirtschaft zugeführt werden.

Dok. NI-328, Fall 5, S. 179-181.

Anforderung polnischer und jugoslawischer Arbeitskräfte durch die Maxhütte v. 16.4.1941

Betrifft: Ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene aus Jugoslawien etc.

1. Die 30 Polen für Sulzbach sind von der Regierung des General-Gouvernements, Abt. Arbeit, Krakau (Telefon-Nr. der Regierung des General-Gouvernements: Krakau 16.387 und der Abteilung Arbeit: Krakau 11.009) für sofort nach Ostern zugesagt.

[167:] Falls diese Polen von einem Vertreter der Maxhütte ausgesucht und im Gouvernement abgeholt werden sollen, müßte sofort bei der Arbeitseinsatzstelle (Telefon-Nr. 11009) in Krakau angerufen und außerdem eine Einreiseerlaubnis erwirkt werden.

2. Wegen der franz. Zivilarbeiter für Rosenberg und Haidhof hat das Landesarbeitsamt an die Vermittlungsstelle nach Paris geschrieben und ein Telegramm mit bezahlter Rückantwort geschickt, aber bis heute noch keinen Bescheid erhalten.

3. In ca. 2-3 Wochen werden dem Landesarbeitsamt serbische Kriegsgefangene zur Verfügung stehen. Es müssen sofort Unterbringungsmöglichkeiten (die für Serben primitiver sein können) geschaffen und die unterzubringende und für die Betriebe notwendige Anzahl von serb. Kriegsgefangenen bei den zuständigen Arbeitsämtern bestellt werden ...

Es ist ausdrücklich verfügt worden, daß die serb. Kriegsgefangenen unter gar keinen Umständen mit belg. oder franz. Kriegsgefangenen zusammenwohnen und auch nicht zusammenarbeiten dürfen. Wir bitten dies bei Feststellung der Unterkunftsmöglichkeiten besonders zu beachten.

Dok. NI-3213, Fall 5, S. 182.

Schreiben der Maxhütte an das Arbeitsamt Amberg v. 9.7.1941 mit Forderungen nach ausländischen, darunter sowjetischen Zwangsarbeitern (Auszüge)

1. Grubenverwaltung Sulzbach-Rosenberg: Wir haben im März ds. Jahres einen Antrag auf Zuweisung von 30 polnischen Arbeitskräften gestellt, hiervon aber nur 5 Mann bekommen. Nachdem es unmöglich erscheint, daß wir die restlichen 25 Polen noch erhalten, haben wir auf Veranlassung des Herrn Oberinspektors Schön vom RAM unterm 23.6.1941 einen Gesamtantrag auf Zuweisung von 50 ausländischen Zivilarbeitern herausgehen lassen, die wir zur Aufrechterhaltung unseres Grubenbetriebes dringendst benötigen. Dazu kommt noch unser Antrag vom 27. 6. 1941 auf weitere 30 ausländische Zivilarbeiter ...

Wir sind damit einverstanden, daß uns für sämtliche angeforderten Arbeitskräfte russische Kriegsgefangene zugewiesen werden, und möchten darum bitten, daß die Sache beschleunigt behandelt wird ...

Anatomie des Krieges, S. 341; auch in: Kühnl, Faschismus, S. 359.

[168:]

Vertrauliche „Sozialpolitische Information“ der Reichsvereinigung Kohle v. 1.11.1941 über die Deportation sowjetischer Bergarbeiter (Auszug)

Auf Anregung der Reichsvereinigung Kohle befaßten sich in den letzten Wochen die verantwortlichen Stellen mit der Frage des Einsatzes von Bergarbeitern aus dem Erzgebiet von Kriwoj-Rog im Ruhrbergbau. Der Durchführung dieser Maßnahme standen nicht unerhebliche Bedenken in politischer Hinsicht und bezüglich der Überwachung dieser Arbeitskräfte entgegen.

Nunmehr hat der Reichsmarschall dem Antrag der Reichsvereinigung Kohle zum Einsatz von 10.000 bis 12.000 ukrainischen Bergarbeitern unter Einhaltung bestimmter Voraussetzungen zugestimmt. Er hat den Vorsitz der Reichsvereinigung Kohle beauftragt, im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, dem OKW, dem Reichsernährungsministerium und dem Reichsarbeitsministerium umgehend das zum Einsatz dieser Arbeitskräfte Erforderliche in die Wege zu leiten. Da aus besonderen Gründen Eile geboten ist, kann mit der baldigen Überführung der ukrainischen Arbeiter gerechnet werden. Die näheren Einsatzbedingungen werden zur Zeit mit den vorerwähnten Stellen festgelegt ...

Dok. NI-4104, Anatomie des Krieges, S. 359; auch in: Kühnl, Faschismus, S. 361-362 .

Aus der „Sozialpolitischen Information“ der Reichsvereinigung Kohle v. 1.12.1941 über die Zwangsverschleppung sowjetischer Bergarbeiter für den Ruhrbergbau

Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der interessierten Stellen des OKW, des RFSS¹, der Behörden, der Partei und der Reichsvereinigung Kohle, weilte in der Zeit vom 8.11. bis 10.11.1941 in Kriwoj-Rog, um die zur Umsetzung von Bergarbeitern zum Ruhrbergbau erforderlichen Maßnahmen auf Grund des Erlasses des Reichsmarschalls vom 24.10.1941 zu treffen. Es kommen hierfür zunächst etwa 6000 von den vorgesehenen 10.000 bis 12.000 Bergarbeitern in Frage.

Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsvereinigung [169:] Kohle werden mit den zuständigen Wehrmachtsstellen gemeinsam die örtlicherseits erforderlichen Maßnahmen veranlassen. [...]

Sämtliche Arbeiter werden im Ruhrbergbau zunächst als Schlepper angelegt. Die Entlohnung richtet sich nach den vom Reichsmarschall angeordneten Bedingungen. Dasselbe gilt auch bzgl. der Unterhaltung der Angehörigen.

Arbeitskräfte mit völlig abgerissener Kleidung werden vorerst von der Umsetzung ausgeschlossen. Zwecks Versorgung mit Arbeitskleidung wird überdies den Arbeitern vom Lohn ein angemessener Betrag einbehalten.

Der Abtransport erfolgt in geschlossenen Transportzügen unter Bewachung. Überwachungspersonal wird voraussichtlich durch den RFSS gestellt. Die Transportverpflegung erfolgt durch Heeresverpflegungsstellen. [...]

Der Reichsmarschall hat durch Erlaß vom 14.11.1941 angeordnet, daß neben der Umsetzung von Bergarbeitern aus Kriwoj-Rog im weitgehenden Umfange Sowjet-Russen (Kriegsgefangene und Arbeiter) im Verkehr, in der Industrie und der Landwirtschaft einzusetzen sind.

Dok. NI-4102, Anatomie des Krieges, S. 364-365; auch in: Hörster-Philipps, Dokumente, S. 311-312.

Aus den eidesstattlichen Erklärungen von Rudolf Höß, Kommandant des KZ Auschwitz, im Nürnberger Pohl-Prozeß (1946, 1947) über die Massenmorde in Auschwitz und über den Einsatz von Häftlingen in der Industrie

Nach meiner Kenntnis begann die massenhafte Verwendung von KZ-Häftlingen in der deutschen Privatindustrie im Jahre 1940/41. Diese Verwendung steigerte sich fortlaufend bis zum Ende des Krieges. Gegen Ende 1944 waren ungefähr 400.000 Konzentrationslagerhäftlinge in der privaten Rüstungsindustrie und rüstungswichtigen Betrieben beschäftigt. Wie viele Häftlinge schon vorher oder nachher eingesetzt waren, kann ich nicht sagen. Nach meiner Schätzung sind in den Betrieben

¹ Reichsführer SS.

mit besonders schweren Arbeitsbedingungen, z. B. Bergwerken, jeden Monat ein Fünftel gestorben oder wurden wegen Arbeitsunfähigkeit zur Vernichtung von den Betrieben an die Lager zurückgeschickt.

[170:] Die Konzentrationslager haben niemals Arbeitskräfte der Industrie angeboten. Vielmehr wurden Häftlinge nur dann in die Betriebe entsandt, wenn die Betriebe vorerst um Konzentrationslagerhäftlinge angesucht hatten. In den Anforderungsschreiben mußten die Unternehmungen auch genau angeben, welche Vorkehrungen für die Sicherung, Unterbringung usw. der angeforderten Häftlinge von den Betrieben getroffen worden waren, noch bevor die Häftlinge anlangten. Ich habe dienstlich viele solcher Betriebe besucht, um diese Angaben zu überprüfen, immer bevor die Häftlinge entsandt wurden.

Die Betriebe mußten keine Berichte über Todesursachen usw. abgeben. Auf Grund der Berichte, die wir in den Lagern von der SS-Wachmannschaft und den Arbeitskommandoführern über Verminderung der Zahl der in den betreffenden Betrieben arbeitenden Häftlinge erhielten, wurden die Zahlen der Todesfälle und der Arbeitsunfähigen mitgeteilt, und sodann wurden fortlaufend neue Häftlinge als Nachschub an die betreffenden Betriebe gesandt.

Während meiner Dienstreisen wurde mir fortgesetzt von leitenden Persönlichkeiten der Betriebe gesagt, daß sie mehr Häftlinge haben wollen.

Anfangs des Krieges bezahlten die Unternehmungen wenig für diese Arbeitskräfte – etwa Mk. 1,–, Mk. 1,20. Später zahlten sie bis zu Mk. 5,00 für gelernte Arbeiter. Unter den zum Arbeitseinsatz gesandten Häftlingen befanden sich

1. nicht-jüdische Häftlinge, die auf Grund ihrer Berufsschulung ausgesucht wurden, und
2. Juden, die nur auf Grund ihrer Arbeitsfähigkeit ausgesucht wurden.

Das Alter der zum Arbeitseinsatz verwendeten Häftlinge war von ungefähr 13 Jahren aufwärts. Häftlinge über 50 Jahre wurden nur selten zum Arbeitseinsatz verwendet, wenn sie besonders kräftig oder besonders geschult waren; sonst wurden sie sofort vernichtet.

Pohl-Prozeß, Dok. NI-034. u. NI-4434, Anatomie, S. 477-479.

Aus dem Programm von Fritz Sauckel, Gauleiter der NSDAP in Thüringen und Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, v. 20.4.1942¹

Trotz der Tatsache, daß die meisten deutschen arbeitsfähigen Menschen in der aner kennenswer testen Weise ihre Kräfte für die Kriegs-[171:]wirtschaft bereits eingesetzt haben, müssen unter allen Umständen noch erhebliche Reserven gefunden und freigemacht werden.

Die entscheidende Maßnahme, dies zu verwirklichen, ist der einheitlich geregelte und gesteuerte Arbeitseinsatz der Nation im Kriege. [...]

Die Rüstungs- und Ernährungsaufgaben machen nun aber neben der totalen Erfassung aller deutschen Arbeitskräfte die Hereinnahme fremder Arbeitskräfte zur dringendsten Notwendigkeit. [...] Das größte Reservoir hierfür sind die besetzten Gebiete des Ostens.

Es ist daher unumgänglich notwendig, die in den eroberten sowjetischen Gebieten vorhandenen Menschenreserven voll auszuschöpfen. Gelingt es nicht, die benötigten Arbeitskräfte auf freiwilliger Grundlage zu gewinnen, so muß unverzüglich zur Aushebung derselben bzw. zur Zwangsverpflichtung geschritten werden.

Neben den schon vorhandenen, noch in den besetzten Gebieten befindlichen Kriegsgefangenen gilt es also vor allem, Zivil- und Facharbeiter und -arbeiterinnen aus den Sowjetgebieten vom 15. Lebensjahr ab für den deutschen Arbeitseinsatz zu mobilisieren.

Nach den vorhandenen Möglichkeiten kann dagegen aus den im Westen von Deutschland besetzten Gebieten Europas ein Viertel des Gesamtbedarfs an fremdländischen Arbeitskräften hereingenommen werden. [...]

¹ Sauckel wurde am 21. März 1942 zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ ernannt.

Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen. [...] Die Arbeitskraft dieser Leute muß in größtem Maße ausgenutzt werden. [...]

Ich bitte, dabei zu bedenken, daß auch eine Maschine nur das zu leisten vermag, was ich ihr an Treibstoff, Schmieröl und Pflege zur Verfügung stelle. Wieviel Voraussetzungen mehr aber muß ich beim Menschen, auch wenn er primitiver Art und Rasse ist, gegenüber einer Maschine berücksichtigen [...] Nur so wird es möglich sein, ohne alle falsche Sentimentalität auch aus diesem Einsatz den höchsten Nutzen für die Rüstung der kämpfenden Front und für die Kriegsernährungswirtschaft zu gewährleisten.

Staatsarchiv Weimar, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, Nr. 491, zit. nach: Anatomie, S. 393-395; auch in: Hörster-Philipps Dokumente S. 312-313.

[172:]

Aus dem Protokoll über die Führerbesprechung vom 10. bis 12.8.1942 über den Einsatz von „Ostarbeitern“ in der Rüstungsindustrie¹

Die zur Erfüllung des Eisen- und Kohleprogrammes erforderliche Bereitstellung russischer Arbeitskräfte in der angeforderten Höhe sichert Gauleiter Sauckel zu und teilt mit, daß er – falls erforderlich – eine weitere Million russischer Arbeitskräfte für die deutsche Rüstungswirtschaft bis einschl. Oktober 1942 zur Verfügung stellen will, nachdem jetzt mehr als 700.000 Arbeitskräfte für die Landwirtschaft und 1 Million Arbeitskräfte für die Wirtschaft durch ihn bereitgestellt werden konnten.

Der Führer erklärt dabei, daß die Frage der Arbeitskräftebeschaffung in jedem Fall und in jedem Umfang gelöst werden könne, und daß er Gauleiter Sauckel ermächtige, die dazu notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Er wäre mit jeder Zwangsmaßnahme einverstanden, falls diese Frage auf freiwilliger Basis nicht durchzuführen sei und zwar nicht nur für den Osten, sondern auch für die besetzten westlichen Gebiete.

Dok. R-124, IMG, Bd. 38, S. 359-360.

Bericht der Reichsvereinigung Kohle über die angeforderten sowjetischen Arbeitskräfte und die geplante Erwirkung eines Hitlerbefehls v. 29.6.1943

An alle Bezirksgruppen.

Anstelle der 33.000 sowj. Kriegsgefangenen, Ostarbeiter und Polen, die durch Reichsumlage im Juni für den Kohlenbergbau aufgebracht werden sollten ..., werden ... dem Kohlenbergbau im Monat Juli 50.000 bergbautaugliche sowj. Kriegsgefangene zugewiesen (Auf unseren Antrag werden grundsätzlich dem Kohlenbergbau in Zukunft überhaupt nur sowj. KGef. zugeführt werden). Die Verteilung auf die einzelnen Reviere bitten wir aus der unten stehenden Aufstellung zu entnehmen ... Die KGef. werden vor dem Abzug, also noch an ihrem Einsatzort, auf Bergtauglichkeit untersucht werden. Ferner wird versucht, einen Führerbefehl zu erwirken, bis Ende August 200.000 bergbautaugliche sowj. KGef. aus den rückwärtigen Heeres-[173:]gebieten dem Kohlenbergbau zuzuweisen ... Wir werden das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition um eine Anweisung an die Baubevollmächtigten bitten, die entsprechenden Anträge vordringlich zu genehmigen und auch sonst diese Beschaffungsaktion in jeder Weise zu unterstützen. Sobald uns der Führerbefehl vorliegt, werden wir Ihnen erneut Nachricht geben. Bis dahin ist unsere Mitteilung von dem Versuch, einen Führerbefehl für die Bereitstellung von 200.000 sowj. KGef. aus dem rückwärtigen Heeresgebiet zu erwirken, allen dritten Stellen, auch den Betrieben gegenüber, geheim zu halten. *Da jedoch nach dem Kohlenplan 1943/44 ohnehin ausländische Arbeitskräfte in Höhe von insgesamt 250.000 gestellt werden müssen*, können die Maßnahmen zur Beschaffung der Unterbringungsmöglichkeiten für diese Arbeitskräfte unabhängig davon schon jetzt eingeleitet werden ...

Dok. NI-2840, Fall 5, S. 185 - 187.

¹ An den Besprechungen nahmen teil: Krupp, Pleiger, Röchling und Rohland als Vertreter der Eisen- und Stahlindustrie, Hitler, Sauckel, Speer und Staatssekretär Milch.

Auszug aus dem „Monats-Bericht August 1944“ der Waggon-Fabrik Bautzen

Arbeitseinsatz und Arbeitszeit

Eine Kräfteanforderung wurde Ende August an das Arbeitsamt Bautzen nicht eingereicht, weil wir demnächst 800 KZ-Häftlinge bekommen sollen. Der Arbeitskräftemangel wurde durch die verfügte Urlaubssperre und Erhöhung der Arbeitszeit für einen Teil der Gefolgschaft (für 140 gewerbliche Gefolgschaftsmitglieder auf wöchentlich 72 Stunden) etwas überbrückt. Ferner wurde mit der Reichspost sowie mit der Kraftverkehrs-Gesellschaft vereinbart, daß für unsere von auswärts kommenden Gefolgschaftsmitglieder die Omnibusverbindungen günstiger zur Arbeitszeit gelegt werden.

Einsatz von KZ-Häftlingen

Von der Kommandantur des KZ-Lagers Groß-Rosen/Schles. besuchte uns am 12.8. der Sturmbannführer Hassebrock. Es wurde vereinbart, daß wir 800 Häftlinge zugewiesen bekommen sollen. Weiter wurde das Erforderliche wegen Errichtung des Barackenlagers sowie des Einsatzes besprochen. Die Baracken sowie das Material zur Umzäunung sind von uns bestellt, und es ist damit zu rechnen, daß wir Ende [174:] Sept. mit der Einrichtung beginnen können. Das Vorkommando wird dann ebenfalls Ende Sept. hier eintreffen.

Italienische Militärinternierte

Die bei uns tätigen ital. Militärinternierten wurden ab 22.8. als Zivilarbeiter übernommen. Die Italiener sind zur Zeit noch in unserem Werk untergebracht, sollen jedoch im Laufe des Monats September in das Gemeinschaftslager „Heiterer Blick“ kommen.

Dok. NI-3026, Fall 5, S. 191.

Rentabilitätsberechnung der SS über den Verleih von KZ-Häftlingen an Industriebetriebe

Täglicher Verleihlohn durchschnittlich	RM	6,-
abzüglich Bekl. Amort.	RM 0,10	
abzüglich Ernährung	<u>RM 0.60</u>	<u>RM 0.70</u>
durchschnittliche Lebensdauer 9 Mt.= 270 x RM 5,30 = RM	134,-	
	1,-	

Erlös aus rationeller Verwertung der Leichen:

1. Zahngold	
2. Kleidung	
3. Wertsachen	
4. Geld	
abzüglich Verbrennungskosten RM 2,-	
durchschnittlicher Nettogewinn	<u>RM 200,-</u>
Gesamtgewinn nach 9 Monaten	<u>RM 1631,-</u>

zuzüglich Erlös aus Knochen und Aschenverwertung

Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1974, S. 357-358.

Bericht einer staatlichen Untersuchungskommission über die Behandlung von Zwangsarbeitern in deutschen Betrieben v. 10.3.1943

Bericht

In der Zeit vom 24.11.-5.12.1942 wurden in den Gauen Düssel-[175:]dorf, Westfalen-Süd, Essen und Westfalen-Nord folgende Lager besucht: ...

Die hier vorliegenden Überprüfungen von Ostarbeiterlagern wurden veranlaßt durch verstärkte Meldungen über Unbotmäßigkeit von Ostarbeitern und damit verbundene Einstellung von Familienunterstützungen. Da die entsprechenden Meldungen aus dem bereisten Gebiet auffallend höher lagen als in anderen Gauen, trat die Vermutung auf, daß hierfür eine unzureichende Betreuung der Ostarbeiter durch die Betriebe ursächlich bestimmend sei. Diese Vermutung hat sich bestätigt. Die Fluchten, welche zum Teil sehr hoch waren, gegenwärtig nachgelassen haben, jeden Augenblick aber wieder höher werden können, wurden von Betrieben und Dienststellen sehr verschieden beurteilt. Hervorstechend war als Ursache mangelhafte Verpflegung und Unterkunft. Es ist bezeichnend,

daß Betriebe, bei denen die Wichtigkeit einer ordnungsmäßigen Betreuung erkannt wurde, die Schwierigkeiten schneller ausgleichen konnten. Unbotmäßigkeiten und Fluchten in dem hochempfindlichen Industriegebiet der bereisten Gaue mit der nahen holländischen Grenze bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit aller Beteiligten, ganz abgesehen vor der Gefahr des Produktionsrückganges bei Fehlern in der Betreuung der Ostarbeiter.

Daß die Betreuung der Ostarbeiter sich nicht allein auf das notwendigste Essen und Unterbringung, sondern z. B. auch vordringlich auf die Freizeitgestaltung u. a. erstrecken muß, ist bekannt. In den bereisten Gauen wird aber ganz im allgemeinen, abgesehen von wenigen Musterbetrieben, der Ostarbeiter seinem Schicksal überlassen, weil man ihn lediglich als aus dem weiten Ostraum leicht zu ergänzendes Produktionsmittel betrachtet. Die Betriebsführer haben fast durchgängig keinerlei Verständnis für das Wesen der Ostarbeiterfrage und wollen auch kein Interesse daran nehmen. Infolgedessen lassen selbst die notwendigsten Dinge wie Essen und Unterkunft oft außerordentlich zu wünschen übrig, sind ungenügend, lieblos hergerichtet, schmutzig und zum Teil sogar über jedes Maß hinausgehend schlecht. Bei den Unterkünften herrscht zum Teil sogar Dunkelheit und mangelnde Lüftung. Die Lagerführer sind im allgemeinen ihrer Aufgabe nicht gewachsen, es fehlt auch hier jede Ausrichtung auf die Erkenntnis der Bedeutung des Ostarbeiters für die Kriegswirtschaft ...

Die Stimmung der Ostarbeiter war mit einigen wenigen Ausnahmen, wo sie ausgesprochen gut genannt werden konnte, im allgemeinen eine unzufriedene bis zum Teil sogar katastrophale. So wird z. B. das Bild der Trostlosigkeit und Verelendung in dem Lager des Bochumer Vereins nie ausgelöscht werden können – dieses insbesondere im [176:] Gegensatz zu dem Bild der ankommenden Transporte kräftiger und gutgewillter Menschen im Soester Auffanglager ...

10. Essener Steinkohlen A.G. in Essen:

Lager Katharine: Die Ostarbeiter sind gegenwärtig in Baracken für Kriegsgefangene mit schwerstem Stacheldraht und vergitterten Fenstern untergebracht. Entwesung mangelhaft. Viel Ungeziefer. Strohmattentzen mußten entfernt werden, daher schlafen nur auf Drahtmattentzen. Zuweilen Prügel. Lohnfragen ungeklärt. Essen nicht besonders.

Lager Prinz Friedrich: Essen genügend, Postverkehr mangelhaft. Sanitäre Verhältnisse unzureichend. Ungeziefer. Schlafen auf Drahtmattentzen. Waschraum ungenügend mit warmen Wasser versorgt. Familienunterkunft: 10 Menschen in 8 Betten. Familien nicht getrennt in einem Zimmer. Für eine Familie mit einem Säugling war hinreichend gesorgt. Unterkünfte im allgemeinen unzureichend ...

Dok. NI-3013, Fall 5, S. 197-201.

Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Bergbau v. 27.6.1942 über den Einsatz sowjetischer Frauen im Bergbau

An die Herren Bergwerksdirektoren!

Betr. Einsatz russischer Zivilarbeiterinnen im Bergbau.

Der Leiter unserer Bezirksgruppe, Herr Generaldirektor Buskühl¹, hatte mit Rundschreiben Nr. 10 vom 24.4. d. J. den Einsatz sowjetischer Frauen in den Übertagebetrieben empfohlen. Nachstehend geben wir Ihnen von einem entsprechenden Erlaß des Reichswirtschaftsministers an die Oberen Bergbehörden vom 17.6.1942 – II Bg 7842/42 – Kenntnis. Den darin erwähnten Erlaß vom 20. Februar 1942 – II Bg 2267/42 hatten wir Ihnen mit unserem Rundschreiben an unsere Mitglieder Nr. 129 vom 16. März 1942 übermittelt. Im Zusammenhang mit untenstehendem Erlaß möchten wir die vom Leiter unserer Bezirksgruppe ausgesprochene Empfehlung, sowjetische Frauen über Tage zu beschäftigen, nochmals besonders betonen, wobei wir auf bisher gemachte günstige Erfahrungen verweisen können.

Glückauf und Heil Hitler!

die Geschäftsführung

Sogemeier

¹ Generaldirektor bei Flick.

„In einer Besprechung beim Herrn Generalbevollmächtigten für den [177:] Arbeitseinsatz über den Russeneinsatz im Bergbau wurde darauf hingewiesen, daß die Gestellung gemischter Transporte (Männer und Frauen) leichter zu bewerkstelligen sei als die Gestellung reiner Männertransporte. Reine Männertransporte werden sich auf die Bergbaugebiete mit überwiegendem Untertagebau beschränken müssen, da der Beschäftigung russischer Zivilarbeiterinnen unter Tage aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zugestimmt werden kann. Es sind jedoch keine Bedenken zu erheben, russische Zivilarbeiterinnen unter Beachtung der für den Einsatz von Ausländern vorgesehenen Abwehrmaßnahmen in Tagesbetrieben einschließlich der Gewinnung über Tage (z. B. Braunkohlen-Tagebau – Abraum und Gewinnung) und Weiterverarbeitung einzusetzen. Da die Arbeitsschutzbestimmungen nicht für die russischen Zivilarbeiterinnen gelten, können diese mit allen vorkommenden Arbeiten beschäftigt werden. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Frau in Sowjetrußland auch schwerste Arbeiten verrichtet (z. B. im Bergbau unter Tage).

Die Möglichkeit des Einsatzes russischer Zivilarbeiterinnen bietet zugleich Gelegenheit, die noch im Bergbau mit körperlich schweren oder besonders schmutzigen Arbeiten beschäftigten deutschen Frauen abzulösen. Bei der Ablösung sind Härten zu vermeiden. Nach Abs. 6 meines Erlasses vom 20. Februar 1942 – II Bg 2267/42 – betr. Beschäftigung von Frauen im Bergbau ist zur Ablösung das Einvernehmen der Arbeitsämter herbeizuführen.

Der Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Fachamt Bergbau der Deutschen Arbeitsfront und der Reichsvereinigung Kohle.“

Dok. NI-2937, Fall 5, S. 183-284.

Schreiben der Flick'schen Anhaltischen Kohlenwerke v. 18.1.1945 betreffend Zwangsarbeiter-Transporte mit Frauen, Kindern und Greisen

Ausländereinsatz Gruppe Klettwitz

Wir nehmen Bezug auf den in der Sitzung vom 16.1.45 geäußerten Wunsch, Schwierigkeiten bei der Zuteilung von Ausländern zu erfahren und geben Ihnen von Folgendem Kenntnis:

Am 26. Februar 1944 haben wir einen Transport Ostarbeiter erhalten, er bestand aus 20 Männern, 23 Frauen, 13 Kindern im Alter [178:] zwischen 13 und 15 Jahren, die als arbeitsfähig galten, und 13 Kleinkindern. Von diesen 56 sogenannten Arbeitskräften konnten überhaupt nur 31 eingesetzt werden, der Rest füllte lediglich die Lager und verbrauchte die an sich schon knappen Vorräte, ohne uns irgendwie zu nützen. Wir haben uns damals wegen dieses Transportes sofort an die zuständigen Stellen gewandt, u. a. auch an das Gauarbeitsamt, die Reichsvereinigung Kohle und das Reichsarbeitsministerium, und darum gebeten, daß uns in Zukunft solche Transporte nicht mehr zugewiesen werden, da wir im Bergbau nur bergbautaugliche, kräftige Leute gebrauchen können.

Am 12. Mai 1944 haben wir einen weiteren Transport Ostarbeiter erhalten und zwar nach Angabe des Arbeitsamtes 50 Arbeitskräfte. Es sind gestellt worden:

17 Männer, davon je einer 60 Jahre, 71 Jahre und 75 Jahre alt,
34 Frauen, davon eine 71 Jahre und zwei 75 Jahre alt,
22 Kinder im Alter zwischen 1 und 14 Jahren.

Von diesen 73 Personen waren nur 12 Männer und 24 Frauen arbeitsfähig; bergbautauglich für die Arbeiten, für die sie vorgesehen waren, überhaupt nur 9 Arbeitskräfte.

Wir haben seinerzeit auch die Reichsvereinigung Kohle hierüber informiert und gebeten, von weiteren solchen Transporten verschont zu werden.

Am 16. Dezember 1944 erhielten wir wiederum einen Transport Ostarbeiter, bestehend aus 15 Männern, 36 Frauen und 36 Kindern, insgesamt also 87 Personen. Unter den Männern befand sich ein 80jähriger Blinder und mehrere über 65 Jahre alte Männer. Die Frauen waren z. T. krank, schwanger, oder aber sie hatten Kleinkinder von wenigen Monaten, so daß auch sie für die Arbeiten im Bergbau nicht eingesetzt werden konnten. Eine ganze Anzahl Familien sind dabei, wo überhaupt

niemand arbeitet und damit nicht einmal den Lebensunterhalt verdient. Auch die Männer, soweit sie noch leistungsfähigen Jahrgängen angehören, sind krank oder mit Leiden behaftet, die einen vollen Arbeitseinsatz nicht ermöglichen ...

Dok. NI-5391, Fall 5, S. 192-194.

[179:]

Aus der vertraulichen „Sozialpolitischen Information“ der Reichsvereinigung Kohle v. 1.11.1941 über Strafmaßnahmen der Konzerne gegen deutsche Bergarbeiter

Im Anschluß an die Mitteilung der „Sozialpolitischen Information“ Nr. 2 bringen wir nachstehend die Zusammenstellung der in der Zeit vom Januar bis September 1941 durch den Reichstreuhand der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen-Niederrhein gegen disziplinelose Bergmänner angeordnete Maßnahmen. (Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf alle Gewerbegruppen für das gesamte Wirtschaftsgebiet):

1. Im Bergbau wurden Verwarnungen ausgesprochen	2105	(18.689)
2. Schutzhaftanträge wurden gestellt	252	(1438)
3. Anträge auf Unterbringung im Arbeitserziehungslager wurden gestellt	423	(1193)
4. Anträge auf Unterbringung in einem Konzentrationslager wurden gestellt	13	(38)
5. Strafanträge bei der Staatsanwaltschaft wurden gestellt	116	(1193)
Vollstreckt wurden im Bergbau bisher in der obengenannten Zeit:		
Schutzhaftanträge	248	
Im Arbeitserziehungslager untergebracht	329	
Anträge auf Überführung ins Konzentrationslager	13	
Gerichtliche Strafen	61	

Dok. NI-4104, Anatomie, S. 359-360.

Aus einem Schreiben der Direktoren der Maximilianshütte v. 26.1.1943 mit der Aufforderung nach verschärften Maßnahmen gegen ausländische Zivilarbeiter

Über die Leistungen und Arbeitsdisziplin der ausländischen Zivilarbeiter ist bekanntlich gerade in den letzten Wochen sehr viel geklagt worden.

Hierzu ist festzustellen, daß außergewöhnlich wenig Anträge auf Erteilung von Verwarnungen, Verhängung von Bußen oder Anzeige bei den Staatspolizeileitstellen (für die ausländischen Zivilarbeiter einschließlich der fremdvölkischen, innerhalb des Reiches beheimateten Arbeitskräfte, die nicht die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen, z. B. Polen, Protektoratsangehörige, ist nicht der Reichstreuhand, [180:] sondern die Staatspolizei zuständig) eingehen. Die gegebenen Möglichkeiten, die Leistungen der Ausländer zu steigern und pflichtwidriges Fernbleiben vom Arbeitsplatz, pflichtwidrige Arbeitsverweigerung und pflichtwidriges Zurückhalten von der Arbeit auszuschließen, müssen unter allen Umständen voll und ganz ausgeschöpft werden. Wir bitten daher, in Zukunft hiernach zu verfahren.

Dok. NI-3150, Fall 5, S. 194-195; auch in: Hörster-Philipps, Dokumente, S. 317.

Forderung der Reichsvereinigung Eisen nach verstärktem Terror durch die Gestapo mit Schreiben Röchlings v. 4.10.1943

Bei der von der Eisen schaffenden Industrie mit Recht beklagten starken Fluktuation der Arbeitskräfte spielt eine Hauptrolle der Vertragsbruch der ausländischen Arbeiter, mag es sich um das Verschwinden von der Arbeitsstelle oder Nichtrückkehr vom Heimaturlaub handeln.

Die Ursachen dieser Vertragsbrüche sind mannigfacher Art. Teils ist es die allgemeine Kriegslage, teils die Angst vor Fliegerangriffen, teils die Nähe der Grenze. Aber auch persönliche Eigenschaften und Auffassungen der Arbeiter und nicht zuletzt die unrichtige Behandlung seitens des Betriebes spielen eine Rolle. Lediglich die letzte Ursache kann und muß von uns beeinflußt werden.

Die Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte ist bei den einzelnen Werken sehr verschieden. Es gibt Fälle, in denen sie richtig behandelt werden, zufrieden sind und Gutes leisten. Oftmals werden sie aber falsch behandelt und arbeiten daher unwillig und schlecht und verschwinden häufig ganz. Insbesondere ist die Behandlung ausländischer Frauen oftmals unrichtig. Richtig ist jedenfalls eine zwar straffe, aber anständige und gerechte Behandlung. Liegen Verfehlungen vor, so müssen sie sofort konsequent verfolgt und streng geahndet werden, notfalls bis zum Konzentrationslager ...

Dok. NI-3178, Fall 5, S. 195-196.

[181:]

Aufforderung der Maxhütte zur sofortigen Verhaftung eines polnischen Zwangsarbeiters mit Schreiben v. 1.2.1943

... Da es sich bei Galaska um einen besonders faulen und renitenten Burschen handelt, der schon einmal in einem Arbeitslager war und sich trotz dauernder Mahnungen nicht besserte, und im übrigen die Polen in den letzten Wochen wieder besondere Neigung zur Renitenz zeigen, halten wir es für notwendig, daß gegen Galaska nunmehr sofort die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden. Wir sind der Überzeugung, daß es sogar richtig wäre, wenn er sofort verhaftet würde, da er in unserem Betrieb aus Sicherheitsgründen nicht verbleiben kann und erfahrungsgemäß die Gefahr besteht, daß er, wie es doch schon verschiedene Polen getan haben, flüchtig wird, wenn er merkt, daß ein Verfahren gegen ihn eingeleitet wird.

Wir bitten daher, gegen Galaska sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Heil Hitler!

Dok. NI-3151, Fall 5, S. 212-213.

8. Nachkriegsplanungen

Aus dem Bulletin des USA-Außenministeriums vom 30.3.1945 über Nachkriegspläne des deutschen Großkapitals

Zuverlässige Informationen, von den Alliierten Regierungen zusammengetragen, weisen deutlich darauf hin, daß die deutsche Nazi-Regierung wohldurchdachte Nachkriegspläne für das Weiterbestehen der nazistischen Ideologie und Herrschaft entwickelt hat. [...] Das Verbot, Kapital aus Deutschland zu exportieren, wurde vor einigen Monaten zurückgezogen und hat zu einem beträchtlichen Kapitalstrom ins Ausland geführt.

Mitglieder der Nazi-Partei, deutsche Industrielle und deutsche Militärs, die erkannt haben, daß ein Sieg unerreichbar geworden ist, entwickeln jetzt geschäftliche Pläne für die Nachkriegszeit, bemühen sich, Freundschaften mit ausländischen Geschäftskreisen zu erneuern [182:] und zu festigen und arbeiten auf die Erneuerung der Vorkriegskartellvereinbarungen hin. Bald nach Kriegsende werden Strohmänner bei den Gerichtshöfen verschiedener Länder gegen die „ungesetzliche“ Beschlagnahme von Industriebetrieben und anderem von den Alliierten Regierungen bei Ausbruch des Krieges übernommenen Eigentum Berufung einlegen. Wo diese Methode versagt, wird die deutsche Seite sich um Rückkäufe über Tarnunternehmungen bemühen, die den notwendigen staatsbürgerlichen Anforderungen genügen. Das Ziel wird in jedem einzelnen Fall die Wiederherstellung der deutschen Oberaufsicht zum frühestmöglichen Zeitpunkt sein. [...]

Deutsche Techniker, Kulturexperten und Geheimagenten besitzen gutausgearbeitete Pläne, in fremde Länder einzudringen, um wirtschaftliche, kulturelle und politische Verbindungen zu entwickeln. Deutsche Techniker und wissenschaftliche Forschungsexperten werden Industriefirmen und technische Schulen im Ausland preisgünstig zur Verfügung gestellt werden.

Unsere Regierung befindet sich im Besitz mehrerer Bände, angefüllt mit deutschen Plänen zu diesem Thema. Das deutsche Propagandaprogramm soll einen Bestandteil des umfassenden Nachkriegsprogramms bilden. Die unmittelbare Absicht des Propagandaprogramms wird in der Beseitigung alliierter Kontrollmaßnahmen bestehen, indem die Alliierten geschickt um eine „gerechte Be-

handlung“ der Deutschen ersucht und so „aufgeweicht“ werden sollen; das Programm wird später erweitert und verschärft werden mit dem Ziel, den Nazilehren zur Wiedergeburt zu verhelfen und das deutsche Streben nach der Weltherrschaft zu fördern. Wenn diesen Plänen nicht Einhalt geboten wird, werden sie eine dauernde Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der Nachkriegswelt darstellen.

Bulletin des Departement of State, Washington D. C., 30. März 1945, Anatomie, S. 490-491.